

ZUR POLITIK DES KBW (NRF)



NACHDRUCKE AUS



Arbeiterkampf

Herausgeber:
Leitung der Hamburger Bezirksorganisation des
KOMMUNISTISCHEN BUNDES-KB

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	S. 1
2. Wie sich das Zirkelwesen am eigenen Schopf aus dem Sumpf zieht (aus AK 24)	S. 2
3. Taktischer Wirrwarr 1. Teil (aus AK 31)	S. 14
4. Taktischer Wirrwarr 2. Teil (aus AK 32)	S. 22
5. Sind die Arbeiter Schuld am Faschismus ? (aus AK 16)	S. 30
6. Dürfen die Arbeiter gegen die CDU/CSU kämpfen ? (aus AK 19)	S. 32
7. Zur Funktion bürgerlicher Parteien (aus AK 20)	S. 34
8. SPD-"Gefährlichkeit" und "Effektivität"(aus AK 20)	S. 37
9. Zur Faschismuskussion (aus UW 19)	S. 39
10. Sektierer in der Sackgasse (aus AK 24)	S. 52
11. Kommunismus oder Jubelökonomismus (aus AK 31)	S. 55
12. Der Streik bei Klöckner (aus AK 31)	S. 58
13. Zur Frage der Gewerkschaftsopposition (aus AK 27)	S. 67
14. Chile und die Qual des Jubelökonomismus (aus AK 35)	S. 70
Sülter-"Streik" des KBW	S. 73
Linksrutsch in Israel ?	S. 74
Das Letzte vom KBW	S. 74

VORWORT

Mit dieser Broschüre veröffentlichen wir einige aus unseren Schriften ("ARBEITERKAMPF" und "UNSER WEG") ausgesuchte Artikel, die sich mit dem KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland) und seinen wichtigsten Vorläufer-Organisationen (NRF-Heidelberg, KB-Bremen und Göttingen, SSG-Hamburg) beschäftigen. Bei einigen Artikeln handelt es sich um Abschnitte umfangreicherer Artikel:

- "Sind die Arbeiter Schuld am Faschismus? (AK 16) war der letzte Abschnitt des Artikels "Kampf dem Faschismus", der selbst Teil einer Artikel-Serie zum Faschismus-Thema war.
- "Dürfen die Arbeiter gegen die CDU-CSU kämpfen?" (AK 19) war ein Abschnitt aus dem Leitartikel "Krise in Bonn", der eine umfassende Analyse zum Versuch der CDU brachte, die SPD/FDP-Regierung zu stürzen und der die Aktionen der Arbeiter dagegen, untersucht. Die Artikel "Zur Funktion der bürgerlichen Parteien" und "Gefährlichkeit" und "Effektivität der SPD" (beide AK 20) sind Abschnitte aus dem Artikel "SPD- Das kleinere Übel"?, der in einer längeren Artikel-Serie über die SPD erschien.

Wir verzichten in dieser Broschüre auf solche Artikel-Nachdrucke, die die Differenzen zwischen uns und dem KBW zur chinesischen Kulturrevolution, zu wichtigen Fragen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung u. a. aufzeigen. Dies wird gegebenenfalls an anderer Stelle nachgeholt.

Leitung der Bezirksorganisation
KB/Gruppe Hamburg

IMPRESSUM: Herausgeber:

Leitung der Bezirksorganisation
KB/Gruppe Hamburg

Erscheint im:
J. Reents Verlag
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Druck:
Eigendruck

Auflage: 3.000

Wie sich das Zirkelwesen am eigenen Schopf aus dem Sumpf zieht

Eine Reihe örtlicher kommunistischer Zirkel bereitet gegenwärtig die Gründung einer gemeinsamen Organisation vor.

Es handelt sich dabei im engeren Sinn um den KB Bremen und das NRF Heidelberg/Mannheim, daneben Gruppen aus Göttingen, Freiburg, Wolfsburg und Osnabrück. Eine kleine Gruppe in Westberlin wird sich ebenfalls zu der neuen Organisation bekennen, ohne bisher schon zum engeren Kreis zu gehören. Die Kölner KG scheint mit der Gruppierung um KBB und NRF zu sympathisieren. In Hamburg gebärdet sich die „Sozialistische Studentengruppe“ als örtliche Filiale der geplanten neuen Organisation.

Daneben tendieren eine Reihe anderer studentischer Gruppen zur Richtung KBB/NRF, so u.a. in Frankfurt, Westberlin und Braunschweig. Nachdem diese studentischen Genossen die Perspektivlosigkeit ihrer bisherigen Uni-Arbeit und ihrer zögerlichen Ansätze von „Betriebsarbeit“ erkannt haben, fühlen sie sich angezogen von der glänzenden Aussicht auf den „Aufschwung der Arbeiterbewegung“ und die „Einheit der kommunistischen Bewegung“, die ihnen von KBB/NRF vorgegaukelt wird.

Schließlich hat die sich formierende Organisation auch gute Aussichten und unternimmt beträchtliche Anstrengungen, vom immer offensichtlicheren rapiden Ruin der „KPD/ML“ („Rote Fahne“) einen Teil der Konkursmasse zu sich herüberzuziehen. Ebenso hat sie Aussichten bei den Zerfallprodukten der „KPD/ML“ („Roter Morgen“) in Nordrheinwestfalen.

Sogar mit den Münchner „Arbeiterbasisgruppen“ liebäugeln KBB/NRF. Beide Seiten sind offenkundig bemüht, sich trotz aller Meinungsverschiedenheiten in ihrer Presse gegenseitig zu schonen und die Polemik gemeinsam gegen den Kommunistischen Bund zu richten.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß die Richtung KBB/NRF heute schon einen beträchtlichen Teil der kommunistischen Zirkel eint und in der Zukunft zweifellos noch anwachsen wird.

Die Genossen sehen in der Schaffung dieser einheitlichen Organisation einen „wesentlichen Schritt“ zur Kommunistischen Partei (Gemeinsames Kommuniqué vom 28. Mai 1972). Dieser Schritt besteht zum einen in der Sammlung und Konzentration von bisher zersplitterten Kräften in einer einheitlichen Organisation. Die Genossen sehen aber darüber hinaus ihren „wesentlichen Schritt“ auch gegenüber den anderen Teilen der kommunistischen Bewegung: die Genossen werden einen Programm-Entwurf vorlegen, den sie unmittelbar als Vorschlag betrachten, die kommunistische Bewegung möge sich auf Grundlage der angegebenen Prinzipien als Kommunistische Partei zusammenschließen (NRF, Oktober 1972).

Im folgenden Artikel wollen wir zeigen, in welchem Verhältnis zum Parteaufbau die Genossen die Erarbeitung eines Programms sehen; zugleich werden wir untersuchen, wie weit ihre tatsächliche Vorgehensweise mit ihren Worten übereinstimmt. In einer späteren Nummer des ARBEITERKAMPF wollen wir auf die programmatischen und sonstigen politisch-theoretischen Vorstellungen der Genossen eingehen.

Die zu gründende Organisation soll noch nicht die Kommunistische Partei sein, „weil sie noch nicht alle wesentlichen Kräfte der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland und Westberlin umfaßt“ (Kommuniqué vom

28.5.72). Sie soll aber andererseits eine Organisation sein, die „die Grenzen des Zirkelwesens überschreitet“ („Wahrheit“ des KB Bremen, Juni/Juli 72).

Die neue Organisation soll also nach dem Willen ihrer Gründer gewissermaßen eine Zwischenstellung

einnehmen: zwar noch nicht ganz die Partei (weil ja noch einige für „wesentlich“ gehaltene Kräfte der kommunistischen Bewegung fehlen), aber doch schon ein Schritt über das Zirkelwesen hinaus.

Wodurch aber wird sich die neue Organisation vom herkömmlichen

Zirkelwesen unterscheiden? Worin besteht der Schritt, mit dem sie „die Grenzen des Zirkelwesens überschreitet“? Wieso wird die neue Organisation – nach dem Vorschlag ihrer Gründer – mehr sein als der Zusammenschluß einer Reihe örtlicher Zirkel zu einem neuen, größeren Zirkel?

Aus den verschiedenen Ausführungen der Genossen geht hervor, daß sie den entscheidenden Unterschied darin sehen, daß sie sich auf der Grundlage eines gemeinsam erarbeiteten Programms zusammenschließen werden.

Die Bremer Genossen haben auch gesagt, was in einem solchen Programm zum mindesten enthalten sein müsse:

„Es muß eindeutig die Erringung der proletarischen Diktatur als nächstes strategisches Ziel der westdeutschen Arbeiterklasse proklamieren, weil die objektiven Bedingungen des Sozialismus schon längst herangereift sind und in Westdeutschland keine andere Klasse als die Bourgeoisie die politische Diktatur ausübt. In dieser Festlegung der Diktatur des Proletariats als nächstes Etappenziel der Arbeiterklasse herrscht unter den westdeutschen Kommunisten Einigkeit. Die Anerkennung der proletarischen Diktatur ist jedoch als Basis gemeinsamen Handelns keineswegs ausreichend. Das Programm muß vielmehr diejenigen Widersprüche in der Entwicklung des westdeutschen Imperialismus und des Weltimperialismus aufzeigen, welche die Er kämpfung der proletarischen Diktatur für die westdeutsche Arbeiterklasse notwendig machen. Dabei ist nicht gemeint, „moralisch notwendig machen“ oder „kraft höherer Einsicht notwendig machen“, sondern praktisch für die Arbeiterklasse notwendig machen aufgrund der Entwicklung der Gesellschaft und der sich aus ihr ergebenden Folgen. Darstellen muß das Programm weiterhin, welche Folgen sich aufgrund dieser Entwicklung für die werktätigen Klassen außerhalb der Arbeiterklasse ergeben und welche Beziehungen zwischen den verschiedenen Klassen sich durchsetzen werden, um daraus zu bestimmen, welche von ihnen für die proletarische Diktatur gewonnen werden können.“

In Antwort auf die Folgen, welche die Entwicklung des westdeutschen Imperialismus für die Arbeiterklasse haben wird, muß das Programm Teilforderungen aufstellen, die diesen Folgen begegnen und an den Kampf um den Sozialismus heranhelfen“ („Wahrheit“, Juni/Juli 72).

Worin aber wird sich das Pro-

gramm der neuen Organisation qualitativ abheben von den heute schon existierenden Programmen, programmatischen Erklärungen und Plattformen innerhalb der kommunistischen Bewegung der BRD?

Die Bremer Genossen haben versucht, am Programm der „KPD“ zu zeigen, „wie das Programm nicht aussehen darf“ („Wahrheit“, Juni/Juli 72).

Ihre Kritik läßt sich dahin zusammenfassen, die „KPD“ (und ähnliche Gruppierungen) seien „nicht in der Lage, in ihren programmatischen Erklärungen die Entwicklungsperspektive des westdeutschen Imperialismus darzulegen, ihre Folgen für die westdeutsche Arbeiterklasse aufzuzeigen und daraus Forderungen aufzustellen, die sich mit dem Kampf der Massen verbinden“ („Wahrheit“, s.o.).

Gewiss. Und die Bremer Genossen hätten der Ehrlichkeit halber hinzufügen können, daß die Programmatische Erklärung ihrer Partner vom Heidelberger „Neuen Roten Forum“ (vgl. NRF 3/71) auch nicht viel besser ist. Da finden wir zur „Entwicklungsperspektive des BRD-Imperialismus“ auch nur mit dürren Worten gesagt, daß sich die Widersprüche allseitig zuspitzen, daß der BRD-Imperialismus den Kapital-Export verstärkt, daß er zugleich Vasall und Konkurrent des US-Imperialismus ist, daß sich vor allem in der westdeutschen Chemie- und Automobilindustrie ein Zentralisationsprozeß vollzieht, daß sich das Monopolkapital gegen die Arbeiterklasse verstärkt der staatlichen Einkommenspolitik bedient und die Krise auf dem Rücken der Arbeiterklasse auszutragen versucht. Für eine programmatische Erklärung gewiß nicht gerade sensationelle Mitteilungen. Über die Perspektiven des BRD-Imperialismus, über seine zur Revolution führende Entwicklung ist mit keinem Wort etwas gesagt.

Aber wir zweifeln nicht, daß die Genossen nunmehr ein Programm zustande bringen werden, das ausführlicher und exakter ist als die bisher vorliegenden Programme und Plattformen. Das ist ein Fortschritt – nicht nur für sie selbst, sondern für die ganze kommunistische Bewegung. Die Genossen haben bisher indessen nicht deutlich gemacht, wie ein solcher Fortschritt schon ein Schritt über die Grenzen des Zirkelwesens hinaus sein könnte. Wird es sich bei ihrer neuen Organisation nicht lediglich um einen allerdings recht einflußreichen überörtlichen Zirkel handeln, dessen Programm etwas besser ist als die

bisherigen Programme und Plattformen anderer Gruppen?

Die Genossen jedoch scheinen sich von ihrem in der Erarbeitung befindlichen Programm den entscheidenden Schritt zum Parteaufbau zu versprechen. Man kann geradezu sagen, daß sich für sie der Parteaufbau in zwei Schritten vollzieht: zuerst einem qualitativen und dann einem quantitativen. Den qualitativen Schritt meinen sie demnächst zu vollziehen, indem sie das Programm fertigstellen. Danach geht es dann nur noch um eine quantitative Ausdehnung, um die Sammlung weiterer Gruppen auf dem Boden des Programms:

„Wir meinen, daß die Gründung dieser Organisation auf Grundlage eines Programms erfolgen muß, das gleichzeitig als Vorschlag an die kommunistische Bewegung und die fortgeschrittenen Kräfte der Arbeiterklasse gerichtet ist, sich nach ausführlicher ideologischer Auseinandersetzung auf seinen Prinzipien als KPD neu zu konstituieren“ (NRF, Oktober 72 – Hervorhebungen von uns).

Die von den Genossen geplante neue Organisation stellt die Zirkel zwar noch als einen Faktor in Rechnung, der sie daran hindert, sich unmittelbar schon zur Partei zu ernennen. Sie wendet sich auch formal an die Zirkel mit der Aufforderung, an der Erarbeitung des Programms der Kommunistischen Partei teilzunehmen.

Die neue Organisation tut dies aber schon aus einer eingebildeten Sonderstellung heraus, da ja sie und nur sie allein nach der bescheidenen Meinung ihrer Gründer schon die Grenzen des Zirkelwesens überschritten hat. Die Bremer „Wahrheit“ schreibt:

„Wir gehen davon aus, daß auch nach der Schaffung dieser Organisation der größere Teil der westdeutschen kommunistischen Bewegung noch in lokalen Zirkeln, regionalen und nationalen Organisationen arbeiten wird“ („Wahrheit“, Juni/Juli 72).

Der „größere Teil“, mit Ausnahme der neuen Organisation? Offenbar müßte man doch sagen, daß nicht nur der „größere Teil“, sondern die gesamte kommunistische Bewegung der BRD auch in nächster Zukunft noch auf dieser organisatorischen Stufe stehen bleiben wird. Wir glauben nicht, daß hier die Bremer Genossen wider Willen falsch formuliert haben. Sie verstehen es wohl tatsächlich so, daß sie mit der neuen Organisation dem „größeren Teil“ (d.h. dem gesamten Rest!) der kommunistischen Bewegung auf einem höheren politischen und organisatorischen

Niveau gegenüberstehen werden.

Partei auf der Tagesordnung

Eine beliebte Redensart bei KBB/NRF lautet in letzter Zeit, der Parteiaufbau stünde „auf der Tagesordnung“ (so u.a. „Wahrheit“ vom November und NRF vom Oktober).

Im NRF ist wenigstens der Versuch gemacht worden, diesen gummi-artigen Begriff ein wenig zu erläutern. Da finden wir den bemerkenswerten Satz (in der Auseinandersetzung mit der KG Köln):

„... Wir meinen, daß die objektiven (!) Bedingungen für die Parteigründung herangereift sind: eine relativ breit entfaltete lokale und regionale kommunistische Bewegung und ihre zunehmende Verbindung mit der Arbeiterbewegung.“

Die Existenz kommunistischer Zirkel als objektive Bedingung für die Parteigründung – das ist eine wahrlich sensationelle Erkenntnis. – Aber war die „kommunistische Bewegung“ nicht auch schon vor einem Jahr, vor zwei Jahren „relativ breit entfaltet“? Sie ist heute breiter und stärker als vor einem Jahr, gewiß. Und vor einem Jahr war sie immerhin schon breiter und stärker als vor zwei Jahren etc. Diese Logik läuft darauf hinaus, das schlechte Anwachsen der „kommunistischen Bewegung“ (ohne zunächst diesen Begriff exakt zu definieren) als objektive Bedingung für die Parteigründung anzusehen. Demnach hätte man auch schon früher, irgendwann in den letzten Jahren, die Parteigründung in Worten „auf die Tagesordnung“ setzen können. Schließlich hat noch niemand einen Maßstab entwickelt, wie breit nun eigentlich die „kommunistische Bewegung“ entfaltet sein muß, damit die „objektiven“ (!) Bedingungen für die Parteigründung gegeben seien. Die Genossen reden ja nicht zufällig von „relativ breit“. Relativ, im Verhältnis wozu? Breiter als in den Jahren des totalen KPD-Verbots und der Wiederanfänge einer revolutionären Bewegung. Aber weniger breit z.B. als in vielen anderen Ländern Westeuropas (Italien, Frankreich), wo es heute auch noch keine einheitliche kommunistische Partei der Arbeiterklasse gibt, sondern die Kräfte ebenfalls im Zirkelwesen zersplittert sind.

Als Aufgabe stellt sich der Parteiaufbau seit es keine kommunistische Partei mehr gibt, seit der Entwicklung des modernen Revisionismus zu einem von innen nicht mehr zu korrigierenden System, seit

Anfang der 60er Jahre. Seither könnte man auch davon reden, daß der Parteiaufbau „auf der Tagesordnung“ steht. (In Belgien wurde schon vor zehn Jahren die erste „marxistisch-leninistische Partei“ gegründet, in Italien vor sechs Jahren, in Frankreich vor fünf Jahren, in der BRD immerhin vor vier Jahren.)

Das Problem der westeuropäischen Arbeiterbewegung, der Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder überhaupt, besteht fast überall gerade im Zurückbleiben des Elements der Bewußtheit hinter den objektiven Erfordernissen des Klassenkampfes, besteht im Fehlen einer parteimäßig organisierten proletarischen Vorhut.

Wenn man die objektiven Erfordernisse zugrunde legt, so kam schon die Gründung der „KPD/ML“ Ende 1968 nicht etwa zu früh, sondern im Gegenteil bereits sehr spät. So haben ja damals und seither alle Parteigründer argumentiert: „Ihr sagt, wir hätten zu früh gegründet. Was wollt ihr denn? Braucht nun die Arbeiterklasse eine Partei oder nicht?“ –

Geht man aus von der Entwicklung des Revisionismus, von den Klassenkämpfen, von der Entwicklung marxistisch-leninistischer Gruppen – so ergibt sich die Schlußfolgerung, daß der Parteiaufbau in den kapitalistischen Ländern schon seit Anfang der 60er Jahre „auf der Tagesordnung“ steht. Nichts spricht dagegen, daß er auch noch ein paar weitere Jahre „auf der Tagesordnung“ bleiben wird. Wenn die Genossen damit übereinstimmen, dann sollten sie sich eingestehen, daß ihr Begriff „auf der Tagesordnung“ in Wahrheit völlig nichtssagend ist; „reden, um nichts zu sagen“, wie es Lenin nannte. Angesichts der Entwicklung von mehr als einem Jahrzehnt verliert der Begriff der „Tagesordnung“ seinen Sinn.

Es scheint jedoch, als würden die Genossen mit dem Begriff der „Tagesordnung“ (den sie ja nicht zufällig erst in letzter Zeit entdeckt haben) die Hoffnung auf einen relativ kurzen Weg des Parteiaufbaus verbinden. Es ist wohl nicht so, daß die Genossen laut sagen „auf der Tagesordnung“ und dabei insgeheim denken „in drei oder vier Jahren vielleicht.“ So oder so steht jedenfalls fest, daß die Genossen mit der Propagierung des Begriffs „Tagesordnung“ bei ihren Anhängern unbedingt die Vorstellung einer kurzfristigen Perspektive wecken und nähren, „1973 ist es soweit“. Gewollt oder ungewollt wird Gründungs-Fieber produziert. Eine andere Funktion hat der Be-

griff der „Tagesordnung“ auch nicht.

Wie die Genossen in ihren Zeitungen mitteilen, sehen sie in der Erarbeitung eines einheitlichen Programms der westdeutschen kommunistischen Bewegung den „Knotenpunkt aller Probleme unserer Bewegung“ („Wahrheit“, Juni/Juli 1972), den „Springpunkt in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um den Wiederaufbau der kommunistischen Partei“ (NRF, Mai 72). Wie wird diese Aussage begründet und welche praktischen Schlußfolgerungen werden gezogen?

Die Bremer Genossen schreiben über die politischen Grenzen des Zirkelwesens:

„Ohne umfassende revolutionäre Erfahrung und häufig noch ohne gründliche Kenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus und der Geschichte der Arbeiterbewegung unterliegen diese lokalen und regionalen Organisationen ständig Schwankungen, machen immer erneut schwerwiegende Fehler und haben große Schwierigkeiten, eine klare Linie herauszubilden.“ („Wahrheit“, Juni/Juli 72)

Nach der zutreffenden Beschreibung der allgemeinen Mängel des Zirkelwesens gehen die Genossen zur speziellen Frage der kommunistischen Propaganda über. Die Kommunisten seien zu einer „offensiven und umfassenden Propagierung genau festgelegter Ziele“ nicht in der Lage, sondern müßten sich „auf die Kommentierung bürgerlicher Politik beschränken, die sie vom Standpunkt der proletarischen Diktatur aus beleuchten.“ Und weiter:

„Dieser Mangel rührt daher, daß die westdeutsche kommunistische Bewegung ein einheitliches Programm, auf dessen Basis eine auf den Sozialismus hinführende Politik positiv dargestellt und propagiert werden könnte, bisher noch nicht erarbeitet hat.“ (s.o.)

Hieraus ziehen nun die Genossen die Schlußfolgerung, schleunigst eine „Programm-Kommission“ einzusetzen, um den Mangel zu beheben.

Die Genossen stellen so das Verhältnis zwischen Sein und Bewußtsein auf den Kopf, verwechseln Ursache und Wirkung. Denn in Wahrheit ist das Fehlen eines Programms die Folge der Mängel des Zirkelwesens, und nicht etwa ihre Ursache. Natürlich wird nicht die Ursache durch Einwirken auf ihre Folgen aufgehoben werden können. Oder anders ausgedrückt: wenn das Fehlen eines Programms Folge und Ausdruck der allgemeinen Mängel und Grenzen des Zirkelwesens ist, so ist es eine Illusion zu glauben, die Grenzen des Zirkelwesens willkürlich durch die Erar-

beitung eines Programms überschreiten zu können.

Nun gibt es freilich zweierlei Arten von Programm. Es gibt ja auch die „Programme“ solcher Gruppen wie der „KPD“ oder der diversen „KPD/ML“'s. Ein solches Programm erhält man leicht, indem man schlicht die gerade im Kopf befindlichen Vorstellungen zu Papier bringt: sie sind also Ausdruck eines bestimmten Standes der politisch-theoretischen Erkenntnisse, den sich die jeweilige Organisation erarbeitet hat. Das sind zwangsläufig die Erkenntnisse des Zirkelwesens. Die Bremer Genossen haben dazu richtig geschrieben, „daß wir das Zirkelwesen nicht auf dem politischen Niveau des Zirkelwesens überwinden können“ („Wahrheit“, Juni/Juli 72): sie richten diese Kritik gegen die „KPD“, aber kennzeichnet sie nicht auch ihre eigenen Vorstellungen?

Die Bremer Genossen haben geschrieben, daß die Zirkel „große Schwierigkeiten (haben) eine klare Linie herauszubilden.“ Sie haben auch den Grund dafür genannt: der Mangel an revolutionärer Erfahrung und an Kenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus. Wo sollte da wohl ein Programm herkommen, das die von den Genossen angegebenen Voraussetzungen (s.o.) erfüllt?

Wenn das Programm einen Fortschritt bedeuten soll, so muß es niedergeschriebener Ausdruck der Tatsache sein, daß die kommunistische Bewegung eine neue Stufe revolutionärer Erfahrung und wissenschaftlicher Erkenntnis erreicht hat. Der „Knotenpunkt“ besteht also in Wahrheit darin, diese neue Stufe praktischer Erfahrung und wissenschaftlicher Erkenntnis zu erreichen, die sich dann im Programm niederschlagen kann.

Es wird von den Genossen aus Bremen und Heidelberg mit dem „Programm“ ähnlich irrational gearbeitet, wie das früher oft mit der „Klassenanalyse“ gemacht worden ist. Damals wurde behauptet, die „KPD/ML“ könne ja noch gar nicht die kommunistische Partei der Arbeiterklasse sein, weil sie noch keine „Klassenanalyse“ hätte. Die müßte erst erarbeitet werden, und dann... Dabei wußte kaum jemand so recht, was unter „Klassenanalyse“ zu verstehen wäre, aber jedenfalls schien sie etwas sehr wichtiges und überhaupt das Allheilmittel für alle Probleme zu sein. Nach der „Klassenanalyse“ kräht heute kein Hahn mehr.

Es ist ein Irrtum, dem vor allem die Genossen aus der Intelligenz erliegen, die außerhalb der gesellschaftlichen Tätigkeit des Proletariats stehen: der Irrtum, diese oder

jene wissenschaftliche Arbeit eines Zirkels sei überhaupt das Kriterium für das Niveau des Zirkels.

Das deutlichste Beispiel bietet der KB/ML Westberlin. Als die Genossen 1970 ihre „Plattform“ vorlegten, war diese Arbeit mit Abstand die beste ihrer Art in der damaligen kommunistischen Bewegung. Zur Entwicklung des Bewußtseins in der Bewegung hat die Plattform des KB/ML Westberlin einen großen Beitrag geleistet. Das alles verhinderte nicht, daß dieser örtliche Zirkel sich inzwischen sang- und klanglos aufgelöst hat, ohne mehr zu hinterlassen als einige im Stich gelassene und ratlose Betriebsgruppen.

Es ist falsch, zu sagen: „Wir machen jetzt mal das Programm (die Klassenanalyse o.ä.), und das ist dann der Beweis, daß unsere Organisation das Niveau des Zirkelwesens überwunden hat.“

Es geht darum, die praktischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die kommunistische Bewegung ein höheres politisches Niveau erreicht, daß eine vereinheitlichende Plattform erarbeitet wird. Diese praktischen Voraussetzungen haben die Bremer Genossen selbst genannt: der Mangel an umfassender revolutionärer Erfahrung und gründlicher Kenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus und der Geschichte der Arbeiterbewegung muß überwunden werden.

Es liegt auf der Hand, daß der Mangel an revolutionärer Erfahrung seine Ursache hat im Zustand der aktuellen Arbeiterbewegung und in der geringen Verbindung der Kommunisten zur Arbeiterbewegung.

Die Grenzen des Zirkelwesens widerspiegeln eben den Zustand der Arbeiterbewegung und das Verhältnis Arbeiterbewegung-Kommunisten. Über diese Grenzen können sich die Kommunisten durch kein noch so sorgfältig erarbeitetes Programm vom Schreibtisch her hinweg katapultieren.

Schließlich ist das Zirkelwesen auch eng verknüpft mit dem immer noch überwiegend studentischen Charakter der kommunistischen Bewegung. So ein Zirkel hat einige Lehrlinge, einige sehr junge Arbeiter und vielleicht noch ganz lose Kontakte zu einem halben Dutzend älterer Arbeiter, mit denen man mal ein Bier trinkt. Die Arbeiter stellen in den meisten Zirkeln nicht nur die Minderheit, sondern sind auch fast ohne Einfluß auf die Politik der Gruppe, die „naturwüchsig“ von den belebteren Studenten und Intellektuellen gemacht wird. Die meisten kommunistischen Zirkel sind noch weit davon entfernt, Arbeiterorganisation zu sein oder gar

schon das Vertrauen der sich herausbildenden proletarischen Avantgarde – den Führern der spontanen Kämpfe des Proletariats – zu haben.

Wenn sie in einem „wichtigen“ Betrieb zwei Kollegen haben, die ihnen ab und zu Informationen geben, so schätzen manche Zirkel sich schon überglücklich und geben eine „Betriebszeitung“ heraus.

Was ist das Zirkelwesen anderes als der organisatorische Ausdruck dieser Verhältnisse?

„Kommunistische Partei der Arbeiterklasse“ – das ist doch kein leeres Wort, hinter dem sich dann Studentenfürher mit etwas jungproletarischem Anhang verstecken und Theater spielen können. Es meint eine Organisation, die von Arbeitern getragen wird, die ihre Kraft aus der Arbeiterklasse bezieht, die in der Arbeiterklasse wurzelt. Die kommunistische Partei ist nicht etwas, das in erster Linie oder gar allein durch intellektuelle Kräfte (z.B. „Programm“, „Klassenanalyse“ etc.) hergezaubert werden könnte.

Stalin hat im 8. Kapitel von „Über die Grundlagen des Leninismus“ eine zusammenfassende Definition der Kommunistischen Partei gegeben. Stalin sagt u.a.:

Die kommunistische Partei muß der Vortrupp der Arbeiterklasse sein. Sie muß die besten Elemente der Arbeiterklasse in sich aufnehmen. Sie muß mit einer revolutionären Theorie gewappnet sein. Sie muß ein Teil der Arbeiterklasse sein, der durch sein ganzes Sein mit ihr fest verwurzelt ist.

Nun wäre es ein Fehler, wenn man sagen würde: „Also müssen erst all diese Bedingungen erfüllt sein, bevor eine Partei gegründet werden kann.“ Stalin zeigt aber, in welche Richtung wir gehen müssen, um das Zirkelwesen zu überwinden und die kommunistische Partei der Arbeiterklasse zu schaffen.

aus:

Arbeiterkampf Nr. 24/Dez. 72

Zur Auseinandersetzung mit KBB/NRF (Teil 2)

Im ARBEITERKAMPF 24 berichteten wir von der Absicht einiger Gruppen – KB Bremen, KB Göttingen, NRF Heidelberg u.a. – eine einheitliche Organisation zu bilden.

Auf einer Konferenz am 16./17. September 72 bildeten diese Gruppen eine tunkoptige „Programmkommission“, die den Auftrag erhielt, „in etwa drei Monaten einen aus-

formulierten Programmentwurf vorzulegen. Schon vorher sollen vorbereitende Untersuchungen der Kommission veröffentlicht werden."

Die Programmkommission konnte offensichtlich ihren Auftrag innerhalb der vorgesehenen Zeit von drei Monaten nicht durchführen, die Veröffentlichung von „vorbereitenden Untersuchungen“ unterblieb; stattdessen legte die Kommission Anfang Dezember bloß einen Arbeitsplan vor, der den Aufbau des Programms skizzierte.

Diesen Arbeitsplan überschrieben NRF/KBB tollkühn mit dem Titel „Das Programm der westdeutschen Kommunisten“. Damit soll gesagt sein, daß NRF/KBB den westdeutschen Kommunisten vorschreiben, sich auf dem Boden dieses Programms (zu dem freilich bisher nur der Arbeitsplan vorliegt) zur Neugründung der KPD zusammenzuschließen.

Dieser Arbeitsplan beseitigt immerhin einige maßlos übertriebene Vorstellungen, die nicht nur wir, sondern auch einige Sympathisanten von NRF/KBB sich über das zu erwartende Programm gemacht hatten. So hatten wir z.B. noch vor kurzem geschrieben:

„...wir zweifeln nicht, daß die Genossen nunmehr ein Programm zustande bringen werden, das ausführlicher und exakter ist als die bisher vorliegenden Programme und Plattformen...“ (ARBEITERKAMPF 24)

Und die mit NRF/KBB sympathisierende KG Köln hatte von dem Programm u.a. „sorgfältige und konkrete Untersuchungen über Lage und Struktur der Arbeiterklasse“, „Aufarbeitung und Anwendung der Erfahrungen der kommunistischen Weltbewegung“ und „Anwendung der marxistisch-leninistischen Methode auf die Entwicklungstendenzen des westdeutschen Imperialismus“ erwartet. („tup“ der KG Köln, September 72)

Aus dem nunmehr vorgelegten Arbeitsplan geht jedoch hervor, daß das Programm von NRF/KBB zwar länger, aber keineswegs inhaltsreicher ausfallen dürfte als das halbe Dutzend von Programmen und Programmatischen Erklärungen, die schon von anderen Organisationen vorliegen.

Mit seiner Parole gegen die „Verwechslung von programmatischen und taktischen Fragen“ hatte das NRF schon vor einiger Zeit das rechte Stichwort gegeben. Der Arbeitsplan zeigt, daß unter dieser Parole anscheinend die Beschränkung des Programms auf „ewige Wahrheiten“ (vom Typ „Westdeutschland ist ein imperialistisches Land“ oder „Der

endgültige Sieg des Proletariats ist unausbleiblich“) gemeint ist, während konkrete Untersuchungsarbeiten und die Frage der Massenlinie aus dem „Programm“ hinaus in das Ressort der „Taktik“ verwiesen wurden. Dabei wurden auch einige Punkte der „Taktik“ zugeschlagen, die bis vor kurzem von NRF/KBB als Kern und Voraussetzung des Programms bestimmt worden waren.

So hatte z.B. die Bremer „Wahrheit“ den „KPD“s und „KPD/ML“s vorgeworfen, sie seien nicht in der Lage, in ihren programmatischen Erklärungen die Entwicklungsperspektiven des westdeutschen Imperialismus darzulegen („Wahrheit“, Juni/

Anzeige

Zur Wohnungsfrage: Wohnungsprobleme in Westdeutschland

Aus dem Inhalt:

• Bilanz der Wohnungsfrage

• Das wohnungspolitische Programm der SPD

• Geschäfte mit der Wohnungsnot

(aus ARBEITERKAMPF 16/17)

erhältlich im
Arbeiterbuch
Hamburg 13
Grindelhof 45

DM 1,-

Juli 72). Das war damals überhaupt die entscheidende Kritik des KBB an den „Parteien“, womit begründet werden sollte, warum das zukünftige Programm von NRF/KBB gaaaaanz anders aussehen müßte als die programmatischen Erklärungen der „Parteien“. Im Arbeitsplan dagegen heißt es nunmehr:

„...unseres Wissens gibt es keinen Artikel, der sich mit Programmfragen beschäftigt und dabei nicht die Entwicklung des westdeutschen Imperialismus als die zentrale Aufgabe theoretischer Arbeit aufstellt. Nun wollen wir die Bedeutung dieser Aufgabe keineswegs abstreiten, aber von Bedeutung ist sie gera-

de in Hinblick auf die Ausarbeitung einer korrekten Taktik (!), nicht in Hinblick auf das Programm.“ (Arbeitsplan, S. 10)

Auf einmal also soll die ehemals als Prüfstein und Fundament angegebene Untersuchung über die Entwicklung des BRD-Imperialismus fürs Programm gar nicht mehr so wichtig und bloß Gegenstand der „Taktik“ sein. — Der Arbeitsplan beschränkt sich daher hinsichtlich der Entwicklung des BRD-Imperialismus auf allgemeinste Aussagen, die schon in der programmatischen Erklärung des NRF von 1971 enthalten waren (verstärkter Kapitalexport, Konzentrationsprozeß etc.).

Ein zweites Beispiel: Im „Gemeinsamen Kommuniqué“ der beteiligten Gruppen vom 28. Mai 72 sind mehrere Punkte angegeben worden, und es heißt dazu: „Die Klärung (!) dieser Frage ist die entscheidende (!) Voraussetzung (!) für die Erarbeitung des Programms“. Einer der dort angegebenen Punkte war die Faschismus-Frage. Wie aber wird die Faschismus-Frage nunmehr im Programm behandelt? Da heißt es, das Programm sollte auch einen „Hinweis“ auf Rückschläge der Arbeiterbewegung enthalten. Unter diesem Punkt sollen außer der „Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion“ auch der historische Faschismus in Deutschland und Italien „angeführt“ werden, weil er „eine stark demoralisierende Wirkung“ hatte (S.26).

Ist der Faschismus aber nur ein historisches Problem, auf das ein „Hinweis“ am Rande ausreichend ist...? — Der Arbeitsplan erkennt zwar die Möglichkeit einer „aktuell drohenden faschistischen Gefahr“ auch für die Zukunft an, jedoch sei das „eine andere Frage, die nicht Bestandteil des Programms (!), sondern Gegenstand taktischer Erörterungen und Resolutionen ist“ (S. 30).

Erst wurde also die Klärung der Faschismus-Frage als „entscheidende Voraussetzung“ für die Erarbeitung des Programms definiert. Nun aber heißt es, diese Frage sei gar nicht Gegenstand des Programms, sondern der „Taktik“. In der Tat widmet der Arbeitsplan der Faschismus-Frage alles in allem noch nicht einmal 10 Zeilen!

Gegen die „KPD“ haben NRF/KBB den Vorwurf der „programmatischen Beliebigkeit“ (Arbeitsplan, S. 8) erhoben. Aber was könnte „beliebiger“ sein als der Arbeitsplan von NRF/KBB, worin ehemals für unentbehrlich erklärte Bestandteile des Programms einfach fallen gelassen sind, worin über zentrale Fragen der Arbeiter-

bewegung (Faschismus, Opportunismus) oberflächlich hinweggeschaut wird, während Nebenfragen (z.B. Rolle der „neuen Mittelklasse“) genüßlich ausgewalzt werden?

Zumindest die Führer des KBB wissen genau, was sie da veranstaltet haben. Denn in der „Wahrheit“ schrieben sie schon vor fast einem Jahr völlig richtig:

„Wir gehen also davon aus, daß es noch keine politische Plattform gibt, welche die Basis bilden könnte für eine dauerhafte Einheit zum Nutzen der Arbeiterklasse und frei von Opportunismus und Gründungs-fieber (!). Wir gehen weiter davon aus, daß diese Basis auch nicht in wenigen Monaten (!) geschaffen werden kann, zumal in der westdeutschen kommunistischen Bewegung mit der umfassenden wissenschaftlichen Untersuchung unserer Wirklichkeit kaum begonnen worden ist.“ („Wahrheit“, Feb. 72)

Der Arbeitsplan ist der zwangsläufige Ausdruck des Versuchs, wider besseres Wissen nun doch „in wenigen Monaten“ und ohne umfassende wissenschaftliche Untersuchungen so etwas wie ein Programm zusammen zu bringen. Dieses Programm hat keine Funktion für den Kampf der Arbeiterklasse, sondern es dient der bornierten Gruppen-Logik der NRF/KBB-Führer: sie haben nun etwas zum Vorzeigen, mit dem sie in der Bewegung den großen Fischzug zu machen hoffen.

Salto Mortale

Immer und immer wieder haben NRF/KBB in ihren Publikationen die brennende Notwendigkeit des Programms eindringlich beschworen: das Programm schaffe überhaupt erst den einheitlichen Willen in der kommunistischen Bewegung und „damit die Basis für ihren Zusammenschluß in der Partei“ — ohne Programm sei die Bewegung zur „taktischen Defensive“ gegenüber der Bourgeoisie verdammt — ohne Programm könnten innerorganisatorische Widersprüche nicht offen ausgetragen werden usw. usf.

Aber der nun folgende „Salto Mortale“ der NRF/KBB-Führer endet prompt auf dem Arsch! In ihrem Programm/Arbeitsplan lassen sie den Leser teilnehmen an ihrer Suche nach „Vorbildern“ für ihr Programm, und das Ergebnis ihrer Suche fassen sie so zusammen:

„Seit dem Erfurter Programm von 1891 (!) ist von der revolutionären Arbeiterbewegung Deutschlands kein (!) systematisches Programm mehr ausgearbeitet worden, auf das wir uns stützen

könnten.“ (S. 14/15)

Die verschiedenen Programme der KPD seien — so führt der Arbeitsplan weiter aus — alles gar keine richtigen Programme gewesen, sondern bloß „Erklärungen mit Ausrufcharakter“ oder „taktische Feststellungen, die auf eine bestimmte Klassenkampfsituation bezogen waren“. Diese Programme der KPD seien zwar nicht völlig bedeutungslos, aber als „Vorbild“ fürs Programm von NRF/KBB seien sie untauglich. Ihr „Vorbild“ sehen die Genossen stattdessen in den programmatischen Diskussionen zum SPD-Programm von 1891 und zum Programm der russischen Partei von 1903 (zuzüglich dessen Erweiterungen 1918).

Die Genossen scheinen sich noch nicht einmal über die unglaubliche Arroganz im Klaren zu sein, sie würden seit 1891, seit 80 Jahren (!) endlich wieder ein „systematisches Programm“ für die Arbeiterbewegung schreiben, wozu die KPD anscheinend nicht in der Lage war.

Wenn überhaupt erst das Programm die Basis für den parteilichen Zusammenschluß schafft — was war dann die KPD, die ja angeblich niemals ein „richtiges“ Programm gehabt hat? War die KPD seit ihrer Gründung 1918 nur ein gigantisch aufgeblähter Zirkel, der sich „unrechtmäßig“ als Partei bezeichnete? Man muß dies freilich glauben, da ja NRF/KBB das Fehlen eines Programms als wesentliches Merkmal des Zirkelwesens bezeichnen.

„Gescheites“ im Sinne ihrer „programmatischen“ Pläne gefunden haben? Den Genossen scheint nicht einmal aufgefallen zu sein, daß hier eine Frage liegt.

Wie müßte der Faschismus im Programm berücksichtigt werden?

Wie wir sahen, geht der Arbeitsplan von NRF/KBB zum Programm mit kaum 10 Zeilen auf die Frage ein, die sich aus der Erfahrung des Faschismus für die Arbeiterklasse ergeben.

Das entspricht zwar nicht den früheren Ankündigungen von NRF/KBB, daß die „Klärung der Faschismusfrage“ eine „entscheidende Voraussetzung“ (!) für die Erarbeitung des Programms sei. Jedoch liegt es ganz auf der Linie ihrer sonstigen Politik, die Faschismusfrage durch Schweigen zu „lösen“.

Daß sich im Programm überhaupt ein „Hinweis“ auf den Faschismus (der Vergangenheit) finden soll, begründet der Arbeitsplan ausschließlich mit der „stark demoralisierenden Wirkung“, die der deutsche und italienische Faschismus auf die Arbeiter gehabt habe.

Schon diese Begründung offenbart den falschen Ansatz bei NRF/KBB, die von einer Wirkung der Erfahrung des Faschismus ausgehen, statt von der Erfahrung selbst: der



Zuerst haben die NRF/KBB-Führer die unheimliche Bedeutung und unbedingte Notwendigkeit des Programms betont. Nun ja, jede Henne gackert beim Eierlegen. — Aber dann tischen sie plötzlich die Behauptung auf, die KPD hätte während ihrer ganzen Existenz niemals ein Programm gehabt und sie müßten ihr Vorbild im Jahr 1891 suchen. Totale Konfusion!

Woran liegt es, daß die Genossen bis aufs sozialdemokratische Erfurter Programm von 1891 und aufs Programm der russischen Sozialdemokratie von 1903 zurückgreifen müssen, während sie in der nachfolgenden Zeit bis heute nichts

Faschismus hat den grauenvollsten Krieg der Menschengeschichte herbeigeführt, mit Millionen Arbeitern vieler Nationen als Opfer. Der Faschismus hat tausende klassenbewußte Arbeiter abgeschlachtet oder zerbrochen, er hat die Ergebnisse von Arbeitskämpfen vieler Jahre zunichte gemacht. Deshalb — und nicht in erster Linie der „demoralisierenden Wirkung“ wegen, die sich als Folge im Bewußtsein der Arbeiter zeigt — muß im Programm vom Faschismus geredet werden. Wenn wir über Niederlagen reden, dann deshalb, um aus ihnen zu lernen — und nicht deshalb, weil Niederlagen nebenbei auch eine

demoralisierende Wirkung haben. Der Aspekt, aus der Niederlage des Faschismus zu lernen, scheint aber in den programmatischen Vorstellungen von NRF/KBB zu fehlen.

Der Arbeitsplan stellt den Faschismus lediglich als Gegenstand „taktischer Erörterungen“ – nicht aber als Gegenstand des Programms – dar: Es sei ja möglich, daß „unter bestimmten Umständen“ die Kapitalisten nochmals zu faschistischen Lösungsversuchen greifen könnten; aber was die Kommunisten (und die Arbeiter) dann zu tun hätten, das sei halt bloß Gegenstand „taktischer Erörterungen und Resolutionen“ (Arbeitsplan, S. 30). Weiter unten führen sie dann noch eine Resolution an, die einzige, die sich auf den Faschismus zu beziehen scheint: diese Resolution soll eine Auffassung zurückweisen, der demokratische Kampf müsse heute wesentlich als antifaschistischer Kampf geführt werden. Die einzige „taktische Resolution“, die ihnen zum Faschismus einfällt: eine negative Abgrenzung von bestimmten Kampfformen, statt einer positiven Bestimmung der Aufgaben der Kommunisten. (Arbeitsplan, S. 39)

NRF/KBB haben offenbar noch nicht einmal begriffen, daß der Faschismus und andere Formen der totalen Konterrevolution typisch sind für die Etappe des untergehenden Kapitalismus und der proletarischen Revolution. Demnach geht es hier nicht um die taktische Antwort, die auf eine bestimmte eventuelle Wendung des Klassenkampfes zu geben ist, sondern es geht um eine strategische Antwort auf die grundsätzliche und fürs Proletariat wesentliche Frage nach dem Weg der Revolution in dieser Etappe. Mit einem unnachahmlichen Sinn für Banalitäten haben NRF/KBB sogar die „Unausbleiblichkeit“ des proletarischen Sieges als Programmpunkt angegeben. Aber auf die Frage nach dem Weg dorthin haben sie nur die Antwort: darüber zerbrechen wir uns jetzt noch nicht den Kopf. Das gehört in die Taktik und wenn es soweit ist, werden wir schon eine Resolution dazu machen...

Immerhin ist sogar die revisionistische DKP in diesem Punkt richtig: verfahren als NRF/KBB im Arbeitsplan. Im ursprünglichen Programm der DKP (= Grundsatzzerklärung) hieß es nämlich:

„Die DKP erstrebt den für das arbeitende Volk der Bundesrepublik günstigsten Weg zum Sozialismus, einen Weg ohne Bürgerkrieg.

Es waren immer die herrschenden reaktionären Klassen, die zur Rettung ihrer Macht und ihrer Vorrechte blutige Gewalt gegen das Volk anwandten...

In den späteren „Thesen“ der DKP (1971) findet sich kein entsprechender Hinweis mehr. Bei einer revisionistischen Partei wie der DKP ist das nicht weiter verwunderlich.

Aber auch NRF/KBB haben in ihrem Arbeitsplan zum Programm die Frage des Bürgerkriegs und des bewaffneten Kampfes schlichtweg „vergessen“. Und eine solche „Vergessenheit“ ist einigermaßen erstaunlich bei Leuten, die sonst sogar der „KPD/ML“ schon Konkurrenz an Wortradikalismus zu machen begannen.

Die Geschichte der Klassenkämpfe zeigt, daß die Revolution in den imperialistischen Ländern ihren Weg wahrscheinlich über den Bürgerkrieg nehmen wird, der vom unbedingten Festhalten der herrschenden Klasse an den bestehenden Besitz- und Machtverhältnissen hervorgerufen wird. Die Vorbereitung der Arbeiterklasse gerade auf diesen Weg der Entwicklung ist demnach eine zentrale Aufgabe der Kommunisten – unabhängig von taktischen Wendungen, die der Klassenkampf erfordert und auf die das Programm nicht im Einzelnen eingehen kann.

Das Programm der Kommunisten wird diese Schlussfolgerung aus der Geschichte der Klassenkämpfe festzuhalten haben. In diesem Zusammenhang ist der Faschismus als eine besonders brutale Form der Konterrevolution nach innen und außen anzusprechen. (Wir werden auf die inhaltlichen Vorstellungen von NRF/KBB zur Faschismusfrage demnächst nochmals ausführlicher eingehen – vgl. hierzu auch ARBEITERKAMPF 16, 17 und 18).

Wie müsste der Opportunismus im Programm berücksichtigt werden

In der Frage des Kampfes gegen den Opportunismus tritt die chaotische Fehl-Proportionierung des Programms, das Verwechseln von Wesentlichem und Unwesentlichem durch NRF/KBB besonders krass zutage: da widmet der Arbeitsplan zum Programm mehr als 200 (!) Zeilen der aufregenden Frage „Wie wird die neue Mittelklasse im Programm berücksichtigt?“, während ganze 9 (neun) Zeilen auf den Abschnitt „Der Kampf gegen den Opportunismus“ entfallen. Das widerspiegelt das Bewußtsein von Kleinbürgern, denen

die genaue Bestimmung ihrer Klassenlage schon seit Jahren im Kopf herumspukt und denen sich die Frage nach der „neuen Mittelklasse“ ohne weiteres als das zentrale Problem der Programmatik darstellt (kein anderer Punkt ist im Arbeitsplan so ausführlich und geradezu liebevoll abgehandelt wie dieser!).

Die Aussage des Arbeitsplans zum Punkt „Kampf gegen den Opportunismus“ beschränkt sich im Wesentlichen auf einen einzigen mageren Satz, nämlich daß „jeder bürgerliche sozialdemokratische Einfluß auf die Arbeiterbewegung bekämpft werden muß, ebenso wie die revisionistische Entstellung des Marxismus durch diejenigen Parteien, die im Fahrwasser des russischen Sozialimperialismus schwimmen“ (S.27).

Der Opportunismus als Form bürgerlicher Politik in der Arbeiterbewegung ist sozusagen das „friedliche“ Gegenstück zur Gewaltpolitik der Bourgeoisie. In seinem Kampf um den Sozialismus muß das Proletariat mit diesen Feinden fertig werden: mit dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie ebenso wie mit dem bürgerlichen Terror. Daher muß der Kampf gegen den Opportunismus im Programm ebenso wie der Bürgerkrieg breiteren Raum einnehmen. Und es ist eben typisch für das „programmatische“ Bewußtsein der Führer von NRF/KBB, daß sie von diesen zwei zentralen Fragen der Arbeiterbewegung die eine glattweg „vergessen“ haben, während sie an der anderen vorbeihuschen.

Ein wirkliches Programm der Kommunisten müßte zunächst auf die historische Entwicklung der Spaltung der Arbeiterbewegung eingehen. Hierbei kann auf die Ausführungen Lenins Bezug genommen werden, ergänzt durch eine Konkretisierung auf der Basis (noch fehlender) aktueller Untersuchungen über die Struktur der Arbeiterklasse. Es muß daran verdeutlicht werden, daß der Opportunismus seine materielle Basis im Imperialismus hat (z.B. Frage der „Arbeiteraristokratie“, Stellung der Angestellten und Beamten, Verbindung von sozialdemokratischer Bürokratie und Staatsapparat, Imperialismus und „Dritte Welt“).

In Deutschland ist der bedeutendste organisatorische Träger des Opportunismus die SPD. Das Programm der Kommunisten muß entscheidende, für die Arbeiterbewegung verhängnisvolle Stationen der SPD ansprechen: die Haltung zum imperialistischen Krieg 1914, die Irreleitung und Unterdrückung der revolutionären Arbeiterkämpfe

1918-23, die Verhinderung der antifaschistischen Aktionseinheit der Arbeiterklasse 1929-33, die Hilfestellung bei der bürgerlichen Restauration nach 1945 und die Regierungsführung seit Ende der 60er Jahre. Dieser Abschnitt müßte dazu dienen, außer den „Schrecken des Imperialismus“ (Arbeitsplan, S.26) sozusagen auch die Schrecken des Sozialdemokratismus deutlich zu machen.

An dieser Stelle hätte eine allgemeine Ausführung zum Vorgehen im Kampf gegen den Opportunismus zu folgen: daß die Kommunisten den Sozialdemokratismus als Agenten der Bourgeoisie auf keinen Fall verwechseln mit ihren sozialdemokratischen Klassenbrüdern, also unser Ringen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse bei gleichzeitigem unversöhnlichen Kampf gegen die sozialdemokratische Politik und Ideologie.

Hier wäre dann auch der Platz, auf den modernen Revisionismus einzugehen – zum einen als „linke“ Variante des Sozialdemokratismus in den kapitalistischen Ländern, und zum zweiten als Wegbereiter der bürgerlichen Restauration in jenen Ländern, wo das Proletariat schon die Macht erkämpft hat. Diese Entwicklung müßte vom Programm erläutert werden.

Wie muß die Auseinandersetzung geführt werden?

Bekanntnisse zur Notwendigkeit der Auseinandersetzung um eine kommunistische Strategie und Taktik sind heute allgemein üblich. Würde der Fülle der Bekanntnisse die Breite und Tiefe der Auseinandersetzung annähernd entsprechen, so stünde es glänzend um die Zukunft der kommunistischen und Arbeiterbewegung in unserem Land. Leider ist das aber durchaus nicht so, und zwar im Wesentlichen als eine Folge der Zersplitterung der kommunistischen Bewegung.

Die einfachste Voraussetzung einer Auseinandersetzung zwischen Kommunisten ist die Existenz einer kommunistischen Presse. Diese muß die Gegenstände der Auseinandersetzung behandeln und diese Auseinandersetzung muß von den Kommunisten verfolgt werden.

Wie sieht es mit dieser einfachsten Voraussetzung aus?

In der BRD gibt es vier Organisationen, die sich den Namen einer „Kommunistischen Partei“ zugelegt haben: die revisionistische DKP,



ferner zwei „KPD/ML“-s und die „KPD“. Alle vier Organisationen geben eigene Zeitungen heraus, davon zwei (DKP und „KPD“) wöchentlich und eine („Roter Morgen“) vierzehntägig.

Weiter gibt es mehrere andere kommunistische Organisationen. Von diesen haben u.a. die „Arbeiterzeitung“ des Heidelberger NRF, die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ der ABG München und der Freiburger „Klassenkampf“ vorwiegend den Charakter örtlich begrenzter Agitationszeitungen. Überörtliche Bedeutung haben gegenwärtig insbesondere der Hamburger ARBEITERKAMPF, die Bremer „Wahrheit“, das Heidelberger „Neue Rote

Forum“ (das sich freilich als theoretische Zeitschrift in erster Linie an fortschrittliche Intellektuelle und organisierte Kommunisten wendet) und die „Rote Fahne“ des schwäbischen KABD.

Diese Zeitungen erreichen insgesamt immer noch nur einen sehr kleinen Kreis, verglichen mit der bürgerlichen Presse – zusammen genommen hat die kommunistische Presse noch nicht einmal die Auflage einer faschistischen Wochenzeitung wie etwa der „National- und Soldatenzeitung“.

Die meisten Organisationen scheuen sich, die Auflagenhöhen ihrer Zeitungen zu „verraten“. Die Gründe dafür sind nicht einleuch-

tend, dahendfalls der Staatsapparat diese Zahlen wohl recht gut kennt (zumal viele dieser Zeitungen noch im bürgerlichen Lohndruck hergestellt werden).

Die höchste Auflage aller Zeitungen mit kommunistischem Anspruch hat zweifellos die „UZ“ der DKP, wahrscheinlich 60 - 90.000, wovon allerdings regelmäßig mehr als ein Drittel kostenlos verteilt wird.

Der „Arbeiterkampf“ hat seine Auflage seit Beginn seines Erscheinens vor einem Jahr erheblich steigern können, von 5.000 auf gegenwärtig 16 - 18.000.

An dritter Stelle folgt das „Neue Rote Forum“, das ebenfalls regelmäßig die Höhe seiner Auflage angibt und zuletzt (Oktober 72) bei 12.000 stand.

Andere Auflagen sind nur zu schätzen. So dürften die „Rote Fahne“ der „KPD“ und die „Wahrheit“ des KBB knapp über 10.000 liegen, während wahrscheinlich von den übrigen Zeitungen keine mehr als 5.000 Stück Auflage hat.

Es liegt auf der Hand, daß die überwiegende Mehrheit der Kommunisten weder Zeit noch Interesse hat, die gesamte kommunistische Presse - zwei Wochenzeitungen und ein halbes Dutzend Monatszeitungen - regelmäßig zu kaufen und durchzulesen. Erst recht ist klar, daß dies der unorganisierte, aber am Marxismus-Leninismus interessierte Arbeiter kaum tun wird.

Prüfen wir im Licht dieser Situation zu häufig zu hörende Parolen von NRF/KBB: die Auseinandersetzung zwischen den Kommunisten müßte „offen vor der Arbeiterklasse“ geführt werden und sie müßte „quer durch die Zirkel hindurch geführt“ werden.

Zur ersten Parole: wir haben festgestellt, daß die kommunistische Presse immer noch nur einen sehr kleinen Teil der Arbeiterklasse erreicht und also im besten Fall nur dieser kleine Teil der Arbeiterklasse überhaupt Zeuge der Auseinandersetzung um eine kommunistische Strategie und Taktik wird. Ferner kriegt selbst dieser kleine Teil in der Regel nicht die ganze Breite der Auseinandersetzung mit, sondern im Wesentlichen nur den Standpunkt einer Organisation, deren Zeitung er regelmäßig liest.

Das liegt sozusagen „in der Natur der Sache“. Bemerkenswert ist aber, daß NRF/KBB anscheinend ausdrücklichen Wert auf die Aufrechterhaltung dieses Zustands legen! In einem bösen Brief beschwerte sich nämlich das NRF vor einiger Zeit bei uns, weil am 1. Mai 72 einige Genossen den ARBEITERKAMPF

in Mannheim (das vom NRF als sein „Jagdrevier“ angesehen wird, verkauft hatten. Dies - so das NRF - sei „spalterisch“ und „verwirrend“.

Den vollständigen Wortlaut des Heidelberger Briefes haben wir in UNSER WEG 16/17 wiedergegeben.) Dies zeigt klar, daß NRF/KBB zwar von „offener Auseinandersetzung vor der Arbeiterklasse“ gerne schwätzen, aber sehr erschrocken sind, wenn man sie beim Wort nimmt.

Zur zweiten Parole: eine Auseinandersetzung „quer durch die Zirkel hindurch“ erfordert, daß die Kommunisten auch die Zeitungen anderer Organisationen (zwar nicht alle, aber doch die bedeutendsten) regelmäßig zur Kenntnis nehmen und daß zwischen den Organisationen in der Presse überhaupt erst ein Austausch und Kampf der Standpunkte organisiert wird. Damit liegt es jedoch sehr im Argen.

Hierzu nochmals Zahlen. In der Buchhandlung „Arbeiterbuch“ in Hamburg, die dem Kommunistischen Bund nahesteht, werden jeweils 7 - 800 Stück des Heidelberger „Neuen Roten Forums“ und 5 - 600 Stück der Bremer „Wahrheit“ verkauft.

Umgekehrt verkaufen das NRF in seinem Heidelberger Buchladen und der KB Bremen in seinem Buchladen nur je etwa 150 Stück vom ARBEITERKAMPF. Diese Zahl wurde vom KBB kürzlich gar auf 80 gesenkt. In einem ironischen Begleitbrief dazu hieß es: „Das Interesse ist zurückgegangen“. (Warum wohl?)

Die Führer des KBB geben sich hier die bieder-männische Maske des kleinen Krämers an der Ecke, der die „sinkende Nachfrage“ nach einem bestimmten Produkt achselzuckend zur Kenntnis nimmt. So möchten sie verdecken - was sie in Wahrheit wohl recht gut wissen - daß der überörtliche Verkauf der verschiedenen Richtungen der kommunistischen Presse eine politische Frage ist und daß die „Nachfrage“ nach Zeitungen anderer Richtungen von der Haltung der Führer und vom „Klima“ in der jeweiligen Organisation bestimmt wird und daß sie geradezu ein Gradmesser für die politische Reife einer Organisation ist.

In einer Organisation wie dem schwäbischen KABD z.B. kann man von den Mitgliedern offen hören, daß sie nur das lesen, was ihre Führer ihnen verordnen. Der dem KABD nahestehende Buchladen in Stuttgart weigert sich in diesem Sinn auch, den ARBEITERKAMPF überhaupt zum Verkauf anzubieten. Ebenso weigert sich der Buchladen der ABG in München, den „Ar-

beiterkampf, dieses Trotzlistenblatt“, zu verkaufen. (Der erste „Boykott“ gegen unsere Zeitungen wurde übrigens schon 1971 von einer Frankfurter Buchhandlung ausgesprochen, die damals der „KPD/ML“ - „Roter Morgen“ gehörte).

In diesem Zusammenhang sind auch die KBB-Führer zu erwähnen. Als vor einigen Wochen in Bremen von unseren Genossen der ARBEITERKAMPF verkauft wurde, tauchte plötzlich Claus von Eitzen, Mitglied des ZK des KBB, auf und verkündete: wir sollten „auf Beschluß des ZK des KBB“ den Verkauf sofort einstellen. Als unsere Genossen natürlich weiter verkauften, wurde ein Mitglied des KBB hin dirigiert, der regelmäßig zu schreien hatte „Die Zeitung der neuen Sozialdemokratie“. Interessant wäre zu wissen, ob die KBB-Führer auch den Verkauf anderer Zeitungen (z.B. der revisionistischen „UZ“ oder der super-„linken“ „Roten Fahne“) in Bremen in ähnlicher Weise zu stoppen versuchen, oder ob nur der ARBEITERKAMPF sie zu solch schwachsinnigen Reaktionen reizt.

Es liegt bei der Führung, in „ihren“ Organisationen ein Klima zu schaffen, wo das Lesen kommunistischer Zeitungen (außer der eigenen) entweder direkt als ketzerisch verboten ist oder zumindest für Zeitverschwendung gehalten wird. Im einen wie im anderen Fall ist das Kennenlernen und Vergleichen verschiedener Auffassungen über kommunistische Strategie und Taktik, d.h. die wortreich geforderte „Auseinandersetzung quer durch die Zirkel hindurch“, unmöglich.

Wie die NRF/KBB - Führer den KB bekämpfen

Die Führer von NRF/KBB, die die Verbreitung des „Arbeiterkampf“ unter den Arbeitern ihres „Reviers“ verhindern wollen, setzen diese Art der „Auseinandersetzung“ in ihrer Presse konsequent fort.

Bevor wir die äußeren Erscheinungsformen dieser „Auseinandersetzung“ darstellen, muß etwas über die dahinter stehenden grundsätzlichen Vorstellungen von NRF/KBB und deren materielle Basis gesagt werden.

Im Arbeitsplan zum Programm heißt es: „...wir fordern nicht die organisatorische Unterordnung und Auflösung der bestehenden Organisationen (d.h. der „Parteien“ und der Zirkel - Anm. des AK) in die unsere, sondern wir kämpfen um die politische Anerkennung unseres

Programms und unserer Taktik...“ (S.40).

Wir wollen hier nicht auf die Frage eingehen, daß NRF/KBB zum Programm nur einen oberflächlich zusammengebastelten, unvollständigen Arbeitsplan haben und daß ihre Taktik überhaupt noch nicht fixiert ist, sondern bisher nur aus ihrer Politik zu rekonstruieren ist.

Uns geht es vielmehr um den Begriff der „politischen Anerkennung“ einer bestimmten Linie von Programm und Taktik. Dieser Begriff setzt voraus, daß mehrere Linien existieren, und daß eine von diesen die richtige ist. Welche das ist, muß sich dann nur noch im „Kampf um die politische Anerkennung“ herausstellen.

Diese Vorstellung verkennt aber den aktuellen Stand der kommunistischen Bewegung, wie er von den Bremer Führern selbst in besseren Zeiten einmal richtig beschrieben worden ist: aus dem Fehlen umfassender revolutionärer Erfahrung und gründlicher Kenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus ergeben sich für die Kommunisten heute große Schwierigkeiten, eine klare (korrekte) Linie herauszubilden („Wahrheit“, Juni/Juli 72).

Wir gehen davon aus, daß es „die korrekte Linie“ - verkörpert durch eine „Partei“ oder einen der Zirkel - heute noch nicht gibt. Deshalb haben wir gesagt, daß diese Linie in der Dialektik von Auseinandersetzung und Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen Organisationen zu erarbeiten ist.

Die Parole vom „Kampf um die politische Anerkennung“ hat ihre Basis in der Zersplitterung des Zirkelwesens und in seiner Isoliertheit von der Arbeiterklasse. Sie bedeutet eine Übertragung der Formen kapitalistischer Konkurrenz auf die kommunistische Bewegung. Der „politische“ Selbsterhaltungstrieb einiger Führer der Bewegung bildet die „Hauptseite“ bei der Durchsetzung dieser Parole.

Die Führer von NRF/KBB reden wie Kommunisten, aber sie handeln wie Kapitalisten, die eifersüchtig ihren „Markt“ verteidigen und „Konkurrenten“ auszuschalten trachten.

Die Führer von NRF/KBB schwätzen von „offener Auseinandersetzung vor der Arbeiterklasse“. Aber die Bekanntmachung der Arbeiter ihres „Reviers“ mit den Zeitungen anderer kommunistischer Gruppen würden sie gern verhindern, wenn sie nur könnten.

Auch in ihren Zeitungen setzen sie sich mit dem Kommunistischen Bund gar nicht ernsthaft auseinander.

ander. So ist es typisch, daß die Bremer „Wahrheit“ es bis heute nicht geschafft hat, auch nur eine einzige Zeile aus dem „Arbeiterkampf“ vollständig wiederzugeben. Stattdessen erfährt der Leser bloß in indirekter Rede, was angeblich im ARBEITERKAMPF gestanden haben soll. Meist wird dabei der wirkliche Standpunkt des Kommunistischen Bundes bis zur Unkenntlichkeit verdreht. Im Vergleich dazu zitiert der ARBEITERKAMPF ständig längere Passagen aus der „Wahrheit“ usw., um mit den Vorstellungen anderer Gruppen bekannt zu machen. Wir halten uns dabei an Lenin, der in seinen Artikeln immer wieder ausführlich in Zitat-Form die Auffassungen seiner Gegner wiedergab, bevor er sie widerlegte. Es ist ohne weiteres einsichtig, daß nur auf dieser Grundlage überhaupt eine ehrliche Auseinandersetzung möglich ist. Lenin schrieb:

„Die Polemik wird nur dann Nutzen bringen, wenn sie klarstellt, worin eigentlich die Meinungsverschiedenheiten bestehen, wie tief sie gehen, ob es sich um Meinungsverschiedenheiten in Teilfragen handelt, ob diese Meinungsverschiedenheiten ein Hindernis für die gemeinsame Arbeit in den Reihen ein und derselben Partei sind oder nicht...“

Für die aktuelle Polemik zwischen den Kommunisten ist dagegen bezeichnend, daß gerade diese Klarstellung über das Wesen und die Tiefe der Differenzen kaum vorgenommen wird. Und besonders die Führer von NRF/KBB sind traurige Meister in der Kunst, einen Streit um Formulierungen oder Nebensächlichkeiten als Wesen der Meinungsverschiedenheiten auszugeben. Ohnehin macht sich der größte Teil ihrer Polemik gegen den Kommunistischen Bund an Fälschungen und Verdrehungen fest.

Wo NRF/KBB nicht direkt zum Mittel der Fälschung greifen, da bringen sie den Standpunkt des Kommunistischen Bundes doch zumindest in einer diffamierenden Form ein.

Indem sie z.B. schreiben: „Die Genossen (gemeint ist der Kommunistische Bund - Anm. des AK) jammern über die Stärke der Bourgeoisie“, drücken sie sich zugleich um eine ernsthafte Diskussion dieser für die Arbeiterbewegung wichtigen Frage (NRF 4/5, 72, S.9). Aus einer Auseinandersetzung über das aktuelle Kräfteverhältnis im Klassenkampf machen sie eine moralische Frage. Dabei ist die Sache sehr einfach: der Kommunistische Bund jammert nicht über die relative Stärke der Bourgeoisie, aber er stellt sie fest. Da NRF/KBB diese Feststel-

lung durch Tatsachen nicht widerlegen können, sticheln sie in der Manier von kleinen Kindern: „Ihr seid ja bloß zu feige und traut euch nicht!“

Einen Höhepunkt hat diese Alberei in einem Beitrag des ZK des KBB erreicht, wo die ganze Politik des Kommunistischen Bundes auf die „Kleinmütigkeit“ seiner Führer zurückgeführt wird (NRF 6/72, S. 10 ff.).

Die prinzipienlose Polemik von NRF/KBB gegen den Kommunistischen Bund hat Tradition. Sie ist überhaupt eines der wichtigsten Bänder, das diesen Zirkelblock zusammenhält. Im Arbeitsplan zum Programm versteckt sich dieser Tatbestand hinter folgendem Satz:

„Seit dem gemeinsamen Auftreten der kommunistischen Zirkel in der Metalltarifrunde 1971 haben wir in den Auseinandersetzungen mit einem allmählich sich herausbildenden System rechtsoportunistischer Politik die Gemeinsamkeit unserer Organisationen herausgearbeitet“ (S. 13). Oder in klarem Deutsch: die Führer von NRF/KBB haben ihre „Gemeinsamkeit“ im Kampf gegen den „rechtsoportunistischen“ Kommunistischen Bund „herausgearbeitet“. Sie behaupten, wir hätten unsere „rechtsoportunistische“ Politik erst allmählich herausgebildet. Mit dieser Lüge wollen vor allem die Führer des KBB ihre eigenen Schwankungen bemänteln. Nicht wir, sondern sie haben ihre Politik geändert, vor allem in der Faschismus-Frage („unvorstellbar“, daß die KBB-Führer im Herbst 1971 die SPD zum „antifaschistischen Kampf“ gegen Strauß aufforderten). Eine Begründung, eine Selbstkritik für ihr politisches Zick-Zack haben sie bis heute nicht geliefert.

Die Führer des KBB schreiben, sie hätten zunächst „in einer gemeinsamen Front mit denjenigen Genossen“ gestanden, „die später den KB-Nord (den Kommunistischen Bund - Anm. des AK) gründeten... Die Widersprüche zu diesen Genossen, die heute in aller Schärfe hervortreten, waren damals noch völlig unentwickelt“ (Arbeitsplan, S. 12). Erst durch die Gründung des Kommunistischen Bundes sei es zum Bruch zwischen uns und den KBB-Führern gekommen (Arbeitsplan, S. 13).

Wieder eine Lüge. In Hamburg entstand die Gruppe des Kommunistischen Bundes durch einen Zusammenschluß des SALZ und des KAB. Hiervon war das SALZ ein relativ stark in den Betrieben verankerte

Organisation, während der KAB eine kleine Gruppe war, die sich in erster Linie mit der Herausgabe einer politisch-theoretischen Zeitung befaßte (KAB-AZ).

Zum SALZ standen die Führer des KBB längst in alter Feindschaft, die ihren Ursprung offenbar in früheren Auseinandersetzungen um die „Vormacht“ in Norddeutschland hatte. Dagegen biederten sich die KBB-Führer beim KAB an, zogen die KAB-AZ zur Schulung im KBB heran und forderten den KAB auf, in Hamburg eine Konkurrenz-Organisation zum SALZ zu schaffen. Während der Aktionseinheit zahlreicher Zirkel zur Metall-Tarifrunde 71 gingen dann die KBB-Führer zum offenen Angriff gegen das SALZ vor. Der Gegenstand ihrer Polemik verrät die Prinzipienlosigkeit der KBB-Führer. Griffen sie doch damals das SALZ von rechts

Als diese Attacke in der gesamten Bewegung auf Ablehnung stieß, machten die KBB-Führer einen taktischen Rückzug und verfaßten eine heuchlerische „Selbstkritik“: sie hätten ein „falsches Verhältnis zum SALZ“ gehabt, die „Diskussion vergiftet“, eine „kleinbürgerliche Linie“ vertreten, die Prinzipien der kommunistischen Aktionseinheit verletzt, eine „offene Provokation gegen das SALZ“ begangen, eine „sektiererische Haltung“ eingenommen usw. usw. —

In einer gemeinsamen Stellungnahme von SALZ und KAB zu dieser „Selbstkritik“ wurde richtig eingeschätzt:

„Die Wortführer des KB Bremen und des KB Göttingen sind diesmal völlig auf den Arsch gefallen, weil sie das Kräfteverhältnis falsch eingeschätzt hatten... Das hat sie

und besser vorbereitet als 1971 — zur alten Form der „Auseinandersetzung“ zurück gefunden.

Im Artikel des ZK des KBB zum Faschismus (NRF 6/72) wird nicht nur behauptet, der Kommunistische Bund hätte „den Boden des Marxismus verlassen“, sondern es ist gleich noch hinzugefügt „falls sie ihn je betreten haben“.

Warum muß die Auseinandersetzung vor der Arbeiterklasse geführt werden?

Die Führer des KBB haben vor längerer Zeit die gute Parole ausgegeben, die Auseinandersetzung zwischen den Kommunisten müßte „offen vor der Arbeiterklasse“ geführt werden. Sie warnten damals vor der Gefahr, „daß der Kampf der Zirkel um die richtige Linie zum endlosen Sektengezänk entartet.“

Und weiter: „...diese Gefahr wird nur vermieden, wenn die Auseinandersetzung um die Strategie der westdeutschen Arbeiterbewegung offen vor der Arbeiterklasse geführt wird, und die Arbeiter lernen, daß es sich bei diesen Auseinandersetzungen um die Frage ihres Kampfes handelt, die nur entschieden werden können durch ihr eigenes revolutionäres Handeln.“ (Wahrheit, Februar 72, S. 6).

Von dieser Parole sind die Führer von NRF/KBB in der Praxis offen abgerückt. Im NRF ist das auch „begründet“ worden.

Im NRF 2/72 (Mai) ist der Vorschlag für ein „gemeinsames theoretisches Organ verschiedener Gruppen“ (des Zirkelblocks) gemacht worden. Die Genossen schreiben dort über ihre „Arbeiterzeitung“ (eine Zeitung, die sie vor Betrieben im Raum Mannheim/Heidelberg verkaufen):

„...es ist klar, daß wir in diesem Organ die Auseinandersetzung mit anderen Organisationen und Gruppen nur begrenzt führen können, wenn die Auffassungen dieser Gruppe den Lesern in den Fabriken nicht bekannt sind.“ (S. 17)

Diese Begründung ist nicht ausreichend. Die NRF-Führer setzen sich ja gerade dafür ein, daß die Auffassungen anderer Gruppen den „Lesern in den Fabriken“ (d.h. den Arbeitern) nicht bekannt werden sol-

len (s.o., „Verkaufsverbot“ für den ARBEITERKAMPF). Ehrlicher Weise müßten die NRF-Führer schreiben: „Wir wollen in der ‚Arbeiterzeitung‘ die Auseinandersetzung mit anderen Gruppen nur begrenzt führen, und deshalb wäre es uns am liebsten, wenn die Auffassungen anderer Gruppen unseren Lesern gar nicht erst bekannt würden.“

Daß sie dies meinen, wird außerdem auch an ihrem folgenden Vorschlag deutlich: die Auseinandersetzung nicht „wahlos in die Arbeiterklasse hineinzutragen“ (!), sondern sie in einem „gemeinsamen theoretischen Organ“ erst zu „sichten“. Also ob ein theoretisches Organ nicht ebenso gut wie eine „Arbeiterzeitung“ Plattform für demagogisches Gezänk sein kann.

Die Konsequenz dieses Vorschlages müßte tatsächlich sein: „Reviere“ abzustecken, wo nur jeweils eine lokale Gruppe ihre Zeitung verbreitet. Daneben ein „gemeinsames theoretisches Organ“, in dem sich die Auseinandersetzungen abspielen.

Eine Kommission hätte dann zu entscheiden, welche Bestandteile der Auseinandersetzung den „Massen“ bekannt gemacht werden dürfen, ohne daß sie vielleicht „verwirrt“ werden.

Dabei stellen die NRF-Führer die Dinge auf den Kopf. Was von den kommunistischen Organisationen tatsächlich „wahlos in die Arbeiterklasse hinein“ getragen wird, sind die massenhaften Flugblätter von zig Zirkeln, die „wahlos“ jedem vorbeigehenden Kollegen in die Hand gedrückt werden. Das schafft wirklich Verwirrung, das schadet den Kommunisten — ohne daß wir freilich einen Patent-Vorschlag angeben könnten, wie diese Lage zu ändern ist (Einführung einer „Obersten Zensurbehörde“, die darüber entscheidet, welche Flugblätter verteilt werden dürfen?).

Wenn dagegen ein Arbeiter eine kommunistische Zeitung kauft, so offenbar deshalb, weil er wissen will, welche Auffassung die Kommunisten zu bestimmten Fragen haben, welche speziellen Vorstellungen dieser oder jener Zirkel zu dieser oder jener Frage vertritt usw.

Die kommunistischen Zeitungen werden also nicht „wahlos in die Arbeiterklasse hinein“ getragen, sondern sie wenden sich an einen bestimmten Kreis von Arbeitern, der etwas über kommunistische Politik wissen will. Diese Teile der Arbeiterklasse, die mit den Lesern einer theoretischen Zeitschrift nicht

gleichzusetzen sind, erwarten, daß in den kommunistischen Zeitungen auch die Auseinandersetzungen ehrlich dargestellt werden.

Zu diesen Gesichtspunkten bemerken die NRF-Führer:

„Es hat wenig Sinn, gegen den Vorschlag eines gemeinsamen theoretischen Organs... einzuwenden, die Auseinandersetzung finde hier nicht vor der Arbeiterklasse statt. Gegenwärtig findet die Auseinandersetzung so statt, daß selbst unter den Kommunisten nur Spezialisten einen Überblick haben...“ (NRF, 2/72, S. 17)

Wir haben oben gezeigt, welche Einschränkungen heute gegen die Parole der „offenen Auseinandersetzung vor der Arbeiterklasse“ zu machen sind: nur ein kleiner Teil der Arbeiter liest kommunistische Zeitungen und kriegt außerdem nur einen kleinen Aspekt der Auseinandersetzung mit. Die ganze Breite der Auseinandersetzung ist tatsächlich nur von „Spezialisten“ noch zu erfassen. Nehmen wir aber aus der Fülle den „relevanten“ (für die Arbeiterbewegung bedeutsamen) Teil der Auseinandersetzung, so verkleinert sich das Feld merklich.

Die zwei wichtigsten politischen Zeitungen — den ARBEITERKAMPF und die Bremer „Wahrheit“ — einmal im Monat zu lesen ist ohne weiteres möglich. Hierzu kommen die gelegentlichen Artikel der „Roten Fahne“ („KPD“) zu ideologischen Fragen, ferner einige Artikel des NRF, eventuell die Kölner „tup“. Es braucht jedenfalls keine „Spezialisten“, um das Wesen der Auseinandersetzung zu begreifen und die Standpunkte der „relevanten“ Gruppen zu vergleichen.

Die Wahrheit ist, daß die NRF/KBB-Führer das Märchen von den „Spezialisten“ brauchen, um ihre eigene Existenz abzusichern. Sie wollen ja gerade verhindern, daß sich möglichst viele Mitglieder „ihrer“ Organisationen und möglichst viele Arbeiter zu solchen „Spezialisten“ entwickeln, die selbständig verschiedene Standpunkte innerhalb der kommunistischen Bewegung kennenlernen, miteinander vergleichen und auf dieser Grundlage politisch tätig werden.

CLAUS:

Arbeiterkampf Nr. 25/Jan. 73

Preis 4,50 DM 160 Seiten

Nachdruck von Artikeln

Arbeiterkampf

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

GEGEN DIE SCHRITTWEISE FASCHISIERUNG VON STAAT UND GESELLSCHAFT

Wir drucken in diesem Band erstmals aus unserer politischen Zeitung ARBEITERKAMPF eine Reihe von Artikeln nach, die das Ergebnis unserer Untersuchungs- und Propagandarbeit über einen längeren Zeitraum (März 1972 bis November 1972) und zu einem bestimmten Themen-Komplex sind. Hier zur Frage der schrittweisen Faszisierung von Staat und Gesellschaft.

Die vorliegende Zusammenstellung bietet unseres Erachtens eine gute Möglichkeit, auf relativ breiter Ebene die Einschätzungen zur schrittweisen Faszisierung von Staat und Gesellschaft, wie sie im ARBEITERKAMPF über den Zeitraum von fast einem Jahr entwickelt worden sind, zu überprüfen und erlaubt eine umfassende politisch-ideologische Auseinandersetzung mit diesen von uns entwickelten Positionen.

erhält. im: ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 13
Grindelhof 45

zu bestellen über: J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

(!) an, warfen ihm „Links“-Sektierertum (!) vor, weil es die Lohnforderungen der IGM-Spitze als zu niedrig kritisiert hatte. Damit sei das SALZ „aus dem Kampf der Arbeiterklasse ausgestiegen“, behaupteten die KBB-Führer. Das SALZ wolle so — man höre und staune! — „die Gewerkschaft spalten“.

An diese Polemik hängten die KBB-Führer zugleich eine wilde Schimpfkanonade gegen das SALZ, in der von „Agentur der Bourgeoisie“ und „konterrevolutionären Macher-schaften“ des SALZ die Rede war. Schließlich wurde noch zur Zerschlagung des SALZ aufgerufen.

offenbar veranlaßt, ihren Angriff vorerst abzulassen und den Rückzug anzutreten. Sie scheinen die Hoffnung zu hegen, durch eine heuchlerische „Selbstkritik“, scheinheilige Bekenntnisse zur Aktionseinheit und gespielt „reumütige“ Vorsprache bei anderen Organisationen (gemeint ist ein Besuch der Führer des KB Göttingen bei den ABG München — Anm. des AK) sich erneut in die Aktionseinheit einschleichen zu können, um bei günstiger Gelegenheit erneut vorzupreschen.“ (21. September 71, zit. nach KAB-AZ 11/12)

Inzwischen haben die KBB-Führer — mit stärkeren Verbündeten

Unser Kampf

Von Pinelli zu Feltrinelli

Eine Untersuchung der Zusammenhänge und Hintergründe um die Bombenanschläge des 12. Dezember 1969 in Italien. Anfangs wurde versucht, die Anschläge des „Anerkennens“ anzulasten. Inzwischen ist klar, daß sie auf das Konto der Faschisten gehen. Diese Verbrechen spielen im Rahmen des Vorhabens der italienischen Bourgeoisie, den „heißen Herbst“ 1969 zu beenden und die Arbeiterklasse wieder in die Defensive zu drängen, eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Wachsamkeit der Arbeiterklasse hatte zur Folge, daß dies nur „unzureichend“ gelang und die Hintergründe entlarvt werden konnten. Nun versucht die bürgerliche Presse Italiens massiv, zumindest eine Verbindung der Organisation der bewußtesten Arbeiter mit den Faschisten zu unterstellen.

1,50

Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

Im Abonnement DM 4,20 (6 Ausgaben incl. Porto) zu beziehen über: VERLAG ARBEITERKAMPF J. Reents, 2000 Hamburg 13, Rutschbahn 35 — Zahlung bitte im voraus auf das Post-scheckkonto Hamburg 240 595 R. Reents

TAKTISCHES WIRRWARR

ZUR POLITIK DES ZIRKELBLOCKS (KBW)

Grundlage kommunistischer Politik muß eine auf Untersuchungen aufbauende Einschätzung des Kräfteverhältnisses und der gesellschaftlichen Gesamtsituation sein. Diese Einschätzung muß u.a. auf die Fragen antworten: welche Klasse ist gegenwärtig bestimmend, welchen Stand und welche Entwicklungstendenzen haben die Klassenkämpfe zwischen Arbeit und Kapital?

Innerhalb des Zirkelblocks NRF Heidelberg/KB Bremen, der sich vor einigen Wochen in „Kommunistischer Bund Westdeutschlands“ unbenannte, hat sich eine Auseinandersetzung um diese Fragen entwickelt. Wie in AK 30 angekündigt, soll in diesem Artikel zu dieser Auseinandersetzung ausführlicher Stellung genommen werden. Wir hoffen, daß die Genossen diesmal einer Auseinandersetzung mit uns nicht aus dem Weg gehen werden.

Gegen die Gleichsetzung von Allgemeinem und Besonderem

Grundsätzlich ist der Imperialismus sterbender Kapitalismus, ist die Bourgeoisie eine untergehende Klasse. Historisch gesehen ist sie deshalb ständig in der Defensive, führt einen aussichtslosen Abwehrkampf gegen ihren unvermeidlichen Untergang. Umgekehrt ist das Proletariat die Klasse, der die Zukunft gehört.

Diese längerfristige Sicht der Dinge erklärt aber noch keineswegs schon das aktuelle Kräfteverhältnis zwischen den Klassen in diesem bestimmten Land, der BRD. Genau dieser Unterschied wird aber von vielen Gruppen nicht beachtet oder verwischt. Indem sie einseitig die historische Defensiv-Situation der Bourgeoisie betonen, stellen sie das aktuelle Kräfteverhältnis zwischen den Klassen in Westdeutschland auf den Kopf. Sie können daher auch keine Antworten auf die aktuellen Fragen und Aufgaben der Arbeiterbewegung geben.

Hierfür gibt es aus jüngster Zeit ein besonders abschreckendes Beispiel: die „Arbeiterzeitung“ der Hamburger SSG (Sympathisanten des KBW) brachte in ihrer letzten Ausgabe ein Foto vom Streik bei der Bremer Vulkan-Werft. Das Foto zeigt einen Direktor gegenüber dicht-

gedrängten Arbeitermassen, der als einziger gegen den Streik stimmt. Die „AZ“ interpretierte diese Szene als Beweis, daß die Kapitalisten zu „ohnmächtiger Lächerlichkeit“ verdammt seien. – Aber trotzdem konnten die Kapitalisten den Vulkan-Arbeitern eine Niederlage beibringen, trotzdem halten sie noch die politische und ökonomische Macht in den Händen.

Die SSG verhält sich hier wie jene Ideologen des Spontaneismus, die nicht müde werden, den Arbeitern immer wieder die eigene Kraft und die Schwäche des Gegners vorzuhalten. Mit bloßem „Mut machen“ ist der Klassenkampf aber nicht zu führen.

Die spontane Arbeiterbewegung selbst neigt ja dazu, in bestimmten Situationen ihre eigene Kraft zu überschätzen. Vor allem am Anfang von Streiks ist oft zu beobachten, daß die Arbeiter sich unter dem Erlebnis ihrer Einheit sehr stark fühlen, ohne schon einer ernsthaften Kraftprobe mit den Kapitalisten gewachsen zu sein. Die spontane Arbeiterbewegung braucht deshalb von den Kommunisten weniger moralische Erbauung als vielmehr die politische Beleuchtung der Bedingungen ihres Kampfes. Denn gerade eine leichtfertige, überhebliche Einschätzung des Kräfteverhältnisses kann entscheidend dazu beitragen, daß die Arbeiter auf die Kraftprobe mit den Kapitalisten nicht vorbereitet sind und Niederlagen erleiden.

Bei der Gleichsetzung von Allgemeinem und Besonderem muß auch die DKP erwähnt werden. Bekannt sind ihre zentralen Parolen: „Die oben können nicht machen, was sie wollen“ und „Millionen sind stärker als Millionäre“.

Beide Sätze sind richtig, wenn sie als Beschreibung einer allgemeinen historischen Tendenz begriffen werden. Sie sind aber falsch als Beschreibung des gegenwärtigen Zustands. Als solche wirken sie keineswegs „aufmunternd“, sondern schlichtweg desorientierend.

Aus der Gleichsetzung von Allgemeinem und Besonderem ergibt sich die Theorie des NRF, wonach die Bourgeoisie zu ihrem Kampf gegen die Arbeiterklasse „gezwungen“ sei. Am klarsten wird diese Theorie in

der Behauptung, die Bourgeoisie sei 1933 zum Faschismus „gezwungen“ gewesen.

Wenn man so will, macht die Bourgeoisie natürlich alles aus dem Zwang heraus, zu existieren und zu überleben: seien es nun Preissteigerungen und Arbeitshetze oder politische Unterdrückung, Massenmord und Kriege. Umgekehrt kann man in all diesem einen Beweis für die Stärke der Arbeiterklasse sehen.

Die „Zwang“-Theorie des NRF leugnet jedoch die Bourgeoisie als bewußt handelnde und verantwortliche Klasse. Und so ist es kein Wunder, daß die Genossen zuletzt die Urheberschaft für den Faschismus ganz leugnen möchten, den Faschismus vielmehr als selbständiges Produkt des Kleinbürgertums auf dem Boden einer „versagenden“ Arbeiterbewegung interpretieren (vgl. dazu UNSER WEG 19).

Die einseitige Interpretation der Verbrechen der Bourgeoisie als Beweis ihrer Schwäche lenkt zudem ab von einer korrekten Einschätzung des Kräfteverhältnisses. Wenn die Bourgeoisie es schafft, die Avantgarde des Proletariats zu zerschlagen und damit die ganze Klasse zu lähmen, wenn sie es schafft, Millionenmassen im Dienste des Profits auf die Schlachtfelder zu hetzen, dann ist das eben ein Beweis für die aktuelle Stärke der Bourgeoisie. Am Beispiel des deutschen (oder auch spanischen) Faschismus wird deutlich, daß die Bourgeoisie es auf diese Weise geschafft hat, auf Jahrzehnte hinaus das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verändern und die Arbeiterbewegung aus einmal erreichten Positionen zurückzuwerfen.

Offensive der Bourgeoisie – oder lieber doch nicht?

„Der Erscheinung nach ist die Bourgeoisie gegenwärtig noch in der Offensive, historisch aber auf längere Sicht bereitet sich die Arbeiterklasse und das Volk auf eine Offensive vor.“ (NRF, 3/72)

Hier wird ausgesagt, daß sich die Bourgeoisie in der Offensive befindet. Unseres Wissens ist das die einzige Stelle, wo dieser Sachverhalt

überhaupt vom „NRF“ angesprochen worden ist. Auch hier werden gleich wieder weitgehende Einschränkungen gemacht: „gegenwärtig noch“ und „der Erscheinung nach“.

Im Verlauf einer Offensive lassen sich verschiedene Phasen unterscheiden, die jeweils eine bestimmte Antwort erfordern. Befindet sich die Offensive im Anfangstadium und entfaltet sich gerade erst? Ist sie auf dem Höhepunkt ihrer Stärke? Stagniert sie und hat sie sich vielleicht gar schon am Widerstand der Volksmassen festgefahren? Steht eine Umkehr des Kräfteverhältnisses unmittelbar bevor, zeichnet sich die Gegenoffensive der Arbeiterklasse schon unmittelbar ab?

Über diese sehr entscheidende Frage, nach der die Taktik der Kommunisten wie auch der Arbeiterbewegung bestimmt werden muß, sagt das „NRF“ nichts Genaues aus. Zwar legt die Behauptung, ... bereitet sich die Arbeiterklasse und das Volk auf eine Offensive vor“ den Gedanken nahe, daß sich die Offensive der Bourgeoisie womöglich schon in ihrem verendenden Stadium befindet, ihre Stoßkraft gebrochen ist, die Gegenoffensive der Volksmassen unmittelbar bevorsteht. Jede Festlegung wird aber umgangen durch die Worte „historisch“ und „auf längere Sicht“, die nur die allgemeine Tendenz aufzeigen und in eine nicht näher definierte Zukunft weisen. An diesem Satz ist die kaum mehr zufällige Vermischung der beiden Ebenen – gegenwärtige Lage und historische Tendenz – sehr gut abzulesen.

Was ist denn heute im Widerspruch zwischen Kapital-Offensive und Arbeiterbewegung die Hauptseite? Unserer Meinung nach ist eindeutig die Kapital-Offensive die Hauptseite, die bestimmende Seite. Diese Einschätzung wird, wie noch zu zeigen ist, anscheinend auch von den Genossen des KBW geteilt.

Die NRF-Ideologen hingegen drücken sich um eine klare Beantwortung dieser Frage, indem sie auf moralisches Gelaber ausweichen und die Antwort zu einer Art „Mutprobe“ machen. Die realistische Darstellung des Kräfteverhältnisses, d.h. der relativen Schwäche der Arbeiterbewegung, wird als „Position der Kleinmütigkeit“ verhöhrt.

In der Agitation und Propaganda des NRF wird eindeutig der „Aufschwung der revolutionären Massenbewegung“ (NRF 3/72), die „Flut von Arbeiterstreiks“ (Heidelberger „Arbeiterzeitung“, Juni 73) als be-

stimmende Seite gegenüber der Kapital-Offensive dargestellt. Der Leser erfährt viel über Kraft und Breite der Bewegung der Massen, aber kaum etwas über den Angriff des Kapitals.

Besonders krass ist diese Tendenz in dem richtungsweisenden Artikel „Die nächsten Aufgaben der Kommunisten“ („Arbeiterzeitung“, Juni 73). Nur in zwei Nebensätzen wird beiläufig gesagt, daß die Kapitalisten „noch“ in der Lage sind, „diese Bewegungen einzeln zu schlagen“ (!) und daß sie gar die Kommunisten „sozusagen mit der linken Hand“ erledigen können. Aber trotz schließt der Artikel mit dem Satz: „Die Ausgangslage für den raschen Wiederaufbau der KPD ist außerordentlich günstig“.

Der Artikel, der doch die „nächsten Aufgaben der Kommunisten“ angeben soll, leitet alle Aufgaben-Bestimmungen ausschließlich aus dem „Aufschwung der Arbeiterbewegung“ her, der in grellen Farben ausgemalt wird.

So kann nur handeln, wer entweder völlig verantwortungslos ist, oder wer die Kapital-Offensive tatsächlich für eine Nebenerscheinung beim „Aufschwung der Arbeiterbewegung“ hält, von der man am besten möglichst wenig spricht („nicht darauf starren“, wie die NRF-Ideologen demagogisch sagen).

Bourgeoisie „ideologisch in der Defensive“?

„Die Bourgeoisie ist gegenwärtig ideologisch in der Defensive. Sie sieht, daß sich die Arbeiterklasse von ihr zu lösen beginnt und daß ihre Reserve in den anderen Klassen abzubrockeln beginnt. Sind die verzweifelten Versuche der Bourgeoisie, ihren schwindenden Einfluß auf die Arbeiterklasse zurückzugewinnen, etwa ein Zeichen der Stärke? Nein, das sind sie nicht. Alle Belege für die angebliche Offensive der Bourgeoisie an der ideologischen Front sind in Wirklichkeit Ausdruck der Bemühungen, gefährdete Positionen zu erhalten und verlorene Positionen zurückzuerobern.“

(Erklärung des NRF nach den Bundestagswahlen 1972)

Also zumindest in einem wichtigen Punkt, nämlich an der ideologischen Front, ist die Bourgeoisie heute schon angeblich in die Defensive gedrängt.

Wenn aber die Bourgeoisie wirklich ideologisch in der Defensive wäre, so müßte es wohl auch jemanden geben, der in der Offensive ist. Aber wer? Die Arbeiterklasse etwa? Oder die Kommunisten?

Schlechthin kann hinter jeder Handlung der Bourgeoisie natürlich „historisch“ der Wille gesehen werden, „gefährdete Positionen zu halten“. Auch hier bedient sich das NRF wieder des schon gezeigten Tricks, die aktuelle Situation mit der historischen Tendenz zu vermengen. Sind aber die ideologischen (und sonstigen) Positionen der Bourgeoisie aktuell gefährdet? Wir meinen nicht, daß das so ist. Dann kann man aber auch nicht von „ideologischer Defensive“ reden.

Eine ideologische Offensive des Proletariats setzt eine entwickelte politische Arbeiterbewegung und eine mit den Massen verbundene kommunistische Partei als Träger proletarischer Ideologie voraus. Davon kann aber beim gegenwärtigen Stand keine Rede sein.

Was das NRF als „Lösen von der Bourgeoisie“ bezeichnet, ist ein fast völlig spontaner Prozeß, der in Wahrheit noch keineswegs zur Lösung von der Bourgeoisie führt, sondern nur zur Verschiebung in eine Reihe der ideologischen Bandbreite, die der Bourgeoisie noch zur Verfügung steht. Alte ideologische Bindungen werden brüchig, neue gewinnen an Gewicht. Mehr kann auch das Wahlergebnis nicht zum Ausdruck bringen, auf das sich das NRF mit der zitierten Erklärung ja bezieht. Von einem Brechen mit der bürgerlichen Ideologie kann nur individuell gesprochen werden, aber nicht als ein Prozeß, den die Arbeiterbewegung schon massenhaft vollzieht.

Wenn das NRF ernsthaft daran festhalten will, daß sich die Bourgeoisie gegenüber einer noch fast ausschließlich spontanen und auf wirtschaftliche Kämpfe begrenzten Arbeiterbewegung – bei Fehlen einer kommunistischen Partei – in der ideologischen Defensive befindet, so haben die Genossen ganz offensichtlich den Marxismus-Leninismus gar nicht verstanden; vor allem Lenin, der klar gezeigt hat, daß die Arbeiterbewegung auf diesem Niveau in den Fesseln der bürgerlichen Ideologie bleibt.

Es zeigt sich hier schon, daß die NRF-Ideologen in Anbetung der spontanen Arbeiterkämpfe versunken sind. Konsequenz sind sie inzwischen bei ökonomistischen Vorstellungen gelandet.

Ferner zeigt sich in der These von der angeblichen ideologischen

Defensive der Bourgeoisie die schon bemerkte Feindschaft der Klassenkampf-Situation. Die Entwicklung des politisch-ideologischen Bewusstseins in der Arbeiterbewegung wird überschätzt, die Gefährlichkeit der bürgerlichen Ideologie und ihr möglicher Spielraum wird unterschätzt.

Aufschwung der Arbeiterbewegung?

„Die Kommunisten müssen sehen, daß die Volksmassen beginnen, die Initiative des politischen

Ansätzen schließlich der demokratische Kampf, in den die Volksmassen, noch kaum hineingezogen sind. Demnach sind die Volksmassen weit davon entfernt, schon „die Initiative des politischen Geschehens an sich zu reißen“.

Auch hier zeigt sich also wieder die falsche Linie, Illusionen über die aktuellen Kampfbedingungen zu verbreiten.

Gibt es einen Aufschwung der Arbeiterbewegung? Dazu muß zuerst einmal gesagt werden, daß der

aus einem jahrzehntelangen Dornröschenschlaf zu neuem Leben erwacht. Diese Einschätzung entspricht zwar dem Erfahrungshorizont der Studentenbewegung – Mitte der 60er Jahre waren die Klassenkämpfe der 50er Jahre einfach nicht vorhanden, ihre eigene politische Bewußtwerdung galt ihnen als das Jahr 0 ihrer Zeitrechnung, und die September-Streiks 69 erschienen als unvergleichliches Ereignis. Daß die Kämpfe der 50er Jahre insgesamt eine höhere Qualität hatten als der 1969 einsetzende Aufschwung, wurde nicht gesehen.

Ganz in diesem Sinn heißt es in den „nächsten Aufgaben der Kommunisten“ (NRF-„Arbeiterzeitung“, Juni 73):

„In der BRD entwickeln sich gegenwärtig Klassenkämpfe, wie sie die meisten Menschen in diesem Lande aus eigener Erfahrung nicht mehr kennen. Nahezu täglich schlägt sich die Krisis (!) der bürgerlichen Gesellschaft darin nieder, daß an einer neuen Front Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Kapitalisten, zwischen Schülern und der Kultusbürokratie, zwischen Studenten und den Maßnahmen der Staatsmacht stattfinden.“

In der jüngsten Verlautbarung des SPD-Vertrages expliziert behauptet, „nach einem jahrzehntelangen (!!) Abschwung“ sei „heute eindeutig ein Aufschwung der Arbeiterbewegung festzustellen“ („Kommunistische Volkszeitung“, Juli 73).

Es zeigt sich also, daß die Diskussion gar nicht darum geht, ob die gegenwärtigen Klassenkämpfe eine aufsteigende Tendenz haben. Das ist z.B. auch im Aufruf des KB zum 1. Mai 73 festgelegt worden. Vielmehr geht es um die Qualität dieses Aufschwungs, die von den Zirkelblock-KBB- Ideologen nicht nur falsch, sondern geradezu betrügerisch dargestellt wird.

Ganz bewußt ist es von den Zirkelblock-Ideologen stets peinlich vermerkt worden, die aktuellen Kämpfe konkret zu kämpfen der Vergangenheit in Beziehung zu setzen und sie darauf hin zu vergleichen, ob eine quantitative und qualitative Weiterentwicklung festzustellen ist, ob sich eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zeigt, wie sich das Bewußtsein der Arbeiter entwickelt.

Eine derartige Untersuchung würde nämlich zwangsläufig zu anderen Ergebnissen führen als das wilde Herumwirbeln mit „Jahrzehn-

ten“, die pauschal – ohne im geringsten inhaltlich auf sie einzugehen – als Phase des Abschwungs dargestellt werden, nur um den aktuellen „Aufschwung“ umso grandioser erscheinen zu lassen. Vor einem dunklen Hintergrund kommt selbst ein kleines Licht gut zur Geltung!

In „Unser Weg“ 13 (Dezember 1971) wurde ein Ansatz gemacht, Bewußtsein über die historische Einordnung der stattfindenden Kämpfe zu machen. Es wurde gezeigt, daß die 50er Jahre keineswegs eine Zeit

totaler Friedhofsruhe waren (wie die Studentenbewegung glaubte), sondern daß im Gegenteil die Kämpfe der 50er Jahre breiter, schärfer und politischer gewesen waren, als der 1969 einsetzende „Aufschwung“. Es wurde weiter gezeigt, daß die Arbeiterklasse sich 1945 einen Teil ihrer 1933 verlorenen Positionen zurückerobern konnte; daß jedoch seither die Bourgeoisie die Arbeiterklasse Schritt um Schritt wieder zurückgedrängt hat.

Die Zirkelblock-Ideologen meinten damals, das seien bloß „Streik-

statistiken“ und kein Beitrag zur kommunistischen Programmatik. In der Tat, wenn man – wie sie es tun – unter kommunistischer Programmatik bloß Banalitäten von zeitloser Gültigkeit verstehen will („Die BRD ist ein imperialistisches Land“, „Der Sieg des Proletariats ist unvermeidlich“ usw.)!

Tatsächlich waren es genau die in dem UW-Artikel angedeuteten Fragen, um die sich später innerhalb des Zirkelblocks offene Auseinandersetzungen entwickelten.

KB BREMEN AM SCHEIDEWEG

Uns ist es von Anfang an so erschienen, daß der Zirkelblock Heidelberg-Bremen ein ziemlich widersinniges und eigentlich schwer erklärliches Gespann ist, weil die beiden Organisationen in wichtigen Fragen des Kampfs der Kommunisten entgegengesetzte Positionen vertreten. Die „Einheit“ ist nur dadurch möglich geworden, daß die KBB-Führer ihre Organisation in wesentlichen Fragen immer wieder den NRF-Ideologen untergeordnet haben.

Wir denken z.B. daran, daß der KBB 1970/71 den Kampf gegen den Faschismus noch für eine wichtige Aufgabe hielt und sogar einmal die SPD zur „Aktionseinheit“ gegen einen Strauß-Besuch in Bremen aufrief. Wir denken daran, daß der KBB bei den Bürgerschaftswahlen 1971 zur Wahl der DKP aufrief.

Wir denken weiter an ihre Haltung in der Frage der politischen Zeitung. Bereits in Nr. 1 ihrer „Wahrheit“ und später wiederholt vertreten sie zumindest in Worten den Anspruch, in ihrer Zeitung offen die Auseinandersetzung um Grundfragen der kommunistischen und Arbeiterbewegung zu führen. Das NRF dagegen vertrat von vornherein die Vorstellung, daß die Theorie der Arbeiter gar nicht interessiert und deshalb nicht in die „Arbeiterzeitung“ hineingehört. Verfahren wurde nach dem Prinzip: Für die Arbeiter Reportagen aus dem ökonomischen Kampf – für die Intellektuellen (im „Neuen Roten Forum“) die Theorie. Im NRF wurde seinerzeit ausdrücklich „begründet“, warum sich der politische Kampf unter den Zirkeln nicht in der „Arbeiterzeitung“ niederschlagen darf.

Nunmehr zeigt sich, daß über die Frage der politischen Zeitung zwischen Bremen und Heidelberg immer noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, die auch auf der

Umbenennungs-Konferenz zutage traten (dazu noch an anderer Stelle), wobei wieder einmal die Ideologen des NRF den Sieg davongetragen haben.

Zwar nicht ausdrücklich, aber doch vom ganzen Charakter seiner Agitation und Propaganda her, war auch längst klar, daß der KBB eine andere Einschätzung vom Kräfteverhältnis und den Klassenkämpfen hat als das NRF.

Dennoch wurde über diese Fragen eine offene Diskussion vermieden. Es mag sein, daß sich die Genossen darüber gelegentlich privat gestritten haben, in ihren Zeitungen tauchte jedenfalls zunächst nichts davon auf.

unterschiedlichen Tradition beider Organisationen. Während das NRF klar als Erbe der Studentenrevolte zu erkennen ist, kommt der KBB von der betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit her, hat sich in einer mehrjährigen politischen Arbeit in der Bremer Arbeiterklasse relativ stark verankern können. Während die NRF-Ideologen übergeschnappte, in der Konsequenz selbstmörderische Schreibtisch-Thesen „zur Betriebsarbeit“ verfassen, geht auf der anderen Seite der „Realismus“ der Bremer Genossen mitunter sogar bis zum Rechtsopportunismus (so jetzt auch in den „Thesen zur Taktik“).

„ABER KOMMT MIR NICHT AUF DIE IDEE ANDERER MEINUNG ZU SEIN...“



Daß diese Auseinandersetzung jetzt ausgebrochen ist – zunächst an der Gewerkschaftsfrage und dann an den „Thesen zur Taktik“ – scheint wesentlich auf den „Druck der Basis“ innerhalb des KBB zurückzuführen zu sein. So ist z.B. das „Thesen“-Papier entscheidend inspiriert worden durch eine Mitgliederversammlung des KBB im Bremer „Bezirk Mitte“, auf der Kritik laut wurde (vgl. dazu „Wahrheit“, Juni 73, S.19).

Die Differenzen zwischen NRF und KBB haben ihre Ursache in der

Die KBB-Führer bewegen sich deshalb ständig zwischen zwei Feuer: einerseits, den „Freunden“ vom NRF gefällig zu sein, andererseits aber auch bei ihrer „Basis“ nicht in Verschieß zu kommen.

Auch in Zukunft wird die Frage stehen, ob die Bremer Genossen den Weg der Anpassung an die Heidelberger „Theorien“ (und damit letzten Endes ihres politischen Selbstmords) gehen wollen oder sich auf eine kommunistische Arbeiterpolitik besinnen.

(BASF: Interview S.3 Personalratswahlen S.6 Entrechtung im öffentlichen Dienst S.16)

ARBEITER-ZEITUNG

Zentrales Organ der Kommunistischen Gruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg

2. Jahrg. Nr. 5 Mai 1973

Preis: 30 Pf

Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

Gegen die Angriffe der Kapitalisten sich fest zusammenschließen!

Proletariat aller Länder vereinigt Euch!

WAHRHEIT
Kommunistische Arbeiter-Korrespondenz
Nr. 5/6 Mai/Juni 1973 - Jg. 2 ORGAN DES KBB Preis: 30 Pf

Fahrpreiserhöhungen

Am 1. Juni 1973 werden die Fahrpreise für die Bundesrepublik Deutschland und die Länder der DDR um 10 bis 15 Prozent erhöht. Diese Erhöhung ist ein weiterer Schritt in der Politik der Kapitalisten, die Arbeiter zu belasten und die Lebenshaltungskosten zu erhöhen. Die Arbeiter müssen sich gegen diese Erhöhungen wehren und die Preise senken lassen.

Nicht mehr herausgegeben werden die „Wahrheit“ (KBB) und die Heidelberger „Arbeiterzeitung“.

Geschehens an sich zu reißen.“ (NRF-„Arbeiterzeitung“, Juni 73)

Diese These widerspricht sogar den Schilderungen, die das NRF im selben Artikel von den Klassenkämpfen gibt. Die sich entwickelnden Kämpfe von Seiten der Volksmassen sind defensiv, die Massen müssen sich gegen eine Verschlechterung ihrer Lebenslage verteidigen; und zwar ist dieser Widerstand vorerst immer noch weitgehend spontan, unorganisiert, schwach, vereinzelt und ungleichmäßig entwickelt.

An erster Stelle steht der Kampf um unmittelbare Interessen (Lohnkampf), auf einzelne, von einander isolierte Betriebe begrenzt. Das ist gegenwärtig die Hauptform des Kampfes, wie auch das NRF anerkennt. Auf schwächerer Basis entwickeln sich Kämpfe u.a. um die Schule oder die Wohnung, und in

bloße Ausdruck „Aufschwung der Arbeiterbewegung“, wenig sagt, so fern nicht geklärt ist, von welchem Punkt man ausgeht.

An einem Beispiel: die bloße Aussage „es wird wärmer“ kann im Winter ebenso richtig sein wie im Sommer, sie sagt gar nichts über die exakte Temperatur. Ebenso verhält es sich mit dem „Aufschwung der Arbeiterbewegung“.

Es muß also 1. definiert werden, gegenüber welchem Vergleichszeitraum ein Aufschwung vorliegen soll, und 2. welches relative Ausmaß der Aufschwung haben soll.

So war es 1969 richtig, von einem Aufschwung der Klassenkämpfe gegenüber den unmittelbar vorausgehenden Jahren zu sprechen. Es war aber nicht richtig, in der häufig zu hörenden Form, als wäre damals die Arbeiterklasse sozusagen

STREIT IN DER GEWERKSCHAFTSFRAGE

Um die Jahreswende '72/73 entspann sich zwischen NRF und KBB eine Auseinandersetzung an der Gewerkschaftsfrage. Dazu wurde bereits im ARBEITERKAMPF Nr. 27 Stellung genommen.

Ausgangspunkt war die Gründung von „Revolutionären Gewerkschaftsoppositionen“ (RGO) durch „KPD“ und „KPD/ML“. Auch die Bremer „Wahrheit“ hatte in einem Fall propagiert, „sich zur Opposition in der IG Metall zusammenzuschließen“ („Wahrheit“, 11/72). NRF und KBB nahmen das zum Anlaß für Stellungnahmen der Leitung zu dieser Frage. Die Bremer Stellungnahme trug den Titel „Selbstkritik“. Indessen blieb es den Bremer Genossen, auf Einspruch des NRF hin, nicht erspart, zu dieser „Selbstkritik“ noch eine weitere zu schreiben. („Selbstkritik“ an der „Selbstkritik“!).

Zwar kamen beide Gruppen zur gleichen praktischen Schlussfolgerung, nämlich Ablehnung von gewerkschaftsoppositioneller Organisation und Propagierung kommunistischer Fraktionen in den Gewerkschaften. Es wurde jedoch offenbar, daß die Einschätzung der Klassenkampfsituation sehr unterschiedlich war, so daß letzten Endes auch die praktische Übereinstimmung nur eine scheinbare war. Wir beschränken uns hier darauf, die theoretische Seite der Sache nochmals kurz darzustellen (also die Frage des Kräfteverhältnisses und der Klassenkampfsituation), während die Gewerkschaftsfrage im engeren Sinn zu einem späteren Zeitpunkt zusammenfassend behandelt werden soll (vor allem in NRF 3/73 ist zu dieser Frage weiteres Material erschienen).

Die Heidelberger „Resolution zur Arbeit in den Gewerkschaften“ (30.12.72) gibt sich bereits in der Begründung als typisches Produkt einer verfehlten Einschätzung der Lage zu erkennen:

„Eine klare Stellungnahme war notwendig, da sich der Prozeß der ideologischen Loslösung der Arbeitermassen (!) von der Bourgeoisie gegenwärtig beschleunigt (!) und weiter beschleunigen wird. In den Gewerkschaften haben große Teile der Arbeiterklasse das Vertrauen in die bürgerlichen Machthaber, die in den Gewerkschaften das Ruder in der Hand halten, verloren. Wenn die Kommunisten in dieser Lage nicht

offen auftreten, offen die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der KP propagieren, wenn sie nicht alle ihre praktischen Schritte mit dieser Propaganda verbinden, dann müssen die Arbeitermassen in die Arme der Bourgeoisie zurückfallen (!)“.

Hier zeigt sich erneut, daß die NRF-Ideologen die Entwicklung des Bewußtseins in der Arbeiterklasse entweder nicht begreifen oder einfach nicht begreifen wollen. Die Dinge werden so dargestellt, als wären die „Arbeitermassen“(!) bereits den Fesseln der bürgerlichen Ideologie entronnen und würden nunmehr sozusagen im ideologischen „Niemandsland“ zwischen bürgerlichen und proletarischen Ideologie vagabundieren. Damit die „Arbeitermassen“ jetzt nicht in die Fesseln der bürgerlichen Ideologie „zurückfallen“, müssen also die Kommunisten „offen auftreten“.

Noch ärger läßt sich die Wirklichkeit kaum verdrehen. Die Bourgeoisie bringt den massiven Ausbau ihres Unterdrückungsapparates, den Abbau politischer Rechte (Notstandsgesetze, Einschränkung des Streikrechts, Angriffe auf die Presse- und Organisationsfreiheit), das Berufsverbot und die Ausschlußkampagne in den Gewerkschaften fast ohne jeden Protest aus den „Arbeitermassen“ durch. Die NRF-Ideologen jedoch jubilierten über die „ideologische Loslösung der Arbeitermassen von der Bourgeoisie“.

Daß die Arbeiterklasse überhaupt Kämpfe führt – wirtschaftliche Verteidigungskämpfe, die vom Angriff der Bourgeoisie auf die Lebenslage der werktätigen Massen hervorgerufen werden! – wird als grandioser „Aufschwung“ nach „jahrzehntelangem Abschwung“ und jahrelanger „Friedhofsruhe“ gefeiert. Daß die Arbeiterklasse – wenn auch zur Zeit noch erfolglos – in größeren Teilen mit der Tarifpolitik der Gewerkschaften unzufrieden ist, wird bereits als schwindendes Vertrauen in die reformistische Gewerkschaftspolitik überhaupt gefeiert.

Der Arbeiter indessen, der aus seiner unmittelbaren Erfahrung heraus mit der Tarifpolitik der Gewerkschaftsführung unzufrieden ist, wird deshalb noch lange nicht automatisch zum Kritiker des Reformismus. Vom einen zum anderen ist

immer noch ein großer Schritt. Das zeigen sowohl die Kämpfe der 50er und 60er Jahre in der BRD (die durchaus keine Zeit der „Friedhofsruhe“ und des permanenten „Abschwungs“ waren) wie auch die Kämpfe der letzten Jahre in England oder auch Italien.

Heute kann es nicht darum gehen, etwa ein „Zurückfallen“ der „Arbeitermassen“ in die „Arme der Bourgeoisie“ zu verhindern. Eine solche Aufgabenstellung wäre völlig illusorisch, geht nicht von der Realität, sondern von Wunschträumen aus. Heute geht es vielmehr darum, überhaupt erst eine proletarische Avantgarde zu formen, die mit der bürgerlichen Ideologie gebrochen hat. Selbst bei einer Verschärfung der Klassenkämpfe wird es vorerst eine Minderheit bleiben, die sich wirklich von der Bourgeoisie löst und zum Motor einer selbstständigen Arbeiterpolitik wird.

Zwar zeigt vor allem der französische Mai 68, daß bei der latenten Unzufriedenheit der Massen mit vielen Erscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft sehr plötzlich, explosionsartig, eine gewaltige spontane Massenbewegung innerhalb weniger Tage entstehen kann. Jedoch kann die Lösung der Massen von der Bourgeoisie keineswegs im selben Tempo und mit derselben Plötzlichkeit vorsorgehen. Es ist kein Zufall, daß die großen sozialistischen Revolutionen (Sowjetunion und China) erfolgten, nachdem unter den Massen jahrelang eine kommunistische Partei gearbeitet hatte.

Von einer grundsätzlich anderen Einschätzung der Lage als das NRF geht die Bremer „Selbstkritik des ZK zur Frage einer Gewerkschaftsopposition“ aus.

Es heißt dort:

„Die Ursachen unseres Fehlers liegen in einer subjektivistischen Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen bürgerlicher und proletarischer Linie innerhalb der Gewerkschaften.“

Die Genossen betonen die „gegenwärtige Schwäche der Arbeiterbewegung“:

„...Der sozialdemokratische Gewerkschaftsführung kann es deshalb auch noch gelingen, ihre arbeitferndliche Politik in den Gewerkschaften durchzusetzen, weil der Masse der Kollegen eben noch nicht die Per-

spektive des aktiven Kampfes in den Gewerkschaften gegen die Klassenversöhnler als Voraussetzung zur Durchsetzung ihrer Forderungen klar ist. Noch sind es eben nur wenige einzelne Kollegen, die diesen richtigen Schluß aus den Erfahrungen mit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung ziehen.“

Es liegt auf der Hand, daß diese Einschätzung sich mit den Thesen des NRF's nicht deckt. Dieser Widerspruch kam dann in der Taktik-Diskussion des Zirkelblocks kurz vor und während seiner Umbenennungs-Konferenz Anfang Juni noch klarer zum Ausdruck.

Die „Thesen“ des KBB: Bourgeoisie in der Offensive

Als Beilage zur „Wahrheit“, Mai/Juni 73, erschienen die „Thesen zur Taktik der westdeutschen Kommunisten“. Unmittelbarer Anlaß war – der „Wahrheit“ zufolge – die Kritik der Mitgliederversammlung „Bezirk Mitte“ des KBB an „aktionistischer“ Praxis der Organisation.

In der Vorrede zu den Thesen heißt es:

„...unsere bisherigen Ansätze, zu einer Einschätzung der Klassenkampfsituation in Westdeutschland zu kommen und von daher die Schwerpunkte unserer aktuellen Politik, die Wahl der von uns anzuwendenden Mittel, den Charakter unserer Organisation zu bestimmen, sind unzulänglich geblieben.“

In den „Thesen“ wird konstatiert, „daß die westdeutsche Bourgeoisie ungeboren über die Gewaltmittel des Staates verfügt“, „daß die Masse der Arbeiter noch nicht aktiv ins politische Leben tritt und sie die Entscheidung über ihr Schicksal in den Händen der bürgerlichen Politiker beläßt“. „Angesichts dieser Lage ist es der helle Unsinn, davon auszugehen, wir stünden derzeit in einer revolutionären Flut“, wie das einige westdeutsche Kommunisten tun. „Der ganze Streit, der gegenwärtig die kommunistische Bewegung in Westdeutschland durchzieht, kann nicht darum gehen, ob sich die revolutionären Kräfte in der strategischen Offensive oder Defensive befinden – der schlichte Augenschein (!) belehrt jeden, der seine fünf Sinne beisammen hat (!)“, daß nicht wir, sondern die Bourgeoisie gegenwärtig stärker ist und zwar wesentlich stärker als wir, auch was den Einfluß in der Arbeiterklasse angeht. Der Streit kann sinnvollerweise nur darum geführt werden, wie er innerhalb der strategischen Defensivsituation vorgehen müssen, und das ist

abhängig davon, wie man die aktuelle Entwicklung der Klassenkämpfe einschätzt.“

Die „Thesen“ sehen zwar einen „unverkennbaren Aufschwung der Arbeiterkämpfe“, jedoch sei es

arbeiterbuch

2 Hamburg 13
Gründelhof 45
Tel. 45 38 01



falsch, daraus „den Schluß zu ziehen, die westdeutsche Arbeiterklasse habe sich aus den Fesseln bürgerlicher Politik schon gelöst oder sei dabei, es auf breiter Front zu tun.“ Daher sprechen die „Thesen“ vom „Aufschwung der Arbeiterbewegung auf bürgerlichem Boden“.

Obwohl nirgend explizit ausgesprochen – in den „Thesen“ wird nur der schwäbische KAB „D“ beim Namen genannt – müssen diese Sätze wohl auch und nicht zuletzt als Kritik am NRF verstanden werden.

Allerdings haben die Bremer Genossen nicht dasselbe Verständnis von „Offensive der Bourgeoisie“ wie wir. Aus den „Thesen“ geht hervor, daß sie darunter einfach eine Situation verstehen, wo die Bourgeoisie stärker ist als die Arbeiterklasse. Die Genossen behaupten, sie hätten diesen Begriff „in Anlehnung an Mao Tsetungs militärtheoretische Schriften“ gebildet.

Uns scheint diese Behauptung unrichtig. Tatsächlich verwendet Mao den Begriff der strategi-

schen Offensive bzw. strategischen Defensive nicht zur Kennzeichnung des Kräfteverhältnisses, sondern im Sinne des direkten Angriffes bzw. der Verteidigung. Daneben (und keineswegs mit gleicher Bedeutung) verwendet Mao auch noch die Begriffe der strategischen Überlegenheit und der strategischen Initiative.

Aktuell besteht die „strategische Defensive“ der werktätigen Massen eben nicht bloß darin, daß sie auf längere Sicht die Schwächeren sind, sondern in einem akuten Angriff der Bourgeoisie auf die wirtschaftliche Lage der Massen, Ausbau des Unterdrückungsapparats, Angriff auf das Streikrecht, Angriff auf die Kommunisten, Angriff auf die Studentenbewegung, Angriff auf fortschrittliche Intellektuelle. Hier geht es nicht schlechthin um die allgemeine Tendenz des Imperialismus zur gesteigerten Reaktion, sondern um einen ganz konkreten scharfen Angriff, der sich von der Vorgehensweise der Bourgeoisie z.B. während der 60er Jahre (vor allem deren zweite Hälfte) abhebt. Daher muß die Arbeiterklasse nicht nur mit der Tatsache fertig werden, daß sie ganz allgemein in dieser Phase des Kampfes der Bourgeoisie unterlegen ist, sondern sie muß einen akuten Angriff abwehren. Das kommt in den „Thesen“ nicht richtig heraus, bzw. wird auf die ökonomische Seite der Sache reduziert.

Den Angriff oder die Verteidigung organisieren?

Ganz beiläufig erwähnt auch das NRF mal, daß die Bourgeoisie durchaus „noch“ in der Lage ist, die Bewegung der werktätigen Massen „einzeln zu schlagen“, die Kommunisten gar „mit der linken Hand“ zu erledigen („Die nächsten Aufgaben der Kommunisten“ – „Arbeiterteilung“ Juni 73).

Die Genossen erkennen sogar: „Es besteht die Gefahr einer Stärkung von nationalistischen und chauvinistischen Positionen in der Arbeiterklasse und im Volk“ (Politischer Bericht des ZA des NRF, in: NRF 3/73). Ist das denn nicht bisher eine These des bösen KB gewesen, die vom NRF immer wieder „widerlegt“ wurde? Aber besser spät als nie!

Und weiter: „Die gegenwärtige Lage läuft auf eine Verschärfung der Klassenkonfrontation hinaus. Aber die Arbeiterklasse ist für diese Situation wesentlich schlechter gerüstet als die Bourgeoisie... Politisch ist die Arbeiterklasse nicht nur gespalten, sondern zerstückelt. Die Arbeiterklasse ist also weitgehend

führungslos und politisch uneinheitlich... (Polit. Bericht). Auch diese Aussage erinnert viel eher an die von uns seit langem vertretenen Vorstellungen als an die These von der „ideologischen Defensive“ der Bourgeoisie und dergleichen optimistischer Unfug.

Das Wesen der Sache besteht darin, daß die Heidelberger Genossen mitunter „ganz nebenbei“ nicht umhin können, die Augen gegenüber der Wirklichkeit zu öffnen. Sie schaffen es jedoch nicht, über ihren eigenen Schatten zu springen, die Sache zu Ende zu denken, alte „theoretische“ Klamotten über Bord zu werfen und aus ihren momentanen Lichtblicken die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Das ist schade. So bleibt ihnen nur die politische Schizophrenie: einerseits die Schwäche der Arbeiterbewegung zwar gelegentlich zu erkennen, aber auf der anderen Seite kraftmeierische Sprüche zu dreschen und zum „Angriff“ blasen zu wollen.

Im Artikel über die „nächsten Aufgaben der Kommunisten“ empfehlen sie tatsächlich, „den Generalangriff (oho!) auf die Bourgeoisie vorzubereiten“.

Diesen Standpunkt haben die NRF-Ideologen leider auch innerhalb des KBW anscheinend vorläufig durchsetzen können: „Organisierung des Aufschwungs der Arbeiterbewegung zur Offensive gegen die Herrschaft der Bourgeoisie, das ist die gegenwärtige Hauptaufgabe der Kommunisten.“ („Kommunistische Volkszeitung“, Juli 73)

In diesem Zusammenhang ist die Stellungnahme des „Ständigen Ausschusses des Zentralkomitees“ (!) des KBW, ebenfalls abgedruckt in der „Kommunistischen Volkszeitung“ vom Juli, noch aufschlußreicher:

„Um festzustellen, ob die Kommunisten in die Offensive gehen können oder die Defensive organisieren müssen, muß sowohl von den bestehenden Kräfteverhältnissen als auch von der Entwicklungstendenz dieses Kräfteverhältnisses ausgegangen werden... wenn wir nun innerhalb dieses Rahmens das Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik Deutschland untersuchen, dann stellen wir fest, daß die Kräfte der Revolution heute nicht nur objektiv den Kräften der Konterrevolution weit überlegen sind (!), sondern wir stellen auch fest, daß sich auf der Ebene der subjektiven Wechselbeziehung zwischen den Klassen die Kräfteverhältnisse zugunsten der Revolution verändern. Nach einer ganzen Serie von Niederlagen des Proletariats in Westdeutschland und nach einem Jahrzehntelangen (!) Abschwung der Arbeiterbewegung

nach der Restauration der Herrschaft der Bourgeoisie in Westdeutschland ist heute eindeutig ein Aufschwung der Arbeiterbewegung festzustellen, der sich in den nächsten Jahren aufgrund der objektiven Entwicklung der Widersprüche verstärken wird.“

Daraus wird geschlußfolgert, die Kommunisten müßten nunmehr



TÖDLICHER OPPORTUNISMUS!

„neue Positionen erringen, den Vormarsch (!) organisieren und einen neuen Generalangriff auf die Herrschaft der Bourgeoisie im gegenwärtigen (!) Aufschwung der Arbeiterbewegung vorbereiten“. Also sei es „falsch zu sagen, daß sich die Kräfte der Revolution gegenwärtig in der strategischen Defensive befinden.“

Hier wird rigoros alles auf den Sperrmüll geworfen, was der wissenschaftliche Sozialismus in Jahrzehnten erarbeitet hat, blankes Wunschdenken feiert schaurige Triumphe!

Sehen wir uns die Aussagen im Einzelnen an. Es wird behauptet, die „Kräfte der Revolution“ seien heute in der BRD den Kräften der Konterrevolution „objektiv weit überlegen“. Was das heißen soll, ist unklar. Eine solche Behauptung könnte nur in dem Sinn „richtig“ sein, daß es heute „objektiv“ natürlich viel mehr Arbeiter und Angehörige der Mittelschichten gibt als Bourgeois. Diese Feststellung wäre dann so banal, daß sie es verdient hätte, nachträglich einen Ehrenplatz im Programm des KBW zu erhalten in der Rubrik „Goldene Worte“. Wenn damit aber etwa mehr gesagt werden soll, dann wäre die Behauptung schlichtweg falsch.

In Wahrheit lassen sich „objektives“ und „subjektives“ Kräfteverhältnis gar nicht mechanisch voneinander trennen. Wenn ein Heer nur mit Taschenmessern und Bambusspeeren bewaffnet ist, dann wird

es, mag es noch so zahlreich sein, heute „objektiv“ einer kleinen gut bewaffneten Truppe unterlegen sein. Zumal wenn das eine Heer ohne Führung ist, zum Teil sogar noch auf die Befehle feindlicher Generale und Offiziere hört (d.h. der SPD- und DGB-Führer), während das andere Heer einen eingespielten funktionierenden Generalstab hat.



TÖDLICHER OPPORTUNISMUS!

Allerdings kann das momentan unterlegene „Heer“ (d.h. die werktätigen Massen) im Verlauf des Kampfes das Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten verändern und schließlich den anfänglich überlegenen Gegner vernichten. Das rechtfertigt aber nicht die Behauptung, die „Kräfte der Revolution“ seien heute schon „objektiv weit überlegen“. Offenbar geht hier der von den KBW-Führern veranstaltete Unsinn noch „weit“ über das hinaus, was die „KPD/ML“ bisher mit der Parole „Haupttendenz Revolution“ angerichtet hat.

Daß sich gar „auf der Ebene der subjektiven Wechselbeziehungen zwischen den Klassen die Kräfteverhältnisse zugunsten der Revolution verändern“, ist eine noch wunderlichere Behauptung. Woran messen die Genossen das denn? Doch nicht etwa wieder am Wahlergebnis vom letzten Jahr?

Sehen wir weiter. „Nach einer ganzen Reihe von Niederlagen...“ geht es heute „eindeutig“ wieder aufwärts. Nun hat allerdings die westdeutsche Arbeiterbewegung in den 50er und 60er Jahren eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Niederlagen einstecken müssen (wie BVG, Remilitarisierung, KPD-Verbot, Notstandsgesetze). Aber diese „Reihe von Niederlagen“

reißt ja gegenwärtig noch keineswegs ab, sondern setzt sich in den Maßnahmen der Bourgeoisie fort. Nicht nur in den aktuellen Lohnkämpfen erleiden die Arbeiter jetzt in der Regel Niederlagen (Hoesch,

Klöckner, Tarifrunden), sondern auch in der Ausschußkampagne der DGB-Führer, dem Abbau demokratischer Rechte. Niederlagen erleidet zur Zeit sogar die Studentenbewegung, die aus einigen Positionen zurückgedrängt wurde. Daß diese tatsächlichen Niederlagen noch nicht als solche ins Bewußtsein der breiten werktätigen Massen dringen, liegt lediglich daran, daß die Massen vor allem den demokratischen Kampf kaum aufgenommen haben und das politische Bewußtsein über die Klassenkonfrontation relativ unterentwickelt ist, gemessen am objektiven Stand der Kämpfe.

Die KBW-Führer sprechen von einem „jahrzehntelangen Abschwung“ der westdeutschen Arbeiterbewegung. Woran messen sie das? Etwa, weil Niederlagen erlitten wurden? Das ist doch heute noch nicht anders, nur sind diese Niederlagen gewissermaßen noch erster als die der 50er Jahre, weil sie so gut wie gar keinen Widerstand finden.

Man wird sich wohl doch von den KBW-Führern verabscheute „Streikstatistik“ einmal ansehen müssen, um die These vom „jahrzehntelangen Abschwung“ zu prüfen. Zunächst zeigen die 50er Jahre zwar die erwähnten Niederlagen, aber doch keineswegs ein Abflauen der von den Arbeitern geführten Kämpfe. Erst zu Ende der 50er Jahre zeigt sich ein gewisser Abschwung, wieder unterbrochen vom Streik der Metaller Baden-Württemberg 1963 (allein dieser Streik zeigt, daß die frühen 60er Jahre keineswegs von „Friedhofsruhe“ erfüllt waren, wie im „Politischen Bericht“ des NRF wörtlich behauptet wird). 1969 zeigt sich mit dem „Heißen Herbst“ der Beginn eines neuen Aufschwungs, der jedoch bis heute durchaus in bescheidenen Grenzen geblieben ist. Tatsächlich zeigen die Lohnkämpfe dieses Jahres, daß es der Arbeiterbewegung schwerer fällt als 1969, Forderungen durchzusetzen, weil die Bourgeoisie die damaligen Erfahrungen besser verarbeitet hat als die Arbeiterklasse es beim jetzigen Stand kann.

Insgesamt bleibt schleierhaft, wo die KBW-Führer einen „jahrzehntelangen“ Abschwung der Arbeiterbewegung erspäht haben. Ebenso sonderbar ist die Behauptung, „daß es (in der BRD) jahrzehntelang keine organisierte kommunistische Agitation und Propaganda in der Arbeiterklasse gab“ („Politischer Bericht“ des NRF). Mit Jahrzehnten wird hier höchst großzügig umgesprungen! Alles dient dazu, die aktuell stattfindenden Kämpfe als ganz großes Ereignis hinzustellen und die eigene Rolle zu betonen: „jahr-

zehntelang“ war der Klassenkampf in der BRD „versumpft“ und befand sich im Abschwung, „jahrzehntelang“ gab es keine kommunistische Politik – aber jetzt! Erinnert das nicht an Kaiser Wilhelms Worte: „Ich führe Euch herrlichen Zeiten entgegen“?

Kommen wir nun zur Frage: Offensive oder Defensive?

Mao unterscheidet drei verschiedene Stadien des Krieges, nämlich die strategische Defensive, die strategische Konsolidierung oder strategischer Stillstand und die strategische Gegenoffensive (z.B. Ausgew. Werke, Bd. II, S. 157–165 und ausführlicher Bd. I, S. 239–291).

Überdies unterscheidet Mao innerhalb der strategischen Defensive zwei Formen, nämlich aktiv oder offensive Verteidigung und passive oder rein defensive Verteidigung.

„Die passive Verteidigung ist faktisch eine Pseudoverteidigung, und nur die aktive Verteidigung ist eine echte Verteidigung, eine Verteidigung, mit der das Ziel verfolgt wird, zur Gegenoffensive und zum Angriff überzugehen...“ – was aber wohl gemerkt nichts daran ändert, daß es sich dabei allgemein immer noch um die Phase der strategischen Defensive handelt (Zitat: Bd. I, S. 242).

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

KOMMUNISTISCHE VOLKSZEITUNG

1. Juli 1973 ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW) Preis 30 DM

Breshnew bei Nixon Zentralorgan des KBW

Mao macht also eine dialektische (!!!) Unterscheidung zwischen zwei Formen der strategischen Defensive, während die KBW-Führer sagen: wir sind nicht in der Phase der strategischen Defensive, denn wir wollen ja die Gegenoffensive vorbereiten! – Von tiefem Verständnis des Marxismus-Leninismus zeugt das gerade nicht.

Freilich versteht Mao auch unter Vorbereitung der Gegenoffensive etwas anderes als die KBW-Führer. Er rechnet in längeren Zeiträumen, wobei der Kampf die drei oben genannten Stadien durchläuft und dabei im Kampf das Kräfteverhältnis verändert wird, einschließlich der Möglichkeit eines anfänglichen strategischen Rückzugs:

„Der strategische Rückzug ist eine planmäßige strategische Maßnahme, der sich eine schwächere Armee angesichts eines überlegenen Gegners, dessen Angriff sie nicht rasch zunichte machen kann, bedient, um ihre Kräfte zu erhalten und einen günstigen Zeitpunkt für die Zerschlagung des Gegners abzuwarten. Militärische Abenteurer widersetzen sich aber hartnäckig einer solchen Maßnahme und predigen, man solle „den Feind vor den Toren des eigenen Staates abwehren“ (Bd. I, S. 247)

Die KBW-Führer dagegen schlagen vor, „im gegenwärtigen Aufschwung der Arbeiterbewegung“ einen „Generalangriff auf die Herrschaft der Bourgeoisie“ vorzubereiten. Sie lehnen den Begriff der strategischen Verteidigung rundweg ab und möchten aus der gegenwärtigen Lage heraus direkt einen „Vormarsch“ einleiten. Das ist offenbar Unsinn und kann in den praktischen Konsequenzen nur verheerend sein.

Die Ausgangslage ist: eine Arbeiterbewegung ohne Führung bzw. unter bürgerlicher Führung. Eine äußerst schwach entwickelte, uneinheitliche kommunistische Bewegung. Angriffe der Bourgeoisie auf allen Ebenen. Spontane Abwehrkämpfe der werktätigen Massen,

weitgehend auf den wirtschaftlichen Kampf beschränkt.

Ein Heer ohne Führung, das einem zunächst überlegenen Gegner gegenübersteht, kann unmöglich direkt zur Gegenoffensive übergehen. Notwendig ist vielmehr heute, daß zunächst einmal die strategische Verteidigung gegen die Bourgeoisie organisiert wird. Denn heute kann ja noch nicht einmal von einer organisierten Verteidigung, geschweige denn von „Generalangriff“ die Rede sein.

In diesen Verteidigungskämpfen der Massen kann allmählich jene Veränderung des Kräfteverhältnisses bewirkt werden, die zunächst ein Stadium des strategischen Stillstandes (Gleichgewicht) und dann

die strategische Gegenoffensive ermöglicht. Daß jetzt die strategische Verteidigung organisiert wird, ist eine elementare Voraussetzung, um überhaupt zu einem späteren Zeitpunkt die Gegenoffensive einleiten zu können.

Dabei geht es natürlich nicht nur darum, in v o r h a n d e n e Kämpfe einzugreifen und den ökonomischen Kampf als „einzigen Hebel“ den Arbeitern anzupreisen („Die nächste Aufgabe der Kommunisten“). Vielmehr muß alles dafür getan werden, die Verteidigung an möglichst vielen Fronten – zu entfallen und zu organisieren.

Auch hier zeigt sich wieder die politische Schizophrenie der Zirkelblock-Ideologen. Denn in „Die nächsten Aufgaben der Kommunisten“

(NRF) wird durchaus als zentrale Aufgabe, „die Organisation und Zusammenfassung der Bewegungen, die jetzt und heute (!) schon große Teile des Volkes erfassen“, benannt.

Auf der einen Seite also sogar eine gewisse falsche Einschätzung der Aufgaben der Kommunisten, auf der anderen Seite jedoch hohle Phrasen über „Vormarsch“ und „Generalangriff“.

Wenn die Kommunisten es verstehen, in spontane Massenkämpfe organisierend einzugreifen, so können sie diese d u r – u n a b h ä n g i g von ihrem Willen – beim gegenwärtigen Stand als Verteidigungskämpfe organisieren.

Die KBW-Führer ziehen es vor, dem Kind einen anderen Namen zu geben: aus bloßen Verteidigungs-

kämpfen (z.B. gegen Lohnraub) machen sie einfach einen „Vormarsch“, eine „Gegenoffensive“, eine Initiative der werktätigen Massen. Papier ist geduldig, Genossen – die Massen sind es aber nicht!

Jeden spontanen und isolierten Verteidigungskampf als untrüglisches Anzeichen für den kurz bevorstehenden Generalangriff der werktätigen Massen zu mißdeuten – das ist die Mentalität von Leuten, denen anscheinend das bloße Wort „Defensive“ eine Gänsehaut verursacht.

Freilich müssen die Kommunisten sich bemühen, aus den Verteidigungskämpfen heraus die Bedingungen für die strategische Gegenoffensive zu schaffen. Gerade deshalb ist heute die zentrale Aufgabe der Aufbau einer Abwehrfront.

ARBEITERKAMPF Nr. 31 / Aug 73

TAKTISCHES WIRRWARR

ZUR POLITIK DES ZIRKELBLOCKS (KBW) 2.TEIL

Mehrere örtliche Gruppen haben sich vor einigen Wochen unter dem Namen „Kommunistischer Bund Westdeutschlands“ (KBW) als Organisation konstituiert. Ihm gehören u.a. Gruppen in Bremen, Heidelberg, Freiburg und Göttingen an. Ferner hat der KBW einen großen Sympathisantenkreis – zumeist studentische Gruppen, die „im Proletariat arbeiten“ wollen.

Der erste Teil dieses Artikels (AK 31) beschäftigte sich mit der Einschätzung, die diese Gruppen von dem Stand der Klassenkämpfe und des Kräfteverhältnisses in der BRD haben. Da die Genossen die spontanen wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse maßlos überschätzen (während sie die politisch-ideologische Offensive der Bourgeoisie unterschätzen), kommen sie notwendig zu falschen Vorstellungen über die Rolle der Kommunisten in diesen Kämpfen.

Wie in AK 31 geschildert, gibt es vor allem zwischen den Gruppen Heidelberg (ehem. „Neues Rotes Forum“) und Bremen (ehem. KBB) des KBW Differenzen in einer Reihe „taktischer“ Fragen. Den Bremer Genossen ist dabei vorgeworfen worden, daß ihre Thesen „ökonomistische Fehler“ enthielten („Kommunistische Volkszeitung“ des KBW, Juli). Wir sind dagegen der Meinung, daß gerade die Neigung zum Ökonomismus – d.h. zur Vernachlässigung der politischen und theoretischen Aufgaben der Kommunisten – eine entscheidende G e m e i n s a m k e i t der unterschiedlichen Tendenzen innerhalb des KBW bildet. Das soll im wesentlichen der Gegenstand dieses Artikels sein.

Lenin gegen den Ökonomismus

Lenins wichtigste theoretische Schrift gegen den Ökonomismus ist das Buch „Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung“, das er zwischen Ende 1901 und Anfang 1902 schrieb.

Lenin geht in „Was tun?“ davon aus, daß der Aufschwung der Arbeiterbewegung zunächst einmal spontan

tan vor sich geht und insofern nur eine „Keimform des Klassenkampfes“ ist (Lenin versteht hier unter Klassenkampf den bewußt geführten Kampf Klasse gegen Klasse, d.h. von seiten der Arbeiterklasse den sozialistischen Kampf).

Den Arbeitern fehlt – beim spontanen Verlauf der Bewegung – das sozialistische Bewußtsein, d.h. das Bewußtsein von der unversöhnlichen Gegensätzlichkeit ihrer Interessen zum gesamten politischen

und sozialen System des Kapitalismus, und von daher natürlich die Einsicht in die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution.

Dieses sozialistische Bewußtsein kann den Arbeitern „nur von außen“ gebracht werden; d.h. aus einem Bereich außerhalb des unmittelbaren „Erfahrungshorizonts“ der Arbeiterbewegung.

„...die spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung führt eben zu ihrer Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie.“ „Die Arbeiterklasse fühlt sich spontan zum Sozialismus hingezogen, aber am weitesten verbreitete (und in den mannigfaltigsten) bürgerliche Ideologie drängt sich trotzdem dem Arbeiter am meisten auf.“ (Lenin)

Aus dem Aufschwung der Arbeiterbewegung schloßfolgerten die Ökonomen, sie müßten ihre gesamte Tätigkeit auf die Kämpfe ausrichten, die die Arbeiter im gegebenen Moment von sich aus, spontan schon führen. Da diese Kämpfe eben in erster Linie keine politischen, sondern bloß wirtschaftliche Kämpfe seien, sollten auch die Sozialisten sich daran anpassen und politische Arbeit nur auf dem Boden der stattfindenden spontanen wirtschaftlichen Kämpfe betreiben.

Lenin hielt dagegen: „Je stärker der spontane Aufschwung der Massen ist, je breiter die Bewegung

wird, desto schneller, unvergleichlich schneller wächst das Bedürfnis nach einer Masse von Bewußtheit sowohl in der theoretischen als auch in der politischen und organisatorischen Arbeit der Sozialdemokratie.“

Lenin stellte deshalb den Sozialisten die Aufgabe, im weitesten Sinn „politische Enthüllungen“ zu verbreiten über alle Seiten der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen: Polizei-Willkür, Bestechlichkeit im Staatsapparat, Unterdrückung bestimmter Gruppen, Unterdrückung der Studenten, Militarismus etc. – Nur so kann nämlich das umfassende, allseitige Bewußtsein des Proletariats über alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens, über die grundsätzliche Untauglichkeit des Kapitalismus entstehen:

„Das Bewußtsein der Arbeiterklasse kann kein wahrhaft politisches sein, wenn die Arbeiter nicht gelernt haben, auf alle und jegliche Fälle von Willkür und Unterdrückung, von Gewalt und Mißbrauch zu reagieren, welche Klassen diese Fälle auch betreffen mögen, und eben vom sozialdemokratischen und nicht von irgendeinem anderen Standpunkt aus zu reagieren...“

Den Standpunkt der Ökonomen dagegen kann man so kennzeichnen, daß sie die Notwendigkeit der Organisation allseitiger „politischer Enthüllungen“ nicht anerkannten. Sie sagten, „daß der ökonomische Kampf im allgemeinen ‘das weitest anwendbare Mittel’ zur Einbeziehung der Massen in den politischen Kampf“ sei (Lenin). Die Ökonomen betonten, der spontane wirtschaftliche Kampf stoße ja ohnehin die Arbeiter auf die Frage ihrer Rechtlosigkeit und Unterdrückung; an diese unmittelbaren Erfahrungen anzuknüpfen, sei die Hauptform politischer Agitation der Sozialisten im Proletariat. Lenin sagte dagegen, daß von der gesamten gesellschaftlichen Unterdrückung nur ein recht kleiner Teil direkt im nur-wirtschaftlichen Kampf stattfindet, und daß daher die von den Ökonomen vertretenen „politische Agitation auf ökonomischen Boden“ eine schädliche Einengung des politischen Kampfes bedeute.

Die Auseinandersetzungen während der Metall-Tarifrunde 1971

Zur Metall-Tarifrunde 1971 trafen sich zweimal zahlreiche örtliche

Gruppen, um ihre Tätigkeit zu vereinheitlichen.

Bereits auf dem ersten dieser Treffen, das am 25. Juli stattfand, wurde relativ breit über die Frage des Ökonomismus diskutiert (ein ausführlicher Artikel dazu ist in der KAB-AZ Nr. 9 unter dem Titel „Zu einigen Punkten der Diskussion“ nachzulesen).

Als Vertreter ökonomistischer Tendenzen traten auf diesem Treffen der KB/ML Westberlin und die ABG München auf. Von diesen beiden hat inzwischen der KB/ML Westberlin die äußerste Konsequenz gezogen, sich selbst aufzulösen, um nur noch in isolierten Gruppen dem spontanen „nurgewerkschaftlichen Kampf am besten dienen zu können.“

Als Gegner dieser Tendenzen traten vor allem der KBB (jetzt im KBW) und die „Gruppe KAB Hamburg“ (jetzt im KB).

Es wurde behauptet, „die Hauptfront des Klassenkampfes“ in der BRD sei „gegenwärtig noch die des ökonomischen Kampfes“. Diese Aussage wurde ausdrücklich auch auf die Bourgeoisie bezogen: auch diese führe ihren Kampf gegen die Arbeiterklasse in erster Linie ökonomisch.

Der weitere Gedankengang war dann: die Arbeiter lernen in erster Linie durch ihre eigenen Erfahrungen und nicht durch „politische Enthüllungen“. Erfahrungen machen die Arbeiter jedoch in den Kämpfen, die sie führen, und diese Kämpfe sind nun einmal gegenwärtig noch fast ausschließlich wirtschaftliche Verteidigungskämpfe. Aufgabe der Kommunisten könne deshalb nur sein, „aus dem ökonomischen Kampf die politische Entwicklung vorzubereiten“, d.h. eben vorwiegend „politische Agitation auf ökonomischem Boden.“ Im Grunde also herrschte bei diesen Genossen die Auffassung vor, daß die Arbeiter aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen, die sie im ökonomischen Kampf machen, dann zu einem späteren Zeitpunkt weitestgehend spontan auch den politischen Kampf aufnehmen werden – wobei die Hauptaufgabe der Kommunisten ist, in die wirtschaftlichen Kämpfe „einzugreifen“.

Die ABG München machten daraus folgendes Schema: die Kommunisten haben eine Hauptaufgabe. Diese Hauptaufgabe hat zwei Seiten: zum einen den „Wiederaufbau“ der Kommunistischen Partei, und auf der anderen Seite „die Anleitung, Unterstützung und Vortreibung des ökonomischen Kampfes“.

Die KAB-AZ (Nr.9) schrieb dazu: „Hauptaufgabe der Kommunisten

kann nicht sein, die spontanen ökonomischen Abwehrkämpfe der Arbeiter schlechthin zu ‘unterstützen’, obwohl auch das zweifellos wichtig ist. Als Hauptaufgabe muß vielmehr gefaßt werden: umfassend über den Gesamtcharakter der politischen, ideologischen und ökonomischen Angriffe der Kapitalistenklasse aufzuklären und die Arbeiterklasse propagandistisch wie auch praktisch auf ihre Kämpfe auf allen Ebenen vorzubereiten...“

Wie schon gesagt, sind die Genossen vom KB/ML Westberlin inzwischen bis zur äußersten Konsequenz ihrer ökonomistischen Auffassungen gegangen, indem sie ihre Organisation auflösten. In einer Schrift „Auflösung und Lernprozesse (?! ?!) eines ML-Zirkels“ (Westberlin 1973) legt ein Teil der Genossen seine Auffassungen dar: die Parteitheorie Lenins sei eigentlich eine speziell russische Geschichte. Daß der wissenschaftliche Sozialismus „von außen“ in die Arbeiterklasse hineingetragen werden muß (wie Lenin sagt!), sei „unmaterialistisch und undialektisch“. Die „autonomen und spontan geführten Kämpfe der Arbeiterklasse“ seien „vernachlässigt“ worden, an die Stelle der „aktuellen ökonomischen und politischen Kämpfe“ der Arbeiter seien „sektiererische Sonderinteressen“ getreten.

Die Bremer Thesen

In den Thesen des KBB (Beilage zur „Wahrheit“ Nr. 5/6, 73) wird davon ausgegangen, daß aus „objektiven Gründen die Kräfte der Revolution noch weitaus schwächer sind, als die der Konterrevolution“. Die revolutionären Kräfte befinden sich daher in der „strategischen Defensive“ (vgl. dazu den 1. Teil des Artikels in AK 31).

Vor diesem Hintergrund wird in den Thesen als „Hauptaufgabe der Kommunisten“ angegeben, „den bürgerlichen Einfluß in der Arbeiterbewegung zu brechen“.

Auf welche Weise geschieht das? Dazu heißt es in den Thesen:

„Der zentrale Punkt nun, an dem sich die Auseinandersetzungen breiterer Arbeitermassen mit bürgerlicher Politik in der Arbeiterbewegung heute entfalten, an dem in Ansätzen auch die Rolle des bürgerlichen Staates ersfaßbar wird, das ist gegenwärtig der wirtschaftliche Kampf gegen die Kapitalisten und die Lohnpolitik des Staates.“

Daraus folgt für die Aufgaben der Kommunisten:

„Unsere vornehmste Aufgabe ist

die Entwicklung der Arbeiterbewegung an den Fragen, die sich ihr stellen."

Und das heißt doch wohl in diesem Zusammenhang: unsere eigentliche, wichtigste, zentrale Aufgabe ist „politische (?) Agitation auf ökonomischem Boden“. Denn der wirtschaftliche Kampf, das ist der Kampf, der „möglich“ ist, der sich ohne weiteres „stellt“.

Wir sagen im Gegensatz dazu, daß es gerade darum gehen muß, die Entwicklung der Arbeiterbewegung an solchen Fragen voranzutreiben, die sich ihr durchaus noch nicht unmittelbar „stellen“, weil nämlich der wirtschaftliche Kampf sie nicht darauf „stößt“ – wie etwa Abbau demokratischer Rechte, Berufsverbot gegen „extremistische“ Intellektuelle, Kommunisten-Jagd, Bürgerkriegs-Vorbereitungen, die Situation an den Schulen u.a.m.

Die Thesen konstatieren dann, daß der demokratische und anti-imperialistische Kampf in erster Linie von Studenten und Schülern geführt wird, während die Arbeiter bloß den wirtschaftlichen Kampf führen. Die Studenten und Schüler sollten diesen Kampf auch ruhig weiter führen; falsch sei es aber, „aus der Logik der Studentenbewegung heraus“ (?) „Kampagnen zu planen und in die Betriebe zu tragen“. Mit anderen Worten: wenn die Kommunisten Kampagnen (im Rahmen des demokratischen und anti-imperialistischen Kampfes) führen wollen, dann müssen sie sich „auf vorhandene oder zu erwartende (?)“, durch unsere Agitation unmittelbar (?) auslösbare Massenbewegung (?) beziehen. . . . Darum kann es sein, daß eine allgemein-politische (???) Kampagne, die an den Universitäten auf der Ebene der Massenagitation vorangetrieben wird, im Betrieb nur in der Zeitungspropaganda erscheint, wo sie die fortschrittlichen Arbeiter erreicht."

Das eben ist völliger Opportunismus, das Anpassen an die Lage, „wie sie nun einmal ist“. An den Universitäten kann man demnach schon mal eine „allgemein-politische“ (was heißt das bloß?) Kampagne riskieren, denn da ist der Boden schon vorbereitet. In den Betrieben kann man das nicht, weil leider „die Arbeiter noch nicht soweit sind“, sondern bloß den wirtschaftlichen, nur-gewerkschaftlichen Kampf führen. Oder anders gesagt: „Die Arbeiter sollen den ökonomischen Kampf (genauer müßte man sagen: den trade-unionistischen Kampf, denn dieser umfaßt auch die spezifische Arbeiterpolitik) führen, die marxistische Intelligenz aber soll sich mit den Liberalen zum politischen „Kampf“ verschmelzen“ (mit diesen

worten kennzeichnet Lenin an einer Stelle in „Was tun?“ die Position der Ökonomen).

Wir sagen dagegen, daß politische Themen – wie etwa vor einigen Monaten die Polizei-Maßnahmen gegen die Gruppe „KPD“ – nicht nur an die Universitäten gehören, daß sie auch nicht nur in die Zentralorgane gehören (wo sie ein kleiner Teil der Arbeiter lesen wird), sondern daß solche Fragen in die Massenagitation gehören (Flugblätter auch vor Betrieben bzw. im Berufsverkehr, Artikel in den Betriebs-Zeitungen).

„Es ist notwendig, jede konkrete Erscheinung dieser Unterdrückung“ (der politischen Unterdrückung – Anm. AK) „für die Agitation auszunutzen (so wie wir die konkreten Erscheinungen der ökonomischen Unterdrückung für die Agitation ausgenutzt haben . . . Ist es doch, um die konkreten Erscheinungen der Unterdrückung für die Agitation auszunutzen, notwendig, diese Erscheinungen zu enthüllen (Wie man die Mißstände in den Fabriken enthüllen mußte, um ökonomische Agitation zu treiben!)“.

Wenn die Arbeiter gegenwärtig fast nur den wirtschaftlichen Kampf führen, wie kommen sie dann überhaupt zum politischen (demokratischen) Kampf? Dazu heißt es in den Bremer Thesen:

„Für die breite Einbeziehung von Arbeitermassen in den demokratischen Kampf bedeutet das, daß diese Einbeziehung nur dort geschehen kann, wo Arbeitermassen, in wie begrenzter Form auch immer, einen demokratischen Kampf schon führen.“

Das klingt zunächst vollkommen sinnlos: Die Arbeiter können in den demokratischen Kampf nur einbezogen werden, wo sie ihn schon führen?!

Die Thesen erklären das so: in jedem ökonomischen Kampf, und sei er noch so begrenzt, „nehmen“ die Arbeiter „sich Rechte, die ihnen der bürgerliche Staat ausdrücklich verweigern will“. Deshalb ist der demokratische Kampf sozusagen im Ansatz in jedem ökonomischen Kampf schon enthalten – und dies bewußt zu machen, sei die Aufgabe der Kommunisten, um die Arbeiter in den demokratischen Kampf einzubeziehen („heranzuführen“ sagt die DKP dazu).

Das ist genau die alte, abgedroschene ökonomische Geschichte: der ökonomische Kampf „stößt“ die Arbeiter auf die Frage ihrer Rechtlosigkeit“, deshalb ist der ökonomische Kampf „das weitest anwendbare Mittel“ zur Einbeziehung der Massen in den aktiven politischen Kampf.

Allerdings enthält der wirtschaft-

liche Kampf immer auch politische Elemente, z.B. der Einsatz der bürgerlichen Presse, Konfrontation mit der Polizei etc., die unbedingt in der Massenagitation aufgenommen werden müssen. Niemals aber darf von uns eine derartige „politische Agitation auf ökonomischen Boden“ als wichtigstes oder gar ein z i g e s Mittel angesehen werden, um die Arbeiter in den demokratischen (politischen) Kampf „einzubeziehen“, wie es in den Bremer Thesen geschieht.

Übrigens lehrt uns der „schlichte Augenschein“, daß es sich nicht so verhält, wie die Bremer Thesen voraussetzen. Denn es gibt ja genug Beispiele, wo die Arbeiter auch politische Kämpfe geführt haben – freilich im Rahmen bürgerlicher Politik, d.h. des Sozialdemokratismus – ohne von ihren wirtschaftlichen Kämpfen unmittelbar darauf gestoßen worden zu sein: der Kampf gegen das BVG, gegen die Wiederausrüstung, gegen die Atombewaffnung in den 50er Jahren, oder der Kampf gegen das Mißtrauensvotum der CDU/CSU 1972. Die Einbeziehung der Arbeiter in diese Kämpfe erfolgte durchaus außerhalb ihrer wirtschaftlichen Kämpfe.

In diesem Zusammenhang scheint uns folgendes bemerkenswert: auf der KBW-Konferenz wurde eine Resolution „Die Entwicklung des Klassenkampfes und die Aufgaben der westdeutschen Kommunisten“ abgefaßt. Während diese Resolution in weiten Teilen eine wörtliche Übernahme vom „Politischen Bericht des ZA der KG (NRF)“ (Heidelberg) ist, wurde ausgerechnet der oben zitierte Satz aus den Bremer Thesen in die Resolution hineingenommen, nämlich:

„Die breite Einbeziehung von Arbeitermassen kann nur dort gelingen, wo die Arbeitermassen den demokratischen Kampf in wie begrenzter Form schon führen.“ (so im Text der Resolution).

Die Genossen haben es offenbar instinktiv geschafft, alle richtigen Aussagen der Bremer Thesen (vgl. dazu AK 31) unter den Teppich zu kehren und die falschen Aussagen sozusagen als Rosinen herauszupicken und zu übernehmen.

Die Heidelberger „Nächsten Aufgaben“

Eine Reihe ökonomistischer Fehlpositionen enthielt auch der Artikel „Die nächsten Aufgaben der Kommunisten“ in der Heidelberger „Arbeiterzeitung“ vom Juni. Die ganze Tendenz des Artikels ist es, als „nächste Aufgaben“ der Kom-

munisten die Orientierung auf die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter in den Vordergrund zu stellen, und die Frage des politischen Kampfes gegen den Abbau demokratischer Rechte, Kommunisten-Jagd etc. entweder in ihrer Bedeutung herabzusetzen oder überhaupt abzulehnen.

Andererseits (?) fällt in dem Artikel der teilweise geradezu groteske Gegensatz zwischen „links“- und rechtsopportunistischen Aussagen über die Aufgaben der Kommunisten auf. Vor allem am Beispiel der beiden folgenden Sätze:

„Die Kommunisten müssen nicht irgendetwas künstlich in Gang setzen, sie müssen das, was in Gang ist, anleiten und zusammenfassen.“

Und andererseits:

„Die Überwindung dieser Zersplitterung, die Zusammenfassung dieser Kämpfe zum einheitlichen Klassenkampf gegen die bürgerliche Diktatur und für den Sozialismus, das ist die nächste, brennende und aktuelle Aufgabe der Kommunisten.“

Im ersten Satz wird die Aufgabe der Kommunisten herabgedrückt auf das, „was in Gang ist“, und das ist doch wohl für die Arbeiter weitgehend der nur-gewerkschaftliche Kampf.

Im zweiten Satz dagegen wird den Kommunisten kühn als „nächste“, „aktuelle“ Aufgabe gestellt, die stattfindenden Kämpfe „zusammenzufassen“ zum Kampf für den Sozialismus!! Das ist in doppeltem Sinn falsch: erstens ist der Kampf um den Sozialismus noch keine „aktuelle“ Aufgabe (falls man den Begriff „aktuell“ nicht in allgemeinsten, nichtsagender Weise verstehen will). Und zweitens kann der Kampf um den Sozialismus nicht einfach – wie es hier dargestellt wird – das Ergebnis einer „Zusammenfassung“ der Kämpfe sein, die im Moment stattfinden.

Demokratischer Kampf: „offensiv“ ... oder gar nicht?!

Die Heidelberger Ideologen haben eine besonders schlaue Kritik an uns entwickelt: der KB führe den demokratischen Kampf bloß defensiv, als Abwehrkampf. Man müsse ihn aber „offensiv“ führen.

So betonte J. S., „daß wir den Kampf gegen die politische Reaktion als Offensivkampf führen und ihn direkt mit dem Kampf für den Sozialismus verbinden müssen...“

Deshalb stellt die Kommunistische Gruppe (NRF) die gegenwärtigen Kämpfe unter die Hauptparole:

„Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!“ (NRF 3/72 – Unterstreichung des Wortes „direkt“ durch J. S.)

Diese Theorie übernahmen alsbald auch die KBB-Führer, sodaß in der „Wahrheit“ vom November 72 zu lesen war:

„... wir können den demokratischen Kampf in der Arbeiterklasse nur verankern, wenn wir ihn mit dem Kampf um den Sozialismus verbinden, wenn wir uns nicht in einen defensiven Abwehrkampf drängen lassen, sondern offen den Sozialismus propagieren ...“

Zu dieser Theorie vom „offensiven“ demokratischen Kampf ist zu sagen: im gegenwärtigen Stadium der Klassenkämpfe kann der demokratische Kampf nur ein Abwehrkampf sein. Niemand (und wahrscheinlich nicht einmal die KBW-Führer) wird ernsthaft annehmen, heute die Arbeiterklasse unter der Parole des Sozialismus zum demokratischen Kampf zusammenschließen zu können. Dieser Kampf setzt sich zunächst durchaus „bescheidene“ Ziele wie Verhinderung bestimmter Gesetze (BVG, Notstandsgesetze), Schutz angegriffener Kollegen etc.

Für die Kommunisten stellt sich dabei die Frage, ob sie in derartigen Kämpfen „aufgehen“, d.h. zugunsten der Propagierung allgemein-demokratischer Ziele die Propaganda des sozialistischen Endziels „vergesen“. Diese Gefahr besteht zweifellos. Das darf aber nicht verwechselt werden mit der Frage „defensiv“ oder „offensiv“. Die „offensive“ Führung des demokratischen Kampfes durch die Kommunisten ist beim jetzigen Kräfteverhältnis eine leere Phrase. Bei den KBW-Ideologen besteht der Irrtum, die bloße Propaganda des wissenschaftlichen Sozialismus durch kommunistische Zirkel schon für eine „offensive“ Handlung zu halten. Das kommt auch in der Resolution der KBW-Konferenz zum Ausdruck, wo es heißt: „Die ideologische Offensive führen“. In Wahrheit wird darunter nur eine Verstärkung der kommunistischen Agitation und Propaganda gefaßt, was aber an der politischen, ideologischen und organisatorischen Defensiv-Situation der kommunistischen- und Arbeiterbewegung unmittelbar noch nichts Wesentliches ändert.

Die Theorie vom „offensiven“ demokratischen Kampf scheint eine besonders „linke“ Theorie. Ihre praktische Konsequenz jedoch ist ein opportunistisches Zurückweichen vor der Aufgabe, die gesamte politische Unterdrückung vor den

Arbeitern zu „enthüllen“ und die Arbeiter für den demokratischen Kampf zu gewinnen.

Dieser Widerspruch ist beim ehemaligen KBB sehr anschaulich. Einerseits: die Kommunisten können die Arbeiter nur für den demokratischen Kampf gewinnen, indem sie ihn mit dem Kampf um den Sozialismus verbinden. Andererseits: Die Arbeiter können in den demokratischen Kampf nur dort „einbezogen“ werden, wo sie ihn, „in wie begrenzter Form auch immer“, spontan schon führen. („Thesen“ – s.o.)

Sabotage am Kampf gegen die Kommunisten-Verfolgung

Der Polizei-Überfall auf die Gruppe „KPD“, verbunden mit einer antikommunistischen Hetzkampagne in der bürgerlichen Presse und massiven Verbotsdrohungen gegen alle kommunistischen Organisationen, sie sich im Mai und Juni zuspitzen, gaben dem KBW Gelegenheit, die Konsequenzen seiner Haltung in der Praxis zu demonstrieren.

In dem Artikel „Die nächsten Aufgaben der Kommunisten“ (Heidelberger „Arbeiterzeitung“ vom Juni) heißt es dazu:

„In der gegenwärtigen Situation sich entwickelnder Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes müssen die kommunistischen Organisationen alle Tendenzen ... zum Starren auf den eigenen Nabel vermeiden ...“ Und weiter: „Wenn in dieser Lage die Kommunisten den Angriff der Bourgeoisie auf sich selbst zum Hauptgedanken (?) ihrer Agitation machen, dann (!) sind sie verloren. Wenn die Kommunisten jetzt an einer Nebenfront (!!) den Kampf entwickeln wollen und sich nicht in jedem Schritt die Organisation und Zusammenfassung der Bewegungen, die jetzt und heute schon (!!) große Teile des Volkes (!!!) erfassen, zur Aufgabe stellen, dann werden sie geschlagen werden und zwar vernichtend.“

Mit anderen Worten: je mehr „Aufhebungs“ wir von der Kommunistenverfolgung machen, umso schlimmer für uns. Und umgekehrt, wenn wir die Kommunistenverfolgung möglichst gar nicht oder nur ganz am Rande erwähnen (an dieser „Nebenfront“ natürlich auch keine Kämpfe führen), und uns stattdessen (!) auf die Kämpfe konzentrieren, die „jetzt und heute“ schon massenhaft geführt werden, dann kann uns die Bourgeoisie nichts anhaben.

Das ist die letzte Konsequenz

dieser Maulhelden des „offensiven“ demokratischen Kampfes!

Die praktische Umsetzung dieser krass rechtsopportunistischen Linie sah zunächst einmal so aus: in der „Arbeiterzeitung“ (Juni) ganze drei (!) Zeilen über den Polizei-Überfall gegen die Gruppe „KPD“.

Etwas breiter wurde daneben in einer (ca. 3/4 Seite) Reportage über

zung ist, daß gegenwärtig das Kommunisten-Verbot die Arbeiterklasse nicht betrifft (und daher nicht interessiert), wohl aber ein Demonstrationsverbot, weil das Demonstrationsrecht ein Recht ist, von dem die Arbeiterklasse selbst heute schon relativ breit und häufig Gebrauch macht.

Im Gegensatz zu dieser u.E. ver-

Verhaltens in der Solidaritätskampagne.

Lenin schreibt in „Was tun?“, „Warum zeigt der russische Arbeiter noch so wenig seine revolutionäre Aktivität in Bezug auf die bestialische Behandlung des Volkes durch die Polizei, im Bezug auf die Verfolgungen der Sektierer (Lenin meint hier allerdings religiöse Gruppen), die Mißhandlungen der Bauern, das Wüten der Zensur, die Soldatenschindereien, die Verfolgung selbst der harmlosesten kulturellen Bestrebungen usw.? Darum etwa, weil ihn der 'ökonomische Kampf' nicht darauf 'stößt', weil ihm das keine 'greifbaren Resultate' verheißt und wenig 'Positives' gibt? Nein, eine solche Ansicht ist, wie gesagt, nichts anderes als der Versuch, die eigene Schuld anderen in die Schuhe zu schieben, das eigene Philistertum (alias Bernsteinianertum) auf die Arbeitermasse abzuwälzen. Wir müssen es uns selbst, unserem Zurückbleiben hinter der Bewegung der Massen zuschreiben, daß wir es noch nicht verstanden haben, genügend umfassende, aufreißende, rasche Enthüllungen all dieser Schandtaten zu organisieren.“

Ohne diese Sätze schematisch auf die gegenwärtige Situation übertragen zu wollen, läßt sich doch sagen, daß bei den NRF-Ideologen eben diese Haltung festzustellen ist, ihre kommunistischen Pflichten zu versäumen und sich stattdessen zu verstecken hinter den Kämpfen, die „jetzt und heute“ schon unter Beteiligung breiter Massen stattfinden; d.h. hinter der spontanen Bewegung, die es angeblich nicht erfordert oder gar nicht zuläßt, über eine so „nebensächliche“ Frage wie die Kommunistenverfolgung umfassende „Enthüllungen“ zu organisieren.

Die äußerste Konsequenz dieser Politik zog eine studentische Sympathisantengruppe des Zirkelblocks, die „KG“ Köln. Ihre „Zentrale Leitung“ erklärte am 26. Mai klipp und klar:

„Wir werden deshalb keine Demonstration gegen das Demonstrationsverbot organisieren oder unterstützen, solange die Massen (!) nicht selbst aufgrund ihrer eigenen Erfahrung (!!) bei der Unterdrückung ihrer Kämpfe zum Träger (!) dieser Demonstrationen werden. Dies gilt auch für den Fall, daß die Bourgeoisie ihre Verbotsdrohung gegen die 'KPD' wahrnimmt. Dies gilt auch, wenn die Bourgeoisie die Verbotsdrohungen auf die gesamte kommunistische und demokratische Bewegung ausdehnt.“

Das heißt, den demokratischen Kampf gegen die Anschläge auf Demonstrations- und Organisations-

freiheit etc. wollen wir erst dann unterstützen, wenn die Erfahrungen des spontanen Kampfes die Arbeiterklasse selbst zum demokratischen Kampf treiben. Solange das nicht der Fall ist, mag die Bourgeoisie uns ruhig verbieten – wir werden keinen Finger rühren.

Nicht so eindeutig, sondern mehr als Eiertanz, kommt die „Kommunistische Volkszeitung“ des KBW vom Juli zu inhaltlich ähnlichen Schlußfolgerungen wie die Kölner Gruppe. Es heißt da u.a.:

„Die Kommunisten sind nicht sentimental, sondern nüchterne Vorkämpfer der Arbeiterklasse, deshalb bestimmen sie ihre Handlungen nicht nach irgendwelchen Solidaritätsgefühlen in der 'ganzen Linken', sondern nach den Notwendigkeiten des Klassenkampfes. Deshalb räumen sie nicht irgendwelchen Solidaritätsaktionen den Vorrang ein, sondern der Entwicklung der Massenkämpfe dort, wo sie stattfinden.“

O ja, wir sind nicht so „sentimental“, daß wir für eine politische Enthüllung über die Kommunistenverfolgung mehr als drei Zeilen in unserem Zentralorgan übrig haben. Wir sind erst recht nicht so „sentimental“, mit verfolgten Genossen Solidarität zu üben. Die Hamburger Sympathisantengruppe des KBW, die SSG/„KG“, meinte sogar, Solidarität sei bloß ein „moralischer“ Begriff, und „moralisch“ wollen wir ja nicht mehr sein, nicht wahr? Nein, wir sind entschieden so „nüchtern“, mit Andacht „den Hintern des Proletariats zu betrachten“ (Lenin) und uns ganz auf die Kämpfe „jetzt und heute“ zu orientieren. Der spontane Kampf treibt die Arbeiter nicht zum Kampf gegen Demonstrationsverbot, Kommunistenverfolgung etc.? Dann werden wir eben auch darauf verzichten.

Allerdings wagen wir die Voraussetzung, daß diese „nüchternen“ Genossen trotz ihrer Sprüche ein Riesengeschrei anstimmen werden, sobald sie selbst von der Bourgeoisie härter angefaßt werden sollten, daß sie dann gebieterisch von der gesamten kommunistischen Bewegung Solidarität verlangen werden, und daß sie vielleicht sogar wieder mal eine „zentrale Demonstration“ einberufen werden. Wir können diese Voraussage wagen, weil wir uns noch genau an das Theater erinnern, das die Genossen vor einigen Monaten aufgeführt haben: damals hatte die Bremer CDU das Verbot des KBB (jetzt im KBW) gefordert. Noch am selben Tag erreichte uns ein Telefonanruf aus Bremen, mit dem wir dringend zur

„Solidarisierung“ aufgefordert wurden. In Bremen wurde eine Art nordeuropäischer Sternmarsch organisiert und zwar sinnigerweise so, daß z.B. Hamburger Genossen, die berufstätig sind, zeitlich gar nicht daran teilnehmen konnten, was uns dann noch von den SSG-Studenten als Mangel an Solidarität (!) ausgelegt wurde. Die Bremer „Wahrheit“ schließlich widmete dem aufregenden Ereignis volle vier (!!) Seiten, davon allein mehr als zwei Seiten „Solidaritätserklärungen“, die den KBW aus dem gesamten Bundesgebiet erreicht hatten.

Wenn bei den Genossen ein echter Sinneswandel vorläge, so wäre

seit dem Februar 1972 und löste die bis dahin erschienene „Kommunistische Arbeiterkorrespondenz“ ab. Bereits in der ersten Nummer legten die Genossen in einem Artikel „Unsere nächsten Aufgaben und die Rolle der Zeitung“ ihre Vorstellungen umfassend dar:

„Unter politischer Zeitung verstehen wir ein Organ, das auf alle Fragen des Kampfes der Arbeiterklasse und auf die Kämpfe aller anderen werktätigen Klassen eingeht, sie vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus aus beleuchtet und – soweit das beim jetzigen Stand der Auseinandersetzung möglich ist – darüber zur politisch-theoretischen Anleitung wird.“

Alt-Heidelberg

In einem verstaubten Aktenordner fand ein Genosse nicht ohne Rührung ein uraltes Exemplar der Heidelberger Studenten-Zeitung „Neues Rotes Forum“ aus dem Jahre 1971. In einer so ungeheuer langen Zeit – es sind fast zwei Jahre! – verschiebt sich natürlich die politische Sicht, wie folgendes Zitat aus diesem antiken NRF (es handelt sich um die Nr. 6/71) zeigt:

„Die KPD/ML befreit sich...unter Hinweis auf die allgemeine Aussage Maotsetungs 'Die Haupttendenz in der Welt ist Revolution' von der Notwendigkeit, eine taktische Klassenkampfsituation in einem bestimmten Land zu einem bestimmten Zeitpunkt zu untersuchen. Die strategische Aussage Maos und Lenins bezieht sich auf die Epoche des Imperialismus und des beginnenden Sieges der sozialistischen Revolution, erübrigt aber keineswegs eine konkrete Analyse der nationalen Klassenkämpfe und eine taktische Einschätzung von deren Entfaltung. Die Tatsache, daß die westdeutsche Kapitalistenklasse die verschärften Widersprüche der imperialistischen Konkurrenz durch verstärkten Druck auf die Arbeiterklasse zu lösen versuchen muß, und daß dieser Lösungsversuch eine Verschärfung des Klassenkampfes bedeutet, kann uns keineswegs dazu veranlassen, den defensiven und unentfalteten Charakter des proletarischen Klassenkampfes zu übersehen und in triumphalistische und abenteuerliche Phrasen auszubrechen...“

Gell, das ist schön! Ist aber auch schon arg lange her! Inzwischen sind die Genossen genau auf dem Trip, den sie damals richtig kritisiert haben! Was mag sie bloß dazu „veranlaßt“ haben?

vielleicht eine Selbstkritik fällig? Aber ist es nicht vielmehr so, daß sie „solidarisch“ sind, wenn es um sie selbst geht, und „unsentimental“ und „nüchtern“, wenn es andere trifft?

Aus dem Text geht außerdem hervor, daß die Genossen in der politischen Zeitung auch „die Darstellung der Auseinandersetzung über die grundlegenden Fragen der Revolution in Westdeutschland“ sehen wollten.

Der Artikel setzt sich speziell auseinander mit dem Typ der „Arbeiterzeitung“.

„Dieser Zeitungstyp fällt dadurch auf, daß er die Fragen des praktischen Kampfes nur in sehr oberflächlicher Weise theoretisch beleuchtet: Die Auseinandersetzung innerhalb der kommunistischen Bewegung findet in den Spalten der 'Arbeiterzeitung' nicht statt. Die Schreiber dieser Zeitung gehen offenbar davon aus, daß für die Arbeiter eine besondere Propaganda notwendig ist, die sie möglichst mit theoretischen Fragen, mit der

Die Rolle der Zeitung

Über die Funktion des Zentralorganes bestanden vor allem zwischen KBB und NRF von Anfang an bedeutende Meinungsverschiedenheiten. Diese sind sogar noch auf der KBW-Konferenz offen zu Tage getreten. Das ist bemerkenswert, da es ja nun ein gemeinsames Zentralorgan gibt, die „Kommunistische Volkszeitung“. Die Bremer „Wahrheit“ erschien

Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung



Unser Weg

SONDERNUMMERN

Nachdruck von Artikeln der KAB-Arbeiterzeitung Teil 1:

Nachdruck von Artikeln der KAB-Arbeiterzeitung Teil 2:

Aus dem Inhalt:

„Links“opportunistismus in der Gewerkschaftsfrage muß zurückgewiesen werden.
Kampf dem Faschismus
Zur Rolle der SPD
„Zwei Fraktionen der Kapitalistenklasse“?
Droht ein neues KPD-Verbot?
„1. Zentrale Arbeiterkonferenz der KPD/ML“
Kommunisten schlagen Aktionsbündnis vor.
Die Super-„Linken“ sind Feinde Chinas und Albanien.
25. Mai – Fünf Jahre Kulturrevolution in China
Die Arbeiter brauchen ihre Partei – über weiche politischen Differenzen muß diskutiert werden! –
26 Jahre SED
Europas Proletariat vor dem Sturm
Den Kapitalismus und seine Lakaien bekämpfen.

2,- DM

Erhältlich im ARBEITERBUCH,
2 HH 13, Grindelhof 45 oder über
VERLAG ARBEITERKAMPF,
J. Reents, 2 HH 13, Rutschbahn 35

Aus dem Inhalt:

Zur Gewerkschaftsfrage: Was ist Ökonomismus? Was ist los mit der Mittelbestimmung?
Chemie-Tariffrage 71: Ein großer Kampf und ein schwacher Abschluß.
Volkskrieg und politische Lösung.
Zur Kritik der RAF
15 Jahre KPD-Verbot
Aktionsinheit zur Metalltariffrage 71 – Verlauf der Aktionsinheit –
Für das Bündnis von Intelligenz und Arbeiterklasse.

2,- DM

Revisionismuskritik

Dieses Heft enthält eine Reihe von Nachdrucken inzwischen vergriffener Artikel zur Revisionismuskritik

4,50 DM

Amis raus aus Indochina

Aus dem Inhalt:

Rede auf der Vietnamdemonstration Januar '73
9-Punkte-Abkommen
Waffenstillstandsabkommen

1,50 DM

antwortungslosen Haltung hat Lenin den Kommunisten die Aufgabe gestellt, jede Erscheinung der politischen Unterdrückung vor der Arbeiterklasse zu „enthüllen“. So haben wir z.B. im AK aus Anlaß des Polizei-Überfalls auf die „KPD“ versucht, die Absichten der Bourgeoisie aufzuzeigen, die Haltung der bürgerlichen Presse wie auch einiger „Linker“ (DKP) zu beleuchten, schließlich auch Kritik an „KPD“ und „KPD/ML“ hinsichtlich ihres

Auseinandersetzung unter den Kommunisten, mit den grundsätzlichen Fragen von Strategie und Taktik nicht belastet."

Diese Kritik traf damals schon gerade die Heidelberger „Arbeiterzeitung“ des NRF, und genauso ist stets die inhaltliche Ausrichtung der Heidelberger Zeitung geblieben.

Vom ARBEITERKAMPF, der zum Zeitpunkt dieses Artikels auch erst in zwei oder drei Ausgaben vorlag, heißt es, daß seine weitere Entwicklung „noch unklar“ sei, da sich damals auch beim ARBEITERKAMPF immer noch die Kennzeichen der oben beschriebenen „Arbeiterzeitung“ geltend machten.

In der März-Nummer des AK („Zur Zeitungsarbeit des Kommunistischen Bundes“) nahmen wir diese Kritik der „Wahrheit“ auf und erkannten ihre grundsätzliche Berechtigung an. Wir haben den genannten Artikel der „Wahrheit“ auch als Hilfe bei der Ausrichtung unserer eigenen Zeitungsarbeit verstanden.

Allerdings hielten die Bremer Genossen selbst sich nicht völlig an die von ihnen propagierten Prinzipien. In der „Wahrheit“ nahm der politisch-theoretische Kampf innerhalb der kommunistischen Bewegung immer nur einen zu geringen Raum ein. Im Vordergrund standen in der Regel abstrakt-organisatorische Abhandlungen, die vom politischen Inhalt losgelöst waren, und die wesentlich dem formalen Zusammenschluß des Zirkelblocks dienen sollten, ohne dessen politisch-theoretische Ausrichtung jemals ernsthaft zur Diskussion zu stellen. (Das gilt natürlich nicht für die Veröffentlichung der „Thesen“ als Beilage zur „Wahrheit“ im Mai/Juni 73, aber eben das auch erst unmittelbar vor der formalen Gründung des KBW). Mit anderen Organisationen hat sich die „Wahrheit“ im wesentlichen nicht auseinandergesetzt, abgesehen von der praktischen Frage der Haltung zu den Bundestagswahlen sowie zwei langen Artikeln zur Gruppe „KPD/ML“.

Dennoch muß differenziert werden, daß die Bremer „Wahrheit“ insgesamt die Funktion einer politischen Zeitung entschieden vollständiger ausfüllte als die Heidelberger „Arbeiterzeitung“. Denn das NRF lehnte es ausdrücklich ab, die Auseinandersetzungen innerhalb der kommunistischen Bewegung in seine „Arbeiterzeitung“ aufzunehmen (vgl. dazu AK 25, S.9: „Warum muß die Auseinandersetzung vor der Arbeiterklasse geführt werden?“).

In den Bremer „Thesen“ (Mai/

Juni 73) wurde zur Rolle der Zeitung folgendermaßen Stellung genommen:

„Eine politische Zeitung von Kommunisten, welche die Entwicklung des Klassenbewußtseins vorantreiben soll, muß gerade den einzelnen Arbeitern, die sich uns heute zuwenden, Material zum Lernen geben, auf ihre Fragen antworten. Sie muß darum der Behandlung unserer gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, der Kritik falscher Anschauungen, der Darlegung und Erörterung taktischer Fragen und der umfassenden Information über die Entwicklung der proletarischen Befreiungsbewegung in der ganzen Welt Vorrang geben vor dem Versuch, heute schon A u s d r u c k der proletarischen Klassenbewegung in Westdeutschland zu sein... Ausdruck der westdeutschen Arbeiterbewegung wird eine kommunistische Zeitung heute nur sehr begrenzt sein können, so sehr sie sich bemühen muß, z.B. über die Anregung und Veröffentlichung von Arbeiterkorrespondenz den Weg dahin zu gehen. Ihr Haupterzgeiz aber muß heute darauf gerichtet sein, durch die Reichhaltigkeit ihrer Meldungen und Berichte, die Klarheit und Gründlichkeit ihrer Artikel das Interesse der Fortgeschrittenen zu erregen und ihnen immer mehr unentbehrlich zu werden für ihr politisches Lernen. Nur über diesen Weg kann sie dahin kommen, auch zum Ausdruck einer neu sich entwickelnden kommunistischen Arbeiterbewegung zu werden.“

Das halten wir durchaus für richtig, und es entspricht dem, worum wir uns in unserer Presse-Arbeit bemühen. Innerhalb des KBW konnten sich diese Vorstellungen jedoch nicht durchsetzen.

In dem Bericht der KVZ über die KBW-Konferenz heißt es dazu: „...Demgegenüber vertrat die spätere Mehrheit die Auffassung, daß sich die Zeitung auf die gegenwärtigen Kämpfe ausrichten müsse und auch wenn sie vorläufig nur eine geringe Zahl der fortgeschrittensten Arbeiter erreicht, anleitend in die Kämpfe eingreifen müsse. Die Propaganda selbst müsse sich auf die praktischen Kämpfe beziehen und dürfe nicht als losgelöste Propagierung des wissenschaftlichen Sozialismus verstanden werden.“

Außerdem wurde den Bremer Genossen vorgeworfen, sie hätten sich „nicht auf die Massenkämpfe, sondern auf ein falsch verstandenes Bildungsbedürfnis der fortgeschrittensten Arbeiter ausgerichtet“.

In der schließlich beschlossenen Resolution der KBW-Konferenz heißt es: „Das Zentralorgan. Es ist

das wichtigste Mittel für die Gewinnung und Erziehung der fortschrittlichen Arbeiter und für die politische Anleitung der Organisation. Es nimmt Stellung zu allen politischen Fragen der Arbeiterbewegung, dient der Zusammenfassung der Kämpfe zum politisch geführten Klassenkampf und stellt den Zusammenhang des national geführten Klassenkampfes mit den internationalen Klassenkämpfen und den Befreiungskämpfen der unterdrückten Völker her. Das Zentralorgan kann seine politische Aufgabe nur erfüllen, die fortschrittlichen Arbeiter zu gewinnen und die Arbeit der Kommunisten anzuleiten, wenn es sich an die Massen wendet und dadurch direkt der Massenarbeit der Kommunisten und der Auseinandersetzung der fortgeschrittensten Arbeiter mit ihren Kollegen dient.“

Diese Aufgaben-Bestimmung ist in sich selbst widersprüchlich. Wir sehen nicht, wie sich eine Zeitung „an die Massen“ wenden und gleichzeitig als „wichtigstes (!) Mittel“ für die „Erziehung der fortschrittlichen Arbeiter“ dienen soll. Wenn die politische Zeitung gerade die fortschrittlichen Arbeiter voranbringen soll (das Wort „Erziehung“ ist wohl nicht unbedingt treffend), dann kann das eben keine Zeitung für die „Massen“ sein. Eine Zeitung, die sich „an die Massen“ wendet, wird gerade den fortschrittlichen Kollegen nicht jene Informationen und jenes Wissen geben können, das sie wollen und benötigen. Sie wird entweder über die Köpfe der „Massen“ hinwegreden, oder sie wird die bewußteren Kollegen durch politisch-ideologische Seichtheit und Wiederkäuen von „Banalitäten“ (im Bewußtsein dieser Teile der Arbeiterklasse) langweilen und abstoßen.

Man muß ganz klar sehen, daß man keine Zeitung machen kann, die sozusagen „alles in einem“ ist und alle Bedürfnisse zufriedensstellt. Die Entscheidung stellt sich: entweder eine Zeitung „an die Massen“, oder eine Zeitung gezielt für eine politisch bewußtere Minderheit. Als „dritter Weg“ bleibt bloß ein buntes Mischmasch, wo man vorn die Seiten mit Streik-Reportagen „für die Massen“ füllt und hinten ein oder zwei Bonbons für die „Fortgeschrittenen“ bringt. Das ist eben – zugespißt ausgedrückt – das Gesicht der ersten Nummer der „Kommunistischen Volkszeitung“ des KBW.

Das unmittelbare „Eingreifen“ in die Kämpfe wird immer eine Aufgabe der Agitation durch Flugblätter sein.

In der oben zitierten Stellungnahme der KVZ (Juli) zur Behand-

lung der Zeitungsfrage auf der KBW-Konferenz kommen die falschen Positionen noch klarer zum Ausdruck als in der Resolution, die wohl schon ein Kompromiß zwischen Positionen des KBB einerseits und der Konferenz-Mehrheit (vor allem wohl NRF) andererseits sein dürfte.

In dieser Stellungnahme wird die Ausrichtung der politischen Zeitung (Zentralorgan) „auf die gegenwärtigen (!) Kämpfe“ gefordert. Die Propaganda soll sich auf die „praktischen (!) Kämpfe“ beziehen, und „praktisch“ sind eben die Kämpfe, die die Arbeiter spontan schon führen. Schließlich wird die Alternative gemacht: Ausrichtung entweder auf die „Massenkämpfe“ oder auf „ein falsch (?) verstandenes Bildungsbedürfnis der fortgeschrittensten Arbeiter“.

Das heißt: die Zeitung soll sich auf die spontane Arbeiterbewegung ausrichten“, sie muß die „gegenwärtigen Kämpfe“ in den Mittelpunkt stellen. Wir meinen dagegen, daß es – ohne die „gegenwärtigen Kämpfe“ zu vernachlässigen – gerade darum geht, auch solche Fronten des Klassenkampfes zu beleuchten, wo die werktätigen Massen den Kampf noch kaum aufgenommen haben (alle Fragen des demokratischen Kampfes, Kampf um die Wohnung und die Schule, politisch-ideologischer Kampf). Die Frage

der Zeitung steht – zusammen mit der der Organisation – im Zentrum von Lenins Schrift „Was tun?“. Und die „Ausrichtung auf die gegenwärtigen Kämpfe“ (das sind eben die spontanen, nur-gewerkschaftlichen Kämpfe) war gerade die Position des russischen Ökonomismus. Dagegen ist das angeblich „falsch verstandene Bildungsbedürfnis“ in den Bremer „Thesen“ gerade die Aufgabe, die Lenin der politischen Zeitung stellte, nämlich die Vermittlung von „politischem Wissen“. Lenin versteht darunter ein solches Wissen, das die Arbeiter allein aus ihren Erfahrungen in der Fabrik und im ökonomischen Kampf nicht gewinnen können, sondern das entsteht durch die „lebendigen Enthüllungen“ dessen, was gerade jetzt unsere Regierung und unsere herrschenden Klassen auf allen Lebensgebieten tun.“ „Wer die Aufmerksamkeit, die Beobachtungsgabe und das Bewußtsein der Arbeiterklasse ausschließlich oder auch nur vorwiegend auf sie selber lenkt“ (die Ausrichtung auf die „praktischen Kämpfe“! Anm. AK), „der ist kein Sozialdemokrat...“ (Lenin, „Was tun?“).

Arbeiterkampf Nr. 32/Sept. 73

Anmerkungen

Auf einige praktische Fragen der Politik des KBW wird in diesem Artikel nicht eingegangen, da sie schon früher im AK angesprochen wurden. Wir verweisen dazu auf AK 31, „Der Streik bei Klöckner“, insbesondere S. 4/5 sowie in derselben Ausgabe „Kommunismus oder Jubel-Ökonomismus?“ (S.26/27). Dazu auch AK 30: „Streiks in der Metallindustrie – Spontaneismus oder kommunistische Propaganda“, insbesondere S.7/8. Mit dem Zirkelblock befaßte sich außerdem die Artikel-Folge „Wie sich das Zirkelwesen am eigenen Schopf aus dem Sumpf zieht“ in AK 24 und AK 25.

Artikel etc. des Zirkelblocks (KBW), auf die im Artikel Bezug genommen wird, sind insbesondere:

„Thesen zur Taktik der westdeutschen Kommunisten“, Beilage der „Wahrheit“ Nr. 5/6, 73 „Die nächsten Aufgaben der Kommunisten“, „Arbeiterzeitung“ (NRF), Juni 73 „Ergebnisse der Gründungskonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands“, Heidelberg (Broschüre) „Kommunistischer Bund Westdeutschland gegründet“, „Kommunistische Volkszeitung“, Juli 73 „Politischer Bericht des ZA der KG (NRF)“, „Neues Rotes Forum“, 3/73

Unser Weg

Revisionismus-Kritik

erhältlich im

DM 4.50



Arbeiterbuch

Politische Buchhandlung

2 Hamburg 13 Grindelhof 45 Telefon 45 33 01

Sind die Arbeiter schuld am Faschismus?

Eine recht eigenwillige Interpretation des Faschismus findet sich in der Heidelberger Studentenzeitung „Neues Rotes Forum“, Nr. 6/71. Auf diese Interpretation soll hier etwas näher eingegangen werden.

Das NRF schreibt: „Der Faschismus ist ein Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie, die durch die Verschärfung der inneren Widersprüche nicht mehr in der Lage ist, mit den alten Mitteln der parlamentarischen Demokratie zu herrschen“.

Also muß man wohl annehmen, daß die Kapitalisten aus irgendeiner Vorliebe heraus, so lange es irgend geht, an der parlamentarischen Demokratie festhalten und sie erst zugunsten des Faschismus aufgeben, wenn sie nicht mehr anders können. Folgerichtig spricht das NRF davon, daß die Bourgeoisie „gezwungen“ sei, zu terroristischen Methoden zu greifen“.

„Gezwungen“ wird man zu etwas, was man eigentlich nicht möchte. Mögen die Kapitalisten den Faschismus nicht? Diese Annahme stünde in fatalem Widerspruch zu der auch vom NRF anerkannten Tatsache, daß Imperialismus eben grundsätzlich verstärkte Tendenz zur Reaktion bedeutet.

Daß die Bourgeoisie in bestimmten Situationen die Unterdrückung verschärft und gar zur faschistischen Herrschaftsform greift, kann nicht damit erklärt werden, daß sie dazu „gezwungen“ ist. Vielmehr ist es so, daß die Bourgeoisie unter Umständen den Faschismus einfach für wirksamer und geeigneter hält, als die parlamentarisch-demokratische Form des Regierens. Unter Umständen wohlgerne, und keineswegs immer. Welche Form des Regierens die Bourgeoisie bevorzugt, hängt von der Gesamtsituation ab.

Warum ist es wichtig, diese Klarstellung gegenüber der These des NRF zu machen? Weil die Darstellung des NRF den Faschismus als etwas erscheinen läßt, was die Kapitalisten ohne und gegen eigenen Willen, „gezwungen“ tun. Weil in letzter Konse-

quenz die Bourgeoisie als bewußt handelnde Klasse gelehrt wird. Diese Konsequenz hat mit äußerster Deutlichkeit zwar nicht das NRF, wohl aber deren Nachbeter, die Hamburger Studentenzeitung „Rote Presse“, gezogen. Die Bourgeoisie bereitet den Faschismus nicht etwa planmäßig und systematisch vor – behauptet die „Rote Presse“ –, sondern sie gerät ohne eigenen Willen durch den Gang der Ereignisse in eine Situation hinein, wo ihr gar keine andere Wahl mehr bleibt, als der Faschismus. Man fühlt sich peinlich erinnert an die Behauptung bürgerlicher Historiker, wonach der deutsche Imperialismus seine beiden Weltkriege auch nicht bewußt herbeigeführt hat, sondern in sie „hineingeschliddert“ sei.

Zurück zum NRF! Die Kapitalisten werden also angeblich zum Faschismus „gezwungen“, statt ihn bewußt herbeizuführen. Wer zwingt sie? – Die „Drohung der proletarischen Revolution“, meint das NRF. Diese Behauptung hält jedoch den historischen Tatsachen nicht stand. Weder in Italien 1922, noch in Deutschland 1933, bestand aktuell die „Drohung der proletarischen Revolution“ für die Bourgeoisie. In Italien lag die revolutionäre Welle der Fabrikbesetzungen (1919/20) bereits zurück, in Deutschland konnte 1932/33 von einer „drohenden“ revolutionären Welle noch keine Rede sein. Die Kapitalisten handelten also vorbeugend, und keineswegs unter einer akuten Drohung.

Wodurch wird nach Meinung des NRF der Faschismus überhaupt erst möglich ...? Durch das Bestehen einer kleinbürgerlichen Massenbewegung. Das NRF schreibt: „Um eine Begrenzung faschistischer Systeme von sonstigen autoritär-reaktionären Diktatoren vornehmen zu können, muß das Vorhandensein einer faschistischen Massenbewegung zur Voraussetzung dafür gemacht werden, daß vom Faschismus gesprochen werden kann ...“

Und woher kommt die faschistische Massenbewegung ...? Von der Kapitalistenklasse nach Mei-

nung des NRF anscheinend nicht, denn die Kapitalisten tun ja nichts, um den Faschismus planmäßig vorzubereiten.

„Der Prozeß, in dem der Faschismus erst zur Massenbewegung wird und Massenwirkung erreicht, verläuft ... unabhängig von dem Willen der Bourgeoisie ...“ (NRF)

Die Bourgeoisie kann also nichts dafür, wenn eine faschistische Massenbewegung entsteht? Wer aber dann? Das NRF antwortet: „Das Versagen der Arbeiterklasse, die gesellschaftlichen Ursachen für die Existenzzerstörung und Lumpenproletarisierung breiter Teile des Volkes infolge der Krise zu beseitigen, liefert dem Faschismus die Massenbasis ... Die entscheidende Ursache für das Entstehen der faschistischen Massenbewegung ist die verfehlte Bündnispolitik der Organisationen der Arbeiterklasse ...“

Die „versagende“ Arbeiterklasse also ist es – nach Meinung der studentischen „Theoretiker“ – die einerseits durch ihre Unfähigkeit zur Revolution dem Faschismus die Massenbasis „liefert“, und die andererseits mit der „Drohung der proletarischen Revolution“ die armen Kapitalisten ganz gegen ihre freundlichen parlamentarisch-demokratischen Absichten zum Faschismus „zwingt“. Und all das „unabhängig von dem Willen der Bourgeoisie“, die die parlamentarisch-demokratische Regierungsform nur deswegen aufgibt, weil sie zu ihrer Aufrechterhaltung „nicht mehr in der Lage“ ist!

Das NRF gibt nicht konkret an, welche Bündnispolitik die Organisationen der Arbeiterklasse gegenüber den Kleinbürgern, Bauern, Angestellten usw. gemacht haben. Es gibt nicht an, welche Fehler konkret gemacht wurden, was anders hätte gemacht werden können, welche Lehren die westdeutschen Arbeiter heute aus den damaligen Fehlern zu ziehen haben.

Jedoch gibt das NRF einige seltsame Ansichten über das Kleinbürgertum zum besten. Danach wäre das Bewußtsein des

Kleinbürgers „potentiell revolutionär“. Erst das „Scheitern der proletarischen Revolution“, die Niederlage der Arbeiterklasse, „läßt das Kleinbürgertum von der proletarischen revolutionären Bewegung abfallen und eigene politische Lösungen anheben“. Das „potentiell revolutionäre Bewußtsein“ des Kleinbürgers schlägt dann um in Haß gegen das Proletariat.

Diese Darstellung verallgemeinert unzulässig die besondere Entwicklung in Italien, wo tatsächlich erst nach dem Scheitern der revolutionären Welle 1919/20 die Faschisten zum Terror gegen die Arbeiterbewegung übergingen, während sie vorher zeitweise die Arbeiterbewegung (Fabrikbesetzungen!) zumindest verbal unterstützt hatten.

In Deutschland war es dagegen so, daß das Kleinbürgertum (vor allem Studenten und andere Intellektuelle!) nach der November-Revolution 1918 und den folgenden Kämpfen sofort massenhaft in die konterrevolutionären „Freikorps“ drängten, um Blutbäder unter der Arbeiterklasse anzurichten. Damit waren die Fronten zwischen Proletariat und Kleinbürgertum von Anfang an klar.

In jedem Fall ist es falsch, die Kleinbürger als „potentiell revolutionär“ darzustellen, die nur durch das „Versagen“ und die „verfehlte Bündnispolitik“ der Arbeiterklasse auf die schiefe Bahn des Faschismus gebracht werden.

Der arbeiterfeindliche Charakter dieser These wird dadurch verstärkt, daß andererseits die Rolle der Bourgeoisie bei der Entstehung der faschistischen Massenbewegung geleugnet wird.

In der kapitalistischen Gesellschaft, wo die Bourgeoisie gerade das Kleinbürgertum systematisch politisch-ideologisch indoktriniert und beeinflusst, kann es keine kleinbürgerliche Massenbewegung „unabhängig von dem Willen der Bourgeoisie“ geben.

Die Bourgeoisie betrieb den Aufbau der faschistischen Massenbewegungen auch mit materieller Unterstützung. In Italien wurde Mussolini schon während des Krieges für seine „radikale“ Kriegpropaganda (Mussolini war aus der Sozialistischen Partei ausgeschieden, weil diese gegen den Kriegseintritt Italiens war!) von der italienischen Bourgeoisie finanziert. Als die Faschisten Ende 1920 zu den berüchtigten

„Strafexpeditionen“ in großem Maßstab übergingen, standen ihnen sogleich die Gelder der herrschenden Klassen und die Unterstützung des Staatsapparats zur Verfügung. In Deutschland wurden die „Freikorps“ von der Bourgeoisie und ihrer Regierung aufgerüstet. Die „Freikorps“ ihrerseits bildeten den Kern der späteren NSDAP. Wenn die massenhafte Unterstützung für die Nazis auch erst nach 1930 einsetzte, so erhielt die NSDAP doch während der gesamten 20er Jahre namhafte Beträge aus der Bourgeoisie.

Das NRF macht außerdem den schweren Fehler, bestimmte anti-kapitalistische Tendenzen des Kleinbürgertums usw. mit einem „potentiell revolutionären Bewußtsein“ zu verwechseln. In Wahrheit trifft für diese Tendenzen im wesentlichen zu, was Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ schrieb:

„Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse ... Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, die Bauern, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, denn sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen ...“

Das wird in den konkreten „antikapitalistischen“ Aktionen des Kleinbürgertums, wie etwa dem Kampf gegen die Kaufhäuser, gegen die Tendenz zur Konzentration der Produktion und den arbeiterfeindlichen ständischen Kämpfen von Angestellten, Beamten und Akademikern sehr deutlich. Diese Art „potentiell revolutionäres Bewußtsein“ ließ sich allerdings leicht für den Faschismus „umfunktionieren“.

Die falschen Thesen des NRF zum Faschismus gruppieren sich zu einem zusammenhängenden antikommunistischen System, dessen zentrale Aussagen die folgenden sind:

Die Bourgeoisie greift nur dann zum Faschismus, wenn sie dazu gezwungen wird, während sie sonst lieber parlamentarisch-demokratisch regiert.

Das Entstehen einer faschistischen Massenbewegung erfolgt unabhängig vom Willen der Bourgeoisie und ist das Ergebnis der politischen Fehler der Arbeiterklasse.

Das Kleinbürgertum ist potentiell revolutionär und wird erst durch das Versagen der Arbeiterklasse dem Faschismus in die Arme getrieben.

QUS:
Arbeiterkampf Nr. 16 / März 1972

Dürfen die Arbeiter gegen die CDU/CSU kämpfen?

Die Zuspitzung des politischen Massenkampfes konfrontiert die kommunistische Bewegung mit einer Reihe von Fragen, auf die eine konkrete Antwort geben müssen. Die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der kommunistischen Bewegung mögen bei einem „friedlichen“ Gang der Dinge unklar, kaum bestimmbar sein. Die Zuspitzung des Massenkampfes indessen läßt die bestehenden Widersprüche scharf und unversöhnlich hervortreten.

Die Reaktion auf die politischen Massenkämpfe der Arbeiterklasse gegen die versuchte Machtergreifung der CDU/CSU hat nicht nur gezeigt, daß die kaum noch zählbaren „ML“-Parteien aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt haben. Leider haben sogar solche Gruppen und Organisationen den Kopf verloren, von denen man es ihrer bisherigen Politik nach nicht unbedingt zu erwarten brauchte.

Dürften die Arbeiter gegen die versuchte Machtergreifung der CDU/CSU kämpfen? Hätten sie sich stattdessen lieber passiv verhalten sollen oder hätten sie am Ende gar die CDU/CSU unterstützen müssen? Diese Frage steht im Mittelpunkt der Auseinandersetzung.

Die Super-„Linken“ betrachten die Vorgänge in Bonn ausschließlich als „Parteiengerangel“, als „Konkurrenzkampf um die Regierungspfründe“ – mit dem einzigen Ziel, „die Ministerposten zu ergattern“. Von daher mußte es bestenfalls nutzlos und überflüssig sein, daß die Arbeiterklasse gegen die CDU/CSU Stellung nahm.

Aber mehr noch: da die Super-„Linken“ die SPD für den „viel gefährlicheren Agenten des Kapitals“, für die „effektivere“ (wirksamere, geeignete) Regierungspartei der Kapitalistenklasse halten, so wäre das Eintreten der Arbeiter gegen die CDU/CSU nicht nur sinnlos, sondern sogar falsch und schädlich gewesen. Wenn die Super-„Linken“ ehrlich und konsequent wären, so hätten sie die Arbeiter zur Unterstützung der ihrer Meinung nach weniger gefährlicheren, weniger „effektiven“ Partei, also der CDU/CSU, aufrufen müssen; hätten jedenfalls im Sinne der Arbeiterklasse eine

Ablösung der SPD/FDP-Regierung begrüßen müssen.

Diese logische Konsequenz wurde natürlich nicht gezogen. Einzig der KB Göttingen brachte immerhin den traurigen Mut (den Mut des Selbstmörders!) auf, offen gegen die Aktionen der Arbeiterklasse Stellung zu nehmen und zu erklären:

„... Daher kann das Gerangel der beiden Parteien, SPD und CDU, um die Regierungsgewalt auch nicht der Anlaß sein, den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte des Volkes zu führen und zu diesem Zweck auf die Straße zu gehen... Was heißt das aber, anlässlich des Regierungsergangs auf die Straße zu gehen und gegen den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes zu demonstrieren? Das bedeutet eben doch, für die Erhaltung der SPD/FDP-Regierung zu demonstrieren...“

Folgerichtig rief der KB Göttingen zum Boykott der in Göttingen stattfindenden Demonstration gegen die versuchte Machtergreifung der CDU/CSU auf.

Auf gleicher Wellenlänge liegen ihre Freunde vom KB Bremen, die in ihrer Zeitung „Wahrheit“ vom Mai 72 schreiben:

„Es wurde die Hauptparole „Stopp! Strauß und Barzel!“ aufgestellt, was angesichts der Tatsache, daß die Arbeiterklasse heute nicht den bürgerlichen Staat zerschlagen kann, um ihre eigene Macht zu errichten, nichts anderes heißt, als „Unterstützt Brandt!““

Dieser seltsamen Logik zufolge dürften die Arbeiterklasse im Kapitalismus überhaupt nicht gegen eine Verschlechterung ihrer Lage kämpfen, da ein solcher Kampf gleichzeitig ein Eintreten für die bestehenden Zustände wäre. Dabei ist es doch sehr einfach zu begreifen, daß die Arbeiter sehr wohl gegen Strauß und Barzel sein können, ohne deshalb für Brandt, Schiller und Schmidt zu sein. Aber vielleicht meinen die Genossen vom KB Bremen, daß die Arbeiter vor 1933 besser daran getan hätten, nicht gegen die faschistische NSDAP zu kämpfen, um nicht etwa die bürgerliche Regierung – Brüning etc. – zu unterstützen?

Daß die Aktionen gegen die versuchte Machtergreifung der CDU/CSU teilweise den Charakter von Unterstützungsaktionen für die SPD/FDP-Regierung hatten, beweist nicht die Falschheit oder Nutzlosigkeit dieser Aktionen. Wie hätte es angesichts der Zersplitterung und Konfusion der kommunistischen Bewegung anders sein können? Der Sozialdemokratie ist es weitgehend gelungen, die Bewegung auf ihre Partei-Mühlen zu lenken, weil die kommunistische Bewegung noch immer zu schwach ist, um dieser Desorientierung entgegenzutreten und die Illusionen über die Rolle der SPD mit Erfolg zu bekämpfen. Und daraus ziehen nun einige super-„linke“ Schlaumeier die Schlußfolgerung, sich grollend in den Schmolliwinkel zu verkriechen und den Sozialdemokraten (zusammen mit ihrem kleinen Ableger, der DKP) das Feld zu überlassen! Für die größten politischen Massenkämpfe seit der anti-militaristischen Bewegung Ende der 50er Jahre haben diese Schlaumeier nur ein verächtliches Achselzucken und ablehnende Bemerkungen übrig.

In seinem immer noch lesenswerten Artikel gegen den „Linken Radikalismus“ (1920) bemerkte Lenin:

„Die Differenzen zwischen den verschiedenen bürgerlichen Parteien und Politikern sind, vom Standpunkt des reinen, d.h. abstrakten, d.h. zur praktischen politischen Massenaktion noch nicht herangereiften Kommunismus ganz belanglos und geringfügig. Aber vom Standpunkt dieser praktischen Aktionen der Massen aus gesehen sind diese Unterschiede äußerst, äußerst wichtig.“

Vom Standpunkt des Schreibtisch-Strategen aus genügt es vollständig, die SPD und CDU/CSU als „Pest und Cholera“ darzustellen, zwischen denen gar kein Unterschied besteht, und sich folgerichtig aus den Massenkämpfen zurückzuhalten. Für die praktische Politik der kommunistischen Organisationen aber ist es von entscheidender Bedeutung, solche Massenbewegungen wie die gegen die versuchte Machtergreifung der

CDU/CSU zu unterstützen, an ihnen teilzunehmen, sie vorwärts zu treiben.

Die Kommunisten müssen es verstehen, sehr genau und konkret die Widersprüche zwischen den bürgerlichen Parteien und innerhalb der Kapitalistenklasse zu erkennen. Klarheit über diese Widersprüche zu schaffen, diese Widersprüche auszunutzen für eine proletarische Politik.

Letzten Endes können auch die Super-„Linken“ nicht ihre Behauptung aufrechterhalten, daß es gleichgültig sei, ob SPD oder CDU/CSU regieren. Sie wenden es aber so, als sei eigentlich die CDU/CSU die angenehmere von beiden für die Arbeiterklasse, da sie weniger gefährlich und „effektiv“ sei als die SPD.

„Die SPD ist die Partei, die die Interessen der Bourgeoisie am planmäßigsten durchzusetzen vermag“, hieß es in einem Flugblatt der sog. „KPD“, das in Hamburg verteilt wurde. In ihrer Zeitung „Rote Fahne“ schreibt dieselbe Gruppe, „die Existenz der CDU in ihrer heutigen Form“ sei „gefährdet“. „Schon jetzt gibt es für die Existenzgefährdung der CDU deutliche Anzeichen: Die Spenden aus Großkapital und Großfinanz schwinden.

die Parteikasse ist leer.“ („Rote Fahne“, 3. Mai 72)

Wäre dieser Blödsinn richtig, so wäre es in der Tat sinnlos, daß die Arbeiter gegen die CDU/CSU, gegen Strauß und Barzel auf die Straße gegangen sind. Wäre doch angeblich das Großkapital gerade auf dem besten Wege, die Partei, auf die sie sich 20 Jahre lang gestützt hat, nunmehr einfach verhungern zu lassen.

Das Kapital würde sich damit überhaupt langfristig der Möglichkeit berauben, eine zur SPD alternative Politik durchzusetzen.

Allerdings zeigt die historische Erfahrung, daß der deutsche Imperialismus sich immer nur in ganz bestimmten Situationen und immer nur vorübergehend, der SPD als Regierungspartei bedient hat; nämlich in kritischen Momenten wie nach dem verlorenen Krieg 1918 angesichts der Arbeiteraufstände für ein sozialistisches Deutschland, und 1966 in der ersten größeren Wirtschaftskrise seit 1945.

Heute zeichnet sich bereits deutlich ab, daß eine solche Etappe wieder einmal ihrem Ende entgegengeht. Das Großkapital hat einige Jahre lang die SPD als Regierungspartei eingesetzt, um die Politik der Faschisierung und der „Neuen

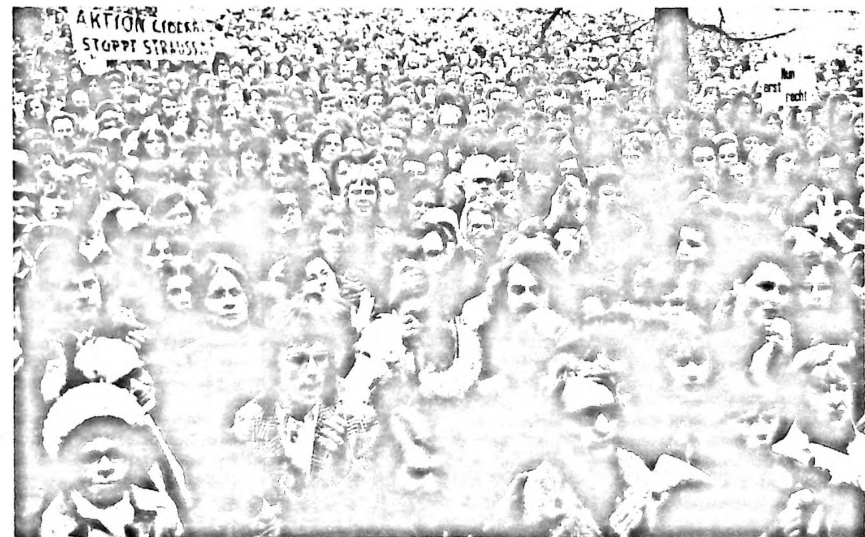
Ostpolitik“ besser getarnt durchzusetzen. Nunmehr aber geht es darum, eine schärfere Gangart einzuschlagen, die Rückkehr der CDU/CSU in die Regierung und eine noch direktere Regierungsführung durch das Großkapital selbst vorzubereiten.

„Gefährlicher“ als die CDU/CSU ist die SPD in derselben Weise, in der ein freundlicher, „sozialer“ Kapitalist mitunter gefährlicher ist als ein offener Ausbeuter und Vertreter des „Herr-im-Haus“-Standpunktes. Gefährlicher deshalb, weil er besser versteht, die Arbeiter zeitweise über sein wahres Wesen zu täuschen. Deshalb müssen die Anstrengungen der Kommunisten darauf gerichtet sein, die ganze Arbeiterfeindlichkeit und Verlogenheit, die ganze Dienstfertigkeit dieser Partei und Regierung gegenüber dem Großkapital aufzuzeigen.

Dennoch ist eine solche Partei das „kleinere Übel“ – ebenso wie der „freundliche“ Kapitalist das „kleinere Übel“ gegenüber dem offenen und brutalen Ausbeuter darstellt. Diese Unterscheidung bedeutet jedoch keineswegs ein Arrangement, „friedliche Koexistenz“ mit dem kleineren Übel.

CLUS Arbeiterkampf

Nr. 19 / Juni 1972



Massendemonstration in Hamburg mit 15.000 Menschen gegen die Putschversuche der CDU/CSU-Reaktionäre

Zur Funktion bürgerlicher Parteien

Wir sehen in CDU/CSU und SPD zwei unterschiedliche Alternativen für die Politik der Kapitalistenklasse; Instrumente, mit denen die Kapitalisten zwei Methoden des Regierens zu realisieren vermögen:

„CDU/CSU und SPD buhlen mit unterschiedlichen Konzeptionen zur Innen- und Außenpolitik um die Gunst der Kapitalisten. Dabei vertritt die SPD stärker die Methode der Täuschung und des politischen Betrugs, während die CDU/CSU die Methode erpresserischer Drohungen und offener Gewalt nach innen und außen stärker zur Anwendung bringen will.“ („Arbeiterkampf“, Nr. 16)

Wir haben weiter gesagt, daß es falsch wäre, so zu tun, als wären beide Konzeptionen vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus gleich schlecht; die besseren Möglichkeiten für die Entwicklung der Arbeiterbewegung sind gegeben, solange noch möglichst viele bürgerlich-demokratische Rechte verteidigt werden können, solange gewerkschaftliche Kämpfe geführt werden können, solange die kommunistischen Organisationen noch relativ unbeschränkt arbeiten können usw.

Den Mißtrauensantrag der CDU/CSU haben wir als einen Versuch der Bourgeoisie verstanden, stärker die Methode von Gewalt und Drohung nach innen und außen zur Geltung zu bringen. Entweder direkt, falls die CDU/CSU genügend Stimmen für ihren Kanzlerkandidaten Barzel erhalten hätte; oder zumindest indirekt, indem der SPD/FDP-Regierung eine ernste Warnung erteilt wurde und sie zu noch intensiverer Zusammenarbeit mit der CDU/CSU gedrängt wurde.

Wir sahen demnach in dem Mißtrauensvotum den Versuch, die Lage des werktätigen Volkes weiter zu verschlechtern und in der Fasisierung von Staat und Gesellschaft eine beschleunigte Gangart einzuschlagen. Die Massendemonstrationen und Streiks aus diesem Anlaß sahen wir als bedeutende Verteidigungskämpfe des werktätigen

Volkes an, die wichtigsten politischen Kämpfe seit der Anti-Atom-Bewegung Ende der 50er Jahre. Als Hauptmotiv dieser Aktionen sahen wir den Protest gegen die CDU/CSU, der unserer Meinung nach durchaus nicht automatisch mit einer Unterstützung der SPD/FDP-Regierungspolitik gleichzusetzen ist.

Im Gegensatz dazu stellten andere Gruppen die Bonner Auseinandersetzungen als ein „Parteiengerangel“ dar, wo es weniger um politische Alternativen für die Bourgeoisie, als vielmehr um bloße Pöschchenjagd gegangen sei.

So schrieb die „Rote Fahne“ Westberlin: „Worum geht es bei dem Machtkampf im Parlament wirklich? Es handelt sich nicht im entferntesten um den politischen Kampf zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie, es handelt sich auch nicht um die Auseinandersetzung zwischen einer bürgerlich-demokratischen Reformpartei und einer offen reaktionären Clique. Ja, es geht hier nicht einmal um die Auseinandersetzungen zwischen einer Partei, die vorsichtiger und unentschlossener bei der Durchsetzung der Monopolinteressen und einer, die sie brutal und schleunigst durchzusetzen gewillt wäre. Nein, hier geht es allein um den Konkurrenzkampf von zwei Parteien des Monopolkapitals, um die Regierungspfründe!“

Und weiter schrieb die Zeitung, die CDU/CSU sei arg in Schwierigkeiten, weil „gerade die Monopolbourgeoisie ihre Sympathien für die SPD-Regierung kaum noch verbirgt“. Die CDU/CSU sei fast pleite, und deshalb ihr Mißtrauensantrag als ein letzter verzweifelter Versuch, doch noch wieder an den Drückern zu kommen. (RF, 3. 5.)

Die Bremer „Wahrheit“ erkennt zwar an, daß es der CDU/CSU auch darum gegangen sei, „die nach ihrer Auffassung dem Kapital noch besser dienende Politik durchzusetzen“. In erster Linie stellt die „Wahrheit“ die Bonner Auseinandersetzungen jedoch als

„Scheingefechte“ dar, deren Hauptzweck für die CDU/CSU es gewesen sei, „die Ministerposten zu ergattern“. So schreibt die „Wahrheit“ etwa zur Auseinandersetzung um die Ostverträge: „... die CDU/CSU bauscht vielmehr taktische Meinungsverschiedenheiten auf. Sie bezichtigt die Bundesregierung des Verrats an den Interessen der Nation, um die rückständigen Teile der katholischen Arbeiterschaft, des Kleinbürgertums, der Beamten und Bauern und der Vertriebenen fest an sich zu binden. Der CDU/CSU geht es nicht darum, den Kurs in der Ostpolitik zu ändern. Ihr geht es ausschließlich um die Regierungsgewalt und damit verbunden um die Gehälter, die Bestechungsgelder von der Industrie.“ (Wahrheit, Mai)

Von einem derartigen Standpunkt aus mußten die Massenaktionen gegen das Mißtrauensvotum der CDU/CSU bestenfalls illusionär und nutzlos erscheinen, falls sie nicht sogar als „objektiv reaktionär“ abgestempelt wurden.

Vielfach wurden die Massenaktionen einfach als Unterstützungsaktionen für die SPD/FDP-Regierung interpretiert; damit waren sie dann einfach nur noch – ohne ihren konkreten Inhalt näher zu untersuchen – Beweis dafür, wie stark angeblich noch die Illusionen über diese Regierung in der Arbeiterklasse verbreitet sind. Die „Rote Fahne“ Westberlin z.B. schreibt: „Die Streiks und Demonstrationen für die sozialdemokratische Regierung zeigen: Noch immer knüpfen Teile der Massen Hoffnungen an die SPD-Regierung“ (RF, 3. 5.).

Unter der Hand schleichen sich auch ökonomistische Positionen ein. So meint etwa die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ Göttingen, die Arbeiter könnten im Kapitalismus sowieso die Politik des Staates nicht beeinflussen. Deshalb sei die Massenbewegung gegen das Mißtrauensvotum auch „nur ein

„Fortschritt“ im bürgerlichen Rahmen, innerhalb der bürgerlichen Politik und ihrer Parteien“. Und weiter: „Die Stärke und die Höhe des Klassenbewußtseins des Proletariats äußert sich gegenwärtig vor allem im Kampf um seine unmittelbaren Interessen, den Lohnkämpfen“. (KAZ, 25. 5.) Ähnelt

der bürgerlichen Parteien klar ist. Denn wie könnten sie sonst auf den sonderbaren Einfall kommen, das Großkapital würde die CDU/CSU, mit der es immerhin 20 Jahre lang regiert hat, einfach vor leerem Futternapf verhungern lassen? Die Konsequenz wäre, daß sich die Bourgeoisie langfristig je-

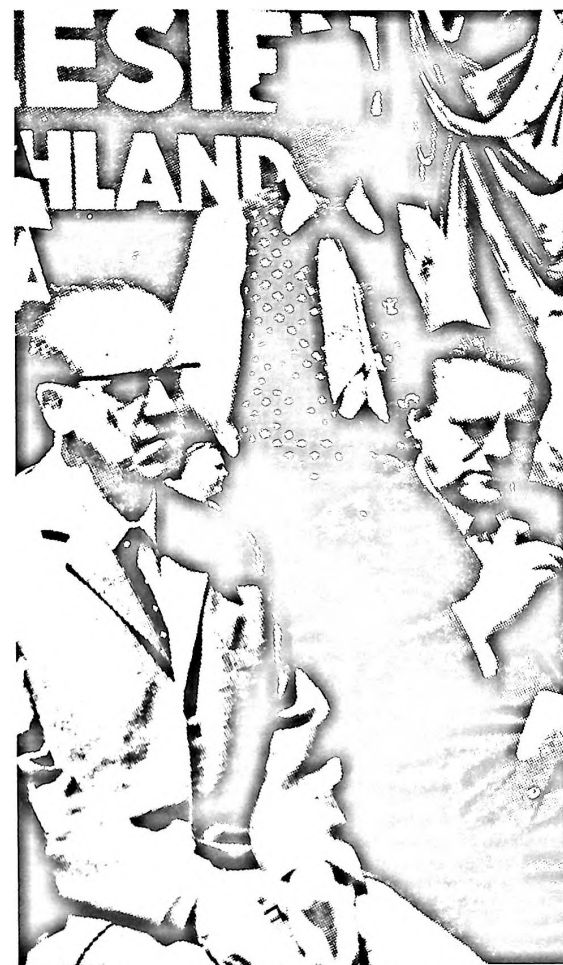
de Politik auf eigene Faust machen, auf eigene Rechnung die Regierung stürzen wollen? Eine Regierung, von der die Genossen sagen, daß „gerade die Monopolbourgeoisie ihre Sympathien für die SPD-Regierung kaum noch verbirgt“! Das würde doch bedeuten, daß sich die CDU/CSU von der Bourgeoisie weitgehend gelöst hat, von dieser nicht mehr finanziert wird und aus Verzweiflung über die leeren Kassen Politik gegen die von der Monopolbourgeoisie angeblich so heiß geliebte SPD/FDP-Regierung macht. „CDU/CSU kontra Monopole“? ...

Diese Genossen stellen die bürgerlichen Parteien in erster Linie als Versorgungsbetriebe dar, die den Inhabern eines Parteibuchs eine gute Karriere im Beruf und mit einigem Glück sogar gut bezahlte Posten im Staatsapparat einbringen sollen. Die Handlungen der Parteien werden von den Genossen demnach fast ausschließlich unter dem Aspekt des „Kampfes um die Regierungspfründe“ interpretiert.

Natürlich sind die bürgerlichen Parteien auch Versorgungsbetriebe. Aber um die Kapitalisten stünde es bereits sehr schlecht, wenn sich die bürgerlichen Parteien darauf beschränken würden, einander die Posten abzugeben, oder wenn dies das Hauptmotiv ihres Handelns wäre.

Tatsächlich sind die bürgerlichen Parteien – und zwar in erster Linie – Instrumente bürgerlicher Politik. Die Bourgeoisie wird nicht eines dieser Instrumente verrotten lassen, indem sie durch die Einstellung der finanziellen Unterstützung den Bankrott der CDU/CSU heraufbeschwört – wie die Leute von der „Roten Fahne“ Westberlin anscheinend glauben, die von einer „Existenzgefährdung der CDU“ zu berichten wissen.

Wir meinen außerdem, daß eine bürgerliche Partei nicht auf eine wilde Posten-Jagd gehen, den Regierungssturz betreiben, eine Massenbewegung der Bevölkerung provozieren würde, wenn dieser Vorstoß im Widerspruch zu der Politik stünde, die die Kapitalistenklasse von ihnen erwartet.



Gemeinsam: Strauß und Wehner auf dem revanchistischen „Deutschlandtreffen“ der schlesischen Landsmannschaften (25. 6. 67 in München)

das nicht doch etwas den gutgemeinten Ratschlägen der alten russischen Ökonomen, die Arbeiter dürften den politischen Kampf nicht führen?

Es scheint, daß vielen Genossen noch nicht einmal die Funktion

der Möglichkeit beraubt, eine zur SPD alternative Politik durchzusetzen. Und wie könnten die Genossen sonst auf den Gedanken kommen, die immerhin noch durch tausend Fäden mit dem Großkapital verbundene CDU/CSU wür-

In unserer Broschüre gegen die Super-„Linken“ haben wir uns vor mehr als einem Jahr mit den Leuten vom „Roten Morgen“ auseinandergesetzt, die geschrieben hatten: „...Dabei ist es völlig egal, welche Fraktion des Monopolkapitals, ob die SPD / FDP oder CDU / CSU gerade an der Macht sind... Für uns, die Werktätigen, kommt es auf das gleiche heraus, welcher Fuß des Monopolkapitals, ob der linke oder der rechte uns in den Hintern tritt!“ (RM, Januar 71)

Lenin hat auf diese durchaus nicht neue Behauptung schon 1920 geantwortet:

„Die Differenzen zwischen den verschiedenen bürgerlichen Parteien

und Politikern sind vom Standpunkt des reinen, d. h. abstrakten, d. h. zur praktischen politischen Massenaktion noch nicht herangereiften Kommunismus ganz belanglos und geringfügig. Aber vom Standpunkt dieser praktischen Aktionen der Massen aus gesehen sind diese Unterschiede äußerst, äußerst wichtig.“ (Lenin, „Linker Radikalismus“)

Wir halten es für falsch, die Unterschiedlichkeiten zwischen CDU / CSU und SPD und der mit ihnen verbundenen Konzeptionen bürgerlicher Politik zu bagatellisieren und alles in den bereit gestellten großen Topf zu werfen.

Wir halten es außerdem für falsch, eine zentrale politische Aus-

einandersetzung um Tempo und Vorgehensweise der Bourgeoisie bei der Faschisierung einfach darauf zu reduzieren, daß jetzt die CDU / CSU „auch mal an die Futterkrippe“ will.

Aufgabe der Kommunisten kann es nicht sein, komplizierte Sachverhalte und Widersprüche um jeden Preis auf einfache Formeln zu bringen (SPD = CDU = alles Scheiße). Manche Genossen indessen halten ein solches Vorgehen gar schon für „Kampf gegen die sozialdemokratische Ideologie“. In Wirklichkeit verdammten sie sich so nur zur Passivität gegenüber spontanen politischen Bewegungen der Arbeiterklasse.

Arbeiterkampf Nr. 20/Juli 1972

Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung



Unser Weg

Nachdruck einer Broschüre der PFLP 1 DM

Die Emanzipation der Frau in Palästina



In den arabischen Ländern wie in den meisten Ländern der 3. Welt leiden die Frauen der Arbeiter und Bauern und damit die Hälfte des Volkes unter einer doppelten Unterdrückung. Zur Ausbeutung ihrer Klasse kommt noch die Versklavung in der Familie. Deshalb ist das Problem der Befreiung der Frau eine der zentralen Fragen des nationalen und sozialistischen Befreiungskampfes dieser Völker und kann auch nur durch die sozialistische Revolution gelöst werden.

Um dies an der Praxis des palästinensischen Widerstandes beispielhaft zu zeigen und einen Beitrag zu leisten zum Erfahrungsaustausch und zur internationalen Solidarität, haben wir uns zum Abdruck dieser unveränderten Übersetzung einer Propagandabroschüre der PFLP entschlossen.

Nachdruck von Artikeln

1, 50 DM



Arbeiterkampf

ZUM NAHOST PROBLEM

Zu bestellen bei
J. Reents
2 Hamburg 13 Rutschbahn 35

Zu erhalten im ARBEITERBUCH

SPD - „Gefährlichkeit“ und „Effektivität“

Die Genossen von der Bremer „Wahrheit“ haben geschrieben:

„...Wer also heute, wo sich die Widersprüche des Kapitalismus in unserem Land noch nicht derart verschärft haben, daß sich das Kapital nur durch eine faschistische Machtübernahme an der Macht halten könnte, wer unter solchen Bedingungen die unmittelbare Gefahr des Faschismus beschwört oder sagt, die faschistische Machtübernahme werde direkt vorbereitet, der lenkt die Arbeiterklasse von dem für sie in der augenblicklichen Phase der Klassenkämpfe viel gefährlicheren Agenten des Kapitals, von der Sozialdemokratie ab. (Wahrheit, Mai 72)

Die Bremer Genossen machen es sich etwas zu leicht. Wandten sie sich doch noch im vorigen Herbst anläßlich der Bürgerschaftswahl mit einem Offenen Brief u. a. auch an die SPD mit der Aufforderung, „gegen den Besuch des Arbeiterfeindes Franz-Josef Strauß als CDU-Wahlkämpfer eine breite Aktionseinheit herzustellen“. Kann man das etwa so interpretieren, als hätten die Bremer Genossen dem „viel gefährlicheren Agenten des Kapitals“ eine Aktionseinheit gegen den etwas weniger gefährlichen angeboten? Hier wäre also zu klären, worin die spezielle Gefährlichkeit der SPD und worin andererseits die spezielle Gefährlichkeit der CDU / CSU und namentlich der Strauß-Gruppe besteht. Denn offenbar ist von zwei verschiedenen Arten von Gefährlichkeit die Rede. Einmal im Sinne von „raffiniert“, das andere mal im Sinne von „brutal“, „terroristisch“, „aggressiv“ etc.

Überhaupt ist es so eine Sache mit dem, was die Bremer Genossen noch vor einem dreiviertel Jahr vertreten haben. Hieß es doch in dem genannten Offenen Brief (der sich auf einen Auftritt von Strauß

in Bremen am 14. September 71 bezieht):

„Strauß ist kein Zufall, kein einsamer Spinner, den man nicht zu beachten brauchte. In seinen Reden, seinen politischen Konzeptionen findet die verzweifelte Strategie der westdeutschen Kapitalisten ihren klarsten Ausdruck... Die Ziele, die Strauß und mit ihm die CDU / CSU vertreten, sind die aggressiven Ziele des Westdeutschen Monopolkapitals. Unter dem demagogisch getragenen Reformmäntelchen verbirgt sich die Drohung mit der faschistischen Diktatur über die Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen.“

Wir dürfen den politischen Strategien des Monopolkapitals und ihrer Demagogie keinen Fußbreit Boden überlassen! Der sich abzeichnenden Gefahr der faschistischen Formierung muß sofort entgegengetreten werden...“

Damals waren die Bremer Genossen der Meinung, „die zusammenfassende Parole unseres Kampfes gegen den Abbau demokratischer Rechte“ müsse lauten: „GEGEN KAPITALISMUS UND FASCHISMUS DIE EINHEITLICHE FRONT ALLER WERKTÄTIGEN“ (So in der „Kommunistischen Arbeiterkorrespondenz“ Nr. 9, Vorläuferin der „Wahrheit“).

Die Bremer Genossen haben ihre Meinung geändert. Nun gut. Ihre Pflicht wäre es gewesen, in ihrer Presse deutlich zu machen, wer oder was sie dazu bewegt hat. Das haben die Genossen nicht getan. Stattdessen schlagen sie jetzt mit dem „großen Knüppel“ auf diejenigen ein, die im Grunde nur das meinen, was auch die Bremer Genossen vor einem dreiviertel Jahr noch für richtig hielten. (So kann man die Auseinandersetzung, von der die Genossen aus Bremen so gern sprechen, bestimmt nicht voranbringen!

Scheinbar schießen die Bremer Genossen ins Leere. Denn wer hätte

davon gesprochen, eine faschistische Machtübernahme werde „direkt vorbereitet“? Das sagt weder die DKP noch die „KPD / ML“, das sagt weder der Kommunistische Bund noch die ABG München. Hier wird von den Bremer Genossen offenbar die Frage bewußt überspitzt, um die gemeinte Position leichter erledigen zu können.

Was die Einschätzung der faschistischen Gefahr angeht, so gibt es bekanntlich unterschiedliche Standpunkte. Allgemein dürfte anerkannt werden, daß es einen Abbau demokratischer Rechte gibt, eine Verstärkung des Unterdrückungsapparates, intensivere Bemühungen um eine reaktionäre Verhetzung der Massen, Abbau verfassungsmäßiger Grundsätze, z. B. im Bereich fortschrittlicher Lehrer (Berufsverbot) usw. Wir nennen das Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Selbst wenn das zu schwarz gesehen sein sollte, bedeutet das noch lange nicht eine Ablenkung von der Verantwortung der SPD für die aktuelle Führung dieser Politik. Im Gegenteil!

Wir sehen die Gefahr, daß einige Genossen aus Angst, nur ja nicht „von der SPD abzulenken“, in den entgegengesetzten Fehler verfallen, daß sie die von der KPD vor 1933 gemachten Fehler wiederholen. Kritisierte doch damals selbst Ernst Thälmann Kommunisten, die „vor den nationalsozialistischen Bäumen (!) den sozialdemokratischen Wald (!) nicht sehen wollen“ (In: Die Internationale, Nov. 1931). Thälmann meinte damit jene Kommunisten, die vor den zunehmenden Erfolgen der NSDAP warnten. Die allgemeine Linie in der KPD war damals, den Faschismus in Deutschland als sogenannten „Sozialfaschismus“, d. h. mit der SPD als Hauptpartei, zu erwarten. Diese wurde gerade mit der besonderen „Gefährlichkeit“ der SPD begründet. Die Gefährlichkeit der SPD besteht darin, daß sie den größten

Einfluß in der Arbeiterklasse hat, und also besonders geeignet ist, die Arbeiterklasse vor den Karren der Kapitalisten zu spannen.

In diesem Sinn – und nur in diesem – halten wir die SPD generell für den „gefährlichen“ Agenten des Kapitals, in der Opposition sogar noch „gefährlicher“ als in der Regierung. Diese „Gefährlichkeit“ beruht darauf, daß sie bürgerliche Partei im Gewand der Arbeiterpartei ist. Die SPD „entlarvt“ sich auch nicht einfach dadurch, daß sie Regierungspolitik gegen die Arbeiterklasse macht. Diese arbeiterfeindliche Politik bringt zwar Unzufriedenheit mit einzelnen Exponenten dieser Politik mit sich (z. B. Schiller), während andere Exponenten noch eine gewisse „Popularität“ behaupten (z. B. Brandt); auf einer höheren Stufe der Klassenkämpfe und des Bewußtseins von diesen kann die SPD-Politik insgesamt als „verräterisch“ erkannt werden. Aber es kommt immer noch nur vereinzelt zum völligen Bruch mit der SPD, solange diese mangels realer Alternative als das „kleinere Übel“ zu erscheinen vermag. Hier ist es mit der SPD ähnlich wie mit den Gewerkschaften, zu denen die Arbeiterklasse nach jeder Verrats-handlung doch wieder zurückkehrt. Schließlich bedeutet aber auch der Bruch mit der SPD noch nicht den Bruch mit der sozialdemokratischen Ideologie, die wesentlich tiefer eingewurzelt ist.

Manche Kritiker unserer Politik gehen von einem falschen Verständnis des antifaschistischen Kampfes aus. Für sie ist antifaschistischer Kampf gleichbedeutend mit Verzicht oder jedenfalls Abschwächung des Kampfes gegen die SPD.

Nun ist in der Tat die KPD nach 1933 diesen Weg gegangen, hat der SPD (übrigens ohne Erfolg) schmachtende Blicke zugeworfen, hat auf eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Sozialdemokratismus verzichtet, hat sich in ihrer Programmatik der SPD sehr weitgehend angenähert, hat vor allem darauf verzichtet, die Betrugsmanöver der SPD-Führung zu entlarven. Das war eine genaue Umkehrung der vor 1933 mit der „Sozialfaschismus“-Theorie gemachten Fehler.

Ein solcher antifaschistischer

Kampf reproduziert im besten Falle die vorfaschistischen Zustände.

Unser Verständnis von antifaschistischem Kampf ist ein anderes – erfordert er doch nicht eine Abschwächung, sondern eine Stärkung des Kampfes gegen die SPD als bürgerliche Partei und gegen die sozialdemokratische Ideologie. So verstehen wir Lenins Urteil über die „Kadetten“ (eine bürgerlich-liberale Partei im zaristischen Rußland):

„Wenn man die Reaktion wirklich schlagen will, dann muß man die Massen vom ideologischen Einfluß der Kadetten befreien, die sie belügen und ihnen völlig falsche Vorstellungen von den Aufgaben und dem Wesen des Kampfes gegen die Reaktion vermitteln“ (Lenin, 1906, Werke Bd. 11, S. 389).

Einige Genossen kommen da mit ihrem Paradestück „Hauptstoß gegen die SPD“ an. Dazu noch später. Es sei hier nur soviel gesagt, daß zu unterscheiden ist zwischen dem politisch-militärischem Kampf (mit Stoßrichtung Bourgeoisie) und dem ideologischen Kampf (mit Stoßrichtung Sozialdemokratismus).

Die Politik der leninschen Partei läßt sich an einem historischen Beispiel verdeutlichen: Bekanntlich ging aus der russischen Februar-Revolution 1917 nur eine bürgerliche Regierung hervor. Im Sommer 1917 wurde die Partei der Bolschewiki in die Illegalität getrieben, die Partei-Zeitung „Prawda“ wurde verboten, Funktionäre der Bolschewiki verhaftet, Lenin mußte Rußland vorübergehend verlassen etc. In dieser Stunde unternahmen konterrevolutionäre Truppen unter dem Kommando General Kornilow's den Versuch, durch einen Putsch die bürgerliche Regierung zu stürzen und dem Zarismus wieder an die Macht zu verhelfen. In dieser Situation rief das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei die Arbeiter und Soldaten zur aktiven bewaffneten Abwehr der Konterrevolution auf. Damit verteidigte sie zwangsläufig die bürgerliche Kerenski-Regierung, da die Frage des Aufstandes gegen diese bürgerliche Regierung sich noch nicht unmittelbar stellte – dieser Aufstand begann erst am 24. Oktober.

Allerdings: „Die Bolschewiki, die die Massen zur Niederwerfung des Kornilowputsches mobilisierten, stellten aber auch den Kampf gegen die Regierung Kerenskis nicht ein. Die Bolschewiki entlarvten vor den Massen die Regierung Kerenskis, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die mit ihrer gesamten Politik objektiv der konterrevolutionären Verschwörung Kornilows Hilfe leisteten“. Die Folge dieser Politik der Bolschewiki war: „Der Kampf gegen die Kornilowaktion floss den dahinsiechenden Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten neues Leben ein, befreite sie aus dem Bann der Faktierpolitik, führte sie auf die breite Straße des revolutionären Kampfes und bewirkte ihre Schwenkung zur bolschewistischen Partei. Der Einfluß der Bolschewiki in den Sowjets stieg wie nie zuvor ...“ (Geschichte der KPdSU, S. 242 und 243).

Die Auseinandersetzung zwischen der zaristischen Reaktion und der Kerenski-Regierung ging im Kern nur um die Frage der geeigneten Methode, Proletariat und Bauernschaft zu unterdrücken und den Krieg fortzusetzen. Trotzdem hätte die Partei der Bolschewiki einen Fehler gemacht, wenn sie den Arbeitern geraten hätte, sich in diese Auseinandersetzung nicht einzuschalten; etwa unter der Parole, „daß die Alternative nicht Kerenski oder Kornilow, sondern die sozialistische Revolution ist“. Diesen Fehler machen aber seinem Wesen nach diejenigen Gruppen, die heute dem Kampf der Arbeiter gegen die CDU/CSU verständnislos gegenüberstehen.

Es geht um zwei Arten des Kampfes gegen den Sozialdemokratismus. Im einen Fall bleibt man dabei stehen, für die Arbeiterklasse abstrakt bleibende Parolen mechanisch zu wiederholen. Im anderen Fall nimmt man die anti-reaktionären Impulse der spontanen Kämpfe des Proletariats auf, schaltet sich in diese ein, treibt sie voran. Es ist in der Logik der Dinge, daß diejenigen Gruppen, die solchen politischen Kämpfen der Arbeiter wie dem gegen das Mißtrauensvotum mit Skepsis gegenüberstehen, in eine Überschätzung der ökonomischen Kämpfe verfallen und sich übermäßig auf diese konzentrieren.

a. u. s. Arbeiterkampf Nr. 20/Juli 1972

KB Auszug aus: Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND

Nr. 19

ZUR FASCHISMUS – DISKUSSION

Dieser Artikel bezieht sich wesentlich auf den Artikel, den Christine Bucher „im Auftrag des ZK des KB“ zur Faschismus-Frage fürs NRF 6/72 geschrieben hat. Dieser Artikel wird im weiteren mit C. B. zitiert, die angegebenen Seitenzahlen beziehen sich dann aufs NRF 6/72. Ferner wird an einigen Stellen auf Schmiers „Thesen zur Faschismusfrage“ in NRF 3/72 Bezug genommen. Dieser Artikel wird als J. S. zitiert. Die Erwähnungen unter L. beziehen sich auf den Faschismus-Artikel Lagardes in NRF 6/71. Schließlich ist noch die Sondernummer 1 der „Roten Presse“ herangezogen, die von der Hamburger Sozialistischen Studentengemeinde herausgegeben wird, zitiert als SSG.

Hier muß noch etwas Grundsätzliches zum Vorgehen der Zirkelblock-Theoretiker gesagt werden. Bekanntlich haben sie es bisher vermieden, zum Faschismus organisatorische Stellungnahme abzugeben; alle ihre Beiträge stehen als namentlich gekennzeichnete individuelle Beiträge. Hinter derartigen Beiträgen steht letzten Endes immer bloß der Verfasser, sodaß eine verbindliche zwischenorganisatorische

Auseinandersetzung von Seiten des Zirkelblocks sabotiert ist. Ist ein Beitrag in seiner Unsinnigkeit entlarvt, so war er eben nur ein individueller Beitrag, mit dem die Organisation natürlich gar nichts zu tun hat, und der nächste Unsinn kann getrost wieder als individueller Beitrag aufgetischt werden. Bei unserer Kritik am Lagarde-Artikel des NRF wurde das sehr deutlich. Als wir diesen Artikel vor einem Jahr kritisierten (AK 16), da wertete das NRF: wie kommt ihr dazu, einen individuellen Beitrag als Beitrag der Organisation insgesamt zu kritisieren? Da hat ein Genosse seine Meinung gesagt, und das wollt ihr ihm verbieten?

In Wahrheit sieht es anders aus. Namentlich gekennzeichnete Beiträge haben ihren Sinn, wenn z. B. innerhalb der Leitung bzw. Redaktion unterschiedliche Standpunkte bestehen, oder wenn ein Genosse den Standpunkt der Leitung bzw. Redaktion kritisiert. Dann wird vermittelt durch namentlich gekennzeichnete Beiträge eine Diskussion über die strittige Frage geführt. Das war aber beim NRF

gar nicht der Fall. Man muß nur den äußeren Verlauf der Sache betrachten: in NRF 6/71 erschien der Lagarde-Artikel, in NRF 3/72 (August) erschien der Schmierer-Artikel, in NRF 6/72 (Dezember) erschien der Bucher-Artikel. Von diesen Artikeln nahm J. S. überhaupt keinen Bezug auf L., während C. B. den Artikel von L. zweimal in Nebensätzen erwähnt. Hauptstoßrichtung ist allemal gegen den KB. In Wirklichkeit dient die namentliche Kennzeichnung der Artikel also nicht dazu, eine Diskussion innerhalb des Zirkelblocks über die Faschismus-Frage zu ermöglichen, sondern eine solche Diskussion zu begrüßen wäre. Sie dient vielmehr dazu, daß sich Organisationen hinter Individuen verstecken. In Wahrheit ist es offenbar so, daß die jeweiligen Beiträge - L., J. S. und C. B. - ziemlich exakt den jeweiligen Diskussionsstand innerhalb

der Zirkelblockführung wiedergeben.

Nunmehr haben die Zirkelblock-Führer "im Auftrag des ZK des KBB" die Genossen C. B. an die Front geschickt. C. B. erledigt ihren Auftrag glänzend mit einer Höchstleistung an Fälschungen, Verdrehungen und faulen Tricks. In der Sache selbst hat sie die Faschismus-Theorie des Zirkelblocks um einige originelle Neuheiten bereichert, indem sie ihre Lesefrüchte aus kleinbürgerlichen Faschismus-Interpretationen fast ungefiltert in die Diskussion einbrachte.

Und dieser Artikel war in der "Wahrheit" des KBB schon Monate vor seinem Erscheinen als das ganz große Ei angekündigt worden, mit dem der "KB-Nord" gründlich erschlagen werden sollte! Das war wohl nix.

"Wille" und "Zwang"

C. B. macht dem KB den Vorwurf, er würde davon ausgehen, "daß die Handlungen der Bourgeoisie den Gesetzmäßigkeiten der Geschichte gerade nicht unterliegen, daß die Bourgeoisie ihre Herrschaftsformen beliebig bestimmt" (S. 16). Dieser Vorwurf, der dem KB eine subjektivistische Geschichtsauffassung unterstellt, kann freilich von C. B. nicht einmal "ansatzweise" konkret nachgewiesen werden. Er bewegt sich damit im selben Raum wie alle derartigen Vorwürfe gegen den KB.

Wonach richten sich die Handlungen der Bourgeoisie? Zunächst ist davon auszugehen, daß alle Handlungen der Bourgeoisie grundsätzlich an der Kapital-Verwertung (Profit) und an der Erhaltung der kapitalistischen Produktionsweise orientiert sind. Deshalb führt die Bourgeoisie ökonomische Kämpfe gegen die Arbeiterklasse und untereinander (Konkurrenz der einzelnen Kapitalisten); zugleich führt sie aber auch den politischen und ideologischen Kampf um ihre Herrschaft abzusichern und ihre Produktionsweise (das kapitalistische Gesellschaftssystem) zu erhalten.

Schon unter diesem Aspekt kann das Handeln der Bourgeoisie nicht "beliebig" sein. Unter der Voraussetzung "rationalen" Handelns (d. h. Handeln, das orientiert ist auf den Profit und die Selbsterhaltung der Bourgeoisie als Klasse) bewegt sich die Bourgeoisie von vornherein in einem bestimmten Rahmen, die grundsätzliche Richtung ihres Handelns ist vorgegeben.

Hierzu kommt, daß die Bourgeoisie bestimmten Gesetzmäßigkeiten allgemeiner Art unterliegt, die sie bei der Verfolgung ihres grundsätzlichen Zieles berücksichtigen muß und durch die sie in ihrem Handlungsspielraum weiter eingeeignet wird. Solche Gesetzmäßigkeiten sind z. B. der Stand der Produktivkräfte (technische Entwicklung), der Stand der Klassenkämpfe und das gesellschaftliche Kräfteverhältnis. Ferner wird das Handeln der Bourgeoisie

als Klasse bestimmt durch die Widersprüche zwischen den Einzel-Kapitalisten. Dazu treten auf internationaler Ebene der Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen Imperialismus und unterdrückten Völkern, die innerimperialistischen Widersprüche u. a. m.

Das sind die Voraussetzungen, die die Bourgeoisie bei ihren Handlungen "einkalkuliert". Das sind die bestimmten Gesetzmäßigkeiten, denen ihre Handlungen zu folgen haben. Da die Bourgeoisie jedoch die Gesamtheit der Widersprüche nur unvollkommen analysieren kann, sind "Fehl kalkulationen" möglich, d. h. falsche Einschätzung der bestimmten Situation, des bestimmten Kräfteverhältnisses etc. Eine solche "Fehl kalkulation" war z. B. der zweimalige Versuch des deutschen Imperialismus, unter falscher Einschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses eine Neuaufteilung der Welt zu erzwingen. Die Bourgeoisie bemüht sich selbstverständlich, die "Gesetzmäßigkeiten der Geschichte" immer umfassender und gründlicher zu begreifen und zu berücksichtigen, aber das kann ihr niemals vollständig gelingen, zumal diese Gesetzmäßigkeiten sich letzten Endes gegen die Bourgeoisie richten, d. h. die Entwicklung geht gesetzmäßig zum Sozialismus (unabhängig vom Willen einzelner Menschen).

Schon deshalb ist es falsch, im Kapitalisten nur den "Funktionär", die "Charaktermaske des Kapitalverhältnisses" zu sehen, "über den sich die Gesetzmäßigkeiten des Kapitals durchsetzen" (SSG, S. 15). Wäre das so, dann bräuchten wir nur diese Gesetzmäßigkeiten zu begreifen, und wir könnten exakt voraussagen, wie sich die Bourgeoisie in einer bestimmten zukünftigen Situation verhalten wird. Das wird z. T. von den Zirkelblock-Theoretikern tatsächlich so vollzogen, indem versucht wird, bestimmte Situationen mit Zwangsläufigkeit bestimmten Handlungsschemata der Bourgeoisie zuzuordnen (wenn A passiert, dann

reagiert die Bourgeoisie mit dem Handlungsschema a, etc.). So glauben einige von ihnen denn auch exakt bestimmen zu können, welche Situation eintreffen muß, damit die Bourgeoisie z. B. zum Faschismus "gezwungen" ist. In dieser Weise ist besonders beispielhaft J. S. vorgefahren, der nachträglich begründet, warum die deutsche Bourgeoisie in bestimmten Situationen (untersucht wird die Krise 1918 - 23 und die Krise 1929 - 33) genau so und nicht anders handeln mußte.

Diese Theorie macht den Kapitalisten zum bloßen Computer, zum Roboter von Gesetzmäßigkeiten. Die Handlungen der Bourgeoisie müßten demnach unbedingt, unter allen Umständen im völligen Einklang mit den Gesetzmäßigkeiten stehen, was eben nicht der Fall ist und niemals der Fall sein kann.

Bei der SSG gerät die kleinbürgerliche Vorstellung vom Kapitalisten als "Charaktermaske" vollends zur einseitigen Hervorhebung des "ökonomischen Zwangs". So wird z. B. jede politische Motivierung für Arbeitskämpfe (Metallerstreiks 71) oder die Angriffe auf die Studentenbewegung höhnisch abgestritten. Alles tut die Bourgeoisie angeblich nur, weil sie "ökonomisch dazu gezwungen ist" (SSG, S. 15); berücksichtigt wird nur das unmittelbare Profitinteresse der Bourgeoisie, nicht aber ihr längerfristiges Interesse an der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft, das eben den allseitigen Kampf (auch politisch und ideologisch) der Bourgeoisie erfordert.

Eine vergleichbare, wahrscheinlich unfreiwillige "Spitzenleistung" findet sich bei C. B. Sie schreibt:

"... Ob sich diese Widersprüche aber so zuspitzen, daß sie in Faschismus umschlagen, ist nur festzumachen, wenn man die der Bewegung der politischen Reaktion (richtiger: der Bourgeoisie! - Anm. UW) zugrundeliegenden Widersprüche untersucht" (C. B. S. 15).

Die Widersprüche "schlagen in Faschismus um", alles vollzieht sich in der kristallklaren, absolut keimfreien Sphäre objektiver Gesetzmäßigkeiten; schnöder subjektiver Wille, überhaupt die Existenz denkender menschlicher Wesen bleibt "außen vor"; die Widersprüche verwirklichen sich sozusagen "direkt", ohne Zwischenschaltung der Bourgeoisie. Alles wird meßbar und voraussagbar. Man braucht ja nur die Widersprüche zu untersuchen und man wird erkennen, an welchem Zeitpunkt sie ganz automatisch "in Faschismus umschlagen" werden ...

Wir haben niemals gesagt, daß die Herrschaftsformen der Bourgeoisie "beliebig" seien. Für die Herrschaftsformen der Bourgeoisie gilt dasselbe, was wir allgemein über die Handlungen der Bourgeoisie gesagt haben: sie richten sich zum einen nach der Entwicklung der Widersprüche, die sich in den Köpfen der Kapitalisten als subjektive Einschätzung der Gesamtsituation widerspiegelt (diese Einschätzung ist jedoch gerade kein getreues Abbild der Widersprüche und der realen Verhältnisse, sondern deren Verzerrung durch die Unvollkommenheit bürgerlicher Erkenntnis). Diese Einschätzung bestimmt den Willen der Bourgeoisie. Ob dieser Wille jeweils durchführbar ist, hängt von der realen Widerspruchsentwicklung (hauptsächlich dem inneren und äußeren Kräfteverhältnis) ab. Die Bourgeoisie kann z. B. den Willen haben, (1941) die Sowjetunion anzugreifen und zu liquidieren. Ob sie diesen Willen zu realisieren vermag, ist eine andere Sache, eben die Frage der wirklichen Ver-

hältnisse. Wenn wir also sagen, daß die Bourgeoisie den Willen hat, etwas zu tun, so haben wir das doch nie mit der Fähigkeit gleichgesetzt, diesen Willen auch zu realisieren. Diese beiden Dinge - Wille und Fähigkeit - werden von den Demagogen des Zirkelblocks ständig durcheinander gebracht. Beispiel: wir sagen, daß die Bourgeoisie sich bemüht, die Massen mit bestimmten reaktionären Anschauungen zu indoktrinieren. - Aha, sagt C. B., für den KB "ist das Bewußtsein der Massen schlechthin ohne Belang. Bedeutung hat allein der Wille der Bourgeoisie. Sie bestimmt nämlich durch 'ideologische Indoktrinierung' und andere politische Maßnahmen, ob sich das Bewußtsein der mittelständischen Schichten flugs (!!) in ein faschistisches verwandelt, wenn sie es für opportun hält" (C. B., S. 24). - Genossen C. B., das ist keine kommunistische Argumentation, sondern elendeste bürgerliche Demagogie.

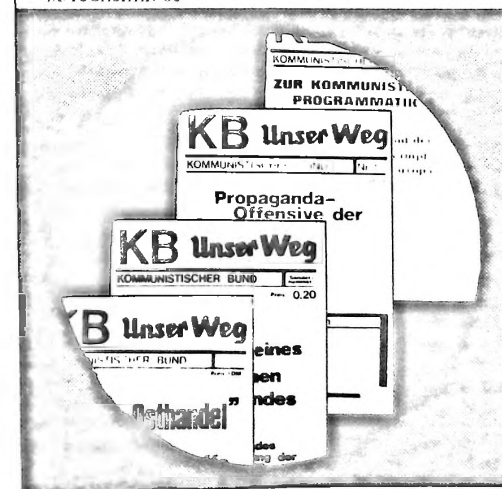
Wir wollen auch ausdrücklich darauf hinweisen, daß wir die Bourgeoisie nicht als "unüberwindlich" und "souverän" in der Anwendung der Mittel zur Erhaltung ihrer Herrschaft beschrieben haben (Zitate aus SSG, S. 15), wir haben die Bourgeoisie auch nicht als "von den objektiven Widersprüchen unabhängige Klasse" beschrieben (C. B., S. 17). Wir wollen mit diesem Hinweis nochmals veranschaulichen, mit welchen Mitteln die Demagogen des Zirkelblocks bisher ihren kleinbürgerlichen "Kreuzzug" gegen den KB geführt haben. Es ist klar, daß solche Methoden die Auseinandersetzung keinen Schritt voranbringen, sondern bewußt künstliche Fronten aufreißen, der Verunsicherung und Aufhetzung der Zirkelblock-Genossen gegenüber dem KB dienen sollen.

Bestellt **UNSER WEG**, die theoretische Zeitschrift des **KOMMUNISTISCHEN BUNDES** zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung.



Im Abonnement: DM 4,20
für 6 Ausgaben incl. Porto

ERSCHEINT IM
VERLAG ARBEITERKAMPF
J. REENTS 2 HH 13
RUITSCHBAHN 35



Bourgeoisie .. Bürgerliche Republik .. Faschismus

C. B. philosophiert schwatzhaft über das Verhältnis des Imperialismus zur bürgerlichen Republik "im Allgemeinen" außerhalb von Zeit und Raum, statt konkret das Verhältnis des deutschen Imperialismus zur "Weimarer" Republik zu untersuchen. C. B. will gar nicht diese bestimmte deutsche Bourgeoisie in einer genau definierten historischen Situation hinsichtlich ihrer realen Pläne und Handlungen betrachten. Vielmehr konstruiert sich C. B. eine Bourgeoisie aus der Retorte, wie sie "eigentlich" hätte sein und handeln müssen, wenn sie sich "gesetzmäßig" verhalten hätte; d. h. wenn sie sich an jene Regeln gehalten hätte, die C. B. "im Allgemeinen" abgeleitet hat.

Die bürgerliche Republik erscheint im Verständnis von C. B. "im Allgemeinen" als diejenige "Herrschaftsform, die ihre Macht (d. h. die Macht der Bourgeoisie - Anm. UW) am sichersten garantiert" (C. B., S. 14). Daher "weiß" C. B. auch ohne weiteres, wie das Verhältnis des deutschen Imperialismus zur "Weimarer" Republik gewesen sein "muß". Daß der deutsche Imperialismus tatsächlich systematisch und zielstrebig die Beseitigung der "Weimarer" Republik von Anfang an betrieben hat, muß C. B. also völlig absurd und regelwidrig vorkommen. Da hat doch die Bourgeoisie tatsächlich ausgerechnet diejenige Herrschaftsform beseitigen wollen, "die ihre Macht am sichersten garantiert"! Sind denn der Bourgeoisie nicht einmal mehr ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten heilig?!

J. S., der im Gegensatz zu C. B. etwas ins Konkret-historische gegangen ist, hat diesen Punkt besser verstanden. Er schreibt, die deutsche Bourgeoisie habe die "Arbeitsgemeinschaft" (mit der Sozialdemokratie) "von vornherein (!) als Weg zur Wiederherstellung ihrer vollen Macht verstanden" und nochmal "Sie strebte die Wiederaufrichtung ihrer vollen Herrschaft an" (J. S., S. 11). J. S. hat allerdings nicht richtig verstanden (oder drückt falsch aus), daß die Bourgeoisie natürlich auch unter der Form der "Arbeitsgemeinschaft" ihre volle Macht ausübte (es handelte sich nicht um einen Zustand der Doppelherrschaft, sondern eindeutig um die Regierung einer "bürgerlichen Arbeiterpartei"). Für die Bourgeoisie ging es also nicht darum, ihre Herrschaft etwas "voller" zu machen, sondern die Form ihrer Herrschaft zu ändern. Irgendwie ist das wohl auch J. S. bewußt, wenn er schreibt: "... In der Zeit der relativen Stabilisierung (d. h. 1924 - 28 Anm. UW) schuf sie (die Bourgeoisie - Anm. UW) die Grundlagen,

um das bestehende Gleichgewicht (?) zu zerschlagen und ihre direkte und zügellose Gewaltherrschaft auszuüben". (J. S., S. 12) Aha!

Der deutsche Imperialismus stand zur "Weimarer" Republik nicht in irgendeinem abstrakten Verhältnis "im Allgemeinen"; vielmehr lehnte er ganz konkret diese Form der Herrschaft in den wesentlichen Teilen des Monopolkapitals ab und strebte von Anfang an ihre Beseitigung an. Der deutsche Imperialismus empfand die bürgerliche Republik als etwas Fremdes und Feindseliges, das ihm durch die deutsche Arbeiterklasse und durch die Siegermächte des Kriegs aufgezwungen worden war (anders als in England und Frankreich, wo die Republik viel früher als Ergebnis bürgerlicher Revolutionen sich durchgesetzt hatte). Die Zurückdrängung der Arbeiterklasse und die Rückkehr zur imperialistischen Weltgeltung schienen für die deutsche Bourgeoisie unmittelbar mit der Beseitigung der "Weimarer" Republik verbunden. Möglich, daß C. B. diese Haltung der Bourgeoisie für recht "dumm" und "kurzsichtig" hält, weil ja nichts die bürgerliche Herrschaft so sicher garantiert wie gerade die Republik. Wir wollen uns aber nicht nachträglich den Kopf der deutschen Imperialisten zerbrechen, sondern haben uns an ihre realen Handlungen zu halten.

Allerdings konnte der deutsche Imperialismus seine Absichten nicht unmittelbar in die Tat umsetzen: das verhinderte die Stärke der Arbeiterklasse, das verhinderte die imperialistische Konkurrenz, das verhinderte schließlich auch die Uneinigkeit und Richtungslosigkeit in den Reihen der deutschen Bourgeoisie. Es gab Tendenzen zur Wiederherstellung der reaktionären Monarchie, zur Schaffung einer Präsidial- oder Militär-Diktatur, Orientierung am italienischen Faschismus und freilich auch Tendenzen, sich längerfristig mit der bürgerlichen Republik abzufinden.

Vorerst fanden die Versuche, 1920 durch den Kapp-Putsch und 1923 durch Hitlers "Marsch auf die Feldherrnhalle" die Republik rasch zu beseitigen, nicht die Unterstützung der Bourgeoisie als Klasse (wenn auch einzelne bedeutende Kapitalisten diese Unternehmungen unterstützten). Das beweist zwar nicht ohne weiteres, wie J. S. meint, daß der Bourgeoisie dieser Weg, d. h. die Liquidierung der Republik, damals objektiv unmöglich gewesen wäre (so etwas nachträglich zu beweisen, ist u. E. unmöglich); es besagt

aber, daß die Bourgeoisie diesen Weg angesichts des inneren und äußeren Kräfteverhältnisses damals für aussichtslos hielt. Dieser Unterschied muß festgehalten werden, da subjektive Einschätzungen der Bourgeoisie nicht ohne weiteres objektive Tatbestände beweisen. J. S. indessen verwendet große Mühe, um nachträglich zu "beweisen", daß die deutsche Bourgeoisie in den Jahren 1918 - 33 jeweils haargenau die richtigen Entscheidungen im haargenau richtigen Moment getroffen hat, und daß jede andere Entscheidung unmöglich gewesen wäre. Ausgerechnet J. S. ist es, der die Bourgeoisie "im Besitz einer allseitigen (und unfehlbaren! - Anm. UW) Einschätzung der politischen und ökonomischen Widerspruchsentwicklung" (Vorwurf der SSG, S. 15 gegen den KB) glaubt. In Wahrheit ist es reiner Idealismus, wenn J. S. dem Publikum weismachen will, daß z. B. der Faschismus 1933 der einzige Ausweg für die Bourgeoisie war. Schließlich gibt es genug Beispiele, daß die Bourgeoisie anderer Länder auch ohne Faschismus die

"Weltwirtschaftskrise" von 1929 ff überwand. Warum praktiziert J. S. diesen Idealismus? Es soll "bewiesen" werden, daß die Entscheidung der Bourgeoisie für den Faschismus mit Zwangsläufigkeit in einer ganz bestimmten Situation erfolgt, und diese Situation besteht eben heute nicht (schließlich haben wir keine "Weltwirtschaftskrise" im Ausmaß wie 1929 ff. etc.). Damit hat J. S. zugleich glänzend und höchst einleuchtend "bewiesen", daß wir uns wegen des Faschismus heute noch keine Sorgen zu machen brauchen.

Wenn die Bourgeoisie in bestimmte Krisen gerät, so wählt sie schließlich (z. T. nach Auseinandersetzungen auch innerhalb der Bourgeoisie) einen bestimmten Ausweg aus dieser Krise. Daß ihre Entscheidung die einzig mögliche oder jedenfalls eindeutig die beste ist, kann ohne weiteres nicht behauptet werden, da die Bourgeoisie alles andere als "allwissend" ist, da ihre Einschätzung der Wirklichkeit nur höchst unvollkommen ist.

Preis 6,50 DM 340 Seiten

Kampf dem Faschismus

Nachdruck von Texten der Kommunisten aus den zwanziger und dreißiger Jahren zum Thema Faschismus

„Neben den konkreten Untersuchungen über die heutige Wirklichkeit erscheint es uns besonders wichtig, daß wir uns heute wieder ernsthafte und gründliche auch mit den Untersuchungen der Kommunisten der zwanziger und dreißiger Jahre auseinandersetzen. Schon 1923 hat Giulio Aquila, dessen Schrift wir als ersten Beitrag in diesem Band nachdrucken, in der Zeitung „Kommunistische Internationale“ die damals landläufige Fehleinschätzung des Faschismus - wie sie sich auch heute noch bei kleinbürgerlichen Faschismus-Theoretikern wiederfinden - durch eine konkrete und systematische, historische Untersuchung bekämpft und widerlegt:

Die anschließend abgedruckten Texte stammen aus der Halbmonatsschrift „Der Rote Aufbau“, später „Unsere Zeit“ aus den Jahren 1931 bis 1934. Hier werden jeweils besondere Fragen, wie das Programm der Nationalsozialisten, das Verhältnis Sozialdemokratie und Faschismus, die Ideologie und Propaganda des Faschismus usw. behandelt. Sehr plastisch erkennt man, was das konkret heißt: Faschismus.

Preis 4,50 DM 160 Seiten



Nachdruck von Artikeln

Arbeiterkampf
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

GEGEN DIE SCHRITTWEISE FASCHISIERUNG VON STAAT UND GESELLSCHAFT

Wir drucken in diesem Band erstmals aus unserer politischen Zeitung ARBEITERKAMPF eine Reihe von Artikeln nach, die das Ergebnis unserer Untersuchungs- und Propagandarbeit über einen längeren Zeitraum (März 1922 bis November 1922) und zu einem bestimmten Themen-Komplex sind. Hier zur Frage der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft.

Die vorliegende Zusammenstellung bietet unseres Erachtens eine gute Möglichkeit, auf relativ breiter Ebene die Einschätzungen zur schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft, wie sie im ARBEITERKAMPF über den Zeitraum von fast einem Jahr entwickelt worden sind, zu überprüfen und erlaubt eine umfassende politisch-ideologische Auseinandersetzung mit diesen von uns entwickelten Positionen.

erhältl. im: ARBEITERBUCH
2 Hamburg 13
Gründelhof 45

zu bestellen über: J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Woher kommt die faschistische Massenbewegung?

L., der als erster für das NRF zur Faschismus-Frage Stellung nahm, hat jede Planmäßigkeit der Bourgeoisie bei der Durchsetzung des Faschismus bestritten. Er läßt die faschistische Massenbewegung sozusagen der Bourgeoisie in den Schoß fallen als ein Geschenk, das ihr von der "versagenden" Arbeiterbewegung gemacht wird:

"Der Prozeß, in dem der Faschismus erst zur Massenbewegung wird und Massenwirkung erreicht, verläuft ... unabhängig von dem Willen der Bourgeoisie."

Und weiter:

"Das Versagen der Arbeiterklasse ... liefert dem Faschismus die Massenbasis ... Die entscheidende Ursache für das Entstehen der faschistischen Massenbewegung ist die verfehlte Bündnispolitik der Organisationen der Arbeiterklasse ..." (L., S. 41)

J.S. hat in seinem Artikel nicht das geringste Wort der Abgrenzung gegenüber den Thesen von L. gefunden. C.B. dagegen geht am Rande auch auf L. ein. Sie weist dabei wieder besonders eindrucksvoll ihre glänzende Fähigkeit, die Dinge zu verdrehen und auf den Kopf zu stellen. Indem sie L. scheinbar recht gibt, "korrigiert" sie ihn doch gleichzeitig, "entschärft" sozusagen den offensichtlichen Schwachsinn in den Thesen von L., führt uns einen ganz neuen L. vor:

"In der Tat", schreibt C.B. zum Zitat, das wir oben als erstes wiedergegeben haben, "genauso wenig, wie die Bourgeoisie die kapitalistischen Krisen macht, genauso wenig kann sie nach Belieben eine faschistische Massenbewegung erzeugen" (C.B., S. 17). Was C.B. da formuliert, ist nun aber "in der Tat" doch etwas anderes als die These von L., der jeden willensmäßigen Einfluß der Bourgeoisie auf die Entstehung der faschistischen Massenbewegung abstreitet. Kann die Bourgeoisie die Ereignisse beliebig gestalten? Selbstverständlich nicht! Kann sie jedoch willensmäßigen Einfluß auf die Ereignisse nehmen? Zweifellos! Diese zwei Fragen wirbelt C.B. munter durcheinander, als wären ihr die simpelsten Begriffe unklar.

Zum zweiten Zitat von L., das wir oben wiedergegeben haben, macht C.B. eine sanfte Kritik: Nicht die "verfehlte Bündnispolitik" der KPD sei entscheidend gewesen, sondern die Spaltung der Arbeiterklasse. Auch hier trickt C.B. wieder. Und weils so schön ist, zitieren wir C.B. im Wortlaut:

"Der Verfasser des Artikels im NRF macht als wichtigste Ursache für die Entstehung der faschistischen Massenbewegung und damit auch für die Niederlage der Arbeiterklasse die verfehlte Bündnispolitik der KPD verantwortlich. Wir halten diese Kritik in dieser Form für falsch. Wir meinen, daß die entscheidende Ursache für die Niederlage der Arbeiterklasse die Spaltung der Arbeiterklasse war." (C.B., S. 18).

Original und Fälschung! L. hatte lediglich geschrieben: "... entscheidende Ursache für das Entstehen der faschistischen Massenbewegung". Die folgende Passage "und damit auch für die Niederlage der Arbeiterklasse" stammt von C.B. Und im nächsten Satz ("Wir meinen ...") spricht C.B. dann nur noch von der Niederlage der Arbeiterklasse und überhaupt nicht mehr von der faschistischen Massenbewegung. Dabei ist doch der entscheidende Punkt bei L., daß er die "verfehlte Bündnispolitik" nicht etwa allgemein als Ursache der Niederlage der Arbeiterklasse angibt, sondern daß er sie explizit für die "entscheidende Ursache für das Entstehen der faschistischen Massenbewegung" hält. C.B. versöhnt, schleift die ärgsten antikomunistischen Dummheiten von L. etwas ab, indem sie listig den Inhalt seiner Aussagen verfälscht.

Schon dieses bißchen Samtpoten-Kritik an L. hat C.B. effektiv so erschöpft, daß sie sich erstmal bei einem kräftigen Hieb gegen den KB wieder erholen muß; der KB habe - so behauptet C.B. - nicht davor zurückgeschreckt, "In demagogischer Absicht (!) die Kritik im NRF an der Politik der Organisation der Arbeiterklasse, der KPD, in eine Kritik an der 'Arbeiterklasse' insgesamt zu verfälschen" (C.B., S. 18). Aber wer da verfälscht, das ist natürlich wieder C.B. "Im Auftrag des ZK des KBB" selbst. Denn L. hatte ja tatsächlich und explizit vom "Versagen der Arbeiterklasse" gesprochen, das seiner Auffassung nach dem Faschismus die Massenbasis lieferte. Im übrigen liegt die besondere Unverschämtheit von L. nicht schlechthin in seiner rotzigen "Kritik" an der deutschen Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei. Sie liegt u.E. vielmehr darin, daß L. die Politik der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei als Hauptursache für den Faschismus ausgibt, während er die Bourgeoisie geradezu von jeder Verantwortung freispricht (sie erhält die faschistische Massenbewegung unabhängig von ihrem Willen durchs Proletariat frei Haus "geliefert").

Die massenhafte Radikalisierung des Kleinbürgertums als soziale Basis der faschistischen Massenbewegungen war nicht "beliebig" von der Bourgeoisie produziert worden. Sie war vor allem eine Folge der Verelendung, die schon nach dem 1. imperialistischen Krieg und verstärkt in der "Weltwirtschaftskrise" 1929 ff. auftrat. Sie war also eine objektive Gegebenheit, die die Bourgeoisie einkalkulieren mußte. Daß diese radikalisierten kleinbürgerlichen Massen sich dann aber in diese bestimmte Richtung (zum Faschismus nämlich) entwickelten, war nicht unabhängig vom Willen der Bourgeoisie. Grundsätzlich, wenn auch in unterschiedlichem Maß, war sowohl der Bourgeoisie wie auch dem Proletariat die Notwendigkeit bewußt, diese radikalisierten kleinbürgerlichen Massen auf ihre Seite zu bringen. So vollzog sich die politisch-ideologische Entwicklung der radikalisierten kleinbürgerlichen Massen in einem heftigen Ringen zwischen Bourgeoisie und Proletariat um eben diese Massen. Die radikalisierten kleinbürgerlichen Massen als solche wurden sozusagen als "Rohstoff" von der Krise geliefert, ihre faschistische Ausrichtung jedoch wurde von der Bourgeoisie bewußt und mit Willen betrieben.

L., der das willensmäßige Handeln der Bourgeoisie leugnet, betreibt zugleich den ärgsten Subjektivismus in der Beurteilung der Arbeiterklasse. Sie erscheint in der Tat unabhängig von irgendwelchen Gesetzmäßigkeiten und Voraussetzungen; und wenn sie z.B. die kleinbürgerlichen radikalisierten Massen nicht auf ihre Seiten zu bringen vermag, so erscheint dies für L. schlicht als ihr "Versagen", als "verfehlte Bündnispolitik" - eben als ein ganz große Dummheit, die ohne weiteres vermeidbar gewesen wäre, wenn es vor 1933 schon solche Schlaumaier wie L. & Co. gegeben hätte.

Dieser Subjektivismus kennzeichnet alle Theoretiker des Zirkelblocks bzw. diejenigen, die es gerne werden möchten. Die SSG z.B. spricht rotzig davon, daß die Klassenkämpfe vor 1933 von der KPD "kaum angeleitet" worden seien, es "gelang (!) der KP nicht, die harten ökonomischen Auseinandersetzungen mit dem politischen Kampf zu verbinden", die KPD sei von der Arbeiterklasse "getrennt" gewesen (SSG, S. 15). Ja, liebe Leute, wenn die KPD vor 1933 mit ihren mehreren hunderttausend Mitgliedern und Millionen von Arbeiterwählern von der Arbeiterklasse "getrennt" war - was seid ihr denn dann?! "Wenn einer, der mit Mühe kaum geklettert ist auf einen Baum, schon meint, daß er ein Vogel wär" - so irrt sich der! (Wilhelm Busch). Weiter die SSG: "Dimitroff erwähnt bei den Bedingungen der faschistischen Machtergreifung die durch den Einfluß der Sozialdemokratie hervorgerufene verhängnisvolle Spaltung der Arbeiterklasse. Diese Einschätzung ist aber durch aus legitimiert" (d.h. eine Ausrede!). Die Kommunisten hätten eben "schwerwiegende Fehler" begangen, seien zu dumm gewesen, um das gesamte Proletariat dem sozialdemokratischen Einfluß zu entreißen (SSG, S. 15/16). Nun wollen wir nicht leugnen, daß auch Fehler von der KPD gemacht wurden. Entscheidend aber ist die Tatsache, daß die Spaltung der Arbeiterklasse im Imperialismus objektive Ursachen hat.

Nach Meinung der Zirkelblock-Theoretiker kann die kommunistische Partei jedes beliebige Kampfziel unabhängig von Ort, Zeit und Bedingung erreichen, sofern sie die "richtige" Politik macht. Wenn es Niederlagen gibt, so haben eben die Kommunisten mit ihren "schwerwiegenden

Fehlern" schuld. Daß es auch objektive Bedingungen, ein gesellschaftliches Kräfteverhältnis etc. gibt, scheint fürs Proletariat und seine kommunistische Partei nicht zu gelten.

Aber zurück zu L. und der faschistischen Massenbewegung! Um die "verfehlte Bündnispolitik" der KPD umso schwärzer und unverzeihlicher erscheinen zu lassen, malt L. das Kleinbürgertum ausdrücklich in den rosigsten Farben. Das Kleinbürgertum ist für L. "potentiell revolutionär" und erst "das Scheitern der proletarischen Revolution ... läßt das Kleinbürgertum von der proletarisch revolutionären Bewegung abfallen (!!!) und eigene (!!!) politische Lösungen anheben". - L. läßt also die Kleinbürger zunächst mal in einer gemeinsamen Front mit dem Proletariat stehen, von dem sie dann "abfallen", weil die Arbeiterklasse mit der Revolution "scheitert", weil sie eine "verfehlte Bündnispolitik" betreibt, kurz: weils mit den Proleten nicht klappt! Die massenhafte Hinwendung des Kleinbürgertums zur bürgerlichen faschistischen Massenbewegung erscheint L. dann gar als Versuch "eigener" politischer Lösungen, die das Kleinbürgertum aus Trotz gegen das Proletariat anhebt, von dem es enttäuscht ist und von dem es sich stiefmütterlich behandelt fühlt.

Der Kleinbürger "an sich" ist für L. "potentiell revolutionär". Wenn diese herrliche Eigenschaft dann nicht so recht zum Tragen kommt, muß eben das "Versagen der Arbeiterklasse" Schuld haben. - Was sind das denn anderes als widerliche Rechtfertigungsversuche eines Kleinbürgers, der sein eigenes Schwanken noch dem Proletariat als "schuldhaftes Verhalten" aufsacken möchte? Und hilfreich kommt ihm C.B. zur Hilfe: "Es ist aber keineswegs ihre (der Kommunisten - Anm. UW) Aufgabe, das Kleinbürgertum zu kritisieren" (C.B., S. 20). Am Proletariat rummäkeln - jederzeit und herzlich gern! Aber Kritik an den Schwankungen des Kleinbürgertums - da hört der Spaß auf !!

Das Ringen um das Kleinbürgertum zwischen Proletariat und Bourgeoisie in der Nachkriegszeit und in der Krise 1929 ff. ist nicht so zu verstehen, daß das Kleinbürgertum zuerst unparteiisch über den Klassen thronte (oder gar auf Seiten des Proletariats stand), dann prüfte, auf welcher Seite sich die überzeugenderen Argumente und die stärkeren Bataillone befanden, um sich schließlich auf Seiten der Bourgeoisie zu schlagen.

Das deutsche Kleinbürgertum war lange vor 1914 mit jenen reaktionären Ideologien durchtränkt, die dann zu Bausteinen des faschistischen Ideologie-Breis wurden: Antisemitismus, Ideologie der "Herrenrasse", "Führer"-Kult, Pan-Germanismus, Militarismus etc. - Die faschistischen Ideologen erfanden kaum etwas Neues, sie rührten im wesentlichen nur alte reaktionäre Ideologien zusammen.

Das Kleinbürgertum stellte schon vor 1914 die Massenbasis militant reaktionärer Organisationen der Bourgeoisie wie "Flottenverein" (Kampf gegen die englische See-Herrschaft), "Alldeutscher Verband" (Rüstungsinteressen), der unzähligen Kriegs- und Kolonial-Vereine u. a. m.

Daß das deutsche Kleinbürgertum in dieser Weise ideologisch bestimmt war, hängt natürlich mit der sozialen Lage dieser Klasse zusammen. Zugleich hat die Bourgeoisie aber auch ihrerseits bewußt an dieser reaktionären Ausrichtung des Kleinbürgertums (und Teilen des Proletariats) gegen

arbeitet (z. B. Schulunterricht, militärische Ausbildung, Propaganda in Presse und Literatur, finanzielle Förderung reaktionärer Vereinigungen u. a. m.). Von daher lagen also bestimmte Voraussetzungen vor, als dann mit der Nachkriegskrise und der noch schwereren Krise 1929 ff. die Radikalisierung der kleinbürgerlichen Massen eintrat.

So waren große Teile des deutschen Kleinbürgertums der Republik gegenüber äußerst feindselig eingestellt und unterstützten jede Bemühung, die auf deren Beseitigung gerichtet war. In den Klassenkämpfen 1919 - 23 trat das Kleinbürgertum vor allem in Gestalt der reaktionären "Freikorps" militant in Erscheinung, die während der Paralyse des bürgerlichen Heeres "ersatzweise" unter Regie der SPD-Führer die Arbeiterkämpfe niederschlugen. Der englische Historiker Waite hat die Freikorps als "Vanguard (Vorhut) of Nazism" bezeichnet (Robert Waite, Vanguard of Nazism - the free corps movement in postwar Germany, Cambridge/Mass. 1952). So findet man in der Tat erhebliche Momente der faschistischen Ideologie schon in weitgehender Ausformung bei den Freikorps; in einigen "Freikorps" wurde das Hakenkreuz schon getragen, ein "Freikorps" war an Hitlers "Marsch auf die Feldherrnhalle" 1923 beteiligt. Die "Freikorps" waren eine reaktionäre Schule, aus der zahlreiche hohe Führer der NSDAP und der SA hervorgingen. All dies natürlich ebenfalls nicht "unabhängig vom Willen der Bourgeoisie". - Festzuhalten ist, daß der deutschen Bourgeoisie 1918 sofort und spontan

tan eine breite konterrevolutionäre kleinbürgerliche Bewegung zur Verfügung stand, deren Grundlagen in der Zeit vor dem imperialistischen Krieg schon gelegt waren.

Daß dem deutschen Kleinbürgertum schließlich die bürgerlichen Parolen von der "Volksgemeinschaft", vom "Kampf gegen das jüdische Zins- und Wucherkapital" und von der "Rettung des Mittelstands" viel näher lagen als die sozialistische Perspektive der Arbeiterklasse, kann nicht schlechthin als verfehlt Bündnispolitik des Proletariats und seiner Kommunistischen Partei interpretiert werden. Bourgeoisie und Proletariat gingen unter sehr ungleichen Voraussetzungen in das Ringen um die kleinbürgerlichen Massen: von ihrer ganzen sozialen Lage her standen die Massen des deutschen Kleinbürgertums eher zur Bourgeoisie, und diese hatte überdies ungleich stärkere politisch-ideologische Mittel zur reaktionären Ausrichtung der radikalisierten kleinbürgerlichen Massen. Daß überdies die Arbeiterklasse in sich gespalten war, eine revolutionäre Partei erst nach dem Krieg entstanden war, wirkte sich unter diesen Umständen natürlich verhängnisvoll aus. - Für einige Theoretiker des Zirkelblocks jedoch reduziert sich alles darauf, daß die KPD den Kleinbürgern die sozialistische Perspektive bloß nicht überzeugend genug dargestellt hat. (davon grenzt sich allerdings C. B. ab, die es ablehnt, "die Bündnisbereitschaft der Kleinbürger ausschließlich von der richtigen Politik der Arbeiterklasse abhängig zu machen, wie es der Verfasser im NRF tut" - C. B., S. 20)

Auf der Suche nach dem "Wesen des Faschismus"

"Was ist der Faschismus seinem Wesen nach?", fragt C. B. - Im weiteren möchte sie dann "beweisen", daß der KB "politische Reaktion im allgemeinen mit dem Faschismus im besonderen" verwechselt, daß der KB überhaupt Allgemeines und Besonderes einfach gleichsetzt, daß er "Form" und "Wesen" verwechselt usw. usf. (C. B., S. 11 ff.).

C. B. greift zunächst einen Satz aus dem Arbeiterkampf Nr. 16 auf: "Der extremste Ausdruck der grundsätzlichen Tendenz des Imperialismus zur gesteigerten Reaktion ist der Faschismus."

Was aber macht C. B. aus diesem Satz! Sie meint, wir würden darin den Faschismus "mit der von Lenin gekennzeichneten allgemeinen Wendung der Bourgeoisie von der Demokratie zur politischen Reaktion gleichsetzen". Offenbar besagt der zitierte Satz aber etwas ganz anderes: der Faschismus wird nicht der allgemeinen Wendung (= "grundsätzliche Tendenz") zur Reaktion gleichgesetzt, sondern als deren besonderer (= "extremster") Ausdruck

bezeichnet. Dazu haben wir dann, vor allem im Arbeiterkampf Nr. 17, beschrieben, worin eben im Einzelnen der "Unterschied zwischen der politischen Reaktion unter der Herrschaftsform der bürgerlichen Republik und der Herrschaftsform des Faschismus" (C. B., S. 12) besteht. Wie bloß sollen eigentlich die Leser des NRF sein, die C. B. übers Ohr hauen will?

Etwas weiter schreibt C. B.: "Die Theoretiker im 'Arbeiterkampf' begnügen (!) sich damit, aus dem 10. Kapitel von Lenins Schrift 'Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus' die 'vier Haupterscheinungsformen des Monopolkapitalismus' als 'Merkmale' des Imperialismus zusammenzufassen" (C. B., S. 12). Hier soll dem KB offenbar wieder Verwechslung von "Form" und "Wesen", von Erscheinungsform und Merkmal etc. untergejubelt werden.

In diesem Fall neigen wir zur Annahme, daß C. B. hier einmal nicht bewußt lügt, sondern sich wirklich in einem Irrtum befindet: Sie hat zwar recht, daß Lenin

im 10. Kapitel seiner Imperialismus-Analyse von "vier Hauptarten der Monopole oder Haupterscheinungsformen des Monopolkapitalismus" spricht. C. B. hätte aber auch feststellen können, daß sich die entsprechende Stelle im ARBEITERKAMPF 16 gar nicht auf Lenins 10. Kapitel beziehen kann; von den vier Merkmalen, die der ARBEITERKAMPF nennt, stimmt nur eins mit den im 10. Kapitel genannten "Haupterscheinungsformen" überein.

Die entsprechende Stelle im ARBEITERKAMPF 16 bezieht sich vielmehr auf das 7. Kapitel von Lenins Schrift. Lenin spricht dort von der "Definition" (!) des Imperialismus, "die folgende fünf seiner grundlegenden Merkmale (!) enthalten würde ..." - Lenin nennt dann fünf "Merkmale". Davon finden sich die ersten vier im ARBEITERKAMPF 16 wieder, das fünfte ("die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmäch-

te ist beendet") wurde ausgelassen. Lenin sagt dazu freilich, daß eine Definition "niemals die allseitigen Zusammenhänge einer Erscheinung in ihrer vollen Entfaltung zusammenfassen kann" und bemerkt, daß sich seine Definition nach "fünf Merkmalen" beschränkt auf die "grundlegenden rein ökonomischen Begriffe" (der ARBEITERKAMPF 16 beschränkte sich nicht auf diese rein ökonomische Definition, sondern hob politisch u. a. die grundsätzliche Tendenz zur gesteigerten Reaktion hervor).

Nachdem C. B. so mit Verdrehungen und Fehlinterpretationen ein gräßliches Kuddelmuddel angerichtet hat, stellt sie sich in der Positur eines "Alexander des Großen" vor den selbstfabrizierten "Gordischen Knoten" und ruft: "Versuchen wir, dieses Knäuel zu entwirren!" (C. B., S. 12)

C.B.'s Schwierigkeiten mit dem Überbau

Im Abschnitt "Das Verhältnis von ökonomischer Basis und politischem Überbau" schreibt C. B. über den Imperialismus:

"Das ökonomische Herrschaftsverhältnis drückt sich politisch in der Abschaffung der Demokratie auch für die Bourgeoisie selbst aus..." (S. 13)

Das sagt C. B. nicht etwa über den Faschismus, das sagt sie tatsächlich über den Imperialismus "im Allgemeinen": er beseitigt die Demokratie "auch für die Bourgeoisie selbst".

C. B. begründet (?) diese Behauptung damit, daß die "öffentliche politische Austragung von Konflikten" (im Parlament) durch die "Herrschaft mächtiger Monopolgruppen" ersetzt worden sei. Die bürgerlichen Parteien seien im Imperialismus nicht mehr Interessenvertreter "der unterschiedlichen Bourgeoisiefraktionen", sondern "Instrumente der Massenmobilisierung und Massenbindung". Und: "Die Herausbildung des Zweiparteiensystems in den kapitalistisch fortgeschrittenen Ländern ist der politische Ausdruck dieser Veränderung..." (S. 13)

Die These über das Zweiparteiensystem klingt plausibel, ist es aber nicht wirklich. Entgegenhalten läßt sich, daß in imperialistischen Ländern wie Italien und Frankreich oder auch Japan kein Zweiparteiensystem besteht; in der BRD ist das Zweiparteiensystem (SPD - CDU/CSU) ebenfalls nicht total (die FDP hat bei den letzten Wahlen sogar eine steigende Massenbindung gezeigt). Im "klassischen" Land des Zweiparteiensystems, in Großbritannien, hat sich dieses System historisch durchgesetzt, und zwar lange vor dem Eintritt des britischen Kapitalismus ins imperialistische Stadium. Ob das Zweiparteiensystem für die Massenbindung im Imperialismus wirklich optimal ist, muß bezweifelt werden.

Unabhängig von diesem Neben-Punkt wird nicht einsichtig, warum C. B. diesen Zustand als "Abschaffung der Demokratie auch für die Bourgeoisie selbst" bezeichnet.

Es ist doch offenbar, daß der Imperialismus die bürgerliche Demokratie nicht grundsätzlich aufhebt (auf S. 14 notiert C. B. korrekt, daß es der Faschismus ist, der die bürgerliche Demokratie abschafft. Also müssen wir schlussfolgern, daß C. B. einen feinen Unterschied macht zwischen "Demokratie (auch) für die Bourgeoisie" (die der Imperialismus "im Allgemeinen" angeblich abschafft durch Zweiparteiensystem etc.) und der "bürgerlichen Demokratie" (die der Faschismus durch die Herrschaft einer Partei aufhebt). Wie kann man diese feine Differenzierung der Begriffe erklären? Zufälliger Wort-Salat, oder etwa eine echte neue Theorie über "Demokratie als solche"?

Das Verwirrende bei C. B. setzt sich fort, wenn sie (auf den Faschismus bezogen) schreibt:

"Die Bourgeoisie liquidiert ihren eigenen Überbau (!), um ihn durch einen der Demokratie entgegengesetzten Überbau zu ersetzen" (C. B. S. 14)

Und es wird noch interessanter, wenn C. B. meint:

"Politisch sprengt er (der Faschismus - Anm. UW) die bürgerliche Herrschaftsform (!!!) des Kapitalismus, die parlamentarische Republik" (C. B., S. 15).

Wenn C. B. meint, der Machtantritt des Faschismus bedeute, daß die Bourgeoisie ihren "eigenen" Überbau "liquidiert", so hätte sie lieber konkret untersuchen sollen, welche Teile des Überbaus die Bourgeoisie wirklich aufhob und welche sie auch im Faschismus bestehen ließ. Indem C. B. aber den Überbau zur imperialistischen Ökonomie schlechthin mit "bürgerliche Repu-

blik" gleichsetzt, erscheint ihr natürlich die Liquidierung der bürgerlichen Republik als Liquidierung des "eigenen" Überbaus der Bourgeoisie überhaupt.

Überdies bemerken wir, daß C. B. für die bürgerliche Republik die kuriose Bezeichnung "bürgerliche Herrschaftsform des Kapitalismus" findet - also einen Gegensatz macht zwischen "bürgerliche Herrschaftsform" und faschistische Herrschaftsform. Daß das kein einmaliger Patzer ist, zeigt sich, wenn C. B. die "bürgerliche Partei" als Typus im antagonistischen Widerspruch zur faschistischen Partei beschreibt (C. B., S. 24). Wir meinen ja, daß "faschistisch" eben eine besondere Form von "bürgerlich" bezeichnet, aber nicht einen Gegensatz dazu. Bei C. B. scheint das durcheinander zu gehen. Offenbar hat C. B., ähnlich wie L., Schwierigkeiten, den bürgerlichen Charakter des Faschismus konsequent im Kopf zu behalten. Wir denken dabei an L.'s These, der Faschismus sei als Versuch des Kleinbürgertums zu verstehen, "eigene politische Lösungen" anzugehen. C. B. steigert sich sogar noch, indem sie wettet: "... daß diese gegen die ökonomische und politische Ordnung der Bourgeoisie gerichtete Ideologie (C. B. spricht vom Faschismus! - Anm. UW) die Weltanschauung des gegen die Republik in Bewegung geratenen Kleinbürgertums war, all dies verschweigt der 'Arbeiterkampf'."

Der Faschismus ist eine "Weltanschauung" des Kleinbürgertums, die sich gegen die ökonomische und politische Ordnung der Bourgeoisie richtet? Noch deutlicher konnte

C.B. widerlegt die faschistische Gefahr

Die Konfusion von C. B. erreicht einen Höhepunkt, wenn sie auf den aktuellen Aspekt der Faschismus-Frage zu sprechen kommt.

In AK 17 hatte gestanden:

"Um allen Mißverständnissen vorzubeugen: die CDU/CSU ist keine faschistische Partei und die mögliche Rückkehr der CDU/CSU an die Regierung würde noch nicht den Faschismus bedeuten. Die CDU/CSU hat jedoch eine klare faschistische Tendenz und könnte sich unter Umständen zu einer neuen faschistischen Partei entwickeln."

Darauf antwortet C. B.:

"Es widerspricht aber dem qualitativen Unterschied zwischen Faschismus und Republik, daß sich eine bürgerliche Partei in eine faschistische verwandeln (!) kann und umgekehrt. Dieselbe Partei, die sich jahrelang vor den Wählern auf die parlamentarische Ordnung oder 'freiheitlich demokratische Ordnung' festlegte, kann nicht plötzlich (!) als deren entschiedenster politischer Gegner auftreten, wie umgekehrt eine faschistische Partei nicht plötzlich als bürgerliche Partei auftreten kann..." (S. 24),

C. B. kaum enthüllen, wie sehr ihr die bürgerliche Faschismus-Interpretation im Kopf herumspukelt!

C. B. hatte geschrieben, mit dem Faschismus liquidiere die Bourgeoisie "ihren" eigenen Überbau". Aber sehen wir die historischen Tatsachen. Der deutsche Faschismus z. B. hat die bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme der NSDAP) und das bürgerliche Parlament (nicht formal, aber seinem früheren Inhalt nach) tatsächlich beseitigt. Er hat aber nicht die bürgerlichen Gefängnisse und Zuchthäuser aufgehoben (sondern sie im Gegenteil verstärkt mit antifaschistischen Arbeitern u. a. gefüllt), er hat nicht die bürgerliche Armee aufgehoben (obwohl es dahin gehende Pläne z. B. innerhalb der SA gab, die denn auch 1934 wesentlich liquidiert wurde!), der Faschismus hat die bürgerlichen Behörden im wesentlichen nicht aufgehoben. Vergleichbares gilt für die anderen Bereiche des Überbaus - Kultur, Ideologie, Moral etc.

Der Faschismus hat eben den bürgerlichen Staat und die anderen Elemente des Überbaus zur imperialistischen Ökonomie im Wesentlichen gerade nicht liquidiert, sondern übernommen und der Bourgeoisie lediglich in noch totalerer Weise als zuvor unterworfen. Dieser Unterschied wird sehr klar, wenn die faschistische "Machtergreifung" (die sich ja selbst gern als "Revolution" ausgab) verglichen wird mit der proletarischen Revolution, die in der Tat den bürgerlichen Staat und die anderen Elemente des Überbaus zu liquidieren und völlig zu "ersetzen" hat (durch den proletarischen Staat, proletarische Kultur etc.).

C. B.'s ulkige Vorstellung von "Dialektik" macht es offenbar grundsätzlich überflüssig, irgendein Problem konkret zu untersuchen. "Es widerspricht dem qualitativen Unterschied", und damit basta!... Und wenn die Tatsachen sich nicht an C. B.'s "streng wissenschaftliche" Grundsätze halten, dann haben die Tatsachen eben selbst schuld!...

Offenbar besteht doch zwischen reformistischer und revolutionärer Politik ein qualitativer Unterschied. Kann sich deshalb eine revolutionäre nicht zu einer reformistischen Partei entwickeln (z. B. die SPD)...? Und ein qualitativer Unterschied besteht auch zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Trotzdem kann eine Partei des Sozialismus zur Partei der kapitalistischen Restauration werden (z. B. die laut Schmierer inzwischen gar "sozialfaschistische" KPD(SU)). - Solche Verwandlungen eines Dinges in sein Gegenteil sind durchaus möglich.

Nun verwendet C. B. aber einen zusätzlichen Trick, indem sie im ersten Satz etwas anderes schreibt als im zweiten: im ersten Satz leugnet C. B. grundsätzlich die Möglichkeit, daß sich ein Ding in etwas qualitativ anderes verwandeln

kann. Im zweiten Satz schiebt sie dann listig das Wörtchen "plötzlich" ein - eine "bürgerliche Partei" kann nicht "plötzlich" als faschistische Partei "auftreten". Das hatte freilich auch niemand behauptet. AK 17 sagte deutlich: "... sich unter Umständen zu einer neuen faschistischen Partei entwickeln", und nicht etwa "plötzlich auftreten". C. B.'s Grundprinzip ist es, den Standpunkt vom KB und AK erst einmal zu verfälschen, bevor sie sich mit ihm "auseinandersetzt".

Auf die kuriose Verwendung des Begriffs "bürgerliche Partei" als gegensätzlich zur faschistischen Partei sind wir schon eingegangen. - C. B. definiert an der wiedergegebenen Stelle die faschistische Partei in einer ganz bestimmten Weise. Die "bürgerliche Partei" charakterisiert sie dadurch, sie hätte sich auf die "freiheitlich-demokratische Ordnung" festgelegt; dagegen würde die faschistische Partei als entschiedenster politischer Gegner der "freiheitlich-demokratischen Ordnung" auftreten. (Und eine Partei, die das eine tut, kann eben nicht zu einer Partei werden, die das andere tut - sagt C. B.).

Was ist dann überhaupt heute eine faschistische Organisation? C. B. hat NPD und "Aktion Widerstand" als faschistische Organisationen bezeichnet (C. B., S. 23). Offenbar treten diese Organisationen aber doch nicht als entschiedenster politischer Gegner der bürgerlichen Demokratie auf. Das wäre eine Verkenntung ihrer Ideologie und Programmatik. Hitlers NSDAP konnte offen die Liquidierung der "Weimarer" Republik fordern. So appellierte sie zum einen an die konservativen, anti-republikanischen Stimmungen breiter kleinbürgerlicher Massen, zum anderen entsprach diese Parole aber auch der Radikalisierung des Kleinbürgertums durch die ökonomisch-politische Krise des bürgerlichen Staates. Die Parole der Liquidierung der "Weimarer" Republik war ebenso offen reaktionär wie andererseits auch pseudo-revolutionär. -

Heute ist keine faschistische Organisation möglich, die offen die Beseitigung der bürgerlichen Demokratie fordert. Das gilt auch für faschistische Organisationen in anderen west-europäischen Ländern, z. B. das italienische MSI.

Ein besonders "schlimmer" Vorwurf

C. B. hat herausgefunden, daß der KB in Wahrheit gar nicht den antifaschistischen Kampf führt, sondern daß er - unerhört! - gegen die Bourgeoisie (!!) kämpft:

"Der antifaschistische Kampf im 'Arbeiterkampf' richtet sich ... nicht gegen den Faschismus, sondern in der Logik der Kleinbürger direkt gegen die 'Kapitalistenklasse'" (C. B., S. 24)

Was C. B. mit diesem zunächst seltsam anmutenden Vorwurf sagen will, wird im weiteren Text ihres Artikels dann klar. Zunächst greift C. B. ein Zitat aus AK 17 auf. Wir

Im Programm der NPD heißt es unter Punkt 1: "Die NPD bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, weil sie ein Höchstmaß persönlicher Freiheit gewährt und so viel Ordnung setzt, wie notwendig ist. Der freiheitlich-demokratische Staat muß ein Rechtsstaat sein..."

Dieses "Bekenntnis" zur bürgerlichen Demokratie bestimmt wesentlich die aktuelle Ideologie der faschistischen Organisationen (Verteidigung der "Freiheit" gegen den "Bolschewismus", wobei der Begriff des "Bolschewismus" in der Regel die SPD miteinbezieht).

Wenn die faschistische Partei nach Meinung von C. B. dadurch gekennzeichnet ist, daß sie als "entschiedenster politischer Gegner" der bürgerlichen Demokratie auftritt, dann hätte sie auch die NPD nicht als faschistische Partei bezeichnen dürfen, dann gäbe es in der BRD überhaupt keine faschistische Partei.

Dieses Mißverständnis, als müßte der Faschismus unbedingt auch heute und schon heute als "entschiedenster politischer Gegner" der bürgerlichen Demokratie offen "auftreten", führt natürlich dazu, daß C. B. auch die vom AK angeführten Äußerungen z. B. von Strauß und einzelnen Kapitalisten völlig falsch interpretiert. Ein Zitat, in dem ein Kapitalist gegen das "Gespenst der Diktatur" Stellung nimmt, deutet C. B. also folgendermaßen: "... Dadurch unterscheidet sich diese Demagogie von der faschistischen, die explizit (!) die faschistische Diktatur der bolschewistischen Diktatur entgegengesetzt." (C. B., S. 21)

Wenn C. B. freilich verlangt, daß wir ihr "zum Beweis" einen Kapitalisten oder bürgerlichen Politiker beibringen, der heute "explizit" (d. h. ausdrücklich) die faschistische Diktatur der bolschewistischen Diktatur entgegengesetzt, so müssen wir ehrlich passen. Mit so rarem Exemplar können wir ihr nicht dienen. - Falls sich C. B. indessen die Mühe konkreter Untersuchungsarbeit gemacht hätte, so hätte ihr auffallen müssen, daß nicht einmal die NSDAP explizit die faschistische Diktatur propagierte. Weil C. B. völlig unzutreffende, naive Vorstellungen vom Faschismus hat, sucht sie nach "Indizien" für den Faschismus; die er noch nie gehabt hat; und wenn dann C. B. diese "Indizien" nicht findet, so ist auch die faschistische Gefahr schon widerlegt.

zitieren es hier vollständig und geben zugleich durch Unterstreichung an, welchen Teil davon C. B. in ihrem Artikel zitiert:

"Nötig ist es, hier und heute den antifaschistischen Kampf, den Kampf gegen die Gefahr eines neuen Faschismus zu führen. Dieser Kampf ist nicht in erster Linie Kampf gegen die NPD und andere rechtsradikale und faschistische Gruppierungen - ohne diesen Kampf vernachlässigen zu wollen - sondern ist in erster Linie Kampf gegen die schrittweise

Faschisierung von Staat und Gesellschaft durch die Bourgeoisie, also Kampf gegen die konkreten politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der Kapitalistenklasse.

So wie C. B. den Satz des AK verstümmelt - sozusagen "köpft" -, geht seine eigentliche Stoßrichtung (gegen eine bornierte, auf NPD etc. fixierte Form des antifaschistischen Kampfes) verloren; d. h. der Sinnzusammenhang ist nicht mehr erkennbar, in den diese Aussage des AK gestellt ist.

Das ist eine beliebte Methode von C. B. und der Zirkelblock-Theoretiker überhaupt, Sätze so zu zerpfücken, daß sie ihre Aussagekraft verlieren und zum beliebig knetbaren Rohmaterial für die kühnsten "Beweisführungen" werden.

Wenn man in derselben Nummer des AK (also 17) die Seite 2 aufschlägt (Mai-Plattform), kann man dort den Satz finden (C. B. hat ihn allerdings "nicht gefunden"):

"... Der Kampf gegen die schrittweise Faschisierung und Militarisierung von Staat und Gesellschaft muß von der Arbeiterklasse nicht nur gegen die CDU/CSU, sondern auch gegen die SPD/FDP-Regierung als gegenwärtige Geschäftsführerin der Kapitalistenklasse geführt werden."

Hier ist die Stoßrichtung der Aussage erkennbar eine andere. Von der Kapitalistenklasse ist da gar nicht die Rede. Es geht in diesem Fall nämlich konkret um die Abgrenzung von der Demagogie des "kleineren Übels", die die SPD schonen und den Kampf ausschließlich gegen die CDU/CSU richten möchte. Also ist in diesem Satz der Schwerpunkt auch anders gelegt als im obigen Satz. Zwischen den beiden Sätzen ist gar kein Widerspruch, sie behandeln lediglich zwei Aspekte derselben Sache. Ihr Sinn wird jedoch nur klar, wenn sie vollständig genommen werden.

Aber sehen wir nun die weitere "Argumentation" von C. B. Sie schreibt im Anschluß an das oben wiedergegebene verstümmelte Zitat aus AK 17:

"... Was hier verbal als Kampf ausgegeben wird, ist in Wahrheit die vollständige politische Entwaffnung der Arbeiterklasse. Der Kampf gegen die Bourgeoisie, die Kapitalistenklasse, ist immer in erster Linie Kampf um die Massen, Kampf um die Einheit und politische Selbstständigkeit der Arbeiterklasse und Kampf um die Verbündeten der Arbeiterklasse, d. h. aber ideologischer und politischer Kampf gegen diejenigen bürgerlichen Parteien (!), die als Agenten der Kapitalistenklasse die Massen an sich binden und dadurch die Herrschaft der Bourgeoisie über die Massen des Volkes und gegen die Massen des Volkes überhaupt erst möglich machen. Gerade von diesem Kampf lenken die opportunistischen Taktiker im 'Arbeiterkampf' mit der Leerformel (!) vom 'antifaschistischen Kampf' gegen die Kapitalistenklasse ab." (C. B., S. 24)

Nun wird C. B.'s Kritik schon klarer: C. B. will den Kampf gegen den Faschismus in erster Linie gegen die bürgerlichen Parteien führen; indem aber der KB den antifaschistischen Kampf "direkt" (!) gegen die Kapitalistenklasse führt, lenkt er vom Kampf gegen die bürgerlichen Parteien ab. Und weiter mit C. B.:

"Der 'Arbeiterkampf' entzieht mit seiner Aufforderung 'Kampf gegen die Maßnahmen der Kapitalistenklasse' dem Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte die

eigentliche politische Stoßrichtung (!) des demokratischen Kampfes und verhindert damit zugleich, daß die Arbeiterklasse in diesen Kämpfen lernt, die Sozialdemokratie als bürgerliche Partei, als Vertreterin der Interessen der Kapitalistenklasse in Regierung und Gewerkschaft zu erkennen und eine selbstständige Klassenpolitik zu entwickeln." (C. B., S. 25)

Nun ist die Katze endlich aus dem Sack! Der "Kampf gegen die Maßnahmen der Kapitalistenklasse" entzieht dem demokratischen (und antifaschistischen) Kampf die "eigentliche" Stoßrichtung. Was für eine Stoßrichtung? Na, gegen die SPD natürlich. Und wer da - wie der KB - "direkt" gegen die Kapitalisten kämpft, statt den Hauptstoß gegen ihre sozialdemokratische Agentur zu richten, der "lenkt ab", "entzieht dem Kampf die eigentliche politische Stoßrichtung"; aber nicht nur das: er begibt sich ins "Schlepptau" der SPD, er begeht "opportunistische Anpassung", ist ein "opportunistischer Liquidator", "sabotiert den Klassenkampf" und führt "mit absoluter Sicherheit in die nächste Niederlage" - jetzt erst hat C. B. ihr Magazin gänzlich leergeschossen.

(C. B., S. 26)

Erinnert uns diese Schimpfkanonade denn nicht an irgend-etwas? Aber gewiß doch! Da gab es während der Metalltarifrunde '71 eine Auseinandersetzung zwischen der damals formierten Aktionseinheit (ABG München, KB/ML Westberlin, KBB, KB u. a.) einerseits und der KPD/ML (ZB) andererseits. Es ging dabei um folgendes: Die Aktionseinheits-Organisationen hatten eine Plattform abgefaßt, in der es u. a. hieß:

"Wir gehen von der Einschätzung aus, daß wir in den Tarifikämpfen die Arbeiterklasse gegen ihren Hauptfeind, gegen die Bourgeoisie, führen müssen, und nicht die Hauptagitationslinie auf die Entlarvung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer richten dürfen."

Es ist in diesem Zusammenhang nicht uninteressant, daß diese Passage der Plattform auf Initiative der Genossen vom KBB zustande kam, was wir ihnen ausdrücklich als politischen Verdienst anrechnen.

Auf diese Plattform hin gab es alsbald Beschuß von der KPD/ML (ZB), die der Aktionseinheit vorwarf, sie führe damit "den falschen Hauptstoß und schwächt dadurch den Kampf gegen die Sozialdemokratie ab". Man müsse doch "den Hauptstoß gegen die SPD richten". In ihrer "Roten Fahne" stellten diese linken Vögel tatsächlich die ernstgemeinte Frage "Kampf den SPD-Führern oder Kampf den Kapitalisten?", wobei natürlich nur das erste für sie in Frage kam. (Zu dieser Auseinandersetzung: KAB-AZ 11/12, S. 32-33).

Schimpfen kann C. B. vielleicht besser als die ZB-Leute. Aber politisch ist ihr auch nicht mehr eingefallen, als deren absurde Angriffe zu wiederholen: der Kampf gegen die Kapitalisten lenkt vom Kampf gegen die SPD ab. Wir verzichten an dieser Stelle darauf, nochmals zu erklären, warum der Kampf eben grundsätzlich gegen die Kapitalistenklasse zu führen ist, und nicht mit "Hauptstoß" gegen bürgerliche Parteien. Wenn die führenden Genossen vom KBB etwas nachdenken, so werden ihnen gewiß ihre eigenen Ausführungen dazu während der Metall-Tarifrunden-Aktionseinheit 71 wieder einfallen.

Bei C. B. liegt der Fall aber noch um einiges schlimmer. Sie klagt, daß der "direkte" Kampf gegen die Bourgeoisie vom Kampf gegen die SPD "ablenken" könnte. Aber sie tut ja darüberhinaus alles Erdenkliche, um den bürgerlichen Charakter des Faschismus überhaupt wegzuleugnen. Die "bürgerliche Herrschaftsform" stellt sie in Widerspruch zur "faschistischen Herrschaftsform", die "faschistische Partei" stellt sie in antagonistischen (!) Wider-

spruch zur "bürgerlichen Partei", endlich erscheint ihr gar der Faschismus als "Weltanschauung des Kleinbürgertums", die sich gegen die Bourgeoisie selbst richtet (vgl. dazu den Abschnitt "C. B.'s Schwierigkeiten mit dem Überbau"). In derartigen kleinbürgerlichen Theorien über den Faschismus befangen, kann C. B. freilich nicht begreifen, daß der antifaschistische Kampf immer antikapitalistischer Kampf ist.

Arbeiterkampf



WAS DENN SONST ?

Sektierer in der Sackgasse

Einige politische Gruppen wollten die Wähler zur Abgabe von Proteststimmen gegen die bürgerlichen Parteien CDU/CSU, SPD und FDP gewinnen. Ohne die Chance, eigene Vertreter ins Parlament zu schicken, sollten die Wähler doch wenigstens auf dem Stimmzettel irgendwie ihre Unzufriedenheit mit der Politik aller bürgerlichen Parteien zum Ausdruck bringen.

So propagierten die „KPD/ML“ zusammen mit einigen anderen Gruppierungen, den Stimmzettel durch Beschriften mit Parolen ungültig zu machen. — Die DKP stellte sich zwar mit eigenen Kandidaten zur Bundestagswahl; indessen war klar, daß die DKP nicht die geringste Chance hatte, über die undemokratische 5 %-Klausel zu kommen. Auch die Wahl der DKP hatte also reinen Protest-Charakter.

Das Wahlergebnis zeigt einen merkwürdigen Rückgang der Protest-Stimmen. Mit 91,2 % lag die Wahlbeteiligung noch um einige Prozent über der schon hohen von 1969. Die Zahl der ungültigen Stimmen ist weiter zurückgegangen. Sie lag 1969 noch bei über 500.000, diesmal aber (trotz mehr als 2 Mio. neuen Wählern) nur noch bei 300.000. Von den abgegebenen Stimmen ist noch bei keiner Bundestagswahl (außer 1957, unmittelbar nach dem KPD-Verbot, als keine Partei links von der SPD kandidierte) ein so großer Teil auf den Block der bürgerlichen Parteien entfallen. Das kam vor allem der SPD zugute, die ihren größten Triumph seit Bestehen der Bundesrepublik feiern konnte und erstmals die CDU/CSU überrundete.

Die DKP bekam 0,3 % der Stimmen. Dieses Ergebnis bezeichnet einen Tiefpunkt der Linken außerhalb der SPD, nachdem die DFU 1961 noch 1,9 % und die ADF 1969 immerhin 0,6 % der Stimmen bekam. Das bedeutet, daß die SPD über 80 % der linken Protest-Wähler von 1961 inzwischen zurückgewonnen haben dürfte; mehr noch: die Linksentwicklung der letzten Jahre, vor allem in der Jugend, scheint von der SPD fast vollständig aufgefangen zu sein. Bemerkenswert ist außerdem, daß diesmal durchschnittlich nahezu jeder vierte DKP-Wähler seine Zweit-Stimme einer anderen Partei, meist wohl der SPD, gab.

Auch mit der krausesten Logik kann die DKP dieses Wahlergebnis nicht zu einem Erfolg hochjubeln. Freilich haben die DKP-Führer

damit recht, wenn sie sagen, daß dieses Wahlergebnis nicht die wirkliche Stärke der außerparlamentarischen Linken widerspiegelt. Gerade daraus zieht ja die Bourgeoisie propagandistischen Vorteil, indem sie das lächerlich niedrige Wahlergebnis der DKP als Argument zitiert, die Bevölkerung hätte „den Radikalen eine Abfuhr erteilt“ und für die „demokratischen Parteien“ (d.h. für die bürgerlichen Parteien) gestimmt.

Die DKP hat über das zu erwartende Wahlergebnis übertriebene Hoffnungen nicht nur verbreitet, sondern auch selbst gehegt.

So wurden z.B. angesichts von mehr als 2 Mio. neuen Wählern große Erwartungen an eine Angabe aus dem Jahresbericht 1971 des „Verfassungsschutz“ geknüpft: bei den Bremer Bürgerschaftswahlen 1971 hätten über 14 % der Jungwähler für die DKP gestimmt. — Bei einer öffentlichen Diskussion vor den Wahlen in einem Hamburger Studentenwohnheim plauderte Beate Landefeld (DKP-Bundestagskandidatin und Mitglied des Parteivorstandes) aus, mehr als „nur“ etwa 1 % der Stimmen würde die DKP wohl nicht kriegen, weil die Arbeiter „psychologische Hemmungen“ vor der Wahl der DKP hätten. Das sollte ganz besonders realistisch erscheinen, war aber immer noch weit überschätzt. — Dagegen war der Wahlkampf der DKP mit der Hauptparole „Kommunisten in den Bundestag“ an die Verbreitung der Illusion geknüpft, die 5 %-Klausel könne man schon schaffen.

Der DKP-Parteivorstand hat sich mit dem Wahlergebnis „nicht zufrieden“ erklärt, aber versöhnend hinzugefügt, die DKP würde den Arbeitern das Ergebnis nicht weiter übel nehmen. Immerhin sei ja das Hauptziel erreicht, nämlich die Abwehr von Strauß und Barzel. Und am Erreichen dieses Ziels hätte schließlich auch die DKP mitgewirkt, deren „Stärkung“ nun das Allerwichtigste sei.

Der DKP-Parteivorstand kann nicht erklären, warum das Wahlergebnis der DKP nicht dem „wachsenden Einfluß“ der Partei entspricht; warum trotz des erheblichen Abbaus antikommunistischer Stimmungen die DKP heute nur ein Sechstel der DFU-Stimmen von 1961 bekommt; warum sogar noch jeder vierte DKP-Wähler seine Zweit-Stimme einer bürgerlichen Partei gegeben hat. Stattdessen Ratlosigkeit („mit dem Ergebnis sind

wir nicht zufrieden“), die sogleich durch die sattsam bekannte Selbstgefälligkeit („DKP stärken“) zugelegt wird. Vor der Tatsache, daß die mit den September-Streiks, 69 eingeleiteten Arbeiter-Kämpfe auf der parlamentarischen Ebene zunächst ausschließlich für die SPD zu Buche schlugen, stehen die DKP-Führer ebenso hilflos wie die Super-„Linken“.

Die kommunistischen Organisationen außerhalb der DKP fanden sich mit wenigen Ausnahmen zusammen in Aufrufen, den Stimmzettel ungültig zu machen. Die Ausnahmen waren in erster Linie der Kommunistische Bund und die ABG München, die zur Stimmbgabe für die SPD aufriefen.

KB Bremen und NRF Heidelberg forderten gemeinsam dazu auf, die Worte „Weg mit dem KPD-Verbot! KPD!“ auf den Stimmzettel zu schreiben. Die „KPD/ML“ schlug vor, irgendeine Parole gegen die bürgerlichen Parteien und den bürgerlichen Staat auf den Zettel zu schreiben. Die „KPD“ wollte „KPD“ auf den Zettel schreiben lassen — wer das nicht wollte, dürfte aber auch „Rotfront“ hinschreiben. Der Tübinger KABD rief dazu auf, nicht zur Wahl zu gehen, „KPD/ML“ und „KPD“ fühlten sich darüberhinaus lächerlicherweise bemüht, mit langen Erklärungen ihren „Verzicht auf eine eigene Kandidatur“ zu begründen.

Uns interessiert hier die Begründung von KBB/NRF für ihr Vorgehen bei den Wahlen, wobei wir uns an deren gemeinsame Erklärung halten (abgedruckt u.a. „Wahrheit“, Oktober 72). Wir gehen näher auf KBB/NRF ein, weil wir sie für die einzigen politisch und organisatorisch ernstzunehmenden Vertreter dieser Richtung halten.

Die Genossen sagen: Auf der Ebene der Stimmbgabe gibt es noch keine Alternative zu den bürgerlichen Parteien. Die Stimmbgabe bei den Wahlen sei aber auch gar nicht entscheidend, sondern entscheidend sei der Klassenkampf. Deshalb sollten die Arbeiter bei den Bundestagswahlen „für die Forderungen der Arbeiterklasse“ stimmen. Die Genossen nennen dann diese angeblichen Forderungen, wobei sie wirtschaftliche Forderungen („Für die Steigerung des Reallohns“, „Für den 7-Stundentag“) mit revolutionären Parolen

(„Schluß mit der Herrschaft der Kapitalistenklasse!“) und mit gutgemeinten Apellen an die Arbeiter selbst („Besiegt den Imperialismus!“) verquirlen.

Stellvertretend für dieses angebliche „Kampfprogramm der Arbeiterklasse“ sollten die Worte „Weg mit dem KPD-Verbot! KPD!“ auf den Stimmzettel geschrieben werden.

Die „Begründung“ hierfür ist wiederum bemerkenswert: Kommunisten beteiligen sich am Wahlkampf, um das bürgerliche Parlament für die proletarische Politik auszunutzen. Nun wird aber das „Kampfprogramm der Arbeiterklasse“ von keiner der auf dem Stimmzettel stehenden Parteien vertreten. Also muß erst eine Partei geschaffen werden, um das Parlament im Sinne des „Kampfprogramms der Arbeiterklasse“ auszunutzen. — Deshalb, so sagen die Genossen, gebe es heute zwei „Hauptaufgaben“: zum einen die Aufhebung des KPD-Verbots, denn „indem die westdeutsche Bourgeoisie 1956 die KPD von ihren Richtern hat verbieten lassen, hat sie der Arbeiterklasse die Möglichkeit genommen, das bürgerliche Parlament für den proletarischen Kampf auszunutzen.“ Zum anderen müsse aber überhaupt erst wieder eine kommunistische Partei aufgebaut werden.

Indem man also „Weg mit dem KPD-Verbot!“ auf den Stimmzettel schreibt, dokumentiert man seine Unterstützung der ersten „Hauptaufgabe“. Indem man dann noch „KPD!“ dazu setzt, hat man auch die zweite „Hauptaufgabe“ unterstützt, nämlich die Neugründung einer kommunistischen Partei.

In der „Wahrheit“ vom Oktober ist diese sehr logische und prinzipienfeste Wahl-Empfehlung noch auf eine besonders ulkige Art begründet worden:

„Es genügt nicht, wie die 16 Jahre KPD-Verbot bewiesen haben, den Kommunisten nur beizupflichten oder sie zu bedauern. Aufgehoben wird das Verbot nur durch massiven Kampf der Arbeiterklasse für ihre eigene Partei; kein anderer wird es für uns tun. Die einfachste und gleichzeitig aktive Handlung als echte Willensäußerung ist die Kennzeichnung des Stimmzettels mit den Buchstaben KPD.“

Hier wird den Arbeitern die ungültige Stimmbgabe geradezu als Ersatzhandlung schmackhaft gemacht: Wenn Ihr schon 16 Jahre lang nichts getan habt, um uns Kommunisten zu unterstützen, dann könntet Ihr doch diesmal wenigstens „KPD“ auf Euren Stimmzettel schreiben — das tut Euch

nicht weiter weh, und wir sehen immerhin Euren guten Willen!

Ähnlich wie in der Oktober-Nummer hat die „Wahrheit“ erneut im November argumentiert:

„Nicht die Wahl einer bürgerlichen Partei; sondern der Aufbau einer eigenen revolutionären, kommunistischen Partei steht auf der Tagesordnung. Den Willen, diese Partei aufzubauen, bekunden alle fortschrittlichen Arbeiter und Kommunisten am 19. November auf den Stimmzetteln mit der Losung WEG MIT DEM KPD-VERBOT! KPD!“

Wir sehen hier das unter den Super-„Linken“ sehr beliebte Instrument der moralischen Erpressung angewandt: Hbr mal Kollege, alle fortschrittlichen Arbeiter schreiben diesmal „KPD“ auf den Stimmzettel. Und da willst ausgerechnet DU nicht mit dazu gehören?

Noch etwas wilder trieb es in Hamburg die mit KBB/NRF zusammenarbeitende Sozialistische Studentengruppe (SSG), die rundweg erklärte, „kein ehrlicher Arbeiter“ könnte noch die SPD wählen.

Hier ist nicht zu klären, wieweit hinter den Redensarten von „alle

fortschrittlichen Arbeiter“ etc. handfeste Illusionen über den Wahlausgang steckten. Sicher ist aber, daß die Genossen mit solchem Geschwätz, das in grellem Kontrast zu den wirklichen Verhältnissen steht, ihren Beitrag dazu leisten, nicht nur sich selbst, sondern die Kommunisten insgesamt als Spinner hinzustellen, die gewohnheitsmäßig alles übertreiben.

Worum geht es!

Wenn die Genossen die Wahlen gleichsam zu einer Volksabstimmung gegen das KPD-Verbot und für eine neue KPD machen wollten; so sind ihnen „alle fortschrittlichen Arbeiter“ darin durchaus nicht gefolgt. Für die große Mehrheit stand die Wahl einer bürgerlichen Partei, der SPD, „auf der Tagesordnung.“

In Wahrheit gibt es den von den Bremer Genossen konstruierten Gegensatz „Entweder für die SPD stimmen oder die Partei aufbauen“ auch gar nicht. Sonst müßte

Neu erschienen

Anzeige

Unser Weg SONDERNUMMER

CHILE:

Vom 'friedlichen Übergang' zum Bürgerkrieg

INHALT

Das Konzept der „Volksregierung“
Zusammenstoß in Concepcion
Verstaatlichung und Sozialismus
Der „legale Weg“
„Freiheit der Presse“
Erhaltung der bürgerlichen Bürokratie
Illusionen über das chilenische Militär
Die Unidad Popular und die „Linksradianten“
Aus der Geschichte lernen!
Absage an alle Absenteeer

erhält. im ARBEITERBUCH
2 Hamburg 13
Gründelhof 45

Chile nach den Wahlen: Konterrevolution rüstet weiter (aus AK 27)
Chile — „Friedlicher Übergang“ auf dem Sterbebett (aus AK 32)
Militärputsch in Chile (aus AK 33)
Es lebe der Kampf des chilenischen Volkes (aus AK 33)
Woher kam das wirtschaftliche Chaos? (aus AK 33)
Bauerwut und Schlichterwut (aus AK 33)
Lennin zur Zerschlagung des bürgerlichen staatsapparats (aus AK 33)
Im Hintergrund immer der US-Imperialismus (aus AK 33)

2. erweiterte Auflage 5001-7 500

ca. 2.-DM

man den Sieg der SPD als einheitliches Votum gegen eine kommunistische Partei interpretieren.

Die politisch bewußtesten Arbeiter wissen aber, daß eine revolutionäre Partei ihrer Klasse nicht mit dem Stimmzettel aufgebaut wird, daß „Willensbekundungen“ auf dem Stimmzettel für die Schaffung einer solchen Partei bloße Spielerei sind. Bei den Wahlen stand nicht die Frage an, ob eine KPD aufgebaut werden soll oder nicht. Diese Frage wird auf einem ganz anderen Feld, im Klassenkampf, in der Auseinandersetzung um die politische Linie der Arbeiterbewegung entschieden. Bei den Wahlen ging es darum, welche Partei an die Regierung soll – und da ist die SPD freilich auch den politisch bewußtesten Arbeitern immer noch etwas lieber als die CDU/CSU, solange es auf dem Stimmzettel nur diese Schein-Alternative gibt. Mit ihrem Slogan „Willy Brandt – wen denn sonst?“ hat die SPD geschickt die Stimmung getroffen. Den bewußtesten Arbeitern braucht man ja nicht zu erzählen, wie das ist mit der SPD, wie sie sich in der Vergangenheit mit Arbeiterblut beschmutzt hat, wie sie sich dem Kapital verkauft hat, wie sie heute reaktionäre Gesetze in Kraft setzt, wie sie durch ihren gewerkschaftlichen Einfluß die wirtschaft-

lichen Kämpfe schwächt usw. Aber, „wen denn sonst?“ – Da ist keine Alternative auf der Ebene des Stimmzettels; und eine bloße „Willensbekundung“, daß man doch gern eine Alternative haben würde in Gestalt der KPD, ist für die Katz.

Die Genossen vom KBB/NRF reden doch oft vom „Aufschwung der Arbeiterbewegung.“ Wie hat dieser „Aufschwung“ sich im Wahlergebnis niedergeschlagen? Wie hat die Verschärfung der Klassenkämpfe in den letzten Jahren seit dem Septemberstreik 69, wie hat die Regierungs-Politik der SPD seit Bildung der Großen Koalition Ende 1966 ihren Ausdruck im Wahlergebnis gefunden?

Man könnte sagen, daß der ganze „Aufschwung“ der letzten Jahre keine grundsätzlichen Folgen hatte außer der Umgruppierung von einer bürgerlichen Partei zur anderen, von der CDU/CSU zur SPD.

Wir meinen aber, daß das Wahlergebnis etwas anderes zeigt. Die Gewinnung „traditioneller“ CDU-Wähler für die SPD bei diesen Wahlen kennzeichnet mehr als das Überwechseln von einer bürgerlichen Partei zur anderen; sie ist meist Ausdruck einer veränderten Einstellung dieser Menschen –

katholische Arbeiter, Kleinbauern, Angestellte u.a. – zu den gesellschaftlichen Verhältnissen. – Für die „traditionellen“ Wähler der SPD dürfte es so sein, daß gerade nach den letzten Jahren die Zahl derjenigen sehr groß ist, die die SPD nur mit „Bauchschmerzen“ gewählt haben. Solange die Kommunisten nichts anderes zu bieten haben als „Willensbekundungen“ auf dem Stimmzettel, sie würden gern die KPD neugründen – solange wird es zwangsläufig bei der Stimmabgabe für die SPD bleiben.

In Bezug auf das Wahlergebnis stellen sich also zwei Aufgaben als vordringliche: zum einen die Schaffung immer größerer Klarheit über die Politik der SPD und den unversöhnlichen Gegensatz dieser Politik zu den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse. Zum anderen geht es darum, verstärkt auf die Herausbildung einer proletarischen Organisation hinzuwirken, die sich auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens als wirkungsvolle Alternative zum bürgerlichen Parteibetrieb zu bewähren vermag. Zu diesen Themen werden in der nächsten Nummer des ARBEITERKAMPF weitere Beiträge erscheinen. ■

QUE-Arbeiterkampf Nr. 24/Dez. 72

„DIE POLITISCHE MACHT KOMMT AUS DEN GEWEHRLÄUFEN!“



Nachdruck von Texten zu den politischen Problemen des bewaffneten Kampfes der Arbeiterklasse.

Zum einen enthält der Band besonders wichtige Schriften von Marx, Engels und Lenin zur Frage des bewaffneten Kampfes. Insbesondere wurden Schriften Lenins aus den Jahren 1905 und 1917 in diesen Band aufgenommen, die trotz ihrer Bedeutung heute wenig bekannt sind.

Darüber hinaus ist es dem Verlag „ARBEITERKAMPF“ gelungen, Texte zu den Fragen des bewaffneten Kampfes zu beschaffen, die seit Jahrzehnten nicht mehr verfügbar waren. So die Aufsätze von Alexander Schönauf: „Der Februar-aufstand des österreichischen Proletariats“ und von Bela Kun: „Einige wichtige taktische Fragen des österreichischen Aufstandes“. Beide Aufsätze stammen aus den Jahren 1934. Weiter enthält der Band die Arbeit von Ernst Schneller: „Arbeiterschaft und Wehrpolitik“, 1928, sowie die beiden Texte von Panitzki: „Die II. Internationale und der Aufstand“ und „Der Bolschewismus und der Aufstand“, ebenfalls 1928.

Es wäre verhängnisvoll, würde sich die westdeutsche Arbeiterklasse erst dann eingehend mit den Problemen des bewaffneten Kampfes befassen, wenn die Klassenkämpfe den bewaffneten Kampf in der BRD auf die Tagesordnung gesetzt haben werden.

Bisher jedoch ist die Auseinandersetzung mit den politischen Fragen des bewaffneten Kampfes der Arbeiterklasse in Westdeutschland unterbewertet worden.

Der Band soll dazu beitragen, daß diese wichtigen Fragen in Zukunft mehr Beachtung bei den fortgeschrittenen Teilen der westdeutschen Arbeiterklasse finden.

PREIS DM 6,00

Erhältlich im ARBEITERBUCH, 2 HH 13, Grindelhof 45 oder über VERLAG ARBEITERKAMPF, J. Reents, 2 HH 13, Rutschbahn 35

Kommunismus oder Jubel-Ökonomismus?

Die Politik einiger Gruppen besteht darin, oberflächliche Jubelstimmung über den „Aufschwung der Klassenkämpfe“ zu verbreiten, ohne die Bedingungen dieser Kämpfe, ihre historische Entwicklung und ihren gegenwärtigen Stand aus der Sicht des wissenschaftlichen Sozialismus umfassend zu beleuchten. Damit verbunden ist notwendigerweise eine Überschätzung der spontanen und vorwiegend wirtschaftlichen Volkskämpfe, eine Vernachlässigung des Elements der politischen Bewußtheit. Das kann auch durch das Einstreuen pseudo-radikaler Phrasen in den ökonomistischen Brei nicht wettgemacht werden.

Dieser Fehler ist zu einer „breiten Strömung“ in der westdeutschen Linken geworden, der so verschiedene Gruppen von der „KPD/ML“ bis zum frischgebackenen KBW-Zirkelblock brüderlich vereint.

Hier soll gezeigt werden, welche Fehler die Genossen der Bremer „Wahrheit“ bei der Darstellung der Klassenkämpfe in England gemacht haben.

„Zum Äußersten entschlossen...“?

Im Artikel „280 000 Arbeiter im Streik!“ („Wahrheit“, Febr. 72) wird behauptet:

„Gegen die sich ständig verschlechternden Lebensbedingungen, das haben die Bergarbeiter erkannt, gibt es nur ein Mittel: den Streik, und sie sind zum äußersten entschlossen...“

Solange es eine Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern gibt, solange gibt es auch den Versuch, den Streik als einziges, als äußerstes Mittel im Klassenkampf

zu propagieren. Damit wird freilich nur wiederholt, was die Arbeiter selbst aus der Erfahrung des spontanen Kampfes heraus glauben. Der Streik ist zwar ein besonders häufig angewandtes Mittel des Klassenkampfes, er ist jedoch nicht seine äußerste Form. Er kann die Ausbeutung nicht beseitigen, sondern allenfalls deren schlimmste Erscheinungsformen.

Lenin schrieb dazu 1904:

„Wir sollten uns nur freuen, wenn es der Sozialdemokratie (die damaligen Partei Lenins – AK) gelingt, jeden Streik zu leiten, denn es ist die direkte und unbedingte Pflicht der Sozialdemokratie, den Klassenkampf des Proletariats in allen Erscheinungsformen zu leiten, der Streik aber ist eine der tiefstgehenden und mächtigsten Erscheinungsformen dieses Kampfes. Doch wir wären Nachtrabpolitiker, wollten wir die Gleichsetzung einer solchen ursprünglichen (!), durch die Tatsache selbst nicht mehr als trade-unionistischen (nur-gewerkschaftlichen – AK) Form des Kampfes mit dem allumfassenden und bewußten sozialdemokratischen Kampf zulassen.“ („Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“)

Der Angriff der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse hat viele Formen – er geht im Abbau demokratischer Rechte vor sich, er geht an den Schulen und Universitäten vor sich, in der Wohnungsfrage, und vieles andere mehr. Der Lohnkampf ist ein zentraler Punkt der Klassenausbeutung, weil hier der Kapitalismus durch die massenhafte Konzentration der Arbeiter im Betrieb selbst die Voraussetzung für deren gemeinsamen Kampf schafft.

Die Propagierung des Lohnkampfes als einziges und äußerstes Mittel

des Kampfes trägt jedoch nicht dazu bei, die einheitliche Kampffront des werktätigen Volkes gegen den allseitigen Angriff der Bourgeoisie zu entwickeln.

Es ist ja gerade das Wesen der spontanen Arbeiterbewegung, sich auf den ökonomischen, nur-gewerkschaftlichen Kampf weitgehend zu beschränken und nicht aus sich heraus eine klare politische Stoßrichtung im Kampf gegen die Kapitalistenklasse – mit der Perspektive des Sozialismus – zu entwickeln. In diesem Wesen der spontanen Arbeiterbewegung liegt aber gerade ihre Schwäche, ihre Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie.

Daß die oben erwähnten Sätze der „Wahrheit“ in diesem Sinn kein bloßes Versehen sind, wird durch eine weitere Fehlbehauptung bekräftigt:

„Auf der einen Seite (steht) die Bourgeoisie, auf der anderen Seite die Arbeiterklasse. Beide Seiten wissen, daß sie ihre Interessen nur im Kampf durchsetzen können. Die einen wollen mehr Profit auf Kosten gesenkter Löhne, die anderen bessere Lebensbedingungen und Minderung der verschärften Ausbeutung.“

Hier wird der ganze Klassenkampf einwandfrei zurechtgestutzt auf den rein wirtschaftlichen Kampf: die eine Seite will mehr Profit, die andere Seite will mehr Lohn. Viel weiter kann man die ökonomistische Entstellung des Klassenkampfes kaum noch treiben.

Unter diesem Blickwinkel muß es freilich absurd erscheinen, auf die Begrenztheit des nur-gewerkschaftlichen Kampfes überhaupt hinzuweisen. Der Klassenkampf ist eben ökonomischer Kampf, und damit basta!

Ein demagogischer Angriff ...

Wir hatten im AK 15 versucht, zum ersten die besondere Schwierigkeit des nur-gewerkschaftlichen Kampfes der Arbeiter in einer Branche aufzuzeigen, in der – wie im Bergbau – die Kapitalisten lieber heute als morgen riesige Zechen schließen, im Rahmen einer „modernen Energie-Politik“. Zum zweiten sind wir grundsätzlich auf die Beschränktheit des nur-gewerkschaftlichen Kampfes eingegangen und haben drittens auf die Notwendigkeit einer selbstständigen Arbeiterpolitik und der KP hingewiesen (s. Kasten).

In der „Wahrheit“ vom März 72 („Ein großer Sieg!“) wurde beiläufig der Versuch unternommen, mit einem listigen Seitenhieb gegen unsere Einschätzungen, ihre eigenen Einschätzungen, ihre eigenen Fehler zu verteidigen und gegen Kritik abzusichern (s. Kasten).

In Wahrheit geht es gar nicht darum, ob die spontane Arbeiterbewegung unter Umständen „ungeheuer radikale Formen“ usw. annehmen kann. Das ist längst bewiesen. Eine „Theorie“, daß die spontane Arbeiterbewegung überhaupt unfähig wäre, „gegen die Tricks und Manöver der Kapitalisten und gegen die Maßnahmen des Staates etwas ausrichten zu können“, ist uns nicht bekannt. Offenbar ist nach der Devise verfahren worden: Man nehme eine möglichst blöde angebliche „Theorie“, die in der Realität längst widerlegt ist, und dresche kräftig darauf rum, um vom Kern der Auseinandersetzung abzulenken.

Natürlich kann auch der spontane Kampf den Kapitalisten unter Umständen Erfolge abtrotzen. Allerdings wird er langfristig doch der Allseitigkeit der Politik der Bourgeoisie und ihres Staates unterliegen, sofern er spontaner Kampf bleibt. Das eben ist der Kern der Sache, von dem hier abgelenkt werden soll.

... und kaum etwas dazu gelernt

Der Artikel „Ein großer Sieg!“ ist immerhin soweit ein Fortschritt gegenüber „280 000 Arbeiter im Streik!“, daß überhaupt versucht wird, erstmals „Lehren des britischen Bergarbeiterstreiks“ zu ziehen. Das Ergebnis ist freilich ein weiteres Loblied auf die spontane Arbeiterbewegung:

„Die spontanen Kämpfe der Arbeiterklasse können zwar in einem großartigen Maße – wie in diesem Streik – erfolgreich sein, aber wir dürfen nicht die Lehren vergessen,

„Arbeiterkampf“ Nr. 15 Febr. '72

„Die ‚Frankfurter Rundschau‘ schrieb am 10.1. über den englischen Bergarbeiterstreik:

„Der Streik der britischen Arbeitnehmer im Bergbau ist ein Arbeiterkampf, der von der Arbeitgeberseite begrüßt wird. Er liefert den Beweis für die These, daß der Streik als schärfste Waffe der Arbeiterschaft im kapitalistischen Wirtschaftssystem unter gewissen Voraussetzungen nicht mehr wirkt. Grund dafür ist die Krise im englischen Kohlenbergbau. Viele Zechen sind unrentabel und laborieren am Rande des Defizits. Für ein Land mit annähernd einer Million Arbeitslosen sind die Aussichten auf Zechenstillegungen düster. Das Heer der Arbeitslosen erhält Zuwachs, und die Schuld dafür kann von den Gewerkschaften nicht einmal verantwortungslos den Unternehmern ... gegeben werden.“ Hieran wird deutlich, welche Grenzen der nur wirtschaftlich geführte Kampf der Arbeiter hat; wie eine solche Situation von den Faschisten ausgenutzt werden kann, indem sie behaupten „Seht ihr, Streik nützt den Arbeitern nicht, im Gegenteil, er schadet ihnen, denn sie werden arbeitslos.“

Der wirtschaftliche Streik war aber auch noch nie, wie die „Frankfurter Rundschau“ schreibt, die „schärfste Waffe der Arbeiterschaft im kapitalistischen Wirtschaftssystem“. Solche Märchen versucht uns die Kapitalisten-Presse immer wieder zu verkaufen. Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung lehren jedoch, daß der „nur-gewerkschaftliche“ Kampf nie zu einer grundsätzlichen Verbesserung der Lage der Werktätigen führen kann. Erst wenn die Arbeiterklasse die Kapitalisten-Herrschaft beseitigt hat, kann sie alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme in ihrem Interesse lösen. Der erste Schritt zur Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist der Aufbau der selbstständigen Arbeiterorganisation – der kommunistischen Partei. Die revolutionären Arbeiter Großbritanniens (und Westdeutschlands) müssen diese schwierige Aufgabe noch lösen.“

„Wahrheit“ Nr. 2 März '72

„Einige Genossen meinen, daß die Arbeiter in ihren spontanen Kämpfen einige Erfolge erzielen können. Sie bezweifeln aber, daß dies auch in Krisenzeiten möglich sei, wenn die Konkurrenz unter den Arbeitern größer wird und ihre Solidarität abnimmt. Sie können für ihre These durchaus eine Reihe von Beispielen zusammentragen. Aber auch die Liste der Gegenbeispiele ist lang und wird durch den Erfolg der Bergarbeiter weiter verlängert. Gerade ihr Streik zeigt ein weiteres Mal, daß die spontane Arbeiterbewegung ungeheuer radikale Formen, eine hohe Organisiertheit, Entschlossenheit und Solidarität entwickeln kann, die auch in einer krisenhaften Situation zum Erfolg führen können. Jede „Theorie“, die der spontanen Arbeiterbewegung die Fähigkeit abspricht, gegen die Tricks und Manöver der Kapitalisten und gegen die Maßnahmen des Staates etwas ausrichten zu können, wird durch diese Erfahrungen widerlegt.“

die aus den bisherigen Kämpfen der englischen Bergarbeiter z.B. – und sie werden untermauert durch die Erfahrungen, die in anderen Ländern gemacht wurden und noch gemacht werden – zu ziehen sind: Alle erköpften Erfolge der Arbeiterklasse sind nur augenblickliche Erfolge, die in der Gefahr stehen, zu anderen Zeiten und unter anderen Umständen in Niederlagen verwandelt zu werden. Nur wenn der Kampf kontinuierlich entfaltet wird, können die Erfolge gesichert werden.“

Oberflächlich könnte man meinen, daß sich hier mit der Beschränktheit des spontanen Kamp-

fes auseinandergesetzt wird. Aber dieser Schein trügt. Wird hier doch nicht mehr gesagt, als daß jeder Erfolg in eine Niederlage verwandelt werden kann. Das ist eine Banalität. Sie kennzeichnet nicht das Wesen der spontanen, nur-gewerkschaftlichen Kämpfe, sondern trifft für alle Kämpfe zu, sogar für die sozialistische Revolution selbst. Solange es die Kapitalistenklasse gibt, wird sie versuchen, Erfolge der Arbeiterklasse in Niederlagen umzuwandeln. Das gehört zum Wesen des Klassenkampfes.

Was aber ist das Rezept der der „Wahrheit“ dagegen: Der Kampf muß „kontinuierlich entfaltet“ wer-

den. Dieses Rezept bleibt also auf dem Boden des Spontaneismus, nur empfiehlt es, diesen „kontinuierlich“ zu betreiben. Das ist kein sehr gutes Rezept!

Zuerst einmal kann der spontane Kampf gar nicht kontinuierlich verlaufen. Kontinuierlicher Kampf setzt bereits eine organisatorische Führung und einen bestimmten Grad politischer Bewußtheit voraus. Außerdem geht es nicht nur und nicht einmal in erster Linie darum, den Kampf kontinuierlich zu entfalten, sondern vor allem um seine allseitige Entfaltung.

Auch in diesem Artikel konnte sich also die „Wahrheit“ noch nicht dazu durchringen, auf die Frage der politischen Bewußtheit und des politischen Kampfes, auf die Frage des Aufbaus der kommunistischen Partei einzugehen.

Das geschah dann freilich in der „Wahrheit“ vom August/Sept. 72. Dort wurde gesagt, daß die Arbeiterklasse eine „politisch selbständige revolutionäre Organisation“ braucht. Das wurde allerdings immer noch recht zweifelhaft begründet: der spontane Kampf könne sonst (wenn keine solche Organisation aufgebaut wird) „seine Kraft und seine Richtung ... nicht aufrecht erhalten“.

Selbst hier wurde also die Notwendigkeit der „politisch selbständigen revolutionären Organisation“ noch aus der Logik des spontanen Kampfes heraus abgeleitet. Dieser hat eine bestimmte Kraft und vor allem eine bestimmte Richtung – um diese „aufrechterhalten“ (!) zu können, ist die revolutionäre Organisation nötig. Gewollt oder ungewollt erscheint hier die selbständige Organisation der Arbeiterklasse, die KP, immer noch als bloße Dienerin des spontanen Kampfes, im Einklang mit den von Lenin bekämpften Vorstellungen der russischen Ökonomen. Denn diese waren ja durchaus nicht gegen eine Partei überhaupt, nur sollte diese den spontanen Kämpfen untergeordnet sein.

In der „Wahrheit“ vom Januar 73 heißt es dann sogar:

„Die britische Arbeiterbewegung löst sich zunehmend vom Sozialreformismus – die Bindung an die Labour-Party wird immer brüchiger. Die Mieterstreiks zeigen, daß die Arbeiterklasse beginnt, den Kampf um die Verteidigung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen unabhängig vom Labourreformismus zu führen. Sich auf ihre Erfahrungen und das Bewußtsein ihrer Stärke stützend, beginnt sie, die Kämpfe selbständig zu führen.“ (Hervorhebung in der „Wahrheit“)



Arbeiterkampf, Unser Weg,

Metallarbeiter,

Chemiearbeiter, Druckarbeiter,

Hafenarbeiter, Flugblätter

Außerdem führen wir ein großes Angebot an Schriften zur Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung, marx. Klassiker, Internationalismus, Schriften aus der VR China, Albanien, Nord-Korea, Literatur über Ausbildungsweisen, Soziologie, Pädagogik, Psychologie.

Im Arbeiterbuch sind alle Zeitungen des Kommunistischen Bundes erhältlich

Von der Kommunistischen Partei ist überhaupt nicht mehr die Rede. Aus sich selbst heraus löst sich die spontane Arbeiterbewegung von der bürgerlichen Ideologie, aus sich selbst heraus wird der spontane Kampf zum selbstständigen Kampf.

Lenin schrieb über England:

„Die Arbeiterbewegung in England wird immer stärker. Die Streiks werden zu Massentreiks und sind außerdem nicht mehr rein ökonomischer Natur, sie verwandeln sich in politische Streiks.“ (In England August 1912)

Und andererseits:

„Ich fürchte, daß wir bisher in England nur einige schwache Vereine zur Propaganda des Kommunistischen ... haben, aber keine wirkliche kommunistische Massenbewegung.“ (An Genossen Thomas Bell)

Aus diesem Dilemma ist die englische Arbeiterbewegung auch heute noch nicht herausgekommen. Trotz eines hohen Niveaus der Klassenkämpfe scheint die englische kommunistische Bewegung sogar noch weniger entwickelt als z.B. die der Bundesrepublik. Hier zeigt sich klar, daß die Kommunistische Partei nicht einfach urwüchsig aus den spontanen Kämpfen herauswächst, sobald diese ein bestimmtes Ausmaß angenommen haben. Es zeigt außerdem den Fehler derjenigen, die jubelhafte, illusorische Vorstellungen über spontane Klassenkämpfe wie in England verbreiten, ohne das Element der politischen Bewußtheit und Organisation überhaupt zu berücksichtigen.

ALL: ARBEITERKAMPF Nr. 31 / August 73

Der Streik bei Klöckner Bremen

In der Zeit vom 25. bis zum 27. Juni '73 streikten auf der Klöckner-Hütte in Bremen die 6.000 Arbeiter für mehr Lohn. Diesem Streik, der die gesamte Produktion auf der Hütte zum Erliegen brachte, waren spontane Arbeitsniederlegungen in mehreren Abteilungen vom 21. - 23. Juni vorausgegangen. Der Streik brach am dritten Tag zusammen, ohne daß von Seiten der Kapitalisten auch nur ein Pfennig mehr bezahlt wurde.

Warnstreiks schon im Januar

Schon in der Metall-Tarifrunde zu Anfang des Jahres war es zu selbstständigen Kampfkationen im Betrieb gekommen:

Der zwischen der IGM-Führung und Gesamtmetall fürs gesamte Bundesgebiet bereits ausgehandelte Tarifabschluß von 8,5 Prozent Lohnerhöhung wurde von der TK (Tarifkommission) der Hütte abgelehnt. Der Betriebsrat stellte in dieser Situation die Forderung nach einer innerbetrieblichen und außertariflichen 25-Pfennig-Zulage auf.

Die Information über die festgefahrene Situation bei den Tarifverhandlungen und die Bekanntgabe der BR-Forderung führten am 29. Januar '73 und den darauffolgenden Tagen zu ein- bis zweistündigen spontanen Streiks, um der Forderung Nachdruck zu verleihen.

Als das Direktorium über Arbeitsdirektor Sporbeck mitteilen ließ, daß man zu einem „Kompromiß“ bereit sei, wurden die Aktionen eingestellt und die Sache den Verhandlungen zwischen BR und Geschäftsleitung übergeben. Das Verhandlungsergebnis sah eine durchschnittliche Anhebung der Stundenlöhne um elf Pfennig vor, die jedoch nicht tariflich abgesichert ist.

Bemerkenswert ist, daß ein einheitliches Vorgehen der Klöckner-Arbeiter nicht zustande kam. Im Wesentlichen ging der Streik vom Kaltwalzwerk (KW) und Warmwalzwerk (WW) aus. Am längsten streikten die Arbeiter vom KW, die in der Nacht zum 1. Februar geschlossen in das WW gingen, um dort mit den Kollegen die Lage zu diskutieren. (Von diesen beiden Ab-

teilungen ging auch im September '69 die Initiative aus).

Der Betriebsrat stellt seine Forderung

Die Klöckner-Kollegen bekamen nach der Tarifrunde '72/73 im Schnitt 0,60 DM brutto mehr, wovon allerdings nur knapp 50 Pfennig tariflich abgesichert waren. Durch die Inflationspolitik der Bourgeoisie in den zurückliegenden sechs Monaten ist selbst von diesen 60 Pfennig Lohnerhöhung nichts mehr nach. Mit den Reallöhnen geht's wie überall bergab!

Das war ein wesentlicher Grund für den wachsenden Unmut unter den Arbeitern auf der Hütte.

Einen zweiten, speziell die Belegschaft bei Klöckner betreffend, nennt der DKP-Betriebsrat Röpke in einem Interview mit der „UZ“: „Dazu kommt speziell in unserem Betrieb eine enorme Produktionssteigerung, trotz Unterbesetzung von über 200 Arbeitskräften. Weitere Belastungen brachte die Inbetriebnahme von neuen Betriebsanlagen, wie z. B. die erste der neuen Breit-

bandstraßen und des Großhochovens.“ („UZ“ vom 13. 7. '73)

Die erhöhten Anforderungen, die sich aus dem Ausbau der Produktionsanlagen ergeben, werden vom Direktorium durch Verlängerung der Arbeitszeit befriedigt. Konkret waren das z. B. über 80.000 Überstunden allein im Monat April!

In Erwartung spontaner Protestaktionen vor allem in der Eisen- und Stahlindustrie (namentlich nach der Ablehnung des Tarifabschlusses durch die Mehrheit der Stahlwerker in Nordrhein-Westfalen!), vereinbarten die Kapitalisten mit der IGM-Führung einen „stahltypischen Zuschlag“ von 280 DM.

Diese Regelung sollte auch für die Kollegen der Hütte in Bremen wirksam werden: Die erste Rate von 70 DM sollte Ende Juni ausbezahlt werden.

Gegen diese Vereinbarung über die Köpfe der Kollegen hinweg, hat es auch bei Klöckner Kritik und Protest gegeben – das Verhandlungsergebnis wurde in Art und vor allem in der Höhe als unzureichend empfunden. Fortschrittliche Vertrauensleute (im wesentlichen im Kaltwalzwerk) diskutierten mit ihren Kollegen die Notwendigkeit weitergehender Lohnerhöhungen und kamen Anfang Juni zu der Forderung nach „60 Pfennig mehr für alle!“

Der Betriebsrat stellte seinerseits am 6. Juni die Forderung nach einem 30-Pfennig-Teuerungszuschlag.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zur Zusammensetzung des BR, über die zum Teil tolle Geschichten verbreitet werden. So ist in einer Kapitalisten-Schrift zu lesen, von 29 Betriebsräten bei Klöckner seien 26 „kommunistisch orientiert.“ Beim „Roten Morgen“ der „KPD/ML“ hat der Betriebsrat bloß 27 Mitglieder, von denen 24 in der DKP sein sollen. Die Gruppe „Arbeiterpolitik“ dagegen, die es eigentlich wissen muß (sie arbeitet seit längerem u. a. auch im Betriebsrat), spricht von neun DKP-Mitgliedern. Beim „Spiegel“ sind es acht DKP-Mitglieder, 13 Sozialdemokraten und acht Parteiloze. – Zwar hat BR-Vorsitzender Röpke (DKP) im Zusammenhang des Streiks eine üble Rolle gespielt, jedoch sollte die Bedeutung der DKP auch nicht überschätzt und mit falschen Zahlen maßlos aufgebauscht werden.

30 oder 60 Pfennig?

Die vom Betriebsrat aufgestellte Forderung stand im Widerspruch zu den von Teilen der Arbeiter und Vertrauensleute schon diskutierten Forderung nach 60 Pfennig mehr.

Der Betriebsrat war von Anfang bis Ende stur auf seine 30 Pfennigs-Forderung eingeschlossen, obwohl er wußte, daß Teile der Arbeiter und Vertrauensleute mehr fordern wollten.

Protest gegen das „maßvolle“ (Röpke) Vorgehen des Betriebsrats wurde besonders auf den Betriebsversammlungen am 19. Juni laut, wo viele Redner für die Forderung „60 Pfennig mehr!“ sprachen. Die von vielen Anwesenden geforderte **A b s t i m m u n g** über die Forderungs-Höhe wurde vor allem vom BR-Vorsitzenden Röpke (DKP) demagogisch unter den Tisch geredet.

Zweifellos hätte eine klare und einheitliche Willensbildung auf der Betriebsversammlung die Kampfpotentialität der Arbeiter gestärkt – wenn das in der Absicht des BR gelegen hätte! So aber wurde die Frage „30 oder 60 Pfennig?“ noch während des Streiks, als es wahrhaftig wichtigere Dinge zu diskutieren gab, zum Gegenstand von Streitereien. (Dazu noch weiter unten).

Die Haltung des BR erklärt sich zum einen aus der Absicht der Mehrheit der BR-Mitglieder (und offenbar nicht nur der DKP), den „Linksextremisten“ unter den Vertrauensleuten gerade in dieser Frage eine vernichtende Niederlage beizubringen. Nachdem schließlich die

ser VL, davon ein Mitglied der VL-Leitung als „Rädelsführer“ des Streiks.

Ein weiterer Grund dürfte sein, daß der BR illusionistische Vorstellungen über die Reaktion des Direktoriums auf eine so „maßvolle“ Forderung hatte und im Grunde mit einer ernsthaften Kraftprobe nicht rechnete, sofern es gelang, den Arbeitern „unrealistische“ Forderungen auszuereisen. In dieser Illusion ist der BR möglicherweise durch Arbeitsdirektor Sporbeck bestärkt worden; es wird berichtet, daß die 30-Pfennigs-Forderung auf Empfehlung Sporbecks zustande gekommen sein soll. Das würde genau der Rolle entsprechen, die Sporbeck schon während der Warnstreiks im Januar spielte.

(Zur Erklärung: der Arbeitsdirektor ist laut „Mitbestimmungs“-Gesetz ein „Arbeitnehmer-Vertreter“. Tatsächlich handelt es sich in der Praxis durchweg um Handlanger der Kapitalisten, die deshalb auch bei den Arbeitern in der Regel einen sehr schlechten Ruf haben).

Der Streik beginnt

14 Tage später, am 21. Juni '73 ließ das Klöckner-Direktorium per Aushang mitteilen, daß angesichts der bereits „eingetretenen Einkommensverbesserungen und der nach



Streik im Juni 1973: Nur wenige Arbeiter stehen auf Streikposten – (Deutlich erkennbar ist auf dem Pappschild die 3 nachträglich eingesetzte – anstelle einer 6)

wie vor äußerst angespannten wirtschaftlichen Lage der Hütte Bremen ... eine weitere Erhöhung der Löhne und Gehälter nicht vertretbar (ist)“. (Bekanntmachung des Direktoriums, 21. 6. '73).

Befürworter der 60-Pfennigs-Forderung unter den VL hoffnungslos in die Minderheit geraten waren, übernahm das Direktorium den zweiten Akt: es entließ zwei die-

Am selben Tag wird der Lohnrahmen-Tarifvertrag nach dreijährigen Verhandlungen abgeschlossen (der Abschluß war noch um eine Woche hinausgezögert worden, nachdem die Verhandlungspartner bereits am 14. Juni fast soweit waren!). Das Ergebnis war eine glatte Provokation. Dazu die Vertrauenskörper-Leitung in einem Mitteilungsblatt an die Kollegen: „Damit erhalten die in Lohngruppe sieben eingestuft ca. 670 Kollegen nichts (!). In Lohngruppe acht sind ca. 750 Kollegen eingestuft, in Lohngruppe neun und zehn ca. 350 Kollegen. Damit erhält ca. 2/3 (!!!) der Belegschaft höchstens drei Pfennig aus dem Lohnrahmen mehr.“

Nach dem Motto „teile und herrsche“ werden also die Masse der Kollegen in den Lohngruppen zwei bis sechs mit dem lächerlichen Aufschlag von zwei bis drei Pfennig abgespeist, während in den oberen Kategorien acht bis neun eine Minderheit der Kollegen zwischen neun und 44 Pfennig mehr bekommen. Gut ein Zehntel der Belegschaft geht völlig leer aus!!!

Das Kapital wollte die Kraftprobe

Die Septemberstreiks '69 waren für die Kapitalisten gewissermaßen ein Schreckschuß, der sie veranlaßte, ihre Reihen enger zu schließen und künftige Auseinandersetzungen besser vorzubereiten. So kam jetzt nach dem Streik selbst BR-Vorsitzender Röpke nicht um die Erkenntnis herum, daß die Kapitalisten seit '69 dazugelernt haben. Die „Arbeiterpolitik“ meint sogar, „daß das Direktorium aus dem erfolgreichen Streik 1969 mehr lernte als die Kollegen“ (Juli '73). Indessen: was die Kollegen lernten oder nicht lernten, das wirft auch ein bezeichnendes Licht auf DKP und „Arbeiterpolitik“, besonders letztere, deren wichtigster Stützpunkt bei Klöckner ist. Für eine politische Gruppe ist es reichlich seltsam, wenn sie sich darauf zurückzieht, daß eben „die Kollegen“ nichts oder nicht genug gelernt haben.

Das Direktorium hatte zu den Betriebsversammlungen am 19. Juni

kanntgegeben. In dieser Bekanntmachung des Direktoriums, die am Schwarzen Brett des BR angebracht wurde, wurden zu allem Überfluß die Arbeiter auch noch aufgefordert, die „für eine rasche Vollinbetriebnahme der neuen Anlagen erforderliche Mehrarbeit“ zu leisten.

Daß sich die Empörung und Wut der Kollegen über das provokatorische Vorgehen des Direktoriums in spontanen Streiks äußerte, konnte die Kapitalisten weder überraschen noch erschüttern. Im Gegenteil: Alle Maßnahmen der Kapitaleseite, die zur jüngsten Auseinandersetzung geführt haben (bzgl. Teuerungszuschlag und Lohnrahmen) deuten darauf hin, daß die Kapitalisten nicht nur mit diesen Protesten auf Abteilungsebene gerechnet haben, sondern daß sie die Konfrontation zu einer Kraftprobe zwischen Kapital und Arbeit verschärfen wollten.

Diese These wird auch durch den weiteren Verlauf der Auseinandersetzung bestätigt:

Als am Samstag in fast allen Abteilungen der Hütte die Protestaktionen zunahm (besondere Empörung herrschte unter den Kollegen der Lohngruppe 7, die durch den Lohnrahmen am meisten angegriffen wurden!), ließ das Direktorium den Hochofen von sich aus herunterfahren und gab damit den Kollegen vom Hochofen und aus dem LD-Bereich die Möglichkeit, in andere Teile des Werks zu gehen, um dort den Beginn des Streiks bekanntzugeben.

Am Montag, den 25. Juni, als sich der Streik im LD-Werk und am Hochofen bis um 18.45 Uhr zum Vollstreik entwickelte, zeigten sich die Vertreter des Direktoriums dem BR gegenüber von den Aktionen der Kollegen in keiner Weise beeindruckt – und sahen sich nicht einmal zu Verhandlungen über die vorliegende Forderung genötigt.

„Trotz eingehender Diskussion über die eingetretene Situation (Streik, Anm. d. Red.) und nochmaligem Hinweis des Betriebsrates, daß nur durch schnelles Handeln des Direktoriums – Erfüllung der 30 Pfennig-Forderung – die Lage entschärft werden kann, hat das Direktorium kein Angebot unterbreitet.“ (Information des Betriebsrats, 25.6.73)

Streik wird zerschlagen

Am Dienstag (den 26.6.73) streikten, mit Ausnahme der Angestellten, die Belegschaften aller Wer-

ke weiter. Erst mittags zogen Streikposten vor den Toren der Hütte auf, um die durchfahrenden Kollegen nach der Notdienstliste zu kontrollieren und „Unbefugten“ den Zugang zu versperrern.

Bereits in dieser Phase der Auseinandersetzung, wo die Arbeiter gerade erst die notdürftigsten Schritte zur Organisation ihrer Aktion eingeleitet hatten, begann die Geschäftsleitung mit der systematischen Zerschlagung der Streikfront:

Ein erstes Schreiben des Direktoriums ging allen Kollegen zu, in dem als Strafe für die Beteiligung an dem Ausstand die fristlose Entlassung und Schadensersatzforderung angedroht wurden.

Darauf folgte die fristlose Entlassung von zwei Vertrauensleuten, die zuletzt durch das Vertreten der 60 Pf.-Forderung „unangenehm gefallen“ waren, aber die offenbar schon seit längerer Zeit auf der Abschußliste standen, weil sie als Sympathisanten des KBW (ehem. KBB) verdächtigt wurden. Der DGB bewies sein stilles Einverständnis mit der Entlassung der „Linksextremisten“, indem er ihnen den Rechtsschutz verweigerte (laut „Arbeiterpolitik“). Zugleich diente die Entlassung der beiden dazu, den Streikenden die Ernsthaftigkeit der Entlassungsdrohungen vor Augen zu führen und sie einzuschüchtern.

Am Dienstag-Nachmittag sprangen die Gewerkschaftsführer den Klöckner-Kapitalisten hilfreich zur Seite: Die IGM-Führer distanzieren sich vom Streik und forderten die Kollegen zur Wiederaufnahme der Arbeit auf.

Da die Klöckner-Kapitalisten unmißverständlich zu erkennen gegeben hatten, daß sie nicht einmal bereit waren in dieser Sache mit ihren „Sozialpartnern“ über einen Kompromiß zu verhandeln, verlegten sich IGM-Strategen darauf, den Streik direkt mit zu bekämpfen:

Vor rund 200 Vertrauensleuten der Hütte erklärte Otto von Steeg, von der Bezirksleitung der IGM in Hamburg, daß sich „seine“ Gewerkschaft an den bis Ende des Jahres laufenden Tarifvertrag gebunden fühle – und deshalb nicht bereit sei, für diesen illegalen Streik Unterstützung zu zahlen. Die versammelten Funktionäre warnte er, den Streik weiterhin zu unterstützen. „Wir müssen die IGM davor bewahren, Schadensersatzforderungen an den Hals zu bekommen... Ich hoffe, als Vertrauensleute der IGM habt ihr dafür Verständnis.“ (so O. v. Steeg, Report) Das war am Mittwoch Vormittag.

Während die IGM-Führer fleißig dabei waren „ihre Leute“ auf Linie

zu trimmen, führt die Klöckner-Geschäftsleitung größere Geschütze auf:

Das Direktorium verschickte einen weiteren Drohbrief an die Kollegen, in dem diese bei Androhung der fristlosen Entlassung („unbeschadet strafrechtlicher Konsequenzen“) zur Wiederaufnahme der Arbeit bis spätestens Samstag, den 30. Juni 1973 (Frühschicht) aufgefordert wurden (siehe auch Faksimile-Abdruck).

KLÖCKNER-WERKE AG

HÜTTE BREMEN
DIREKTORIUM

Bremen, den 27. Juni 1973

Sehr geehrtes Belegschaftsmitglied,

seit Ende vergangener Woche wird unsere Hütte wild bestreikt. Inzwischen ist das gesamte Werk zum Erliegen gekommen. Der zur Erhaltung der Anlagen und damit zur Sicherung der Arbeitsplätze unbedingt notwendige Notdienst wird am Betreten des Werkes gehindert.

Vielen Belegschaftsmitgliedern scheinen die Tragweite – insbesondere im Hinblick auf die sehr empfindlichen Neuanlagen – und die Folgen solcher ungesetzmäßiger Arbeitsniederlegungen nicht klar zu sein.

WILDE STREIKS SIND RECHTSWIDRIG UND
VERLETZEN DEN ARBEITSVERTRAG.

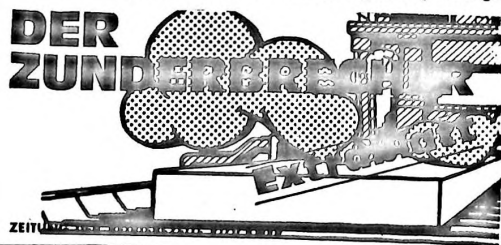
Wer sich daran beteiligt,

- hat keinen Lohnanspruch – die Streikzeit wird nicht bezahlt,
- verliert seinen Versicherungsschutz,
- hat keinen Urlaubsanspruch – damit wird auch die Gewährung des planmäßigen Urlaubs unmöglich,
- kann fristlos entlassen werden,
- kann wegen des dem Betrieb entstehenden Schadens haftbar gemacht werden.

Abdruck des Erklärungs- und Drohbriefes, das am 27. Juni 1973 an die Belegschaft der Klöckner-Hütte Bremen durch das Direktorium der Klöckner-Werke AG (Hütte Bremen) verschickt wurde. (S. 10)

Dieses Rundschreiben des Klöckner Direktoriums ging allen Kollegen der Hütte am letzten Streiktag (27. Juni 73) zu. Dieses Schreiben, nach den Richtlinien des BDA verfaßt, ist ein beispielhaftes Dokument der von den Gewerkschaftsführern praktizierten „Mitbestimmung“. Der IGM-Vertreter im Klöckner-Aufsichtsrat, Arbeitsdirektor Sporbeck, bringt durch seine Unterschrift schwarz auf weiß zum Ausdruck, auf wessen Seite die Gewerkschaftsführung steht.

MIT Betriebszeitung für die Klöckner-Hütte Bremen
MISCHER SONDER-
NUMMER
Unabhängiges Informationsblatt – Von Kollegen für Kollegen



Betriebszeitungen bei Klöckner

Teile der Klöckner-Belegschaft reagierten auf die kompromißlose Ablehnung der Forderung nach einem Teuerungszuschlag und mehr noch auf den provokatorischen Lohnrahmen-Abschluß mit spontanen Streiks: Am Donnerstag, den 21. 6. 73 streikten die Arbeiter des KW in der Spätschicht. Zu weiteren spontanen Arbeitsniederlegungen kommt es auch am Freitag. Am Samstag, den 23. 6. 73 streikten die Kollegen fast aller Abteilungen für kurze Zeit.

auffallend mehr „Beobachter“ geschickt als sonst, um sein Bild von der Stimmung der Arbeiter zu vervollständigen.

Einen Tag später wurde in den Direktionsräumen der Plan für den „Notdienst“ überarbeitet.

Am 21. Juni wurde die Forderung des BR nach 30 Pfennig Teuerungszuschlag vom Direktorium offiziell abgelehnt. Am selben Tag wurde das provokatorische Ergebnis der Lohnrahmen-Verhandlungen be-



Klöckner-Streik im September 1969: Die Arbeiter halten das Werk besetzt. Kein Streikbrecher kommt durch. Das Direktorium ist ausgezogen.

eintreffende Arbeiter ins Werk zu lotsen.

Um nach der Vertreibung der Streikpostenkette die Masse der Kollegen wieder ins Werk zu bekommen, ließen die Klöckner-Bosse von „betriebsstreuen“ Angestellten und Ingenieuren einige Anlagen anfahren, damit die Schornsteine weithin sichtbar rauchten.

Radio Bremen verbreitete dann in der Rundschau am Abend die lügenhafte Mitteilung des Klöckner-Direktoriums, daß drei Viertel des Werkes wieder arbeitet.

Eingeschüchtert und verwirrt durch das Vorgehen der Kapitalisten, nahm ein großer Teil der Nachtschicht (vom 27./28. Juni) die Arbeit auf der Hütte wieder auf. Am Donnerstag wurde von der Frührschicht an in allen Werken wieder „normal“ gearbeitet. Der Streik war zusammengebrochen.

Für den Fall, daß ... stand die Polizei bereit

Für den Fall, daß sich die Streiksituation, wider Erwarten zuungunsten der Klöckner-Bosse entwickelt hätte, hatte das Direktorium „den Innensenator alarmiert, weil ... nicht nur technische Werte gefährdet gewesen seien, sondern auch eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit heraufbeschoren worden sei ... Der Innensenator habe Hilfe zugesagt, versicherte Feindler (einer der Direktoren). Schon vorher war bekanntgeworden, daß der Leiter der Schutzpolizei, Walter Krawinkel, noch in der Nacht ins Polizeihaus gerufen worden war. Die Klöckner-

Direktion wollte zwar keine Details der mit der Polizei ausgehandelten (!) Strategie preisgeben, ließen aber durchblicken, daß ihnen Polizeischutz zugesichert worden ist für den Fall, daß die Blockade noch hermetischere Formen ange-

nommen hätte.“ („Weserkurier“, 28.6.73)

Mit anderen Worten: Wenn die Kapitalisten und ihre Knechte nicht mit den Arbeitern alleine fertig geworden wären, hätte die Bremer Polizei zum Einsatz „bei Fuß“ gestanden.

Hauptfeind der DKP: Die 60Pfg-Forderung

Die vom BR erhobene 30 Pf.-Forderung war losgelöst von den Arbeitern zustande gekommen. Noch bei den ersten Warnstreiks und Demonstrationen durchs Werk, bis zum Montag, waren in Parolen und auf eilig gemalten Schildern 60 Pf. mehr gefordert worden.

Die Vertrauensleute hatten sich in der Frage der Forderungshöhe zunächst nicht völlig eindeutig verhalten. Obwohl die VL-Leitung mehrmals im Namen der Vertrauensleute die Forderung des Betriebsrats unterstützt hatte, hielten es BR und VL-Leitung für nötig, am zweiten Streiktag (Dienstag) einen Teil der Vertrauensleute zusammenzutrommeln, um die Forderung „offiziell“ bestätigen zu lassen. Geschickt verstand es Röpke dabei, die Frage der 30 Pf. zur Vertrauensfrage für den BR zu machen, dem die Vertrauensleute in dieser angespannten Situation doch nicht in den Rücken fallen dürften etc.

Sicher ist, daß nur ein Teil der VL bei dieser Abstimmung anwesend war: die „Bramme“ der

DKP behauptete am nächsten Tag, die 30 Pf.-Forderung sei mit 100 gegen 4 Stimmen angenommen worden (das wäre etwa die Hälfte der VL). Dagegen berichtet die „Kommunistische Volkszeitung“ (Juli) des KBW, das Abstimmungsergebnis sei 40 gegen 5 gewesen (demnach wäre nur ein Viertel der VL anwesend gewesen).

Während die „Bramme“ am nächsten Tag mit der Abstimmung vom Dienstag ins Feld zog, fand nunmehr (also am Mittwoch) endlich eine Vollversammlung der VL statt, die unter diesen Umständen der 30 Pf.-Forderung zustimmte. Diese Auseinandersetzungen fanden statt, während die Streikfront im Abbröckeln war, währendes notwendig gewesen wäre, sich über die Organisation und Information der Streikenden u.ä. zu unterhalten. Dazu muß gesagt werden, daß der BR offenbar die Auseinandersetzung um 30 oder 60 Pf. gesucht hat, um „klare Verhältnisse“ im VL-Körper zu schaffen. Mit dem Streit um 30 oder 60 Pf. wurden falsche Fronten aufgebaut, wurde vom Kern der Auseinandersetzung abgelenkt;

die große Mehrheit der VL wurde in Frontstellung gegen die „kleine radikale Minderheit“ gebracht, wodurch die VL offenbar auch williger wurden, den nun folgenden Streikbrecher-Parolen der anwesenden IGM-Vertreter zu lauschen.

Die 60 Pf.-Forderung war zunächst vom KBW (und natürlich von der „KPD/ML“) aufgegriffen worden. Der KBW gab diese Forderung nach der VL-Vollversammlung vom Mittwoch offiziell auf.

Die DKP hatte von Anfang an den Kampf gegen die 60 Pf.-Forderung mit äußerster Demagogie geführt, indem sie Arbeiter, die diese Forderung für gut hielten, denunziatorisch mit der „KPD/ML“ auf eine Stufe stellte, und diese Arbeiter praktisch als Idioten hinstellte, die den „Links“sektierern nachlaufen würden.

Noch am dritten Streiktag fühlte sich die DKP veranlaßt, die Polemik gegen die 60 Pf.-Forderung in ihrer „Bramme“ zum Hauptgegenstand zu machen.

In einer Situation, wo die Streikfront schon erste Risse zeigte, enthielt diese Ausgabe tatsächlich auf anderhalb Seiten Allgemeines über die Preissteigerungen, auf anderhalb Seiten Angriffe gegen die 60 Pf. und eine Seite mit Fotos. Mehr nicht! Dies muß man wissen, wenn man nachträglich liest, wie die „UZ“ die Rolle der „Bramme“ als „einzige Information für die Arbeiter“ etc. lobpreist.

Die „Argumente“ der DKP waren: „... wer in dieser Situation überspannte (!) Forderungen stellt, ... der schadet dem gemeinsamen Kampf, der spaltet die Belegschaft in einem Augenblick, in dem ein Höchstmaß an Gemeinsamkeit notwendig ist...“ (über die Situation wird dabei gar nichts weiter gesagt!)

„Ob sich der einzelne, der diese Forderung von 60 Pf. unterstützt, darüber im Klaren ist oder nicht – er trägt zur Spaltung der Belegschaft, zur Schwächung ihrer Kampfkraft bei und dient damit der Unternehmersite...“

(Zitat aus der „Bramme“)

In der „UZ“ setzte Röpke dann allem die Krone auf, da er mit einer Leserschaft rechnen konnte, die über die Vorgänge bei Klöckner nicht eingehender informiert war. So behauptete er einfach frech, die „überspitzte“ Forderung nach 60 Pf. sei ausschließlich von „Ultralinken“ aufgestellt worden, die damit „keine Resonanz“ bei den Arbeitern gefunden hätten. Daß diese Forderung aus der Arbeiterschaft selbst heraus kam, wird umgelogen zum Angriff gegen die „Ultralinken“. Und dann behauptete Röpke in der „UZ“ doch tatsächlich, die 60 Pf.-

Forderung (die ja im Betrieb gar keine Resonanz hatte ...) habe „erheblich dazu beigetragen“, daß der Streik bei Klöckner nach zwei Tagen zusammenbrach. („UZ“ vom 13. Juli)

Allerdings erfordert der einheitliche Kampf der Arbeiter, einmal aufgestellte Forderungen gemeinsam zu vertreten. Der Kern der Sache ist aber hier, daß der Betriebsrat, mit Röpke von der DKP an der Spitze, bewußt vermieden hat, eine einheitliche Forderung unter den Arbeitern zur Diskussion zu stellen, wozu vor allem auf der Betriebsversammlung am 19. Juni gute Gelegenheit gewesen wäre.

Unter Umgehung der Arbeiter – und dann sogar teilweise gegen ihren erklärten Willen – hatte der Betriebsrat seine Forderung erhoben. Die Beschimpfungen der DKP gegen die Arbeiter fallen also voll auf sie selbst zurück.

Die DKP hat sich dabei genauso verhalten wie die Gewerkschaftsspitze: Forderungen losgelöst von den Arbeitern aufstellen und die Forderungen der Arbeiter als „überspannt“ beschimpfen.

daß es irgendwann schön mal klappen wird. Die permanenten Prophezen eines „neuen 69“ gehen nicht von der Realität aus, sondern von ihren Wünschen; sie können damit bei den Arbeitern allenfalls – falls man ihnen zuhört – Illusionen wecken, aber kein politisches Bewußtsein über die sich entwickelnden Bedingungen ihres Kampfes schaffen.

Die Agitation und Propaganda fast aller linken Gruppierungen gerade während des Klöckner-Streiks zeigt, daß von der Illusion ausgegangen wurde, zum jetzigen Zeitpunkt im ganzen Bundesgebiet eine breite Kampffront der Betriebe aufbauen zu können.

So verkündete etwa die DKP, „daß jetzt (!) die Forderungen nach innerbetrieblichen Zulagen durchgesetzt werden können. Die Durchsetzung von Teuerungszulagen darf nicht erst auf den Herbst verschoben werden. Jetzt in diesen Tagen, noch vor Beginn der Urlaubszeit müssen die Forderungen auf den Tisch der Unternehmer geknallt werden...“



Wunschenken statt kommunistischer Politik

Seit den Septemberstreiks 69 spukt der Mythos des „heißen Herbst“ in den Köpfen vieler Linker herum. Jede Bewegung in der Arbeiterklasse weckt ihnen aufs Neue die Hoffnung, „daß es endlich wieder richtig losgeht“, Motte: „Dran bleiben – einmal klappts bestimmt!“

Nun ist die Arbeiterbewegung jedoch kein Glücksspiel, wo man stur immer dieselbe Zahl (bzw. dieselben Parolen) setzt, in der Hoffnung,

(Flugblatt des Landesvorstands Hamburg der DKP am 26. Juni, also während des Streiks bei Klöckner).

Die Gruppe „Arbeiterpolitik“ wandte sich direkt mit einer Art Offenem Brief in ihrem „Mitmischer“ (Betriebszeitung bei Klöckner) „an die Hoersch-Belegschaft“ in Dortmund, um die Kollegen dort offenbar ebenfalls zum Streik zu ermuntern (ob das Ding auch wirklich in Dortmund verteilt wurde, entzieht sich unserer Kenntnis). Zu drei Vierteln besteht diese Ausgabe des „Mitmischer“ übrigens schlicht

aus offiziellen Mitteilungen des BR und der VL bei Klöckner über die Verhandlungen mit dem Direktorium um die 30 Pf., der Rest sind Allgemeinplätze über die wirtschaftliche Lage und die Notwendigkeit, jetzt zu kämpfen. Es heißt da u.a.:

„Die Erfahrungen von 1969 zeigen, daß die IG Metall und der Unternehmerverband durch das gemeinsame Handeln der Kollegen zu einem vorzeitigen Abschluß gezwungen werden können, der der Kampfkraft der Stahlarbeiter entspricht. Wir meinen: wir müssen jetzt (!) die Kampfkraft der Stahlarbeiter in die Waagschale werfen ...“

Und die „Kommunistische Volkszeitung“ des KBW meinte noch nach dem Zusammenbruch des Klöckner-Streiks:

„Den Kampf gegen den Lohnabbau aufnehmen, das ist das unabwiesbare Gebot der Stunde (!). Kämpft man jetzt (!) nicht, wird man später den Kampf aus einer noch unvergleichlich schlechteren Position heraus aufnehmen müssen ...“ (Juli 73)

Man glaube nicht etwa, die KVZ hätte sich die Mühe gemacht, aus einer Untersuchung der Gesamtsituation heraus zu erklären, warum gerade jetzt die rechte Zeit zum Kampf ist und warum sich andernfalls die Kampfposition der Arbeiter nur noch verschlechtern kann. Vielmehr wird dem Leser einfach eine „höhere Weisheit“ verordnet, deren ganzer Inhalt ist: Je eher gestreikt wird, umso besser. – Diese „Weisheit“ ist offensichtlich nichts als „höherer“ Blödsinn.

Die Politik all dieser Linken litt daran, daß nicht richtig eingeschätzt wurde, ob zum jetzigen Zeitpunkt die Entwicklung einer breiten Streikfront möglich wäre.

Daß dies „mit ein bißchen Glück“ geschehen könnte, wurde gehofft, und in diesem Sinn auch vor den einzelnen Betrieben propagiert. Da wurde eine „Streikwelle“ beschworen, da wurde von „günstigen Kampfbedingungen“ geschwärmt, da wurden Beispiele von Streiks aufgezählt, da wurden Niederlagen (wie bei Vulkan) in Siege verwandelt, da „zitterten“ die Kapitalisten schon, da wurden „Zugeständnisse“ zum Teil auch fre erfunden (vgl. Kasten: „Die Hoch-Höchststapler“).

Alles das diente überhaupt nicht dazu, den Arbeitern die Bedingungen ihres Kampfes bewußt zu machen, ihren Blick nicht nur auf den Lohnkampf, sondern auf die allseitigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu lenken. Frei nach dem Alt-Revisionisten Bernstein („Die Bewegung ist alles“) wurde der Lohnstreik zum bloßen

Die Hoch- und Höchststapler

Zur Zeit verteilen wieder die verschiedenen linken Organisationen Flugblätter und Zeitungen vor den Metallbetrieben, in denen sie ausführlich auf die jüngsten Streiks, Unruhen und Zahlungen von Teuerungszulagen eingehen. Um die Arbeiter „aufzumuntern“, werden „Zugeständnisse“ der Kapitalisten zum Teil sogar fre erfunden.

So hieß es in einem Flugblatt des Landesvorstandes Hamburg der DKP vom 26. Juni: „Der Vorstand des Siemens-Konzerns zählt nach Verhandlungen mit dem Betriebsrat den Arbeitern und Angestellten als Teuerungszulage DM –31 die Stunde.“

Den Arbeitern war davon nichts bekannt. Woher hatte die DKP diese Meldung? Sitzt sie etwa im Siemens-Vorstand?

Von dem Gerücht hatte offenbar

Selbstzweck hochgejubelt, wobei die Arbeiter über die tatsächlichen Kampfbedingungen im Unklaren gelassen bzw. sogar getäuscht wurden.

Niemand wird ernsthaft annehmen können, daß sich auf diese Weise ein Vertrauensverhältnis der breiten Arbeitermassen zu den Kommunisten herstellen kann, daß auf diese Weise die Kommunisten zu wirklichen Organisatoren der Arbeiterkämpfe werden könnten.

Die Politik des KBW

Wieder mal Jubel-Ökonomismus

Der KBW zeigt auch während des Klöckner-Streiks wieder die zwei Seiten seiner verfehlten Politik: auf der einen Seite (das aus Heidelberg importierte) scheinradikale Geschrei und vor allem Verbreitung von Illusionen; auf der anderen Seite plattester Ökonomismus und Opportunismus.

Schon als die Arbeiter der Vulkan-Werft Mitte Juni in den Streik traten, jubilierte der KBW: „Wie schon in vielen Betrieben der BRD ... beginnt nun auch in Bremen die Streikwelle“, und jetzt mußte es am besten „Streiks in allen Betrieben“ geben. (Flugblatt)

Als dann die Klöckner-Arbeiter streikten, verkündete der KBW: „Kollegen, Arbeiter der Bremer Betriebe, laßt euch durch Drohungen nicht einschüchtern! Ihr alle wißt: Die Kampfbedingungen sind günstig ...“ (Flugblatt)

Diese unumstößliche Weisheit wurde in der Klöckner-Betriebszeitung des KBW, „Der Zunderbrecher“, vom 26. Juni (zweiter Streiktag) wiederholt:

auch die SSG/„KG“ (eine mit dem KBW sympathisierende Hamburger Studentengruppe) etwas läuten hören; nur mit den von der DKP genannten Zahlen kamen die Kommilitonen nicht ganz klar. So schrieben sie in ihren „Tarifinformationen“ vom 3. Juli:

„Letzte Woche wurde plötzlich abgeschlossen: Siemens 3,1 % (!). Siemens ist ein gutes Beispiel dafür, wie groß die Angst der Kapitalisten vor Streiks ist: während andere Belegschaften dafür streikten, bekamen die Kollegen die 3,1%, freiwillig!“

Man kann nur staunen: erst schenkt die DKP den Kollegen von Siemens 31 Pfennig, jetzt kommt die „KG“ mit 3,1 %. Das versprochene Geld ist allerdings leider bis heute noch nicht eingetroffen.

(nach „METALLARBEITER“ des KB – Gruppe Hamburg, Juli 73)

„Vergessen wir nicht: Die besseren Kampfbedingungen sind auf unserer Seite! Wir werden keine halben Sachen oder faule Kompromisse annehmen!“

Warum angeblich die Kampfbedingungen für die Arbeiter günstig sein sollten, wurde vom KBW nicht verraten. Stattdessen wurde den Arbeitern listig untergejubelt, sie wüßten schon, daß dem so sei und sollten es man ja nicht vergessen. Statt einer sachlichen Erklärung also bloß ein mieser Trick.

Die Agitation des KBW zum Klöckner-Streik zeichnet sich gerade dadurch aus, daß sie über die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse absolut nichts sagte, außer der bloßen Behauptung, diese seien „günstig“. Ansonsten beschränkte sich der KBW strikt auf Propaganda des wirtschaftlichen, nur-gewerkschaftlichen Kampfes. Selbst auf Kritik an der SPD-Regierung und der Gewerkschaftsführung im Zusammenhang mit den Lohnkämpfen wurde verzichtet. Als der KBW sich am Mittwoch der 30. Pf.-Forderung anschloß, betonte er zwar nochmals bedauernd, die 60 Pf.-Forderung sei ja eigentlich „richtig“ und „aufgrund der günstigen Bedingungen durchsetzbar“ gewesen; er verzichtete aber auf jede Kritik am falschen Spiel des Betriebsrats in dieser Frage („Zunderbrecher“). Nachdem zwei Vertrauensleute entlassen worden waren, war das Prinzip des KBW offenbar nur noch „Einheit, Einheit über alles!“, so daß es in einem Flugblatt sogar heißt:

„In der Zeit vom 25.-27. Juni führte die Belegschaft der Bremer Klöcknerhütte einen Streik durch

mit dem Ziel, 30 Pf. Stundenlohn-erhöhung für alle Kollegen im Betrieb durchzusetzen“. – Als hätte es die 60 Pf.-Forderung nie gegeben!

Übrigens ist es aufschlußreich, die Beteuerungen des KBW über die „günstigen Kampfbedingungen“ während des Klöckner-Streiks mit einer Äußerung des KVZ des KBW (Juli) zu vergleichen:

„Alle diese Kämpfe müssen in einer für die Arbeiter schwierigen taktischen Situation geführt werden.“

Aha, auf einmal! Und während des Streiks ist euch das nicht eingefallen?

DKP und KBW über die Ursachen der Niederlage

Den unbefriedigenden Kompromiß bei Vulkan hatte die „UZ“ noch als Sieg gebührt. Bei Klöckner ging das schlecht. Von einer Niederlage mochten die Revisionisten aber auch nicht ausdrücklich sprechen (das Wort klingt so un schön, vor allem nach den großen Tönen, die man vorher gespuckt hatte). So fand denn Röpke die elegante Formulierung, der Streik sei „ohne Ergebnis nach zwei Tagen zum Erliegen gekommen“. („UZ“ vom 13. Juli)

Einen „erheblichen“ Grund dafür will Röpke in den „überspitzten“ Forderungen nach 60 Pf. mehr sehen. Weiter gibt er zu bedenken, die „Arbeitgeber“ hätten seit den Septemberstreiks 69 ihre Taktik geändert, Lehren aus den damaligen Kämpfen gezogen. Sie hätten psychologischen Druck ausgeübt, die Zusammenarbeit Kapitalisten-Senat-Polizei hätte eine große Rolle gespielt. Die Streikposten seien ungenügend gewesen.

... Daraus folgt vor allem, die Gewerkschaften stark zu machen, ohne auf Kritik an der Haltung einiger Gewerkschaftsführer zu verzichten. (Im ganzen Artikel übt Röpke selbst mit keinem Wort Kritik!!!) ... Es heißt also zu versuchen, auch den restlichen Teil unserer Belegschaft noch als Mitglied für unsere Gewerkschaft zu gewinnen ...

In Wahrheit verzichtet die DKP nicht nur nahezu vollständig auf Kritik an der Gewerkschafts-Politik, sie verbreitet im Gegenteil noch Illusionen über diese. So sind „UZ“ und DKP-Flugblätter stets voll von aufgebauchten Meldungen, wo linke Schnacks von Gewerkschaftsfunktionären als positive Beiträge hochgejubelt werden. Und ganz schlimm in Hamburg:

... Nur durch aktives Handeln in Form von Aktionen in den Betrieben kann der IG Metall-Vorstand einen Zuschlag für uns durch-

setzen ...“ (Flugblatt des Landesvorstands vom 6. Juni)

Das können die doch selbst nicht glauben? ...

Die DKP wäre nicht die DKP, wenn sie nicht auch in der Einschätzung des Klöckner-Streiks ihre penetrante Eigen-Werbung wieder in den Vordergrund geschoben hätte:

Einen IGM-Vertrauensmann bei Klöckner läßt sie sagen: „Ja, hätten wir beim Streik die „UZ“ schon als Tageszeitung gehabt, dann wäre manches besser gelaufen ...“ („UZ“, 13. Juli)

Soweit die „Lehren“ der DKP aus dem Klöcknerstreik.

Die KVZ des KBW kommt zur Schlußfolgerung, daß an der Niederlage ungenügende Streikposten und fehlende Ablösung, mangelnde Organisation und Information sowie die Taktik der Kapitalisten (Verwirrung und Drohung) schuld seien. Der KBW hat trotz sonstiger Fehler (s.o.) das unbestreitbare Verdienst, sich von Anfang an um die Organisation des Streiks bemüht zu haben. So propagierte er im „Zunderbrecher“ regelmäßige Streikversammlungen bei Schichtwechsel und Stärkung der Streikposten („Zusammenbleiben!“ und „Zentrale Versammlungen!“), ohne sich allerdings damit durchsetzen zu können.

Die Einschätzung der KVZ zu den Ursachen der Niederlage bleibt jedoch an der Oberfläche, sie beschäftigt sich lediglich mit der technischen Seite des Streiks. Sie erklärt daher die Niederlage nicht aus der Gesamtsituation, sondern aus bloßen Mängeln bei der Organisation des Streiks. Diese bloß oberflächliche Einschätzung klärt eben nicht, warum der Streik trotz der Erfahrungen von 69 und trotz Propagierung richtiger Prinzipien durch den KBW in dieser bestimmten Weise abließ und zusammenbrach. Die Einschätzung der KVZ geht auf die Frage des Kräfteverhältnisses nicht ein, die doch in den Flugblättern des KBW während des Streiks eine große Rolle gespielt hatte („günstige Kampfbedingungen“), sie stellt die prinzipielle Politik des KBW und ihre besondere Anwendung während des Klöckner-Streiks nicht im mindesten in Frage.

Anders als 1969

Die von den meisten linken Gruppen propagierte Illusion eines unmittelbar bevorstehenden „neuen 69“, einer Wiederholung der damaligen „wilden“ Streikbewegung, hat sich nicht erfüllt.

Der Erfolg von 69 hatte bestimmte Voraussetzungen und ist nicht ohne weiteres wiederholbar. Zu diesen Voraussetzungen gehörte u.a. der „Überraschungseffekt“ gegenüber den Kapitalisten und die unmittelbar bevorstehenden Bundestagswahlen, die nicht durch Streiks „belastet“ werden sollten.

Die Kapitalisten haben zweifellos aus den Erfahrungen von 69 gelernt und seither ihre Vorbereitungen auf derartige Konfrontationen verbessert und verstärkt.

Und auf der Seite der Arbeiter? Zwar hat auch die IG Metall nach dem September-Streiks 69 umfangreiche Analysen gemacht, um Erfahrungen der „wilden Streiks“ herauszuarbeiten. Ziel dabei war aber gerade nicht, mit diesen Erfahrungen die Arbeiter zu stärken und in kommende Auseinandersetzungen mit dem Kapital noch besser vorbereitet hineinzugehen. Vielmehr stand im Mittelpunkt aller Analysen der IGM-Führer bloß die eine Frage: „Wie kriegen wir diese Bewegung wieder in den Griff? Wie halten wir die Basis bei der Stange? Wie verhindern wir ein neues 69?“

Auch die Arbeit der meisten politischen Gruppen war nicht darauf gerichtet, Erfahrungen aus der 69er Streikbewegung zu ziehen und Erkenntnisse zu vermitteln. Vor allem während der letzten Streiks beschränkten sich die linken Gruppen weitgehend darauf, den Arbeitern Dinge wiederzukäuen, die ihnen wohlbekannt sind (Preissteigerungen) und ihnen ansonsten bloß aufmunternd zuzusprechen („Nun streikt doch endlich – so günstig kriegt ihr die Kampfbedingungen nie wieder!“).

Wie sah der Streik bei Klöckner aus? 1969 war der Betrieb faktisch von den Arbeitern besetzt, etwa 80 % der Arbeiter waren im Werk, das Direktorium war ins „Parkhotel“ umgezogen. Streikende kontrollierten die Tore, gaben Einlaßkarten aus, organisierten den Notdienst. Ständig gab es Versammlungen.

Und diesmal? Während in der Belegschaft zunächst die Forderung nach 60 Pf. eine größere Basis hatte (ein Arbeitskreis der Vertrauensleute im Kaltwalzwerk hatte diese Forderung nach einer Befragung der Kollegen aufgestellt), stellte der Betriebsrat losgelöst von den Arbeitern seine 30 Pf.-Forderung auf.

Den Notdienst organisierte nicht die Belegschaft, sondern im Wesentlichen konnte sich das Direktorium durchsetzen. Es wurden keine Versammlungen abgehalten, die Kollegen verbrachten die Streikzeit zu Hause, während nur ein sehr kleiner aktiver Kreis von Kollegen die direk-

te Organisation des Streiks übernahm und selbst Streikposten stand. Vor den Toren standen oft nur eine Handvoll Kollegen, vor Tor 3 zeitweise nur ein einziger. Ein Vertrauensmann: „Mit dem Zusammenbruch der wenigen Aktiven brach schließlich der gesamte Streik zusammen.“ Bei vielen fortschrittlichen jungen Vertrauensleuten waren resignative Äußerungen zu hören wie etwa: „Die Kollegen sind uns in den Rücken gefallen. Für die tu ich nie wieder was!“

Wir können natürlich als „Außenstehende“ nicht detailliert unter-

suchen, woran der Klöckner-Streik gescheitert ist. Das müßte von jenen Gruppen geleistet werden, die dort politisch arbeiten (DKP, „Arbeiterpolitik“, KBW).

Allgemein läßt sich jedoch sagen, daß die Niederlage mit bloßen technischen Versäumnissen bei der Organisation des Streiks nicht zu erklären ist. Denn es hat ja seine Gründe, daß diese Sachen viel schlechter liefen als im September 69. Hier wäre die Frage nach der Entwicklung der Bewußtheit der Klöckner-Arbeiter seit 69 zu stellen, nach der Kampfabstimmung im

Werk und seinen einzelnen Abteilungen zum Zeitpunkt des Streiks, nach der Arbeit der politischen Gruppen, nach der Politik des Betriebsrats, nach dem Vorgehen der IGM u.ä.

Wir wollen voraussichtlich im nächsten AK auf die politische Entwicklung bei Klöckner seit 69 näher eingehen, vor allem auf die Auseinandersetzungen zwischen den Linken im Betriebsrat und der IGM-Führung 69 sowie auf die Entwicklung seither. Voraussichtlich im übernächsten AK werden wir uns mit der Gruppe „Arbeiterpolitik“ beschäftigen.

aus: ARBEITERKAMPF Nr. 31 / August 73

Eins teilt sich in zwei

erstmal in deutscher Sprache!

2. Auflage: 10.000

109 S. 650 DM

Die Schrift „Eins teilt sich in zwei“ enthält 100 Beispiele zur Illustration des Gesetzes von der Einheit der Widersprüche, die von Arbeitern, Bauern, Soldaten und revolutionären Funktionären der VR China geschrieben wurden. Sie sind lebendige Beispiele für die erfolgreiche Anwendung der dialektisch-marxistischen Methode auf allen Probleme des Klassenkampfes, der Produktionstätigkeit und des wissenschaftlichen Experiments. Die Artikel sind für jeden Genossen eine wertvolle Hilfe, um den Kampf zweier Linien aktiv zu führen, um die bürgerliche Ideologie allerorts zu bekämpfen und unser Bewußtsein zu revolutionieren. Darum auch haben die Revisionisten ein fürchterliches Geschrei angestimmt, als dieses Buch erschien und es verächtlich als „chinesisches Märchenbuch“ bezeichnet. Die Revisionisten haben in der ihnen eigentümlichen Weise den Nutzen dieser Artikel für die kommunistische Bewegung als eine Gefahr für die revisionistische Theorie erkannt. Und da haben sie sicher recht!!!!!!

Sonderbroschüren des KB

Folgende Sonder-Broschüren haben wir in unserem Angebot noch vorrätig:

Zum Nahost-Problem
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF seit Oktober '72
38 Seiten DM 1,50

Von Pinelli zu Feltrinelli, politischer Mord in Italien
In einer präzisen politischen Analyse wird die kapitalistische „Strategie der Bomben, der Provokation und Bespitzelung, des geplanten politischen Mordes und Einsatzes faschistischer Kommandos“ im Kampf gegen die kommunistische und Arbeiterbewegung am Beispiel Italien enthüllt.
44 Seiten DM 1,50

Wohnungsprobleme in Westdeutschland
Nachdruck ausgewählter Texte aus dem ARBEITERKAMPF seit März '72
3. erweiterte Auflage, 40 Seiten (Kleinformat) DM 1,00
(eine 4. erweiterte Auflage wird vorbereitet)

Raus aus der DKP!
Kommentierter Nachdruck einer Austrittserklärung der Ortsgruppe Butzbach der DKP
2. Auflage, 12 Seiten DM 0,50
(eine 3. Auflage wird vorbereitet)

Der Metallarbeiter-Streik in Schleswig-Holstein 1956/57
Ein ausführliche Analyse der Flensburger KB-Gruppe
16 Seiten DM 1,00

Amis raus aus Indochina!
Nachdruck von KB-Ansprachen, ARBEITERKAMPF-Artikeln und wichtigen Dokumenten (z.B. die Erklärung der DRV zum „Neun-Punkte-Abkommen“ u.ä.)
2. erweiterte Auflage, 26 Seiten DM 0,50

Frieden in Vietnam?
Die Entwicklung in Vietnam vor und nach dem „Waffenstillstand“ und ihre Widerspiegelung in der bürgerlichen Presse: Westdeutschlands (der rechts-bürgerlichen und der sozialdemokratischen)
44 Seiten DM 1,50

Zur Frage der „Gewerkschaftsopposition“

Gegenwärtig propagieren die „KPD/ML“, „KPD“ etc. die Gründung einer „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“. Zu diesem Ziel haben bereits einige überregionale Konferenzen stattgefunden.

Auf der anderen Seite stellt die reale Entwicklung der Klassenkämpfe die Frage nach der weiteren Entwicklung der gewerkschaftlichen Linken, wie sie sich z.B. bei den Betriebsräte-Wahlen 1972 gezeigt hat (Merck-Darmstadt, Daimler-Untertürkheim etc.).

In diese Auseinandersetzung hat auch der Zirkelblock NRF/KBB eingegriffen, und zwar mit zwei verschiedenen Beiträgen in der Heidelberger „Arbeiterzeitung“ (Januar 73) und in der Bremer „Wahrheit“ (ebenfalls Januar). Beide Artikel kommen zwar zu einer scheinbar gleichen Schlußfolgerung, d.h. sie wenden sich gegen die Organisation einer „Gewerkschaftsopposition“. Die Beiträge zeigen jedoch, daß das NRF und der KBB von ganz verschiedenen Positionen her zu dieser Schlußfolgerung gelangt sind. Im wesentlichen handelt es sich dabei um genau gegensätzliche Positionen: der KBB argumentiert weitgehend korrekt von „rechts“, während das NRF von „links“ argumentiert.

Beginnen wir mit dem Beitrag des KBB. Die Genossen des KBB haben in der Vergangenheit weit stärker als das NRF den Aufbau einer Gewerkschaftsopposition propagiert. Diese Linie wird nunmehr in einer „Selbstkritik des ZK“ zurückgenommen. In der Selbstkritik heißt es, daß die Propagierung der „Gewerkschaftsopposition“ ein „falscher Schritt“ gewesen sei. Ein solcher Schritt würde nach Meinung der Genossen „gegenwärtig zur Isolierung der fortschrittlichen Kollegen von der Masse der Gewerkschafter führen“, würde damit auch der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung in die Hände arbeiten: „Damit liefern wir den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern den Vorwand, die fortschrittlichen Kollegen als Spalter der Gewerkschaften zu bekämpfen und auszuschließen.“

Die Genossen gehen dann auf die Gründe ihres Fehlers ein und kommen dabei zu einer Schlußfolgerung, die uns angenehm überrascht:

„Die Ursachen unseres Fehlers liegen in einer subjektivistischen Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen bürgerlicher und proletarischer Linie innerhalb der Gewerkschaften“. Die Genossen des KBB haben, so heißt es in der Selbstkritik des ZK weiter, „die gegenwärtige Schwäche (!) der Arbeiterbewegung nicht erklärt und anstelle der Entwicklung der politischen Lehren aus dieser Schwäche organisatorische Maßnahmen vorgeschlagen“. Die Genossen schreiben dann, daß sie die Möglichkeiten der Gewerkschaftsführung unterschätzt haben, ihre arbeiterfeindliche Politik in den Gewerkschaften durchzusetzen.

Sehen wir nun den Beitrag des NRF. Dieser Beitrag beginnt gleich mit der Erklärung, daß „sich der Prozeß der ideologischen Loslösung der Arbeitermassen von der Bourgeoisie gegenwärtig beschleunigt und weiter beschleunigen wird“, daß „große Teile der Arbeiterklasse“ schon das Vertrauen in die Gewerkschaftsführung verloren hätten. Deshalb müßten die Kommunisten „offen auftreten“, der Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftsführung „unter gar keinen Umständen ausweichen“. Deshalb dürften sich die Kommunisten nicht in gewerkschaftsoppositionellen Gruppen „verstecken“, sondern müßten in den Gewerkschaften kommunistische Fraktionen bilden, die „auf allen Ebenen der gewerkschaftlichen Meinungsbildung auch als solche auftreten“ müßten, d.h. „offen“ als kommunistische Fraktion.

Man sieht, daß KBB und NRF völlig entgegengesetzt argumentieren. Die Genossen des KBB argumentieren mit der Schwäche der Arbeiterbewegung und sagen, daß unter diesen Umständen der Aufbau einer Gewerkschaftsopposition zur Isolierung und zum Ausschluß führen würde. – Das NRF dagegen argumentiert aus einer angeblichen Stärke der Arbeiterbewegung

heraus, daß die Kommunisten sich nicht „verstecken“ sollten, sondern auch in den Gewerkschaften „offen“ und „als solche“ auftreten müßten.

Der Unterschied zwischen diesen beiden Linien beruht offensichtlich auf der unterschiedlichen Praxis von KBB und NRF. Der KBB ist eine proletarische Organisation, die schon verhältnismäßig lange eine breite Betriebsarbeit macht. Dagegen ist das Heidelberger NRF eine Studenten-Gruppe, die erst vor kurzer Zeit eine „Arbeit im Proletariat aufgenommen“ hat. Daher haben die Heidelberger Genossen noch sehr naive Vorstellungen über die politische Arbeit im Betrieb und in der Gewerkschaft (Motto: „Hoppla, jetzt kommen wir!“), während die Bremer Genossen in dieser Hinsicht wohl schon „gebrannte Kinder“ sind.

Offenbar vertreten KBB einerseits und NRF andererseits, die noch in diesem März eine einheitliche Organisation gründen wollten, in dieser wichtigen Frage ihrer politischen Arbeit völlig gegensätzliche Standpunkte. Die Bremer Genossen meinen, daß sie sich schon mit der Bildung gewerkschaftsoppositioneller Gruppen isolieren und ihren Ausschluß provozieren würden. Das NRF dagegen ruft zur Bildung „kommunistischer Fraktionen“ in den Gewerkschaften auf, die dort „offen“ und „als solche“ auftreten müßten. Beide kommen zwar zu selben Konsequenz (keine Gewerkschaftsopposition), aber die Gründe sind völlig verschieden: dem KBB erscheint die Gewerkschaftsopposition schon allzu sektiererisch und riskant, das NRF dagegen hält sie für opportunistisch („wir brauchen uns nicht zu verstecken“!). Daß diese beiden Standpunkte weder im Artikel der „Wahrheit“ noch in der Heidelberger „Arbeiterzeitung“ überhaupt angesprochen worden sind, zeigt erneut, wie in diesem Zirkelblock grundlegende Widersprüche in Fragen der Masselinie opportunistisch verkleistert werden.

Wir betrachten die „Selbstkritik des ZK“ als einen Schritt nach vorn, insofern wir hier den Versuch sehen, die bisher üblichen haarsträubend falschen „Einschätzungen“ des Kräfteverhältnisses in Betrieb und Gewerkschaft zu korrigieren.

Andererseits ist diese „Selbstkritik“ nicht ehrlich. Die Bremer Genossen „vergaßen“, die bedeutsame Frage nach der Ursache ihrer bisherigen falschen Politik aufzuwerfen und zu beantworten:

Warum wurde das Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse falsch eingeschätzt? – Warum wurde Gefährlichkeit und Möglichkeiten der Gewerkschaftsführung unterschätzt, die derzeitige Kraft der Arbeiterbewegung aber maßlos überschätzt? – Diese falschen Einschätzungen haben schließlich dazu geführt, daß die Bremer Führer ihre Genossen in den Betrieben mit halsbrecherischen Parolen auf den Weg schickten. Und wer garantiert diesen Genossen jetzt, daß damit in Zukunft Schluß ist?

Die Heidelberger „Resolution“ jedenfalls zeigt im Gegenteil, daß das NRF die alten „subjektivistischen“ Einschätzungen nicht nur ausdrücklich aufrecht erhält, sondern sogar in falscher Richtung noch weiter treibt.

Als „Ursache“ für ihre falschen Parolen („Gründung“ und „Aufbau“) einer Gewerkschafts-Opposition geben die Bremer Führer an, daß sie das Kräfteverhältnis bisher „subjektivistisch“ eingeschätzt haben. Muß man da nicht weiter gehen? „Subjektivistische“ Einschätzung des Kräfteverhältnisses bedeutet doch, daß die Bremer Genossen über gar keine Einschätzung des Kräfteverhältnisses in der BRD im allgemeinen und den DGB-Gewerkschaften im besonderen verfügen, jedenfalls nicht im Sinne einer wissenschaftlichen, materialistischen Untersuchung.

Anscheinend haben die Bremer Führer in dieser höchst wichtigen, grundsätzlichen Frage bisher nur spekuliert, „über den Damm geipelt“?

Wir selbst erinnern uns noch sehr gut an ein Gespräch mit Bremer ZK-Mitgliedern vor etwa einem Jahr in Hamburg. Hier schnitten wir diese Fragen an und stellten unsere eigenen Einschätzungen dar, die wir auch schriftlich begründeten (vergl. UNSER WEG Nr. 13 und 14). Mit gespieltem Erstaunen meinten die Bremer Führer damals, daß das „alles noch völlig neu“ für sie sei, daß sie darüber „erst mal in Bremen ausführlich diskutieren“ müßten, die Sache ansonsten aber „höchst interessant“ fänden usw. usf.

Tatsächlich aber erfolgte nie eine öffentliche Auseinandersetzung mit unseren Einschätzungen über Stand und Entwicklungstendenzen der westdeutschen Arbeiterbewegung etc. Statt dessen konnte man mehr als ein Jahr

später die platte demagogische Unterstellung im „Neuen Roten Forum“ lesen, wir hielten „eine Sammlung von Streikstatistiken für Beiträge zur kommunistischen Programmatik...“ (NRF-Sonder-Nr. „Das Programm...“, S. 11)

Uns ist nicht ein einziger Versuch einer öffentlich dargelegten, wissenschaftlich begründeten Einschätzung des Kräfteverhältnisses der Klassen in der BRD durch den KBB bekannt. Alles spricht hingegen dafür, daß die Genossen auch weiterhin im „Nebel“ tapten werden.

So ist die in der „Selbstkritik“ vorgenommene Korrektur früherer Fehler offenbar auch weniger Ergebnis einer tiefergehenden wissenschaftlichen Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, sondern vielmehr Ergebnis der Tatsache, daß sich die aus Heidelberg (NRF) importierte großmäulige Politik in den Bremer Betrieben nicht umsetzen läßt, ohne daß die Arbeitergenossen des KBB dabei auf den Arsch fallen.

Diese Tatsache wird die Bremer Führer auch in Zukunft immer wieder zu „Selbstkritiken“ dieser Art zwingen – nämlich immer dann, wenn die Genossen in den Betrieben mit dieser Politik Schiffbruch erleiden – es sei denn, sie opfern ihren Einfluß in den Bremer Betrieben zugunsten der angestrebten „Einheit“ mit dem Heidelberger NRF!

Die „Zentrale Leitung“ der Frankfurter KG (Kommunistische Gruppe) „übersieht“ anscheinend die sich ausschließenden Standpunkte von KBB und NRF. Trocken schreiben die Genossen, daß beide Erklärungen (die Heidelberger „Resolution“ und die Bremer „Selbstkritik“) „wesentlich zur Klärung unserer Positionen“ beigetragen haben, nämlich „zur Taktik der Kommunisten im gewerkschaftlichen Kampf...“ (Zeitschrift der KG „Kampf-Kritik-Umgestaltung“, S. 3).

Die Frankfurter KG ist eine studentische Neugründung auf Heidelberger Linie (NRF) und möchte nach eigener Aussage an der Gründung der von KBB und NRF geplanten neuen Organisation teilnehmen. Das zwingt die führenden Genossen dieser Gruppe offenbar dazu, das Konfusionsum der beiden widersprüchlichen Erklärungen aus Bremen und Heidelberg zur „Klärung“ der eigenen Unklarheiten hochzujubeln. Eine wahrhaft „kommunistische“ Haltung?

Zum Problem der Gewerkschafts-Opposition äußerten wir uns selbst im ARBEITERKAMPF Nr. 21 (Aug./Sept. 72). Wir schrieben dort: „Die linke Gewerkschafts-Opposition in der BRD ist keine einheitliche politische Kraft. Vielfältige politische Vorstellungen und Anschauungen mischen sich hier.

Die Übergänge zur linken Sozialdemokratie und zur DKP sind fließend. Die Kommunisten in der BRD haben es noch nicht geschafft, sich zum treibenden Motor und politischen Rückgrat der Gewerkschafts-Opposition zu entwickeln. Mit wenigen Ausnahmen – wie etwa Hamburg, Bremen und München – sind die Kommunisten (bzw. diejenigen, die sich dafür halten) in ihrer betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit sogar nicht viel mehr als ein „links“ Randphänomen der Gewerkschafts-Opposition.“ (S. 17)

Dieses Zitat bedeutet eine Aufforderung an die kommunistischen Kräfte in der Arbeiterbewegung, sich intensiver als bisher um die oppositionellen Strömungen in Betrieb und Gewerkschaft zu kümmern, politischen Einfluß zu nehmen, sich zum „treibenden Motor“, zum „politischen Rückgrat“ dieser Bewegung zu entwickeln.

Der Versuch einer „Gründung“ der Gewerkschafts-Opposition durch verschiedene Gruppen („KPD/ML“, und „KPD“) ist natürlich Unfug und muß scheitern. Die Gewerkschafts-Opposition existiert tatsächlich und bedarf daher auch nicht erst einer besonderen „Gründung“. Sie existiert allerdings in Gestalt einer politisch indifferenten Strömung in der Arbeiterklasse, einer Strömung, die mehr oder weniger in Opposition zu bisherigen offiziellen Politik der DGB-Gewerkschaften steht, die aber gleichzeitig den Boden sozialdemokratischer Ideologie und Illusion im wesentlichen noch nicht verlassen hat.

Diese oppositionelle Strömung ist in letzter Zeit stärker und breiter geworden, was sowohl in den Lohnrunden der letzten Jahre, den tagtäglichen betrieblichen Auseinandersetzungen, den Betriebsräte-Wahlen '72, den derzeit laufenden Vertrauensleute-Wahlen (IGM und IG-Drupa) u.v.a.m. deutlich wurde.

Diese Entwicklung hat verschiedene super-„linke“ Organisationen zum „Umdenken“ veranlaßt. Das wird vor allem bei der „KPD/ML“ („Roter Morgen“) deutlich. Vor nicht allzu langer Zeit standen diese Herrschaften dem realen Kampf der Arbeiter mit einem arroganten „linken“ Naserümpfen gegenüber; der reale Kampf könnte ja von den großen revolutionären Zielen „ablenken“. Damals propagierten diese Leute sogenannte „Rote Betriebsgruppen“ als „Keimform revolutionärer Gewerkschaften“. Die „RBG“ sollten „Massenorganisationscharakter“ haben, wie launig bekannt gegeben wurde. Aber natürlich sollte in den „RBG“ eine „Schulung des Marxismus-Leninismus und der Mao Tse-tung-Ideen“ betrieben werden. Schließlich sollte diese famose Massenorganisation „unter Anleitung der Partei“ (der „KPD/ML“) stehen.

Da aber diese Herren „Arbeiterführer“ auf jeden Fall politisch im Geschäft bleiben wollen, sind sie inzwischen ziemlich von ihren damaligen „revolutionären“ Flausen herunter. Heute kann man im „Roten Morgen“ schon lesen, daß die „Gewerkschafts-Opposition“ natürlich keinesfalls von der Partei gegängelt werden darf, daß die Gründung „eigener“ Gewerkschaften außerhalb des DGB noch nicht beabsichtigt ist usw.

Aber die „Arbeiterführer“ sind immer noch der Meinung, eine „Gewerkschaftsopposition“ ließe sich einfach so „gründen“. Zu diesem Zweck hat also ein „Kongreß der Gewerkschaftsopposition“ stattgefunden. Daß dabei ein Statut beschlossen und ein Vorstand gewählt wurde, bejubelt der „Rote Morgen“ überschweglich als großen Schritt nach vorn.

Freilich, da diese Herrschaften bei ihrer berüchtigten „Parteigründung“ vor vier Jahren genauso an die Sache herangegangen sind, ist ihr Jubel nur konsequent. Es fragt sich aber doch dabei immer: wer erkennt ein solches Statut an, wer erkennt einen solchen „Vorstand“ an? Da wird sich doch mit schönen Worten wie „Statut“ und „Vorstand“ (es fehlt noch ein l. Kassierer und ein schöner großer Stempel) wieder in die Tasche gelogen!

Tatsächlich hat sich aber unter dem Namen der „Gewerkschaftsopposition“ doch nur eine Strömung innerhalb derselben mit diesem „Kongreß“ formiert. Diese Strömung ist durchaus nicht typisch für die Gewerkschaftsopposition, sondern bewegt sich an deren Rand. Diese Strömung mag getrost eine „Führung der Gewerkschaftsopposition“ wählen – sie könnte genauso gut gleich eine „Revolutionsregierung“ wählen – von Bedeutung ist weder das eine noch das andere.

Gerade wegen des politisch indifferenten Charakters der tatsächlichen (nicht der eingebildeten) Gewerkschaftsopposition ist ihre Zusammenfassung in einer einheitlichen Organisation gar nicht möglich.

In AK 21 (August 72) schrieben wir dazu: „Der politischen Vielfalt der Gewerkschafts-Opposition entspricht ihre organisatorische Zersplitterung.

Das kann beim derzeitigen Entwicklungsstand der Arbeiterbewegung und kommunistischen Bewegung auch gar nicht anders sein.“

Es ist nicht zu übersehen, daß die Gewerkschaftsführer auf die Herausbildung einer Gewerkschaftsopposition empfindlich reagieren. So hat unlängst der Hauptvorstand der IG Druck/Papier einen Beschluß gefaßt, der Mitglieder die sich zur „Roten/Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ oder (!) Gruppen mit gleicher bzw. ähnlicher (!!) Zielsetzung bekennen“ rundheraus mit Ausschluß droht. –

Auch in anderen Gewerkschaften sind „Warnungen“ der Vorstände vor einer „RGO“ laut geworden. Wenn man diese wilden Reden so hört bzw. liest, dann muß man zur Schlußfolgerung gelangen, daß die „Roten“ den gesamten DGB schon kräftig „unterwandert“ haben und ganz knapp vor der Machtübernahme in den Gewerkschaften stehen. Es ist denkbar, daß sich einige Super-„Linke“ in dem Aufsehen förmlich sonnen, das ihnen das Gekeife der Gewerkschaftsführer so unverhofft verschafft.

Worum jedoch geht es in Wahrheit? Die Gewerkschaftsführer wissen natürlich, daß die sich entwickelnde Opposition gegen ihren arbeiterfeindlichen Kurs vorerst alles andere als revolutionär ist, daß sie sich weitgehend in links-sozialdemokratischen und konfusen Bahnen bewegt. Aber mit dem super-„linken“ Popanz der „RGO“ soll jeder Opposition im DGB der sektiererische Stempel aufgedrückt werden, um sie gegenüber den Massen der Kollegen zu isolieren und lächerlich zu machen, um in letzter Konsequenz ihren Ausschluß umso bequemer bewerkstelligen zu können. Deshalb also werden Gruppen wie die „RGO“ von Gewerkschaftsführern und bürgerlichen Zeitungen (z.B. „Spiegel“ 12/73) bewußt hochgespielt. Über die tatsächliche Situation der sich herausbildenden Gewerkschaftsopposition kann das nur Verwirrung stiften.

Vor allem das noch niedrige Niveau der westdeutschen Arbeiterbewegung ist die Ursache für die (auch) organisatorische Zersplitterung der gewerkschaftsoppositionellen Strömung in unabhängig voneinander tätigen linken Arbeiter-Gruppen, linken Vertrauensleute-„Fraktionen“, informellen Kontakten im Betrieb etc. etc. Es liegt auf der Hand, daß das Problem

einer bisher leider nur wenig entfalten Arbeiterbewegung nicht durch gutgemeinte „organisatorische Konzeptionen“ zu lösen ist.

Die Gewerkschafts-Linke bildet spontan verschiedene Organisationsformen, Formen des jeweils engeren oder loseren Zusammenschlusses heraus. Je nach Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Inhalte ihrer Arbeit verändern sich auch die Formen ihrer Organisation. Für die Kommunisten kommt es heute darauf an, sich mit allen diesen „Formen“ möglichst eng zu verbinden, um so aus den vielen kleinen „Rinnsalen“ des Protests gegen die kapitalhörige Politik der DGB-Führer einen breiteren, kräftigeren „Strom“ des Kampfes um die innergewerkschaftliche Demokratie usw. zu bilden.

Dabei müssen sich die Kommunisten schwerpunktmäßig auf die Entwicklung des politisch-ideologischen Niveaus der Kollegen konzentrieren. Dafür braucht man heute schwerlich ein bombastisches „Statut“, dazu nutzt auch kein „Vorstand“ einer bloß eingebildeten „Massenorganisation“. Dafür braucht man als Kommunist vor allem selbst politische Klarheit. Es ist letzten Endes nicht damit getan, vor jeder Tarifrunde irgendwelche Forderungen z.T. einfach aus der Luft zu greifen und hinterher laut „Verrat! Verrat!“ zu rufen. Die Kommunisten müssen es mehr als bisher lernen, die arbeiterverräterische Politik der DGB-Führer ebenso grundsätzlich wie auch konkret zu untersuchen und darzustellen, zu wirklichen Schrittmachern und Organisatoren der sich entwickelnden Gewerkschaftsopposition zu werden. ■

aus: Arbeiterkampf

Nr. 27/April 73

Chile und die Qual des Jubelökonomismus

Zur Chile-Kampagne des KBW (NRF)

Nicht nur unsere Differenzen zu den Revisionisten und Reformisten sind an der Haltung zum faschistischen Putsch in Chile erneut sehr deutlich geworden (und wir haben uns damit in mehreren Artikeln auseinandergesetzt), sondern auch unsere Differenzen zu den „Jubelsozialisten“ konnten daran nicht verborgen bleiben.

Noch wenige Tage vor dem Putsch hatte der KBW in seiner Zeitung „KVZ“ Erfreuliches aus Chile zu berichten gewußt: „Die chilenischen Volksmassen haben ihre Lehren aus den Niederlagen gezogen. Das chilenische Volk wurde in den letzten Jahren zunehmend geschlossener und kampfbereiter... Und die Volksmacht wird aufgebaut (!), selbständig (!) von der Arbeiterklasse und gegen den bürgerlichen Staat.“ (KVZ vom 12. September)

So konnte sich der KBW auch nur schwer nach dem Putsch auf die neue Situation einstellen. In der „KVZ“ vom 26. September war die zuversichtliche Überschrift zu lesen: „Chile: Das Volk ist nicht besiegt.“

In der Chile-Agitation der Hamburger SSG (frischgebackene „Ortsgruppe Hamburg des KBW“) nahm sich die Umsetzung dieser Linie noch um einiges bunter und phantasievoller aus.

In einem ersten Flugblatt hieß es: „Das chilenische Volk hat sofort mit aller Kraft den Kampf gegen die Militärdiktatur für Demokratie und Sozialismus aufgenommen und wird ihn mit Sicherheit gewinnen.“ Hier durfte die Story von den 80 000 „bewaffneten Arbeitern“ nicht fehlen, die angeblich dabei waren, auf Santiago zu marschieren, um den Putsch niederzuschlagen. (In der mündlichen Agitation und in Gesprächen mit SSGlern waren sogar noch wildere Gerüchte zu hören.)

Hier geht es nicht einmal so sehr darum, daß die SSG ungeprüft vage Gerüchte über die Lage in Chile als „Tatsachen“ verbreitete. Vielmehr zeigt sich darin der Zustand einer Organisation, die sich an derartigen „Sensationen“ aufregt, um solange wie möglich die Augen vor der grauen Wirklichkeit

verschließen zu können.

Woher hätten wohl in Chile 80 000 bewaffnete (!) und organisierte (!) Arbeiter kommen sollen? Aber für den KBW, der ja noch kurz vor dem Putsch das chilenische Volk beim „selbständigen“ Aufbau der „Volksmacht“ gesehen hatte, war das gar nicht weiter rätselhaft.

Es folgte einige Tage später ein weiteres Flugblatt der SSG, dessen Überschrift jubelnd eine neue „Sensation“ verkündete: „Die Junta hat ihr Ziel nicht erreicht!“

Ein paar tausend tote Arbeiter können die heile Welt dieser frohen Gemüter doch nicht stören!

In demselben Flugblatt der SSG heißt es: „Über die Situation auf dem Lande dürfen Presse und Rundfunk nicht berichten, was darauf hindeutet, daß es dort für die Junta nicht besonders gut aussieht. Die Junta beherrscht am Sonntag (das war der sechste Tag nach dem Putsch – Anm. AK-Red.) also lediglich einen kleinen Teil des Landes, das Zentrum von Santiago und die jenen Viertel, in denen sich die Reichen niedergelassen haben.“ Die Lage der Junta sei „hoffnungslos“.

In der „KVZ“ vom 10. Oktober wird dann der Spieß geschickt umgedreht, indem gegen ein Flugblatt des MSB (Studentenverein der DKP) polemisiert wird. Der MSB hatte doch tatsächlich – hach, wie ist das komisch! – in diesem Flugblatt behauptet: „Militärputsch gescheitert“. Na, das weiß der KBW aber (inzwischen!) wirklich besser. Kichernd zeigt die „KVZ“ mit dem Finger auf die Blödel vom MSB – und hat schon ganz vergessen (bzw. möchte gern vergessen lassen!), daß die Äußerungen des KBW nach dem Putsch auch nicht viel gescheitert waren.

Was in Chile wirklich passiert ist – nämlich eine schwere Niederlage der Arbeiterbewegung und Aufrichtung des faschistischen Terrors – ist selbst der „KVZ“ vom 29. Oktober anscheinend noch nicht ganz klar. Es heißt dort:

„Die Situation in Chile läßt sich noch nicht eindeutig einschätzen(!). Sicher ist, daß es der Militärjunta

noch nicht gelungen ist, die Kräfte der Arbeiterklasse und des Volkes zu zerschlagen und wahrscheinlich ist, daß es ihr auch nicht gelingen wird, die Lage zu stabilisieren und ein konsolidiertes konterrevolutionäres Regime zu errichten.“

Das ganze trägt die Überschrift: „Chile, organisierter Widerstand. Die einheitliche Führung wird hergestellt.“

Immer noch wird die Tatsache des vorläufigen Sieges der Konterrevolution verheimlicht, wird die Illusion eines „organisierten Widerstands“, einer noch nicht fest im Sattel sitzenden Junta, eines relativ raschen Sturzes der Junta verbreitet. Und sowas mokiert sich über die Dummheiten des MSB?!

Dabei sollte man feststellen, daß sich der KBW damit schwerlich auf die revolutionären Genossen des chilenischen MIR berufen kann, auch wenn der KBW bisweilen in der anmaßenden Pose eines „Generalvertreters“ des MIR für die BRD auftritt.

Der MIR hat jedenfalls schon im Oktober 1970 eine Erklärung abgegeben, in der es heißt:

„...wenn man auch die ständigen Rückschläge für den Imperialismus im Vietnam-Krieg und die Fortschritte der Kolonial-Revolution auf der ganzen Welt in Rechnung stellt, so ist der Imperialismus im Augenblick noch ungeheuer mächtig, ebenso wie die einheimischen herrschenden Klassen in Lateinamerika.“

Aus dieser Einschätzung heraus hat der MIR die Unvermeidlichkeit eines langdauernden, revolutionären Krieges begründet. Der MIR hat sich ausdrücklich gegen die Vorstellung gewandt, daß dieser revolutionäre Krieg „die Form eines Volksaufstandes haben könne, der in wenigen Stunden in definitiver Weise die Macht den Arbeitern überträgt.“

So scheint es sich jetzt in Chile gerade darum zu handeln, daß nach einer Phase des spontanen Widerstands unmittelbar nach dem Putsch jetzt mit der Organisation eines langfristigen revolutionären Kampfes begonnen worden ist. Dabei geht es nicht um Tage oder Wochen (wie der KBW immer noch seinem gutgläubi-

gen Publikum vorgaukelt), sondern sicher zumindest um Monate, wenn nicht um einen Zeitraum von mehreren Jahren.

Für den KBW darf das nicht so sein, denn die dort vorherrschende Mentalität ist ganz offenbar der unverwundliche Frohsinn und Optimismus einer religiösen Sekte. Niederlagen sind im Programm nicht vorgesehen, selbst faschistischer Terror beweist ja bloß, wie schwach der Imperialismus ist, wie „verzweifelt“ seine Lage ist usw. Der in dieser Haltung liegende ungeheuerliche Zynismus ist offenbar den meisten Anhängern des KBW gar nicht bewußt.

Es wäre famos, wenn die Situation heute schon so wäre, wie sie vom KBW beschrieben wird. Aber leider ist dies überhaupt nicht der Fall. Leider ist es so, daß der Imperialismus „im Augenblick noch ungeheuer mächtig“ ist, wie die Genossen des MIR in der Erklärung ihres Generalsekretariats vom Oktober 1970 feststellen. Und in Chile hat sich das erneut gezeigt. Nur für Illusionisten hängt der Himmel voller Geigen.

Die Arbeiter und erst recht die Revolutionäre dürfen sich solche Tagträumereien nicht erlauben. Aus einer falschen Einschätzung des politischen Kräfteverhältnisses folgt eine falsche Bestimmung der politischen Aufgaben. Aus einer Unterätzung der Stärke des Imperialismus folgt die selbstmörderische Linie eines „leichten Sieges“. In der konkreten politischen Arbeit hat dies zumeist eine verhängnisvolle Wirkung hinsichtlich des Schaffens von politischem Bewußtsein und der revolutionären Organisation der Arbeiterklasse zur Folge. Die Aufgaben der Revolution werden herabgemindert, und die „Selbsttätigkeit“ des Proletariats wird angebetet.

In einem Flugblatt der Hamburger SSG vom 12.9. z.B. findet sich die zuversichtliche Behauptung:

„Der reaktionäre Putsch kann zwar die Regierung der UP stürzen, ihre Parteibüros besetzen und ihre führenden Kader verhaften und ermorden, aber er kann nicht die gewonnene Klarheit und Einheit der Massen auslöschen.“

Von was für einer „Einheit“ ist hier die Rede, wenn die revolutionären (und reformistischen) Organisationen zum großen Teil zerschlagen bzw. in die Illegalität gedrängt werden? Von was für einer „Klarheit“ ist die Rede, wenn gerade die bewußtesten Arbeiter systematisch von der Junta gejagt, ein großer Teil von ihnen ermordet oder eingekerkert wurde? Die Schläge der Konterrevolution gerade gegen die

bewußte Vorhut der Arbeiterklasse sind eben sehr wohl in der Lage, das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen insgesamt zurückzuwerfen. Denn das sozialistische Bewußtsein (nichts anderes kann doch wohl „Klarheit“ bedeuten) verteilt sich nicht gleichmäßig über die Köpfe aller Werktätigen, sondern verkörpert sich gerade in einer bewußten Vorhut.

In der „KVZ“ vom 26. September heißt es: „Die chilenische Arbeiterklasse hat gelernt zu kämpfen und sich zu organisieren. Und sie hat jetzt, wenn auch durch schmerzliche Opfer gelernt, daß nur die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Bewaffnung des Volkes, den Weg zur sozialen Revolution, zum Sieg über die Ausbeuterklassen öffnen können.“

Nach dieser Logik genügt der Arbeiterklasse die bloße Erfahrung, um zu einem vollständigen sozialistischen Bewußtsein, inklusive aller nötigen Schlußfolgerungen zu kommen. Sozusagen ein praktischer Kurzlehrgang von Lenins „Staat und Revolution“. In der Blütezeit der Studenten-Revolution war diese Position in der zynischen Redensart zusammengefaßt: „Der Polizei-Knüppel auf den Kopf schafft das revolutionäre Bewußtsein!“

Die historische Erfahrung lehrt jedoch, daß der „Knüppel auf den Kopf“ keineswegs automatisch und im Handumdrehen sozialistisches Bewußtsein in die Köpfe hineinbringt. Trotz der Erfahrungen der Niederlage der Revolution von 1905 mußte die Partei der Bolschewiki noch 1917 um die Frage der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates etc. einen intensiven und ständigen politisch-ideologischen Kampf gegen andere Richtungen in der Arbeiterbewegung führen. In Deutschland führte die Erfahrung des Faschismus keineswegs im Selbstgang zu revolutionärem Bewußtsein der Massen, sondern im Gegenteil zu einer bis heute anhaltenden politischen Lähmung und Resignation.

So wäre es auch eine Illusion, anzunehmen, daß der faschistische Putsch automatisch und unauslöschlich die Idee der gewaltsamen Revolution, der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates etc. in alle Köpfe eingebrannt hätte. Derartige Auffassungen, die vom KBW nicht nur bezüglich Chile vertreten werden (sondern z.B. ähnlich auch gegenüber den spontanen Streiks in der BRD), dienen dazu, die politisch-ideologischen Aufgaben der Revolutionäre herabzudrücken.

Es ist unzweifelhaft, daß die Erfahrungen der Arbeiter im Klassen-

kampf die Grundlage für die Herausbildung ihres Klassenbewußtseins sind. Lenin hat bereits 1895/96 im „Entwurf und Erläuterungen des Programms der Sozialdemokratischen Partei“ davon gesprochen, daß die Arbeiter Klassenbewußtsein entwickeln, „wenn sie fortwährend aus den Erfahrungen eben des Kampfes schöpfen, den sie gegen die Fabrikanten zu führen beginnen und der sich immer mehr entfaltet, immer erbitterter wird und in dem Maße, wie die großen Fabriken und Werke entstehen, eine immer größere Anzahl von Arbeitern umfaßt.“ (Werke, Bd. 2, S. 106)

Das erste, was wir daran hervorheben wollen, ist, daß Lenin von den Erfahrungen des Kampfes spricht, und nicht von irgendwelchen Erfahrungen. Es ist eben nicht die Rede davon, daß die bloße Erfahrung der kapitalistischen Unterdrückung und des kapitalistischen Terrors den Arbeitern irgend etwas „deutlicher“ macht, sondern es ist konkret von den Kämpferfahrungen der Arbeiter die Rede. Das heißt aber auch, wenn wir den Gedanken einmal weiterverfolgen, daß die Frage der günstigen Bedingungen des Klassenkampfes auch die Frage der günstigen Bedingungen der Entwicklung des Klassenbewußtseins ist. Die Bedingungen des Klassenkampfes sind aber unter einer faschistischen Diktatur der Bourgeoisie, die alle politischen Rechte durch schrankenlosen Terror zerstört, mit Sicherheit ungünstiger für das Proletariat, als unter einer „demokratischen“ Herrschaft der Bourgeoisie.

Zweitens: Klassenbewußtsein ist nicht das gleiche wie sozialistisches Bewußtsein. Das sozialistische Bewußtsein entwickelt sich nicht „spontan“ in der Arbeiterklasse, sondern dazu ist die organisierte politische Tätigkeit der Kommunisten nötig. Dazu braucht die Arbeiterklasse die Kommunistische Partei. Die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse ist untrennbar mit ihrer Organisation verbunden. Daß dies auch nur auf der Grundlage der Klassenkämpferfahrungen der Arbeiter möglich ist, dürfte für Materialisten selbstverständlich sein. Aber es geht eben darum, daß diese Klassenkämpferfahrungen verarbeitet werden müssen; daß sie durch den wissenschaftlichen Sozialismus beleuchtet werden müssen; daß die Kommunistische Partei den Arbeitern auf dem Boden ihrer eigenen Klassenkämpferfahrungen lehrt, was die Bedingungen, der unvermeidliche Weg und das letztendliche Ziel ihres Kampfes sind; daß sie die Arbeiter zum erfolgreichen Beschrei-

ten dieses Weges und zum Erreichen des sozialistischen Zieles organisiert. Diese Lehren umfassend klagelastig und gegen die vulgären Empiristen und Ökonomen (die der Meinung waren, daß die Arbeiter dies alles „von selbst“ tun) verteidigt zu haben, das ist gerade das historische Verdienst von Lenin.

Um wieviel mehr gilt nun das Vorhergesagte für das sozialistische Bewußtsein gegenüber dem Klassenbewußtsein! Die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse erfordert die organisierte Tätigkeit der Kommunisten – und es wird wohl kaum jemand bestreiten können, daß die Entfaltungsmöglichkeiten einer organisierten kommunistischen Tätigkeit zur Gewinnung der Arbeiterklasse für den Sozialismus unter den Bedingungen eines faschistischen Terrorregimes, das jede gegen die Bourgeoisie und den faschistischen Staat gerichtete politische Arbeit auf brutale Weise verfolgt, weitaus schwieriger und ungünstiger sind. Als Kommunisten bekämpfen wir den Faschismus und die drohende faschistische Gefahr nicht nur deswegen, weil ein solches Regime die Arbeiterklasse unmittelbar dem brutalsten Terror unterwirft; sondern wir bekämpfen den Faschismus und die drohende faschistische Gefahr darüber hinaus aus strategischen Gründen, weil ein solches Regime nämlich die Kampfbedingungen für den Sturz der Bourgeoisie und den Sieg des Sozialismus längerfristig erschwert.

Für die vulgären Empiristen und Ökonomen vom Schlage des KBW ist die Sache jedoch weit „unkomplizierter“. Für sie bleibt beim faschistischen Terror unter dem Strich nur, daß die Massen jetzt alles noch „deutlicher“ sehen, daß sie jetzt „bewußter und geschlossener“ denn je in den Kampf gehen (Zitate aus Flugblättern der SSG), daß die Massen mit einem Schlag die Notwendigkeit der bewaffneten Revolution, der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats etc. „gelernt“ haben („KVZ“).

Der KBW schwätzt und schwärmt am laufenden Meter von der „Selbsttätigkeit“ der Arbeiter: daß die Arbeiter ihre Sache „selbst in die Hand nehmen“, daß sie gar in Chile auf dem besten Weg waren, „selbständig“ die „Volksmacht“ zu errichten.

Auch der KBW weiß, daß es in Chile eine marxistisch-leninistische Vorhutorganisation (Kommunistische Partei der Arbeiterklasse) noch nicht gibt (vgl. „KVZ“ vom 29.10.). Aber dennoch konnte die chilenische Arbeiterklasse vor dem Putsch „selbständig“ an den Aufbau einer „Volksmacht“ gehen? Wozu dann

überhaupt noch eine kommunistische Partei? Wozu dann noch den KBW (eine Frage, die sich ohnehin aufdrängt)? Greif lieber zum Spontaneismus, „dann geht alles wie von selbst“!

Dieses Gelärme um die „Selbsttätigkeit“ der Arbeiter war auch den russischen Ökonomen schon eigen. Lenin hat diesen Leuten 1905 entgegengerufen:

„Würdigt die Aufgaben der Avantgarde der Revolution nicht herab, vergeßt nicht unsere Pflicht, diese Avantgarde durch unsere organisierte Selbsttätigkeit zu unterstützen. Macht weniger allgemeine Phrasen über die Entwicklung der Selbsttätigkeit der Arbeiter – die Arbeiter legen, von euch unbeachtet, eine gewaltige revolutionäre Selbsttätigkeit an den Tag! – achtet mehr darauf, daß ihr die unentwickelten Arbeiter durch eure eigene Nachtrabpolitik nicht demoralisiert.“

(zwei Taktiken, Werke Bd. 8, S. 145)

Und zum „Verdienst“ dieser Ökonomen damals in Rußland:



„Niemand hat soviel über die Selbsttätigkeit der Arbeiter geredet und niemand hat mit seiner Predigt diese Selbsttätigkeit so sehr eingengt, beschnitten und herabgewürdigt wie die Anhänger des „Rabotscheje Delo“.“

(Das „Rabotscheje Delo“ war damals in Rußland so etwas ähnliches wie die „Kommunistische Volkszeitung“ heute in unserem Land.)

Bleibt an dieser Stelle noch eines anzufügen: Wie so oft gibt es in der Argumentation der Revisionisten auf der einen Seite und der super-„links“ jubelnden Ökonomen auf der anderen Seite einige bezeich-

nende Gemeinsamkeiten. Beide betreiben eine Unterschätzung der Stärke des Imperialismus: die einen reden von seiner zunehmenden „Einsicht“ und „Anpassung an die Realitäten“, die anderen wälzen sein „Scheitern“ und seine „Hoffnungslosigkeit“ im Mund herum. Beide betreiben eine Überschätzung der Stärke der Arbeiterklasse und der revolutionären Kräfte. Die einen verweisen dabei vor allem auf die „rückhaltgebende Existenz des sozialistischen Lagers mit der Sowjetunion an der Spitze“ (ein Lager, das sich in Wirklichkeit jedoch immer mehr mit dem Imperialismus arrangiert), und die anderen predigen uns unermüdlich von der „Selbsttätigkeit“ der Arbeiter, von ihrem „spontanen“ Sturm zum Sozialismus. Und wenn man ihnen auf die Schliche kommt, dann weichen sie immer auf die „welthistorische Tendenz“ aus. Lenin hat dazu einmal angemerkt, daß es „eine haarsträubende theoretische Unrichtigkeit (ist), sich in einer Frage der praktischen Politik“ (und darum

handelt es sich ja wohl auch hier! – AK-Red.) „auf den welthistorischen Maßstab zu berufen.“ (Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus).

Offensichtlich haben weder die einen noch die anderen ein tatsächliches Vertrauen in die Kraft der Arbeiterklasse. Offensichtlich besteht ihr engster Zusammenhalt nur darin, daß sie ihrer eigenen Politik und ihren eigenen Genossen nur soweit vertrauen wollen, wie sie die Illusion des „ständigen Aufwärts“ in der Arbeiterbewegung verbreiten können. Und wenn sie vor, daß wir mit unserer an-

geblichen „Schwarzmalerei“ die Arbeiter und die Genossen in die Resignation treiben würden. Das ist ein Schreckgespenst – nur fragt es sich: für wen? Was verbirgt sich denn dahinter, wenn jemand meint, daß aus einer realistischen Einschätzung des politischen Kräfteverhältnisses Resignation erwächst? Nichts anderes, als die eigene Mutlosigkeit!

Man macht krampfhaft einen auf Optimismus, denkt sich irgendwelche erfreulichen Märchen aus 1001 Nacht aus (vgl. Kasten „He lücht“) oder tröstet sich mit zeitlosen Wahrheiten wie „Historisch ist der Sieg des Proletariats unvermeidlich“ – alles offenbar, um der eigenen Mutlosigkeit vorzubeugen und eine mit permanenten „Erfolgsmeldungen“ verwöhnte Anhängerschaft bei der Stange zu halten. Anscheinend hat man sich die Sache der Arbeiterklasse nur unter der Bedingung zu eigen

schichte liefert Lehren genug dafür – nur müssen wir es verstehen, diese Lehren zur politischen Überzeugung, zur Anleitung zum Handeln der Arbeiterklasse zu machen!

Lenin hat die „Kuriösität“ beschrieben, daß diejenigen, die am meisten über die „Selbsttätigkeit der Arbeiter“ daherschwatzen, letztlich diese Selbsttätigkeit einengen und beschneiden – und in seiner Schrift „Was tun?“ läßt er den Intellektuellen, die damals wie heute der „Kraftquell“ des Ökonismus waren, durch einen revolutionären Arbeiter zurufen:

„Betet weniger die Spontaneität an und denkt mehr an die Steigerung eurer Aktivität, ihr Herren!“

Daß dieser Zusammenhang zwischen der Anbetung der Spontaneität und Selbsttätigkeit der Arbeiter sowie der Beschneidung eben dieser Selbsttätigkeit und der Drosselung



Zitat eines Führers des KBW (der „heilige Bruno“) auf der Veranstaltung der Hamburger Ortsgruppe zum 50. Jahrestag des Hamburger Aufstandes. Dazu Lenin: „Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben“.

gemacht, ständig in der Illusion eines aktuell günstigen Kräfteverhältnisses und ständiger „Erfolgserlebnisse“ schwelgen zu können.

Für uns hat eine realistische Einschätzung des aktuellen Kräfteverhältnisses allerdings eine andere Bedeutung: sie liefert uns einen klareren Blick für die politischen Mittel und Methoden, mit denen die Arbeiterklasse dieses Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verändern kann. Warum sollten wir dann zweifeln, daß die Arbeiter die Kraft entwickeln werden, eine für sie aktuell noch ungünstige Situation in eine günstige, und schließlich (!) in den Sieg zu verwandeln? Die Ge-

eine Kampagne gegen die Schulbehörde stürzte, die sie zur Abwechslung mit Einschätzungen durchführte wie etwa: „Ausweglosigkeit“ der Schulbehörde, „schwindender Einfluß (der Schulbehörde) unter den Eltern, Schülern, Lehrern und Referendaren“, „spontan empfundene Solidarität aller Lehrer, Eltern und Schüler... im Kampf gegen das herrschende Schulchaos“ etc. – Und danach kam die Nahost-Kampagne (vgl. Kasten „He lücht“) usw. usw. Man sieht doch, daß es vorwärts geht!

Arbeiterkampf Nr. 35
Nov. 1973

Leserbrief
Zum Sülter-„Streik“ des KBW

„Die Nr. 4 der „Kommunistischen Volkszeitung“ (KVZ) des KBW enthält einen Artikel über einen Streik von 100 Kollegen bei der Druckerei Sülter in Hamburg für 50 Pfg. mehr pro Stunde – was natürlich nicht stimmt! Es hat überhaupt keinen Streik gegeben!“

Kollegen in der Hanseatischen Druckanstalt lasen in einer auf dem Tisch liegenden Zeitung ausgerechnet diesen Artikel mit Interesse und diskutierten kurz darüber. Vom KBW erfuhren sie allerdings nie, daß diese Meldung falsch war.

Der KBW, von einigen Sülter Kollegen auf diesen Unsinn aufmerksam gemacht, legte nur bei Sülter der „KVZ“ ein Berichtigungsblatt bei, mit dem Inhalt, daß aufgrund angeblicher Schwierigkeiten in der telefonischen Übermittlung von Hamburg nach Mannheim eine falsche Information in die Zeitung gekommen sei.

Angebliche „Schwierigkeiten in der telefonischen Übermittlung“ können aber für Kommunisten nie der wahre Grund sein, begangene Fehler nicht vor der Branche bzw. vor der gesamten Arbeiterklasse zu korrigieren!

– Ein mit Euch sympathisierender Kollege von „Hanseatische Druckanstalt“ –

Kommentar der Redaktion:

Tatsächlich wird es sich wohl bei der Zeitsente in der „KVZ“ über den Sülter-„Streik“ weniger um „Schwierigkeiten bei der telefonischen Übermittlung“ handeln, sondern darum, wie der KBW (in Hamburg) sich seine „betrieblichen Informationen“ besorgt: Ohne selbst

Einblick in das betriebliche Geschehen zu haben, nehmen diese Leute jede „Scheißhausparole“, jede z.B. von rechten Betriebsräten zugespielte „Information“, jedes beliebige Kneipengericht für bare Münze, um es dann – ungeprüft – als allerneueste Information in ihrer Presse hinauszuposaunen. Ziel dieser Politik ist es, ihren studentischen Anhängern an der Hamburger Uni zu belegen, daß der KBW schon ganz dick in den Hamburger Betrieben „verankert“ ist. (Dies ist für die Hamburger Führer des KBW wichtig, um ihren Anhang bei der Stange zu halten, um ihren Studenten zu beweisen, „es geht voran mit unserer Politik.“) Ganz auf dieser Linie werden Zeitungen fiktiver „Betriebszellen“ (Zellen am Betrieb! – z.B. Reichhold-Chemie) herausgegeben usw. Dabei stört es die Führer des KBW wenig, wenn sie durch diese „Politik“ das Geschäft der Reaktionen im Betrieb erleichtern, die Kommunisten insgesamt als Spinner und Lügner hinzustellen.



Bekanntlich ist überall auf der Welt „Haupttendenz Revolution“, wollen überall, die Massen nach links“. Wo die Tatsachen noch nicht ganz soweit sind wie die Theorie, hilft der KBW gern mit eigenen Phantasie-Produkten aus – Not macht erfinderisch!

So war einem Flugblatt der Hamburger SSG („Ortsgruppe des KBW“) vom 9. Oktober die folgende sensationelle Mitteilung zu entnehmen: „Die Volksmassen in Israel haben kein Interesse an diesem Krieg. Die Folgen der Kriegswirtschaft haben ihre Lage enorm verschlechtert. Immer häufiger streikten die Arbeiter. Bei den letzten Wahlen gab es einen starken Linksrutsch. Die Regierungsparteien mußten erhebliche Stimmenverluste hinnehmen.“

An dieser Behauptung („Linksrußch“) ist nicht einmal der berühmte „wahre Kern“, sie ist 100%ig aus der Luft gegriffen.

In Israel sind bisher bei allen Wahlen mehr als 95% der Stimmen auf zionistische Parteien entfallen; die stärksten Gruppen sind dabei die regierende „Arbeiterpartei“ von Golda Meir und der noch weiter rechts stehende Oppositionsblock Gachal (bestehend aus der rechtsradikalen

Cherut und den „Liberalen“). Die einzige nicht-zionistische Partei, die revisionistische KP Israels, hat noch nie mehr als 5% der Stimmen bekommen, mit kontinuierlich abnehmender Tendenz (inzwischen bei weniger als 3%).

Statt eines „starken Linksrutschs“ (SSG) gab es vielmehr bei den letzten Wahlen (1969) einen (nicht sehr starken) Rechtsruck. Die „Arbeiterpartei“ fiel von 55 auf 49 Sitze. Die verlorenen Sitze der „Arbeiterpartei“ schlugen beim Gachal-Block sowie bei der neu auftretenden „Staatsliste“ (eine extrem rechte Abspaltung von der „Arbeiterpartei“) positiv zu Buch („Staatsliste“ auf Anhieb vier Sitze, Gachal 26 Sitze statt vorher 22). Ansonsten gab es minimale Verschiebungen innerhalb des Gefüges der kleineren zionistischen Parteien. Die KP behielt ihre vier Sitze, jedoch entfällt davon jetzt einer auf die prozionistische Spalt-Gruppe Maki.

Breite Schichten des Hamburger Volkes vereinigen sich spontan für ihre Forderungen: „In SSG-Flugblättern muß die Wahrheit gesagt werden!“

Völlig auf den Hund gekommen

Das letzte vom KBW

Zum stolzen Preis von DM 4,00 ist die NR. 1 vom „Kommunismus und Klassenkampf“, „theoretisches Organ“ des KBW (70 Seiten) auf dem Markt.

J.S., ehemals intellektuell ernst zu nehmender Führer des Heidelberger SDS, heute „Sekretär“ des KBW, äußert sich in diesem Heft zu der Frage von „Defensive“ oder „Offensive“ im Klassenkampf. In dieser Frage war innerhalb des KBW eine Meinungsverschiedenheit aufgetreten, da einige Theoretiker des ehemaligen KB Bremen (jetzt im KBW) die These vertreten hatten, daß sich gegenwärtig die Arbeiterklasse gegenüber der Bourgeoisie in der Defensive befindet.

Zugleich haben wir in dieser Frage die Politik des KBW kritisiert (vgl. besonders den Artikel „Taktisches Wirrwarr“ in AK 31 und 32). Alle „irrigen“ Auffassungen von einer Defensiv-Situation der Arbeiterklasse werden von J.S. nunmehr gründlichst „widerlegt“. Diese „Widerlegung“ besteht im wesentlichen aus drei „Argumenten“, eines immer noch schöner als das andere:

1.) Zunächst einmal sind – laut J.S. – die Begriffe „Offensive“ und „Defensive“ gar nicht auf die gegenwärtige Klassenkampfsituation anwendbar. Diese seien nämlich „Begriffe des revolutionären Bürgerkrieges“ und könnten daher nicht einfach auf den jetzigen Zustand „relativen Klassenfriedens“ übertragen werden. Hier wird J.S. direkt beißend scharf: „Wir sollten es uns angewöhnen, mit Begriffen des Krieges zu spielen, in Zeiten, wo der Krieg noch nicht ausgebrochen ist“ das sei „Kinderei“ etc. Damit ist J.S. schon einmal elegant vom Thema weggekommen – statt Auseinandersetzung in der Sache ein steriles akademisches Geplänkel um Worte. Daß es dabei nicht einmal ehrlich um die Klärung von Begriffen geht, wird daran deutlich, daß J.S. ungeniert eine knappe Seite weiter die eben noch verdammten Begriffe „Defensive“ und „Offensive“ wieder einführt – diesmal für die gegenwärtigen wirtschaftlichen Kämpfe!

2.) J.S. stellt fest, daß man verteidigt, um etwas zu erhalten und daß man angreift, um etwas zu erobern. Und da schon Marx und Engels sagten, daß das Proletariat außer seinen Ketten nichts zu verlieren hat, so hat eben das Proletariat gar nichts zu erhalten, also auch nichts zu verteidigen. Und da umgekehrt die Bourgeoisie schon alles hat (politische Macht, ökonomischen Reichtum etc.) bleibt ihr nichts mehr zu erobern, also auch nichts mehr anzugreifen. Also kann die Arbeiterklasse gar nicht in der Defensive sein (denn sie hat nichts zu verteidigen), und die Bourgeoisie kann nicht in der Offensive sein (denn sie braucht nichts mehr zu erobern).

Offenbar sind nach Meinung von J.S. der Arbeiterklasse solche Rechte wie Organisationsrecht, Demonstrationsrecht, Pressefreiheit, Redefreiheit etc. als Geschenk der Bourgeoisie in den Schoß gefallen. Da die Arbeiterklasse anscheinend niemals um diese Rechte kämpfen mußte, braucht sie sie wohl auch nicht zu verteidigen. Umgekehrt stellt J.S. der Bourgeoisie die Bescheinigung aus, daß sie ehrlich die „parlamentarische Demokratie“ und die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ verteidigen will („denn sie dienen ihr bisher hervorragend“), was doch wohl nur heißen kann, daß die Bourgeoisie nicht daran interessiert ist, solche „verfassungsmäßigen“ Rechte der Arbeiterklasse wie Streikrecht, Organisationsrecht u. a. anzutasten. Ferner beschneigt J.S. der Bourgeoisie und ihrem Staat, daß sie keineswegs von sich aus einen An-

griff planen, sondern ruhig abwarten, bis „der unvermeidliche Krieg durch den Angriff des Proletariats eingeleitet wird.“ – So ist die Klassenkampfsituation für J.S. sozusagen ein relativer Waffenstillstand (mit kleinen Gefechten, versteht sich) zwischen den großen Schlachten, und die Bourgeoisie erwartet den Angriff der Arbeiterklasse, um sich dann dagegen zu verteidigen.

3.) „Der Kampf an der politischen Front, der Kampf um Rechte, Machtpositionen und zur Zerschlagung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie ist noch wenig entwickelt. Es ist aber nicht so, daß die Arbeiterbewegung an dieser Front in die Defensive gedrängt wäre. Vielmehr ist es so, daß sie den Kampf an dieser Front noch nicht aufgenommen hat.“ (J.S.)

Das ist doch das Allerschärfste! Die Arbeiterklasse verteidigt sich (noch) nicht gegen den Angriff auf das Streikrecht, gegen das Reverse-Unwesen in den Gewerkschaften,

gegen die „Säuberung“ des Staatsapparats von „Radikalen“, gegen den Angriff auf kommunistische Organisationen und Zeitungen etc. „also“ ist sie eben nicht in der Defensive, denn Defensive ist ja das selbe wie Verteidigung, und die Arbeiterklasse verteidigt sich ja gar nicht... – Auweia!

Man könnte ja auf den Gedanken kommen, daß sich darin eben eine extreme Defensiv-Situation der Arbeiterklasse ausdrückt, wo die Bourgeoisie solche Angriffe auf Organisationsrecht, Streikrecht etc. fast ohne Widerstand durchbringt. Aber wer so denkt, hat nichts zu suchen in den heiligen Hallen des KBW, wo der Begriff „Realist“ (das ist jemand, der die Dinge so sieht, wie sie wirklich sind) mittlerweile zum schlimmsten Schimpfwort geworden ist.

Für J.S. jedenfalls, den großen Tonangeber des KBW, herrscht an allen Fronten „relativer Klassenfrieden“ mit einer Ausnahme: an der ideologischen Front scheint der re-

volutionäre Klassenkrieg bereits voll entbrannt, denn „an der ideologischen Front sind die Marxisten- Leninisten schon in der Offensive und werden diese Offensive erfolgreich fortsetzen können.“ Beweis: die Auflage der „Bild“-Zeitung sinkt, während die Auflage der „KVZ“ des KBW steigt (kein Witz; J.S. führt das ernsthaft als Beweis an!). Der KBW erklärt der Bourgeoisie den ideologischen Krieg und schon ist die Bourgeoisie in der Defensive. Man könnte ja anführen, daß vielleicht angesichts des tatsächlichen (nämlich sehr geringen!) Einflusses der kommunistischen Presse an der ideologischen Front immer noch „relativer Klassenfriede“ herrscht bzw. die Bourgeoisie eindeutig vorherrschend ist. Aber hier gilt wieder, was wir oben schon über die „Realisten“ gesagt haben – zum Teufel mit ihnen!

Arbeiterkampf Nr. 35/Nov.73

WIR HÖREN: DU WILLST NICHT MEHR MIT UNS ARBEITEN

1.
Wir hören: Du willst nicht mehr mit uns arbeiten.
Du bist zu kaputt. Du kannst nicht mehr herumlaufen.
Du bist zu müde. Du kannst nicht mehr lernen.
Du bist erledigt.
Man kann von dir nicht verlangen, daß du noch etwas tust.

So wisse:
Wir verlangen es.
Wenn du müde bist und einschliffst
Wird dich niemand mehr wecken und sagen:
Steh auf, das Essen steht da.
Warum sollte Essen dastehen?
Wenn du nicht mehr herumlaufen kannst
Wirst du liegen bleiben. Niemand
Wird dich suchen und sagen:
Es ist eine Revolution gewesen. Die Fabriken
Warten auf dich.
Warum sollte eine Revolution gewesen sein?
Wenn du tot bist, werden sie dich begraben
Ob du schuld bist an deinem Tod oder nicht.

Du sagst:
Du hast zu lange gekämpft. Du kannst nicht mehr kämpfen.
So höre:
Ob du schuld bist oder nicht:
Wenn du nicht mehr kämpfen kannst, wirst du untergehen.

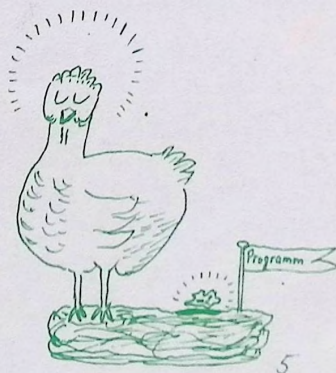
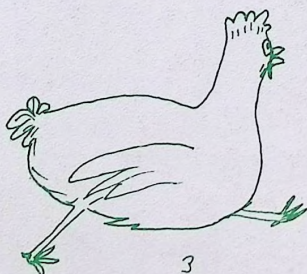
2.
Du sagst: Du hast zu lange gehofft. Du kannst nicht mehr hoffen
Was hast du gehofft?
Daß der Kampf leicht sei?

Das ist nicht der Fall.
Unsere Lage ist schlimmer, als du gedacht hast.

Sie ist so:
Wenn wir nicht das Übermenschliche leisten
Sind wir verloren.
Wenn wir nicht tun können, was niemand von uns verlangen kann
Gehen wir unter.
Unsere Feinde warten darauf
Daß wir müde werden.

Wenn der Kampf am erbittertesten ist
Sind die Kämpfer am müdesten.
Welche Kämpfer zu müde sind, die verlieren die Schlacht.

BERT BRECHT



Das Programm der westdeutschen Kommunisten/
Stellungnahme